

ARBEITS-
INSPEKTION

Die Tätigkeit der Arbeitsinspektion im Jahre 1990

D I E T Ä T I G K E I T D E R
A R B E I T S I N S P E K T I O N
I M J A H R E 1 9 9 0

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Zentral-Arbeitsinspektorat

Wien 1992

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Redaktion:

Zentral-Arbeitsinspektorat

A-1010 Wien, Stubenring 1

Tabellensatz, Umschlag:

Carl Ueberreuter GesmbH., A-2100 Korneuburg

Satz:

Zentral-Arbeitsinspektorat

Druck und Fertigstellung:

Hausdruckerei des Bundesministeriums
für Arbeit und Soziales

VORWORT

"Jeder Arbeitsunfall ist einer zuviel". Unter diesem Auftrag ist die Arbeitsinspektion bemüht, jede Gefährdung für die Arbeitnehmer in Österreich auszuschalten. Daher muß die Arbeitsinspektion auf die Einhaltung der bestehenden Schutzvorschriften, den zeitgemäßen Ausbau dieser Bestimmungen, aber auch auf die Prophylaxe von Arbeitsunfällen drängen.

Natürlich können in einer sich rasch verändernden Arbeitswelt nicht alle Risiken vermieden werden, dennoch gilt es, den neuen Technologien und den neuen Arbeitsstoffen aktiv mit sich verbessernden Schutzbestimmungen zu begegnen.

Mit einigem Stolz kann ich in dem vorliegenden Jahresbericht über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion 1990 auf die Erfolge dieser Bemühungen verweisen. Seit einigen Jahren nimmt die Anzahl der Arbeitsunfälle ab. Seit 1988 ist die Zahl von 99.743 auf 94.015 Unfälle 1990 gesunken. Auch die Zahl der gemeldeten anerkannten Berufskrankheiten ist rückläufig, daher ist auch im zweiten wesentlichen Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion, der Prophylaxe und der Gesundheitsförderung, eine deutliche Verbesserung für den Arbeitnehmer zu registrieren.

Menschengerechte Arbeitsbedingungen tragen dazu bei, daß gesundheitliche Schäden und Spätfolgen vermieden werden. Dabei muß die Arbeitsinspektion dann rasch einschreiten können, wenn für den Arbeitnehmer eine akute Gefährdung besteht und Arbeitnehmerschutzvorschriften übertreten werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, daß die Arbeitsinspektion seit dem vergangenen Jahr eine Rufbereitschaft eingerichtet hat, die mit gutem Erfolg ein rechtzeitiges Einschreiten der Inspektoren ermöglicht.

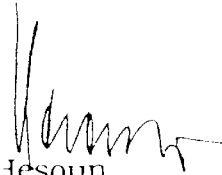
Die Arbeitsinspektion muß aber auch immer mehr eine beratende Funktion übernehmen. Wird die Arbeitsinspektion bereits im Planungsstadium bei Betriebsgründungen oder Neuinvestitionen eingeschaltet, können gefährliche oder belastende Arbeitsplatzsituationen frühzeitig erkannt und bei entsprechender Projektänderung ohne wesentliche Kostensteigerungen vermieden werden. Den Unternehmen werden spätere Umbauten erspart und den Arbeitnehmern von Beginn an bessere Arbeitsplätze geboten. Die Arbeitsinspektion muß also die Arbeitswelt von morgen aktiv mitgestalten. Über 1.000 Vorbegutachtungen von Projekten hat die Arbeitsinspektion im

Berichtsjahr durchgeführt, damit wird einerseits die zukunftsorientierte Aufgabe der Arbeitsinspektion deutlich, andererseits aber auch die Akzeptanz der Arbeitsinspektion durch die Betriebe.

Wir haben in Österreich ein hervorragendes System der sozialen Sicherheit gemeinsam aufgebaut. Passiert zum Beispiel trotz aller Vorsorge ein Arbeitsunfall, können wir dem betroffenen Arbeitnehmer dank des Sozialversicherungssystems die bestmögliche medizinische Versorgung garantieren. Umso mehr müssen wir bestrebt sein, daß wir alle Arbeitnehmer in dieser sozialen Sicherheit auffangen, es darf also keinen Schattenarbeitsmarkt der illegalen Beschäftigung geben. Einige Arbeitsunfälle haben uns vor Augen geführt, daß gerade jene unversicherten Arbeitskräfte für gefährliche Tätigkeiten eingesetzt werden.

Ich werde alle notwendigen Schritte setzen, daß weiterhin rigoros gegen diese Praktiken vorgegangen wird und daß der Schutz aller Arbeitnehmer in Österreich weiter vorangetrieben wird.

In diesem Sinne möchte ich den Mitarbeitern der Arbeitsinspektion für ihre Tätigkeit danken und ihnen auch im kommenden Jahr viel Erfolg wünschen



Josef Hesoun

Bundesminister für Arbeit und Soziales

Dr. Eva-Elisabeth Szymanski

Zentral-Arbeitsinspektorin

Für das Berichtsjahr 1990 ist zunächst festzustellen, daß die Zahl der Inspektionen in den Betrieben, Bundesdienststellen und auf Baustellen im Jahr 1990 weiter abgesunken ist. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Tätigkeitsumfang der Arbeitsinspektion insgesamt abgenommen hat: so ist die Zahl der Teilnahme an kommissionellen Verhandlungen weiter gestiegen, gleiches gilt für die Erhebungen und die Beanstandungen insgesamt. Auch die schriftliche Tätigkeit der Arbeitsinspektorate wurde intensiviert, was zu einem Ansteigen der schriftlichen Aufforderungen nach § 6 Abs.1 ArbIG 1974 sowie der Zahl der Anträge nach § 7 Abs.1 ArbIG 1974 geführt hat.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsinspektion verlagert sich somit weiter in Richtung auf die vermehrte Mitwirkung bei Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren. Dieser Trend hat dazu geführt, daß auch die Zahl der Planvorbegutachtungen und Vorbesprechungen von Projekten zugenommen hat. Das Ansteigen der Erhebungstätigkeit ist auf Schwerpunktaktionen und eingehende Analysen in bestimmten akuten Teilbereichen des Arbeitnehmerschutzes zurückzuführen.

So wurde im Berichtsjahr der Situation im Bauwesen besondere Aufmerksamkeit zugemessen, eine gezielte Auswertung der häufigsten Unfallursachen für schwere und tödliche Arbeitsunfälle vorgenommen, sowie eine Reihe von Schwerpunktaktionen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes durchgeführt.

Eine Analyse der Beanstandungen im technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzbereich nach Wirtschaftsklassen und Häufigkeit ergibt, daß die meisten Beanstandungen dieses Bereiches, nämlich 21,7 %, auf das Bauwesen entfallen, gefolgt von der Wirtschaftsklasse Handel; Lagerung mit 19,7 %, der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen mit 14,8 % und dem Gastgewerbe mit 11,7 %.

Auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes weist das Gastgewerbe allerdings nach wie vor mit Abstand die meisten Beanstandungen auf, nämlich etwa ein Drittel aller Beanstandungen der Arbeitsinspektion insgesamt. Bei den Übertretungen des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen betrug der Anteil des Gastgewerbes an den Gesamtbeanstandungen beispielsweise 58 %.

Die Arbeitsinspektorate haben daher im Sommer 1990 eine Schwerpunktaktion in Gastgewerbebetrieben durchgeführt, wobei vor allem auch die Beschäftigungsbedingungen der Feriapraktikanten überprüft wurden. Im Rahmen einer weiteren Sonderaktion wurden von Mitte Mai bis Ende Juni 1990 die Handelsbetriebe österreichweit besonders überprüft, wobei eine Reihe von Übertretungen festgestellt werden mußten. Im Bundesland Kärnten wurden im Sommer 1990 zusätzlich zu dieser bundesweiten Aktion Handelsbetriebe in Saisonorten schwerpunktmäßig überprüft.

Das Bauwesen stand im Berichtsjahr 1990 im Mittelpunkt mehrerer Aktionen der Arbeitsinspektion: Die häufigsten Unfallursachen in dieser Branche wurden einer eingehenden Analyse unterzogen, um eine bessere Übersicht über die Unfallursachen zu erhalten und die erforderlichen Maßnahmen und Schwerpunkte im Rahmen der Inspektions-tätigkeit setzen zu können. Aber auch die Arbeitszeiten im Bauwesen wurden im Rahmen einer österreichweiten Schwerpunktaktion überprüft.

Das Schwerpunktthema des vorliegenden Berichtes ist dem "Streß am Arbeitsplatz" gewidmet. Dies resultierend aus den Erfahrungen der Arbeitsinspektion, nach denen Arbeitnehmer immer öfter und immer nachhaltiger über besondere psychische Belastungen und psychosomatische Erkrankungen klagen, die sie kausal auf ihre Berufstätigkeit zurückführen. Im Rahmen der Neuordnung des Arbeitnehmerschutzrechtes wird - aufbauend auf den einschlägigen arbeitsmedizinischen Erkenntnissen - vor allem auch diesen Fragen besonderes Augenmerk zu schenken sein. Im geltenden Arbeitnehmerschutzgesetz finden sich zwar programmatische Zielsetzungen, die auch die Vermeidung von Streßsituationen am Arbeitsplatz inkludieren, konkrete Regelungen zum Streßabbau sind jedoch nicht geschaffen worden. Es wird eine der wesentlichen Herausforderungen der Zukunft für die Arbeitsinspektion sein, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um auch den mit Streßsituationen am Arbeitsplatz verbundenen Belastungen wirksam begegnen zu können: es gilt, den "Faktor Mensch" bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen umfassend zu berücksichtigen.

Ich bitte Sie alle abschließend sehr herzlich, die Arbeitsinspektion bei der ständig gebotenen Fortentwicklung des Arbeitnehmerschutzrechtes zu beraten und zu unterstützen, um so mit dazu beizutragen, Österreich auch in diesem Bereich optimal europareif auszugestalten.

INHALTSVERZEICHNIS

A. TÄTIGKEITSÜBERSICHT	1
B. ALLGEMEINER BERICHT	4
1. AUFGABEN UND ZUSTÄNDIGKEIT DER ARBEITSINSPEKTION	4
2. NEUE RECHTSVORSCHRIFTEN	5
Betriebsärztliche Betreuung und sicherheitstechnischer Dienst	5
Änderungen im Verfahrensrecht	6
Berggesetz-Novelle 1990	7
Elektrotechnikverordnung 1990	9
Asbestverordnung	10
MAK-Werte-Liste 1990	10
Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung	10
3. IN VORBEREITUNG STEHENDE RECHTSVORSCHRIFTEN	11
Neues Arbeitsinspektionsgesetz	11
Arbeitnehmerschutzgesetz und Durch- führungsverordnungen	13
Anpassung der Arbeitnehmerschutzvorschriften an EG-Richtlinien	14
Bauarbeiterschutzverordnung	18

Richtlinien zur Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchungen nach § 8 ANSchG	19
Kennzeichnung und Verpackung von Arbeitsstoffen	20
Fachausbildung der Sicherheitstechniker	20
Gentechnologie	21
Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten ...	22
Theatersicherheitsverordnung	23
 4. TECHNISCHER UND ARBEITSHYGIENISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ	 24
4.1 Technischer Arbeitnehmerschutz	24
Allgemeines	24
Analyse der Beanstandungen nach Wirtschafts- klassen und Häufigkeit	26
Besondere Erfahrungen, Ereignisse, Ergebnisse im Berichtsjahr	28
 4.2 Arbeitsunfälle	 30
Allgemeines	30
Analyse der Arbeitsunfälle	31
Tödliche Unfälle	33
Bemerkenswerte Unfälle	43
Unfallgeschehen im Bauwesen	48
 4.3 Berufskrankheiten	 56
Allgemeines	56
Häufigkeit der Berufserkrankungen	58

Verteilung der Berufskrankheiten
auf die einzelnen Wirtschaftsklassen61

Bemerkenswerte Berufserkrankungen, Todesfälle62

4.4 Gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern
für bestimmte Tätigkeiten69

5. VERWENDUNGSSCHUTZ72

5.1 Mutterschutz72

5.2 Nachtarbeit der Frauen73

5.3 Arbeitszeit75

5.4 Arbeitsruhe76

5.5 Heimarbeit77

5.6 Mißstände im Gastgewerbe81

5.7 Übertretungen im Handel83

5.8 Beschäftigung von Lenkern84

5.9 Bauwesen86

C. ZENTRAL-ARBEITSINSPEKTORAT88

1. KOORDINATION, INFORMATION, ORGANISATION
SCHULUNG88

Allgemeines88

Fachliche Weiterbildung der Bediensteten
der Arbeitsinspektion89

Entwicklung der EDV in der Arbeitsinspektion91

2. DURCHFÜHRUNG VON VERWALTUNGSVERFAHREN	92
Allgemeines	92
Eignungserklärungen und Zulassungen	93
Nachweis der Fachkenntnisse	93
Anerkennung ausländischer Zeugnisse betreffend den Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten	94
Arbeitshygienischer Arbeitnehmerschutz	94
Beteiligung an Verwaltungsverfahren.....	95
3. KONFERENZEN DER ARBEITSINSPEKTION	96
Konferenz der Amtsvorstände	96
Mutterschutz, Frauenarbeit, Heimarbeit	96
Aussprache der Arbeitsinspektionsärzte/innen, Hygienetechnikertagung	97
4. ARBEITNEHMERSCHUTZKOMMISSION	97
5. ZUSAMMENARBEIT MIT SONSTIGEN STELLEN	98
Verordnung über die Lagerung brenn- barer Flüssigkeiten.....	98
Strahlenschutzverordnung.....	99
Maschinen-Sicherheitsverordnung	99
Flüssiggasverordnung.....	99
Verordnung über persönliche Schutzausrüstung.....	100
Allgemeine Bundesbediensteten-Schutzverordnung.....	100
Vorschriften zum Verwendungsschutz.....	100

6. SONSTIGES.....	101
Mitarbeit im Normenwesen.....	101
Studie zur Ermittlung von Qualitätsstandards für überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren.....	101
Studie über die Belastung und Gefährdung von Tankwarten durch Benzol.....	102
Fachtagung "Maximale Arbeitsplatzkonzentrationen: Werte ohne Grenzen - Grenzen ohne Wert?".....	102
Studie "Auswertung der Untersuchungen nach § 8 des Arbeitnehmerschutzgesetzes".....	103
D. BUDGET DER ARBEITSINSPEKTION	104
E. ARBEITSINSPEKTORATE	105
1. AUSSENDIENSTTÄTIGKEIT	105
2. SCHRIFTLICHE TÄTIGKEIT	109
2.1 Verfügungen	109
2.2 Anträge	110
2.3 Bescheide	110
2.4 Aufforderungen, Strafanzeigen	110
2.5 Berufungen	111
F. ERFAHRUNGEN DER ARBEITSINSPEKTORATE ZUR GESTALTUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN	112
1. TECHNISCHER UND ARBEITSHYGIENISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ	112

2. VERWENDUNGSSCHUTZ	119
2.1 Beschäftigung von Jugendlichen	119
2.2 Frauenarbeit und Mutterschutz	123
2.3 Arbeitszeit und Arbeitsruhe	131
2.4 Heimarbeit	134
G. AUS DER SICHT DER ARBEITSINSPEKTOREN/INNEN	139
Meldung von Schwangeren	139
Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Arbeits- inspektorat und Arbeiterkammer	141
Probleme bei der Durchsetzung des Arbeitnehmer- schutzes.....	143
Arbeitnehmerschutz und Normung	153
Beurteilung von Arbeitsschwere und Errechnung von Erholzeitzuschlägen bei Hitzearbeit	160
Lärm und Lärmschutz	165
Probleme berufstätiger Frauen in Handelsbetrieben in Saisonorten	168
H. SCHWERPUNKTTHEMA "STRESS AM ARBEITSPLATZ"	170
ARBEITSBEDINGUNGEN UND GESUNDHEITSVERSCHLEISS	170
BERUFLICHE UNTERSCHIEDSMERKMALE ZWISCHEN GRENZGÄNGERN UND IM INLAND BERUFSTÄTIGEN ALS RISIKOFAKTOR FÜR KORONARE HERZKRANKHEITEN	185
STRESS AM ARBEITSPLATZ	198
STRESS UND STRESSABBAU	209
STRESS UND GESUNDHEITLICHE FOLGEN DURCH ARBEITSLOSIGKEIT	215
STRESS UND ARBEITNEHMERSCHUTZ	224

I.	RECHTSVORSCHRIFTEN	230
	ARBEITSAUFSICHT	230
	TECHNISCHER UND ARBEITSHYGIENISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ	230
	VERWENDUNGSSCHUTZ	239
	SONSTIGE ARBEITSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN	240
	SONSTIGE RECHTSVORSCHRIFTEN	245
	INTERNATIONALE ÜBEREINKOMMEN DER INTERNATIONALEN ARBEITSKONFERENZ, DIE VON ÖSTERREICH RATIFIZIERT WURDEN	254
	KUNDMACHUNGEN, RICHTLINIEN UND GRUNDSÄTZE, BETREFFEND DEN TECHNISCHEN UND ARBEITS- HYGIENISCHEN ARBEITNEHMERSCHUTZ	255
J.	TABELLEN	258
	1. TABELLENVERZEICHNIS	258
	2. ABKÜRZUNGEN IN DEN TABELLEN	259
	3. BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN TABELLEN	260
	4. WIRTSCHAFTSKLASSEN	266
	5. ERZEUGUNGSZWEIGE	268
K.	PERSONAL UND ORGANISATION DER ARBEITSINSPEKTION	358
	1. PERSONALSTAND	358
	1.1 Zentral-Arbeitsinspektorat	358
	1.2 Arbeitsinspektorate	358

2. ORGANISATION UND PERSONALZUTEILUNG	361
2.1 Zentral-Arbeitsinspektorat	361
2.2 Arbeitsinspektorate	364

A. TÄTIGKEITSÜBERSICHT

Summenzahlen im Überblick und im Vergleich

Angabe betrifft
Berichtsjahr.....1990.....1989.....1988

Anzahl der Arbeits-
inspektoren
(Stichtag 31. Dezember).....277.....270.....263

Vorgemerkte Betriebe
einschl. Bundesdienst-
stellen und Baustellen
(seit 1987 EDV-mäßig
erfaßt).....176.346.....157.485.....138.098

Inspizierte Betriebe
einschl. Bundesdienst-
stellen und Baustellen.....66.464.....76.355.....85.198

Durch Inspektion er-
faßte Arbeitnehmer.....1.320.026.....1.463.775.....1.586.378

Anzahl der
Inspektionen.....70.074.....80.913.....89.600

Teilnahme an kommissio-
nellen Verhandlungen.....20.672.....20.234.....20.314

Erhebungen, insgesamt.....85.447.....78.805.....75.296

Arbeitsunfälle
in Betrieben.....94.015.....94.393.....99.743

davon tödl. Arbeits-
unfälle in Betrieben.....91.....94.....106

Gemeldete anerkannte
Berufskrankheiten.....1.003.....1.123.....1.294

Angabe betrifft

Berichtsjahr.....1990.....1989.....1988

Beanstandungen insgesamt

(techn., arbhgien.,

Verwendung, Heimarbeit,

KFZ-Straßenkontrollen).....145.721.....146.397.....147.026

Beanstandungen tech-

nisch und arbeits-

hygienisch.....116.791.....121.501.....121.655

Beanstandungen Ver-

wendungsschutz.....21.537.....17.307.....15.013

Davon:

Beanstandungen Be-

schäftigung von

Kindern und Jugendlichen.....4.434.....4.666.....3.294

Beanstandungen Be-

schäftigung von weib-

lichen Arbeitnehmern.....268.....127.....101

Beanstandungen

Mutterschutz.....1.916.....1.698.....1.808

Beanstandungen

Arbeitszeit.....12.586.....8.653.....7.022

Heimarbeit:

Beanstandungen.....1.319.....1.515.....1.669

Anzahl der zu

Nachzahlungen

verhaltenen Auftraggeber.....168.....184.....215

Summe der veranlaßten

Nachzahlungsaufträge

in ÖS.....1.919.872,69...2.041.945,34...1.880.168,77

KFZ-Straßenkontrollen,

Anzahl der überprüf-

ten Fahrzeuge,

insgesamt.....9.737.....11.502.....12.855

davon an der Grenze.....4.839.....5.952.....7.696

Angabe betrifft

Berichtsjahr.....1990.....1989.....1988

Beanstandete Fahrzeuge.....4.765.....5.242.....7.081

Festgestellte Übertretungen....6.074.....6.426.....8.689

Geschäftsstücke:

Eingang insgesamt.....496.057.....483.892.....451.708

Ausgang insgesamt.....104.639.....101.568.....95.410

Anzeigen an Verwaltungs-

behörden, insgesamt.....5.011.....5.421.....3.954

Beantragtes Strafausmaß

in ÖS, insgesamt.....63.765.550,--..59.438.810,--..41.764.650,-

Davon:

Anzeigen technisch und

arbeitshygienisch.....1.982.....1.527.....1.274

Beantragtes Straf-

ausmaß in ÖS.....17.848.400,--..12.339.810,--..9.128.750,-

Anzeigen Verwen-

dungsschutz.....3.029.....3.894.....2.680

Beantragtes Straf-

ausmaß in ÖS.....45.917.150,--..47.099.000,--..32.635.900,-

Schriftliche Auffor-
derungen § 6 Abs. 1

ArbIG 1974.....19.885.....19.195.....16.909

Anträge gemäß § 7

Abs. 1 ArbIG 1974.....186.....164.....130

Verfügungen gemäß

§ 7 Abs. 3 ArbIG 1974.....67.....79.....71

Gesamtausgabe in

Mio. ÖS.....165,9.....152,7.....146,4

B. ALLGEMEINER BERICHT

1. AUFGABEN UND ZUSTÄNDIGKEIT DER ARBEITSINSPEKTION

Aufgrund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974 ist die Arbeitsinspektion zur Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Arbeitnehmer berufen. Sie hat durch ihre Tätigkeit dazu beizutragen, daß durch geeignete Maßnahmen ein möglichst wirksamer Arbeitnehmerschutz erreicht wird. Zu diesem Zweck hat die Arbeitsinspektion vor allem die Einhaltung der dem Arbeitnehmerschutz dienenden gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfügungen zu überwachen.

Der Wirkungsbereich der Arbeitsinspektion erstreckt sich auf Betriebe und Arbeitsstellen aller Art. Ausgenommen sind Betriebe, die der Aufsicht der Land- und Forstwirtschaftsinspektionen, der bergbehördlichen Aufsicht oder der Aufsicht der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterstehen. Weiters sind vom Wirkungsbereich der Arbeitsinspektion die Behörden, Ämter und anderen Verwaltungsstellen sowie die Anstalten des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und der Gemeinden ausgenommen, ebenso die Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, die Verwaltungsstellen und Kultusanstalten der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften sowie die Hauswirtschaft.

Für einen Teil der vom Wirkungsbereich der Arbeitsinspektion ausgenommenen Einrichtungen besteht derzeit keine Arbeitsaufsicht. Es wird daher sowohl aus sozialpolitischen Gründen als auch im Sinne der Gleichbehandlung eine Einbeziehung dieser Einrichtungen in den Wirkungsbereich der Arbeitsinspektion angestrebt. Im Bergbau und in Verkehrsbetrieben wird die Arbeitsaufsicht von eigenen Bundesbehörden wahrgenommen. Aus Gründen der Verwaltungsökonomie und im Sinne

der Gleichbehandlung wäre zu überprüfen, inwieweit dieses Nebeneinander verschiedener Behörden zur Überwachung des Arbeitnehmerschutzes tatsächlich noch sachlich gerechtfertigt ist.

Aufgrund des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes ist die Arbeitsinspektion zur Überprüfung der Einhaltung des Schutzes der Bediensteten in allen Dienststellen des Bundes berufen, soweit diese nicht der Aufsicht der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen.

Die Arbeitsinspektorate unterstehen dem Zentral-Arbeitsinspektorat, dem die oberste Leitung und zusammenfassende Behandlung der Angelegenheiten der Arbeitsinspektion obliegt.

Die Arbeitsinspektorate sind aufgrund der Arbeitnehmerschutzvorschriften zur Durchführung von Verwaltungsv Verfahren in erster Instanz zuständig, z.B. betreffend den sicherheitstechnischen Dienst und die betriebsärztliche Betreuung, die Genehmigung von Überstunden und die Genehmigung von Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für Frauen. Berufungsverfahren in diesen Angelegenheiten werden vom Zentral-Arbeitsinspektorat durchgeführt.

2. NEUE RECHTSVORSCHRIFTEN

Betriebsärztliche Betreuung und sicherheitstechnischer Dienst

Durch die Verordnung vom 5. Juni 1990, BGBl.Nr. 485, wurde die Verordnung über Einrichtungen in den Betrieben für die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes geändert. Diese Verordnung ist mit 1. August 1990 in Kraft getreten.

Diese Verordnung enthält vor allem jene Anpassungen und Berichtigungen, die durch die im November 1989 in Kraft getretene Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz erforderlich wurden. So wurden die Regelungen über die Mindesteinsatzzeit der betriebsärztlichen Betreuung und des sicherheitstechnischen Dienstes aufgehoben, da die Mindesteinsatzzeit nunmehr im Arbeitnehmerschutzgesetz selbst geregelt ist. In der Verordnung wurde klargestellt, daß weitere Sicherheitstechniker zu bestellen sind, wenn die Mindesteinsatzzeit des sicherheitstechnischen Dienstes die betriebliche Normalarbeitszeit übersteigt. Die über die betriebliche Normalarbeitszeit hinausgehende Einsatzzeit des sicherheitstechnischen Dienstes kann unter gewissen Voraussetzungen auf mehrere weitere Sicherheitstechniker aufgeteilt werden.

Änderungen im Verfahrensrecht

Durch die AVG- und VStG-Novelle 1990 (in Kraft getreten mit 1. Jänner 1991) erfolgten wesentliche Änderungen des Verfahrensrechtes, die für die Tätigkeit der Arbeitsinspektion von besonderer Bedeutung sind. Dies gilt sowohl für die Durchführung von Verwaltungsverfahren durch die Arbeitsinspektorate (z.B. nach dem Arbeitszeitgesetz oder dem Arbeitnehmerschutzgesetz), als auch für die Beteiligung der Arbeitsinspektorate an Verwaltungsverfahren und Verwaltungsstrafverfahren.

Über Berufungen gegen Bescheide erster Instanz in Verwaltungsstrafverfahren entscheidet nunmehr (anstelle des Landeshauptmannes) der unabhängige Verwaltungssenat des Landes. Die Mitglieder der unabhängigen Verwaltungssenate werden von den Landesregierungen bestellt, sie sind in Ausübung ihres Amtes unabhängig und an keine

Weisungen gebunden. Die unabhängigen Verwaltungssenate entscheiden durch Kammern, die aus drei Mitgliedern bestehen; wird jedoch im angefochtenen Bescheid weder eine primäre Freiheitsstrafe verhängt noch eine S 10.000,-- übersteigende Geldstrafe, so entscheidet der unabhängige Verwaltungssenat durch eines seiner Mitglieder. Im Verfahren vor den unabhängigen Verwaltungssenaten haben der Beschuldigte und die Verwaltungsbehörde, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat, Parteistellung. Bei Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften hat darüber hinaus das zuständige Arbeitsinspektorat Parteistellung. Im Verfahren vor den unabhängigen Verwaltungssenaten ist grundsätzlich eine öffentliche mündliche Verhandlung durchzuführen. Der unabhängige Verwaltungssenat hat die zur Entscheidung der Sache erforderlichen Beweise selbst aufzunehmen. Der Bescheid ist stets öffentlich zu verkünden.

Bisher ist es in manchen Bundesländern regelmäßig zur Einstellung von Strafverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften gekommen, weil der Landeshauptmann als Berufungsbehörde nicht innerhalb von 12 Monaten ab Einbringung der Berufung einen Bescheid erlassen hat. Durch die VStG-Novelle 1990 wurde diese Frist auf 15 Monate erstreckt. Außerdem ist nunmehr vorgesehen, daß diese Frist nicht in Strafverfahren gilt, in denen nicht nur der Beschuldigte das Recht der Berufung hat. Dies trifft auf Verfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften zu, da das Arbeitsinspektorat ein Berufungsrecht hat.

Berggesetz-Novelle 1990

Durch die Berggesetz-Novelle 1990 (in Kraft getreten mit 1. Jänner 1991) wurden weitere Tätigkeiten in den Geltungsbereich

des Berggesetzes einbezogen. So gilt nunmehr das Berggesetz 1975 für bergbautechnische Aspekte des Untersuchens des Untergrundes auf Eignung zum Lagern von Materialien in unterirdischen Hohlräumen, bei deren Herstellung und Benützung. Weiters wurden weitere mineralische Rohstoffe in die Liste der grundeigenen mineralischen Rohstoffe einbezogen, z.B. Quarz, Quarzit und Quarzsand, soweit sie sich als Einsatzstoff für die Herstellung von Zementen eignen; Tone, soweit sie sich zur Herstellung von Zementen oder Ziegeleierzeugnissen eignen; Kalkstein, soweit er sich zur Herstellung von Branntkalk oder als Einsatzstoff bei der Zementherstellung oder als Zuschlagstoff bei metallurgischen Prozessen eignet. Das Aufsuchen und Gewinnen sowie unter gewissen Voraussetzungen auch das Aufbereiten, Veredeln und die Weiterverarbeitung dieser mineralischen Rohstoffe fallen nunmehr unter das Berggesetz. Für die Wahrnehmung des Arbeitnehmerschutzes ist aber weiterhin das Arbeitsinspektorat zuständig.

Die Berggesetz-Novelle 1990 hat aber bewirkt, daß für die nunmehr unter das Berggesetz fallenden Tätigkeiten das Arbeitnehmerschutzgesetz nur mehr teilweise Anwendung findet, und daß sämtliche zum Arbeitnehmerschutzgesetz ergangene Verordnungen, z.B. die Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung, nicht mehr anzuwenden sind. Anstelle dieser bisher geltenden Arbeitnehmerschutzvorschriften gelten nunmehr ausschließlich bergrechtliche Vorschriften, die in manchen Bereichen keinen gleichwertigen Schutz für die Arbeitnehmer bieten.

Darüber hinaus hat die Berggesetz-Novelle 1990 in der Praxis zu zahlreichen Abgrenzungsschwierigkeiten sowie Streitfällen betreffend die Geltung des Berggesetzes 1975 geführt (z.B. betreffend Ziegelwerke und Zementwerke).

Elektrotechnikverordnung 1990

Die Elektrotechnikverordnung 1990 - ETV 1990 ersetzt die Elektrotechnikverordnung 1989 - ETV 1989. Die Neufassung dieser Verordnung war erforderlich, um zahlreiche auf den aktuellen Stand der Technik gebrachte oder auch neue "Bestimmungen für die Elektrotechnik", an deren Ausarbeitung auch Vertreter des Zentral-Arbeitsinspektorates mitwirkten, verbindlich zu erklären.

Von den aktualisierten Vorschriften sind insbesondere "ÖVE-E5 Teil 1/1989, Betrieb von Starkstromanlagen. Teil 1: Grundsätzliche Bestimmungen" sowie "ÖVE-EN 1 Teil 1/1989, Errichtung von Starkstromanlagen mit Nennspannungen bis ~ 1000 V und 1500 V. Teil 1: Begriffe und Schutz gegen gefährliche Körperströme (Schutzmaßnahmen)" zu erwähnen. An neuen Vorschriften wurde beispielsweise die für Geräte für den gewerblichen Gebrauch geltende "ÖVE-HG/EN 60335-2-36/1989, Elektrische Herde, Brat- und Backöfen und Kochplatten", verbindlich erklärt.

Ein Teil der Vorschriften enthält auch Bestimmungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Arbeitnehmern vor Gefahren, die nicht durch den elektrischen Strom bedingt sind; Artikel II dieser Verordnung, dessen Abs. 1 darauf Bezug nimmt, stützt sich auf § 24 Abs. 1 bis 3 des Arbeitnehmerschutzgesetzes.

Asbestverordnung

Mit dem Inkrafttreten der Asbestverordnung, BGBl.Nr. 324/1990, wurden rigorose Beschränkungen hinsichtlich des Inverkehrbringens, Herstellens und Verwendens asbesthaltiger Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren erlassen, die weiterreichend sind als die bisher lediglich auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes existierenden Einschränkungen bezüglich der Verwendung von Asbest. Ausnahmen von dieser Verordnung sind nur in sehr engem Umfang und unter besonderen Voraussetzungen möglich.

MAK-Werte-Liste 1990

Die an den Arbeitsplätzen einzuhaltenden Schadstoffkonzentrationen sind in der MAK-Werte-Liste enthalten, welche jährlich überarbeitet und jeweils in den Amtlichen Nachrichten Arbeit-Gesundheit-Soziales verlautbart wird. Die MAK-Werte-Liste 1990 enthält folgende wesentliche Änderungen: für 37 Stoffe wurde ein Grenzwert festgelegt, für weitere 42 Stoffe der Grenzwert gesenkt; ebenso wurde der TRK-Wert für Asbest wesentlich gesenkt; erstmals gelten auch für alle Holzstaubarten Grenzwerte in einheitlicher Höhe.

Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung

Mit 1. Juli 1990 trat die Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung (AMGSV) in Kraft. Diese Verordnung wurde zwar ausschließlich aufgrund der Gewerbeordnung 1973 erlassen, ist jedoch

auch für den Arbeitnehmerschutz von besonderer Bedeutung, weil § 37 AAV diese Verordnung für den Bereich des Arbeitnehmerschutzrechtes rezipiert und vorsieht, daß Maschinen und Geräte grundsätzlich nur dann verwendet werden dürfen, wenn sie den Anforderungen der AMGSV entsprechen. Die AMGSV stellt eine Zwischenlösung bis zum Inkrafttreten einer EG-konformen Maschinen-Sicherheitsverordnung dar.

3. IN VORBEREITUNG STEHENDE RECHTSVORSCHRIFTEN

Neues Arbeitsinspektionsgesetz

Das Arbeitsinspektionsgesetz 1974 bedarf in mehreren Punkten einer Anpassung an geänderte Verwaltungsverfahrensvorschriften, insbesondere aufgrund der AVG- und VStG-Novelle 1990. Außerdem sind in der Praxis Auslegungsschwierigkeiten und Unklarheiten aufgetreten, die nur durch eine gesetzliche Klarstellung beseitigt werden können. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat daher einen Entwurf für ein neues Arbeitsinspektionsgesetz erstellt, der im Frühjahr 1991 zur allgemeinen Begutachtung ausgesendet wurde.

Dieser Entwurf eines neuen Arbeitsinspektionsgesetzes enthält vor allem folgende Änderungen gegenüber dem geltenden Recht:

In den Wirkungsbereich der Arbeitsinspektion sollen jene Einrichtungen bzw. Tätigkeiten einbezogen werden, für die derzeit - ohne daß dafür sachliche Gründe vorliegen - keine Arbeitsaufsicht besteht. Dies betrifft die privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten sowie die Verwaltungsstellen der Kirchen und Religionsgesellschaften.

Bei Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften soll das Arbeitsinspektorat weiterhin entweder mit Aufforderung an den Arbeitgeber oder mit Strafanzeige vorgehen können. Die Aufforderungen sollen aber künftig schriftlich erfolgen. Außerdem werden im Entwurf nähere Kriterien dafür festgelegt, ob mit Strafanzeige oder mit Aufforderung vorzugehen ist.

Bei unmittelbar drohender Gefahr für Leben und Gesundheit von Arbeitnehmern kann das Arbeitsinspektorat anstelle der zuständigen Behörde die erforderlichen Verfügungen erlassen (z.B. Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern, Betriebssperre). Nach geltendem Recht kann aber das Arbeitsinspektorat - anders als z.B. die Gewerbebehörde - keine Sofortmaßnahmen setzen, sondern nur einen Bescheid erlassen, der dann von der Bezirksverwaltungsbehörde zu vollstrecken ist. Diese Konstruktion hat sich in der Praxis als nicht zweckmäßig erwiesen, da gerade in akuten Gefahrensituationen eine Einschaltung der Bezirksverwaltungsbehörde zu umständlich und zeitaufwendig ist und die Bescheiderlassung häufig keine ausreichende Reaktion auf Gefahrensituationen darstellt. Im Entwurf ist daher vorgesehen, daß das Arbeitsinspektorat vor Bescheiderlassung erforderlichenfalls direkt Sofortmaßnahmen treffen und durchsetzen kann.

Für die Einhaltung des Arbeitnehmerschutzes ist der Arbeitgeber verantwortlich. Häufig übertragen aber die Arbeitgeber die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit auf Arbeitnehmer, die weder die faktischen noch die rechtlichen Kompetenzen für eine wirksame Umsetzung des Arbeitnehmerschutzes haben. Im Entwurf ist daher vorgesehen, daß die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit vom Arbeitgeber nur mehr auf solche Arbeitnehmer übertragen werden kann, die leitende Angestellte sind und denen maßgebliche Führungsaufgaben selbstverantwortlich übertragen sind. Außerdem

wird für eine solche Delegation der Verantwortung eine Meldung an das Arbeitsinspektorat vorgesehen.

Darüber hinaus werden die Verfahrensbestimmungen an die geänderten Verwaltungsverfahrensvorschriften angepaßt, insbesondere wird auf die unabhängigen Verwaltungssenate der Länder Bedacht genommen. Die örtliche Zuständigkeit der Arbeitsinspektion wird umfassend geregelt.

Arbeitnehmerschutzgesetz und Durchführungsverordnungen

Die Vorarbeiten für eine umfassende Novellierung bzw. Neufassung des Arbeitnehmerschutzgesetzes werden fortgesetzt. Das Arbeitnehmerschutzgesetz soll durch diese Novelle weiter ausgebaut werden, und zwar insbesondere in bezug auf:

- Entscheidende Ausweitung der Verpflichtung zur Errichtung betriebsärztlicher Betreuungen und sicherheitstechnische Dienste
- Gefährliche Arbeitsstoffe und Arbeitsverfahren (stärkere Betonung des Verursacherprinzips und Beweislastumkehr)
- Bewilligungspflicht von Betrieben
- Festlegung von Qualitätsstandards für überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren und sicherheitstechnischer Dienste
- Bildschirmarbeitsplätze
- Berücksichtigung der bestehenden EG-Regelungen.

Eine Punktation über alle internen Vorschläge zur Novellierung des Arbeitnehmerschutzgesetzes unter Berücksichtigung der entsprechenden EG-Regelungen wird derzeit erstellt.

Diese Auflistung aller Änderungsvorschläge soll nach Abschluß des internen Meinungsbildungsprozesses mit den Sozialpartnern diskutiert und erst danach ein konkreter Entwurf ausgearbeitet werden.

Die Vorarbeiten zur Anpassung der Durchführungsverordnungen zum Arbeitnehmerschutzgesetz an den Stand von Wissenschaft und Technik und an die EG-Regelungen haben begonnen.

Anpassung der Arbeitnehmerschutzvorschriften an EG-Richtlinien

Auf dem Gebiet des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes wurden bereits eine Reihe von EG-Richtlinien erlassen, die Mindestanforderungen hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz regeln. Die in diesen Richtlinien vorgesehenen Mindestanforderungen sind durch das in Österreich geltende Arbeitnehmerschutzrecht nur zum Teil erfüllt. Eine Anpassung der österreichischen Rechtsvorschriften an diese EG-Richtlinien wird daher in mehreren Bereichen zu einer Verbesserung des Arbeitnehmerschutzrechtes führen.

Die einschlägigen EG-Richtlinien gelten grundsätzlich für alle privaten und öffentlichen Tätigkeitsbereiche in gleicher Weise. Im Zuge der EG-Anpassung wäre daher ein einheitliches Arbeitnehmerschutzrecht für alle jene privaten und öffentlichen Bereiche anzustreben, für die dem Bundesgesetzgeber die Kompetenz zukommt. Dies gilt insbesondere für Unterrichts- und Erziehungsanstalten, für die derzeit keine Regelungen bestehen, sowie für den Bergbau, für den weniger strenge Sonderregelungen gelten, aber auch für die Bundesdienststellen.

Nach den EG-Richtlinien muß der Arbeitgeber auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes selbst initiativ werden, sich umfassend informieren, Arbeitsplatzanalysen vornehmen oder vornehmen lassen, Schutzmaßnahmen festlegen, sich um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemühen. Der Arbeitgeber hat eine Ermittlung und Bewertung der für die Arbeitnehmer bestehenden Gefahren vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, die Grundlagen für seine Bewertung muß er gegenüber der Arbeitnehmerschutzbehörde offenlegen.

Nach den einschlägigen EG-Richtlinien müssen die Arbeitnehmer Zugang zu allen ihren Schutz betreffenden Informationen haben, die sie in die Lage versetzen, durch eine angemessene Mitwirkung zu überprüfen, daß die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Die Informations- und Unterweisungspflichten des Arbeitgebers sind in den Einzelrichtlinien im Detail geregelt, sie gehen weit über das geltende Arbeitnehmerschutzrecht hinaus. So müssen die Arbeitnehmer z.B. Zugang zu den Ergebnissen der Messungen und Untersuchungen erhalten, über Grenzwertüberschreitungen informiert werden, regelmäßig während der Arbeitszeit unterwiesen werden, schriftliche Anweisungen erhalten etc. In zahlreichen Belangen sind die Arbeitnehmer und/oder Arbeitnehmervertreter vorher anzuhören oder zu beteiligen. So ist in manchen Richtlinien auch eine Anhörung und Beteiligung bei der vom Arbeitgeber vorzunehmenden Evaluierung vorgesehen, weiters bei der Probenahme und Messung, bei der Auswahl der persönlichen Schutzausrüstungen etc.

Nach den EG-Richtlinien hat der Arbeitgeber unabhängig von der Zahl der Arbeitnehmer entweder Arbeitnehmer mit einer besonderen Funktion bei der Sicherheit und beim Gesundheitsschutz zu bestellen oder externe Personen oder Dienste heranzuziehen. Die Aufgaben dieser Personen und Dienste entsprechen weitgehend der betriebsärztlichen

Betreuung und dem sicherheitstechnischen Dienst nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz. Die derzeit bestehende Ausnahme von der Verpflichtung zur Einrichtung eines sicherheitstechnischen Dienstes und einer betriebsärztlichen Betreuung für Betriebe mit bis zu 250 Arbeitnehmern kann also nicht aufrecht erhalten werden, künftig werden auch diese Betriebe entsprechend zu betreuen sein.

Die EG-Richtlinien betonen die Verantwortlichkeit des Arbeitgebers für Sicherheit und Gesundheitsschutz. So wird ausdrücklich betont, daß die Heranziehung externer Dienste den Arbeitgeber nicht von seiner diesbezüglichen Verantwortung enthebt. Auch die Pflichten der Arbeitnehmer in Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz berühren nicht den Grundsatz der Verantwortung des Arbeitgebers.

Eine Anpassung des österreichischen Arbeitnehmerschutzrechtes an die EG-Richtlinien bedeutet daher auch eine stärkere Verantwortung des Arbeitgebers und - im Zusammenhang mit den verstärkten Informations- und Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer - auch eine gewisse Verlagerung der Arbeitnehmerschutzbelange auf die betriebliche Ebene.

Die in den EG-Richtlinien vorgesehenen Mindestanforderungen gehen über den traditionellen Regelungsbereich des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes hinaus. So hat der Arbeitgeber bei der Festlegung und Umsetzung der Schutzmaßnahmen auch den Faktor "Mensch" bei der Arbeit zu berücksichtigen, insbesondere bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen sowie bei der Auswahl von Arbeitsmitteln und Arbeits- und Fertigungsverfahren, vor allem im Hinblick auf eine Erleichterung bei eintöniger Arbeit und bei maschinenbestimmtem Arbeitsrhythmus sowie auf eine Abschwächung ihrer gesundheitsschädigenden Auswirkungen. Der Arbeitgeber hat die Gefahrenver-

hütung mit dem Ziel einer kohärenten Verknüpfung von Technik, Arbeitsorganisation, Arbeitsbedingungen, sozialen Beziehungen und Einfluß der Umwelt auf den Arbeitsplatz zu planen. Als konkretes Beispiel für diesen umfassenderen Begriff des Arbeitnehmerschutzes wäre die Richtlinie über die Arbeit an Bildschirmgeräten anzuführen. Nach dieser Richtlinie muß z.B. die Software der auszuführenden Tätigkeit angepaßt sein, benutzerfreundlich sein, gegebenenfalls dem Kenntnisstand und Erfahrungsstand des Benutzers angepaßt werden können. Ohne Wissen des Arbeitnehmers darf keinerlei Vorrichtung zur quantitativen und qualitativen Kontrolle verwendet werden.

Die einschlägigen EG-Richtlinien sehen sowohl eine allgemeine präventivmedizinische Überwachung als auch besondere ärztliche Untersuchungen vor. Ein Teil dieser Untersuchungen ist verpflichtend vorgeschrieben, ein Teil muß dem Arbeitnehmer zumindest zur Verfügung stehen. So muß sich jeder Arbeitnehmer auf Wunsch einer regelmäßigen präventivmedizinischen Überwachung unterziehen können. Bei Bildschirmarbeit besteht Anspruch auf eine Untersuchung der Augen und des Sehvermögens. Bei gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen sind Eignungsuntersuchungen und wiederkehrende Untersuchungen vorgesehen. Die im geltenden Arbeitnehmerschutzrecht geregelten besonderen ärztlichen Untersuchungen decken nur einen Teil der in den Richtlinien vorgesehenen Untersuchungen ab.

Zahlreiche EG-Richtlinien regeln den Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch Arbeitsstoffe. Die in den Richtlinien enthaltenen Grundsätze für die Vermeidung oder Verringerung einer Exposition entsprechen weitgehend den geltenden Arbeitnehmerschutzvorschriften. In den Richtlinien ist aber auch vorgesehen, daß der Arbeitgeber regelmäßig Messungen durchzuführen hat, wobei die Durchführung und die Auswertung dieser Messungen in den Arbeitnehmerschutzvorschriften zu regeln wäre. Außerdem hat der Arbeitgeber ein

Verzeichnis über die Belastungswerte und die den Arbeitsstoffen ausgesetzten Arbeitnehmer zu führen, dieses immer auf den neuesten Stand zu halten und bis zu 40 Jahren nach Ende der Exposition aufzubewahren.

Eine Übernahme dieser EG-Richtlinien in das österreichische Arbeitnehmerschutzrecht bedingt umfangreiche Änderungen der geltenden Vorschriften. Es wird daher das Konzept für ein neues Arbeitnehmerschutzgesetz samt Durchführungsverordnungen erstellt, das sowohl die sich aus den EG-Richtlinien ergebenden Mindestanforderungen als auch die auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes notwendigen sonstigen Verbesserungen beinhaltet.

Bauarbeiterschutzverordnung

Der in mehrjähriger Arbeit vom Zentral-Arbeitsinspektorat erstellte Entwurf einer neuen Bauarbeiterschutzverordnung ist soweit fertiggestellt, daß er - nach Zustimmung des Herrn Bundesministers - dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet werden kann.

Der Entwurf wurde aufgrund der Stellungnahmen der Interessenvertretungen und der Ergebnisse mehrjähriger Verhandlungen sowie eingehender Beratungen im Rahmen der Arbeitnehmerschutzkommission erstellt. Besonderes Augenmerk wurde auf Übersichtlichkeit und Klarheit gelegt. Der zuständige Fachausschuß der Arbeitnehmerschutzkommission hat dem Plenum der Arbeitnehmerschutzkommission am 22. August 1991 vorgeschlagen, dem Herrn Bundesminister zu empfehlen, diese Verordnung dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zuzuleiten. Die Arbeitnehmerschutzkommission hat einstimmig diesen Beschluß gefaßt.

Der Entwurf dieser Verordnung berücksichtigt unter anderem

- die technischen Veränderungen im Bauwesen,
- die durch die Verwendung gefährlicher Arbeitsstoffe auch im Bauwesen zunehmenden Gefahren für die Arbeitnehmer,
- die Erfahrungen der Arbeitsinspektorate, insbesondere betreffend die Unfallverhütung und nimmt außerdem
- auf die bestehenden EG-Regelungen Bedacht.

Auch aktuelle Probleme wie

- Arbeiten im Bereich von Deponien
- Arbeiten mit Asbest

finden im Entwurf Berücksichtigung, um die Arbeitsbedingungen für Bauarbeiter merklich zu verbessern und die Unfallgefahren deutlich zu verringern. Er soll die alte Verordnung aus dem Jahre 1954 ersetzen.

Richtlinien zur Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchungen nach § 8 ANSchG

Die nach den Arbeitnehmerschutzvorschriften durchzuführenden regelmäßigen besonderen ärztlichen Untersuchungen von Arbeitnehmern, die an ihrem Arbeitsplatz bestimmten Schadeinwirkungen ausgesetzt sind, sind nach einheitlichen Richtlinien durchzuführen. Diese Richtlinien wurden von der Arbeitnehmerschutzbehörde erstmals 1975 herausgegeben und im Jahre 1985 überarbeitet. In einem Expertenkreis, bestehend aus Arbeitsmedizinern, Fachärzten einschlägiger Fachrichtungen, Arbeitsinspektionsärzten, Meßtechnikern und Chemikern, wird nun eine neuerliche Überarbeitung der Richtlinien beraten, um sie dem derzeitigen arbeitsmedizinischen und arbeitshygienischen Wissens- und Erkenntnisstand anzupassen.

Kennzeichnung und Verpackung von Arbeitsstoffen

Das Chemikaliengesetz und die dazu erlassenen Durchführungsverordnungen enthalten detaillierte Regelungen über die Verpackung und Kennzeichnung chemischer Stoffe und Zubereitungen. Diese Regelungen gelten aber nicht für Stoffe, die in Betrieben verwendet werden. Die Arbeitnehmerschutzvorschriften enthalten zwar Regelungen über die Verpackung und Kennzeichnung von Arbeitsstoffen, diese Vorschriften sind aber weniger streng und weniger detailliert als das Chemikalienrecht und haben sich in der Praxis als nicht ausreichend erwiesen.

Durch eine Verordnung zum Arbeitnehmerschutzgesetz soll daher die Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Arbeitsstoffe, die in Betrieben gelagert und verwendet werden, geregelt werden. In inhaltlicher Hinsicht sollen die Verpackungs- und Kennzeichnungsbestimmungen des Chemikalienrechtes weitgehend übernommen werden, soweit es sich nicht um Regelungen handelt, die ausschließlich dem Konsumentenschutz dienen oder die naturgemäß nur für das Inverkehrbringen gelten können.

Fachausbildung der Sicherheitstechniker

Eine bessere Ausbildung der Sicherheitstechniker stellt einen wesentlichen Beitrag zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten dar.

Eine Arbeitsgruppe hat unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie der mit Arbeitssicherheit befaßten Stellen 1990 ein Konzept für eine neue Sicherheitstechniker-Ausbildung ausgearbeitet. Die Umsetzung dieses Konzeptes erfordert eine Änderung des Arbeitnehmerschutzgesetzes und die Erlassung einer entsprechenden Durchführungsverordnung. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat daher auf Basis dieses Konzeptes eine Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz und eine Ausbildungsverordnung erstellt. Diese Entwürfe sollen als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen.

Diese Entwürfe sehen eine verpflichtende 12-wöchige Ausbildung als Voraussetzung für eine Tätigkeit als Sicherheitstechniker vor. Die Ausbildungsinhalte sollen durch Verordnung näher geregelt werden. Die Durchführung dieser Ausbildung bedarf einer Ermächtigung durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales. Für bereits tätige Sicherheitstechniker soll eine Übergangsregelung geschaffen werden.

Gentechnologie

Gentechnische Arbeiten stellen eine besondere Gefahr für die betroffenen Arbeitnehmer dar und erfordern daher spezifische Arbeitnehmerschutzvorschriften. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat 1990 ein Konzept zur legislatischen Lösung der Arbeitnehmerschutzprobleme bei gentechnischen Arbeiten erstellt.

Das Gesundheitsministerium hat einen Entwurf eines Allgemeinen Gentechnikgesetzes ausgearbeitet, das insbesondere Regelungen zum allgemeinen Gesundheitsschutz und verschiedene Bewilligungspflichten vorsieht. Die für gentechnische Arbeiten erforderlichen spezifi-

schen Arbeitnehmerschutzvorschriften müssen mit den allgemeinen Regelungen dieses Gentechnikgesetzes abgestimmt werden und sollen diese ergänzen. Nach Auffassung des Zentral-Arbeitsinspektorates sollen aus Kompetenzgründen sowie zur Vermeidung von Vollziehungsproblemen diese spezifischen Arbeitnehmerschutzvorschriften nicht in das Allgemeine Gentechnikgesetz eingebaut werden, sondern in die bestehenden Arbeitnehmerschutzvorschriften.

Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Sanierung und Entsorgung von Bauwerken, in denen Spritzasbest zur Anwendung gelangte sowie die Holzbringung im Hochgebirge mittels Seilkrananlagen sind Tätigkeiten, die mit besonderen Gesundheitsgefahren bzw. Unfallgefahren für die damit Beschäftigten und auch für andere Arbeitnehmer verbunden sind. Es soll daher in Zukunft auch für diese Arbeiten der Nachweis der Fachkenntnisse verlangt werden.

Erste Sondierungsgespräche über erforderliche Ausbildungsinhalte haben stattgefunden. Nach Ansicht des Zentral-Arbeitsinspektorates sollte im Zusammenhang mit der Asbestsanierung sowohl eine Ausbildung jener Personen verlangt werden, die auf Baustellen Anordnungen treffen bzw. die Tätigkeiten überwachen, als auch jener Personen, die vor Ort die Tätigkeiten durchführen.

An einem Arbeitsentwurf für eine entsprechende Durchführungsverordnung zum Arbeitnehmerschutzgesetz wird derzeit gearbeitet. Nach Fertigstellung dieses Entwurfes soll er zunächst mit den Experten auf Arbeitnehmerseite besprochen werden.

Theatersicherheitsverordnung

Dem Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in einer gemeinsamen, auf dem Bundestheatersicherheitsgesetz und dem Arbeitnehmerschutzgesetz basierenden Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Arbeit und Soziales sowohl Maßnahmen zum Schutz der Theaterbesucher als auch solche zum Schutz der Arbeitnehmer zu regeln, wurde von seiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten nicht nähergetreten.

Da sich in der Praxis zeigt, daß die bestehenden Arbeitnehmerschutzvorschriften den besonderen Gefährdungen, denen Bühnenarbeiter ausgesetzt sind, nur bedingt Rechnung tragen, beabsichtigt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer ausschließlich auf das Arbeitnehmerschutzgesetz gestützten Verordnung insbesondere das Risiko, unter schwebenden Lasten zu arbeiten, zu minimieren. Ebenso soll in dieser Verordnung die Arbeitsweise mit Bühneneinrichtungen, wie Drehbühnen, Hubpodien und Versenkeinrichtungen, näher geregelt und auch sicherheitstechnische Anforderungen, denen diese Betriebseinrichtungen genügen müssen, präzisiert werden.

Mit den Vorarbeiten zu dieser Verordnung, die dem Schutz der Arbeitnehmer bei der Durchführung von Bühnenarbeiten dienen soll, wurde bereits begonnen; sie würde auf alle Veranstaltungsstätten und nicht nur auf die Bundestheater anwendbar sein.

4. TECHNISCHER UND ARBEITSHYGIENISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ

4.1 Technischer Arbeitnehmerschutz

Allgemeines

Bei der Inspektionstätigkeit in den Betrieben und auf Bau(Arbeits)stellen haben die Arbeitsinspektoren in 116 791 Fällen (im Vorjahr in 121 501 Fällen) festgestellt, daß Vorschriften des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes übertreten wurden. Hiezu ist zu bemerken, daß diese Beanstandungen nicht auf einzelne Arbeitsplätze beschränkt sind. In den nachstehenden Ausführungen geben die in Klammer angeführten Zahlen immer die Werte des Vorjahres (1989) an.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 70 074 (80 912) Inspektionen durchgeführt und hiebei 66 464 (76 355) Betriebe und Bau(Arbeits)stellen überprüft:

Die Übertretungen im Zusammenhang mit allgemeinen Anforderungen und Maßnahmen ergaben mit 40 247 (42 850) Beanstandungen, so wie in den Vorjahren, wieder den größten Anteil. Innerhalb dieser Großgruppe erreichten die Beanstandungen bezüglich der zu treffenden Brandschutzmaßnahmen mit 9 458 (10 767), danach die ausständige Instandhaltung, Prüfung und Reinigung mit 9 339 (10 721), den höchsten Wert. Im Zusammenhang mit Betriebsräumen wurden insgesamt 19 720 (18 836) Beanstandungen ausgesprochen, von denen 10 287 (10 003) auf nicht ordnungsgemäße Ausgänge, Verkehrs- oder Fluchtwege entfielen. Die Zahl der Beanstandungen, die auf nicht ordnungsgemäße elektri-

sche Anlagen und Einrichtungen zurückzuführen waren, betrug 11 625 (12 856); im Zusammenhang mit Energieumwandlung und -verteilung ergaben sich insgesamt 18 547 (21 130) Mißstände.

In den weiteren Großgruppen ergaben sich bei Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von Metallen, Holz, Faserstoffen und Textilien sowie anderen Stoffen insgesamt 6 652 (7 158) Beanstandungen; Fördereinrichtungen und Transportmittel wurden in 6 049 (6 728) Fällen beanstandet.

Detaillierte Angaben über die von den Arbeitsinspektoren festgestellten Übertretungen, nach Wirtschaftsklassen bzw. Arbeitsinspektoraten unterteilt, sind den Tabellen 6 und 6 a im Teil J dieses Berichtes zu entnehmen.

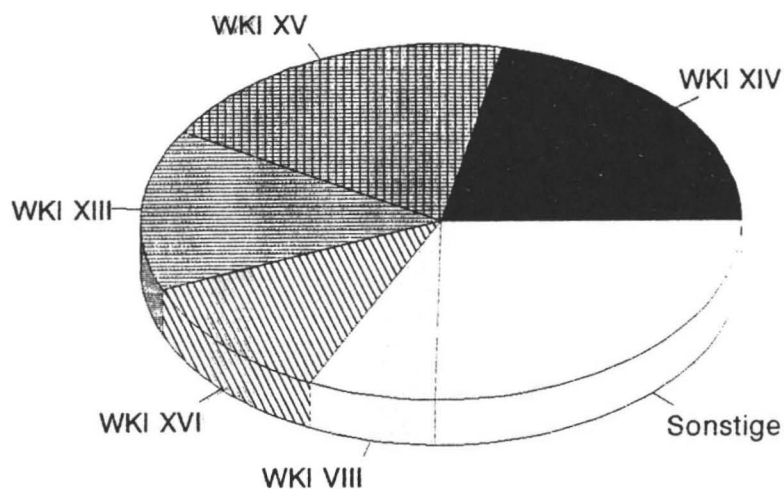
Analyse der Beanstandungen nach Wirtschaftsklassen und Häufigkeit

Die 116.791 Beanstandungen verteilen sich - nach Häufigkeit geordnet - auf die einzelnen Wirtschaftsklassen wie folgt:

1. Bauwesen (XIV)	25 375	(21,7 %)
2. Handel; Lagerung (XV)	23 003	(19,7 %)
3. Erzeugung und Verarbeitung von Metallen (XIII)	17 231	(14,8 %)
4. Beherbergungs- und Gaststättenwesen (XVI)	13 669	(11,7 %)
5. Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung (VIII)	7 941	(6,8 %)

Die Beanstandungen in den übrigen Wirtschaftsklassen liegen jeweils unter 5 %.

Verteilung der Beanstandungen



Zu den häufigsten Beanstandungen zählen (die röm. Ziffern in Klammern geben jene Wirtschaftsklassen an, in denen diese Beanstandungen besonders häufig angetroffen werden):

Ausgänge, Verkehrswege, Fluchtwege	10 287 (XV)
Elektrische Anlagen und Einrichtungen	11 625 (XIII, XIV, XV, XVI)
Gerüste	5 138 (XIV)
Schutzausrüstung und Arbeitskleidung	5 017 (XIV)
Brandschutzmaßnahmen	9 458 (XV)
Vorsorge für erste Hilfe- leistung	6 416 (XVI)
Trinkwasser, Waschgelegen- heiten, Aborte	6 249 (XV, XVI)
Instandhaltung, Reinigung	9 339 (XIV, XV, XVI)

Die 12 701 Beanstandungen bei Betriebseinrichtungen und Betriebsmitteln (Maschinen, Geräte, Anlagen etc.) verteilen sich wie folgt (die röm. Ziffern in Klammern geben jene Wirtschaftsklassen an, in denen diese Beanstandungen besonders häufig angetroffen werden):

Schleif-, Poliermaschinen	607 (XIII)
Schweiß- und Schneideanlagen, Metallflammspritzenanlagen	1 133 (XIII)
Kreissägen	1 086 (VIII, XIV)
Aufzüge	1 314 (XIV, XV)
Krane	1 099 (XIII, XIV)

Lasthebegeräte, wie Winden, Flaschenzüge, Hebebühnen	1 430 (XIII, XIV, XV)
Flurförderzeuge, wie Elektro-, Dieselkarren, Hubstapler	1 228 (XIII, XIV, XV)

Besondere Erfahrungen, Ereignisse, Ergebnisse im Berichtsjahr

Für das Berichtsjahr 1990 ist festzustellen, daß sich der Schwerpunkt der Tätigkeit auf dem Gebiet des technischen Arbeitnehmerschutzes - bei der bestehenden Personalausstattung - weiter in Richtung auf die Mitwirkung bei Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren verlagert hat. Dieser Trend hat in weiterer Folge dazu geführt, daß die Zahl der Planvorbegutachtungen und Projektvorbesprechungen sowohl im Amt als auch im Außendienst zugenommen hat.

Die geschilderte Situation ist im Sinne der Durchsetzung der gesetzlichen Arbeitnehmerschutzvorschriften positiv zu bewerten, obwohl klar gesagt werden muß, daß bei einer insgesamt konstant zur Verfügung stehenden Gesamtarbeitskapazität diese Entwicklung auf Kosten der Inspektionstätigkeit gehen muß.

Die Beteiligung des Arbeitsinspektorates an Bauverfahren war im abgelaufenen Berichtsjahr in einigen Bereichen nicht zufriedenstellend und es werden Verbesserungen angestrebt.

Allgemein kann ausgeführt werden, daß speziell im technischen Arbeitnehmerschutz die Beratungstätigkeit bei der Errichtung bzw. Erweiterung oder Umgestaltung von Betrieben so wie im Vorjahr fortgesetzt wurde. Allerdings ist zu bemerken, daß verstärkt die Bauplaner zu geringe Belichtungsflächen für die Arbeitsräume vorsahen

und es nur mit großen Schwierigkeiten zu erreichen war, die im gesetzlichen Ausmaß notwendigen natürlichen Belichtungsflächen einzubauen. In einigen Fällen wollte man für Neubauten unbedingt bescheidmäßige Ausnahmen erreichen, die jedoch abgewiesen werden mußten.

Da bei gewerbebehördlichen Genehmigungsverhandlungen von Betrieben seitens der zuständigen Behörde dem Umwelt- bzw. Anrainerschutz verstärkt eine größere Bedeutung beigemessen wird, gehen die Sachverständigen in zunehmendem Maße dazu über, insbesondere wegen diffuser nicht berechenbarer Emissionen, die Schließung sämtlicher Fenster - und sonstiger Lüftungsöffnungen - in den Betriebsräumen vorzuschreiben.

Der Vertreter des Arbeitsinspektorates ist somit gezwungen, den Einbau mehr oder weniger aufwendiger, mechanischer Absaug- und Belüftungsanlagen zu beantragen, was z.T. mit erheblichen Mehrkosten für den Genehmigungswerber verbunden ist.

Betreffend die Räumlichkeiten und Arbeitsstellen ist in den Betrieben eine deutliche Verbesserung festzustellen. Im besonderen sind in neu zu genehmigenden Betrieben auch von der Arbeitgeberseite her Bemühungen im Gange, um dem Arbeitnehmer einen möglichst sicheren und angenehmen Arbeitsplatz anbieten zu können. So werden immer häufiger Informationen hinsichtlich Einrichtung und Ausstattung von Betriebsräumen und Arbeitsstellen beim Arbeitsinspektorat eingeholt.

Dies zeigt auch, daß das Interesse an der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat steigt.

Weniger erfreulich sieht es bei Verkehrswegen aus. Diese sind besonders in den Großmärkten teilweise bzw. ganz verstellt. Vor allem die Notausgänge werden vielfach durch Lagerungen unbenutzbar gemacht, was z.B. im Brandfall eine beträchtliche Gefährdung der Arbeitnehmer nach sich zieht.

Um dieser Entwicklung entgegenwirken zu können, ist es notwendig, im besonderen Maße auf diese Mißstände zu achten und sie sofort beseitigen zu lassen.

4.2 Arbeitsunfälle

Allgemeines

Im Berichtsjahr habe sich im unmittelbaren Zusammenhang mit der Berufstätigkeit, nämlich in Betrieben und auf auswärtigen Arbeitsstellen, 94 015 (94 393) Arbeitsunfälle im engeren Sinn ereignet, von denen 91 (94) tödlich verliefen.

Insgesamt gelangten der Arbeitsinspektion im Jahr 1990 103 906 (104 644) Unfälle zur Kenntnis, von denen 177 (188) einen tödlichen Verlauf nahmen. Außerhalb des Betriebes oder der Arbeitsstelle ereigneten sich 9 891 (10 251) Unfälle, von denen 86 (94) tödlich waren. Somit entfielen 9,52 % (9,80 %) aller Unfälle und 48,59 % (50,00 %) aller tödlichen Unfälle auf keine Arbeitsunfälle im engeren Sinn. Bei den Unfällen, die sich nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb ereigneten, handelt es sich zu 78,26 % (77,83 %) um Wegunfälle; bei den tödlichen Unfällen dieser Art liegt der Anteil bei 72,09 % (69,14 %).

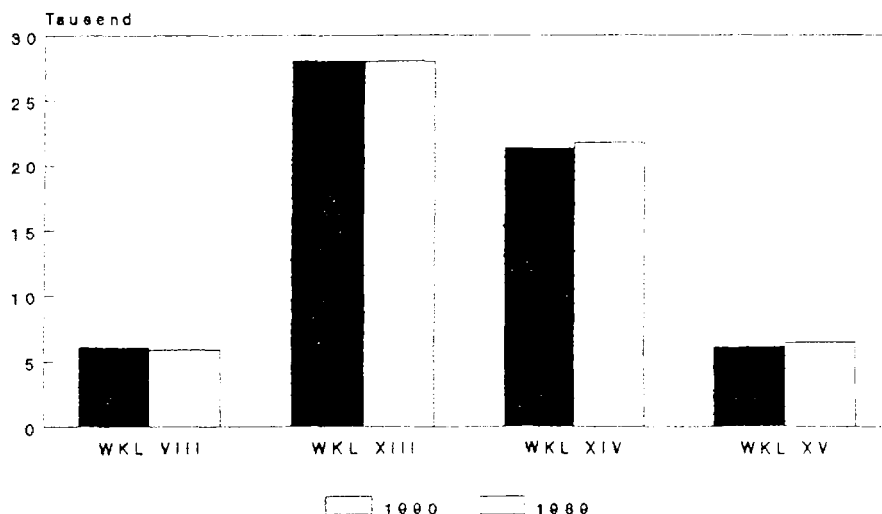
Im Berichtsjahr wurden 4 202 (4 042) Erhebungen von Unfällen und Berufserkrankungen sowie 35 (39) kommissionelle Unfallerehebungen durchgeführt. Zum Unfallgeschehen siehe auch die im Tabellenteil enthaltene Tabelle 3 (Den Arbeitsinspektoraten zur Kenntnis gelangte Unfälle).

Analyse der Arbeitsunfälle

Eine Analyse der in Betrieben und auf Arbeitsstellen gemeldeten Unfälle hat in folgenden Branchen Schwerpunkte ergeben:

	1990	1989
Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung (VIII)	6 100 (6,5 %)	5 862 (6,2 %)
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen (XIII)	27 979 (29,8 %)	28 037 (29,7 %)
Bauwesen (XIV)	21 301 (22,7 %)	21 729 (23,3 %)
Handel; Lagerung (XV)	6 075 (6,5 %)	6 405 (6,8 %)
Unfälle (Gesamtzahl)	94 015	94 393

UNFÄLLE 1990/1989

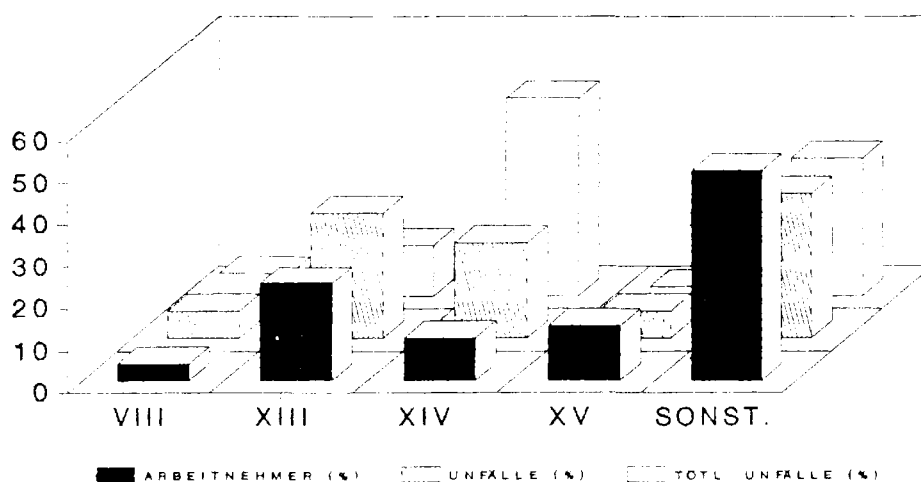


Die Verteilung blieb damit praktisch unverändert.

Berücksichtigt man den Arbeitnehmeranteil (in Betrieben der jeweiligen Wirtschaftsklassen festgestellte Arbeitnehmer im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den Betrieben bzw. auf den auswärtigen Arbeitsstellen erhobenen Arbeitnehmer), ergibt sich folgendes besonderes Bild:

	Arbeit- nehmer %	Unfälle %	tödl. Unfälle %
Be- und Verarbeitung von Holz, Musikinstrumenten und Spielwaren	4	6,5	6,5
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	23	29,8	12,1
Bauwesen	10	22,7	47,3
Handel; Lagerung	13	6,5	2,2

VERTEILUNG DER UNFÄLLE
AUF WIRTSCHAFTSKLASSEN



Diese Analyse bestätigt einmal mehr die weit überdurchschnittlichen Gefahren im Bauwesen, wobei insbesondere der hohe Anteil an tödlichen Unfällen auffällt.

Eine Auswertung nach Unfallursachen im Bauwesen zeigt folgende Häufungen:

Absturz von Personen	4 981
Transportarbeiten	7 084
Ausgleiten, Stolpern, Fallen	16 003
Klemmen, Quetschen	9 047
scharfe und spitze Gegenstände	18 989
Herabfallen von Gegenständen	6 466
Wegfliegen von Stücken	4 035
	<u>66 603 (= 70,9 % aller Unfälle)</u>

Tödliche Unfälle

Ein Geselle und ein Lehrling hatten den Auftrag, eine Getriebekonsole mit den Maßen 470 x 70 x 18 cm und einem Gewicht von etwa 400 kg fertigzustellen. Dazu wurde die Konsole mit ihrer Schmalseite auf ein aus Eisenschragen bestehendes Gerüst aufgebaut und an einer Seite mit Schraubzwingen befestigt. Im Rahmen der Bearbeitung mußte der Lehrling eine Schraube mittels eines Schraubenschlüssels anziehen und dürfte dabei abgerutscht sein. Zufolge der sehr instabilen Lagerung stürzte die Konsole seitlich ab und begrub den Lehrling unter sich, der an den schweren Verletzungen im Brustbereich verstarb (AI 13).

Das Abschreckbecken einer Hookersalzanlage in einer Zieherei besteht aus einem Becken und einem pneumatisch betätigten Deckel. Die Steuerung der Deckelbewegung erfolgt wahlweise über einen Fußschalter oder durch einen händisch zu bedienenden Druckknopf. Ein Arbeitnehmer wollte offensichtlich den Abfluß des Beckens mit einer Eisenstange reinigen und mußte sich daher mit dem Oberkörper über das Becken beugen. Bei dieser Tätigkeit dürfte er einen der Auslösemechanismen des Deckels berührt haben, denn der Deckel schloß sich und quetschte den Arbeitnehmer ein. Dieser erlitt Serienrippenbrüche sowie innere Verletzungen, denen er nach wenigen Tagen erlag. Der Unternehmensleitung wurde die Anbringung einer Reißleine im gefährlichen Bereich aufgetragen, womit in Hinkunft die Schließbewegung des Deckels gestoppt werden kann (AI 12).

Nach Anlieferung an einen Schlachtbetrieb half der Kraftfahrer beim Entladen der Tiere routinemäßig mit. Die Tiere wurden einzeln von der Ladebordwand in einen mit Stahlrohren begrenzten Gang getrieben und zu einer Waage geführt. Diese Waage verfügt am Ein- und Ausgang über je eine aus Stahlrohr gefertigte Tür. Beim Öffnen der Ausgangstür konnte sich der Kraftfahrer nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen, wurde von einem Stier erfaßt und gegen eine Rohrsäule gedrückt. Der Betriebsinhaber lenkte den Stier durch Stockschläge ab, wodurch das Opfer zunächst zu Boden stürzte, anschließend etwa 20 m weit lief und neuerlich zu Boden stürzte. Zwischenzeitlich wurde der Stier in Gewahrsam gebracht, und der Verletzte konnte erstversorgt werden. Er erlag zwei Wochen später seinen schweren inneren Verletzungen (AI 19).

Ein LKW-Fahrer lieferte mit einem Sattelschlepper Baumaterial an eine Baustelle. Beim Abkippen des Schüttgutes nach hinten blieben trotz hochgekippter Ladefläche Reste des Materials auf dieser zu-

rück. Der Fahrer wollte durch mehrmaliges, ruckartiges Anfahren diese Reste zum Abrutschen bringen, übersah dabei eine quer verlaufende 20 kV-Stromleitung und stieß an diese an. Obwohl er durch Zurufe gewarnt wurde, stieg er aus dem Führerhaus aus und erhielt einen tödlichen Stromstoß (AI Bau).

Vom Lagerplatz eines Betriebes wurde mittels LKW Baumaterial zu einer Baustelle abtransportiert. Da es im Baustellenbereich nicht möglich war, mit dem LKW zu wenden, mußte der LKW-Fahrer mit seinem Fahrzeug zurückschieben. Bei dieser Tätigkeit geriet der LKW mit dem Fahrzeugkran in eine Telefonleitung der Post, wodurch die beiden rechts und links der Straße stehenden Masten umfielen. Ein Mast stürzte auf einen auf der Ladefläche stehenden Arbeitnehmer. Dieser erlag nach drei Tagen seinen schweren Kopfverletzungen (AI 7).

Zwei Arbeitnehmer hatten den Auftrag, ein fahrbares Metallgerüst mit einer Gesamthöhe von über 8 m von einer Einsatzstelle zu einer anderen zu verbringen. Dabei übersahen sie eine 20 kV-Stromleitung und stießen mit dem Gerüst an diese an. Ein Arbeitnehmer, der zu diesem Zeitpunkt auf einem mit weichem Material bedeckten Zufahrtsweg stand, wurde durch den Stromschlag sofort getötet. Seine rechte Hand und Teile seines Oberkörpers waren verkohlt. Der andere Arbeitnehmer befand sich auf einer asphaltierten Fahrbahn, er wurde durch den Stromschlag zu Boden geschleudert und blieb dort mehrere Minuten regungslos liegen. Herbeigeeilte Helfer warfen ein Krangehänge auf das Gerüst, um eine direkte Ableitung zur Erde herzustellen. Danach konnten sie den Verletzten in Sicherheit bringen. Er hatte schwere Verbrennungen an den Füßen erlitten (AI 13).

Ein Kraftfahrer versuchte an einer abschüssigen Stelle, einen Anhänger an das Zugfahrzeug anzukoppeln. Er stellte das Zugfahrzeug ca. 1 m vor der Deichsel des Hängers ab, trat zwischen die beiden

Fahrzeuge, löste die Federspeicherbremse des Hängers und wollte die Deichsel händisch in die Anhängerkupplung des Zugfahrzeuges einführen. Die Deichsel verfehlte jedoch die Kupplung, der Hänger fuhr auf das Zugfahrzeug auf und der Kraftfahrer wurde zwischen den Fahrzeugen eingeklemmt. Er erlitt tödliche Verletzungen (AI 13).

Bei der Installation einer Heizungsanlage war ein Arbeitnehmer mit Autogen-Schweißarbeiten beschäftigt. Diese führte er aufgrund der Sonneneinwirkung und der Sommerhitze in einem garagenähnlichen Raum durch. Auf einer Stellage war ca. 1 kg Schwarzpulver, nicht gekennzeichnet und in einem Plastiksäckchen verpackt, zwischen anderen Gegenständen gelagert. Durch Schweißfunken wurde das Schwarzpulver zur Verpuffung gebracht. Der Arbeitnehmer erlitt dabei schwere Verletzungen, denen er drei Tage später erlag (AI 19).

Auf dem Weg vom Arbeitsplatz zum Umkleideraum fiel ein Glaser im Stiegenhausgang eines Büroneubaues in einen ungesicherten Lüftungsschacht und stürzte über 11 Geschosse ab. Lüftungsspengler hatten ein Verlängerungsstück des im Schacht zu montierenden Blechkanals bereits für den Einbau am Gang abgestellt, dann aber die Arbeitsstelle ohne Abschränkung verlassen. Der Unfall wäre vermeidbar gewesen, wenn die Absturzkanten in den Schacht mit Wehren oder in sonst wirkungsvoller Weise gesichert worden wären (AI Bau).

Zwei Arbeitnehmer führten im Auftrag des Hauseigentümers in dessen zur Zeit unbewohntem Wohnhaus Renovierungsarbeiten durch. Dabei trugen sie im ausgebauten Dachgeschoß eine 12 cm starke Zwischenmauer ab, auf der die Zwischendecke aufgelagert war. Dadurch stürzte die Zwischendecke herab und verletzte einen Arbeitnehmer tödlich, den anderen nur leicht. Der Unfall wäre vermeidbar gewesen, wenn die Arbeiten unter Aufsicht einer fachkundigen Person durchgeführt worden wären, die sich vor Beginn der Arbeiten vergewissert

hätte, ob die Zwischenwand tragend ausgeführt worden war und danach die Arbeitsweise (Abtrag der Decke vor dem Abtrag der Zwischenwand) festgelegt hätte (AI Bau).

Ein Arbeitnehmer war auf der 7. Gerüstetage eines nur mit Brustwehren gesicherten Metallrohrsteckgerüsts mit dem Aufbringen des Fassadenputzes beschäftigt. Er stürzte vermutlich zwischen Brustwehr und Gerüstbelag - Mittel- und Fußwehr fehlte - ca. 15 m ab und erlitt tödliche Verletzungen (AI Bau).

Zwei erfahrene Monteure, die solche Arbeiten schon jahrelang selbständig durchgeführt hatten, waren mit dem Abbau eines Zahnstangen-Bauaufzuges beschäftigt. Dazu fuhren sie im Fördergerät zur jeweiligen Montagestelle hoch. Die Bedienung des Aufzuges erfolgte mittels Steuerkassette durch die Monteure selbst. Vor ihrer Frühstückspause hatten sie den Mast bis zu einer Höhe von 10,5 m demonstrieren und bereits die zwei äußeren Verbindungsbolzen zwischen dem 6. und 7. Mastelement entfernt. Nach der Pause merkten die beiden, daß sie vergessen hatten, die oberste Verankerungsstrebe zum Bauwerk zu entfernen. Sie fuhren wieder zur Mastspitze hoch und entfernten die Strebe. Durch das Fehlen der Bolzen kippte daraufhin das oberste Mastelement und das Fördergerät mit dem daran montierten Triebwerk in die Waagrechte. Die noch vorhandenen innenseitigen Verbindungsbolzen verbogen sich in der Kippachse, verhinderten jedoch ein Abstürzen des Mastelementes mit dem Fördergerät. Beim Kippen hatte sich aber die Ladeklappe des Fördergerätes nach unten geöffnet, die beiden Arbeitnehmer rutschten durch die Klappe und stürzten ab. Ein Arbeitnehmer erlitt schwere, der andere tödliche Verletzungen (AI Bau).

Ein Arbeitnehmer eines Leihunternehmens wurde im Zuge von Kanalverlegearbeiten in einer ca. 2,80 m tiefen und 0,80 m breiten,

ungesicherten Künette durch den Einsturz einer Erdwand verschüttet und tödlich verletzt (AI Bau).

Ein Arbeitnehmer war mit dem Rückbau der Pölzung, die nur auf den oberen 1,50 m der ca. 2,90 m tiefen Künette angebracht war, beschäftigt. Die Künette war bis auf eine Tiefe von ca. 2,20 m verfüllt. Als der Arbeitnehmer die unteren Sprenger der waagrechten Pölzung löste und anschließend die ersten Pfosten entfernte, stürzte eine Künettenwand ein und verschüttete ihn zur Gänze. Der Unfall wäre vermeidbar gewesen, wenn die Pölzung nur abschnittsweise, entsprechend dem Fortschritt der Verfüllung der Künette, entfernt worden wäre (AI Bau).

An einer 3-Walzen-Blechrundbiegemaschine, deren Walzen horizontal und asymmetrisch angeordnet sind, wollte ein Arbeitnehmer ein geschweißtes Rohr (Länge ca. 400 cm, Durchmesser ca. 28 cm) nachrichten. Dazu mußte das Rohr auf die Oberwalze aufgefädelt werden. Nach dem Einschalten der Walzendrehbewegung hat der Arbeitnehmer das Steuerpult verlassen und wollte vermutlich mit einem Handhammer, der neben der Maschine gefunden wurde, das Rohr bearbeiten. Während dieser Tätigkeit wurde die Arbeitsjacke, die vermutlich nicht geschlossen war, zwischen die Walzen eingezogen. Der Verunfallte konnte sich nicht mehr losreißen und es wurde der rechte Arm bis zum Rumpf eingezogen. Die Maschine wurde vom Betriebsleiter, nachdem er durch Schreie des Verunfallten alarmiert wurde, abgeschaltet. Der Verunfallte starb an inneren Verletzungen (AI 5).

An eine Baustelle der Wildbachverbauung wurde Beton angeliefert und mittels Pumpwagen an den eigentlichen Einsatzort über Rohrleitungen gepumpt. Nach Beendigung der Arbeiten wurde die Rohrleitung abgebaut. Am Pumpenwagen war noch ein Gummischlauch mit einem etwa 2,20 m langen Eisenrohr angeschlossen, das ca. 1,50 m

über dem Erdboden hing. Ein Arbeitnehmer schlug mit einem Hammer gegen das frei hängende Rohr, um den darin noch befindlichen Beton zu lösen. Durch die Schläge pendelte das Rohr aus und traf den Arbeitnehmer am Hinterkopf, wodurch dieser rückwärts über eine Geröllböschung fiel. Dabei erlitt er schwere Kopfverletzungen, denen er sechs Wochen später erlag (AI 18).

In einem Handelsbetrieb (Brennstoffe) nahm ein Arbeitnehmer, der üblicherweise mit dem Spalten von Holz beschäftigt war, unbefugt und ohne in Besitz eines Stapler-Führerscheines zu sein, einen Gabelstapler in Betrieb. Der Stapler war nicht ordnungsgemäß gesichert, da der Zündschlüssel am Fahrzeug steckte. Infolge überhöhter Geschwindigkeit stürzte der unbeladene Stapler in einer starken Rechtskurve um und fiel auf den Arbeitnehmer, der kurze Zeit danach seinen schweren Verletzungen erlag (AI 8).

Auf einer Tiefbaustelle wurden Kanalverbau-Elemente mittels eines Mobilbaggers hängend transportiert. Um die Last während der Fahrbewegung des Baggers nicht zu stark auspendeln zu lassen, wurde diese von einem Arbeitnehmer geführt. Dieser kam zu Sturz und wurde in weiterer Folge vom Mobilbagger überrollt. Er erlitt tödliche Verletzungen (AI 10).

Im Rahmen von Renovierungsarbeiten wurde an der Außenfassade eines Wohnhauses ein Gerüst errichtet, das sowohl vom Bauunternehmen als auch vom Maler/Anstreicher benutzt werden sollte. Nachdem die Bauarbeiten beendet waren, wurde mit dem Abtragen des Gerüsts begonnen, indem die Verankerungen im Mauerwerk entfernt wurden. Zu diesem Zeitpunkt bestieg ein Arbeitnehmer des Maler/Anstreicherbetriebes das Gerüst und stürzte mit diesem aus einer Höhe von etwa 4 m zu Boden. Er erlitt dabei schwere Verletzungen, denen er kurze Zeit danach erlag (AI 7).

Ein Forstarbeiter hatte den Auftrag, eine ca. 60 cm starke Fichte umzuschneiden. Nachdem er den Stamm etwa zur Hälfte eingesägt hatte, wollte er die Schnittfläche mit Holzstücken einkeilen. Auf der Suche nach einem größeren Holzkeil entfernte er sich ca. 25 m von dem angeschnittenen Baum. In diesem Moment erfaßte eine Windböe den Baum und brachte ihn zu Fall. Der Forstarbeiter, der keinen Schutzhelm trug, wurde am Kopf getroffen und tödlich verletzt (AI 13).

Im Kellergeschoß einer Bank ist ein Transformator installiert. Ein Betrieb erhielt den Auftrag, diesen auszuwechseln. Dazu mußte die Decke eines unter dem Gehsteig befindlichen Kellerraumes, der eigens für diesen Zweck hergestellt worden war, entfernt werden. Die Decke bestand aus dicht verlegten Deckenträgern, auf denen der Gehsteigbelag aufgebracht worden war. Beim Herausheben eines der letzten Deckenträger rutschte ein Arbeitnehmer aus - vermutlich stieg er auf die seitlich abgelegten Träger - und fiel ca. 3,5 bis 4 m tief in den Kellerraum, wo er mit dem Kopf gegen den Betonboden schlug. Er verstarb zwei Tage später an den Unfallfolgen (AI Bau).

Ein Arbeitnehmer hatte den Auftrag, an der Außenseite einer Kellerwand einen Sockel zu betonieren. Zu diesem Zweck wurde die Kellerwand freigelegt, der Aushub erfolgte in einer abgeböschten Form (ca. 45°) bei einer Tiefe von ca. 1,50 m. Plötzlich brach aus völlig ungeklärten Gründen ein Teil der alten Kellerwand, welche aus Beton (!) bestand, heraus und traf den Arbeitnehmer. Dieser wurde in ein Krankenhaus eingeliefert und verstarb, während er schon auf dem Weg der Besserung war, an einem Blutgerinnsel im Gehirn (AI 12).

Ein Kraftfahrer blieb mit dem Kranarm seines LKW's an einer 20 kV-Stromleitung hängen und konnte zunächst unversehrt aussteigen.

Als der LKW zu brennen begonnen hatte, versuchte der Fahrer trotz der Warnungen seiner Kollegen, seine Papiere aus dem Fahrzeug zu holen und erhielt dabei einen tödlichen Stromschlag (AI 6).

In den Seitenkammern eines Schubleichters wurde Korrosionsschutz, der Toluol als Lösungsmittel enthält, aufgetragen. Zufolge der Verdampfung bildete sich rasch ein explosives Gemisch von Toluol-Dämpfen. Den Arbeitnehmern wurden umluft-unabhängige Atemschutzgeräte zur Verfügung gestellt, die Ausschaltung von Zündquellen war durch organisatorische Maßnahmen festgelegt. So sollte zur Beleuchtung der Kammer eine ex-geschützte Handlampe verwendet werden. Trotzdem kam es zu einer Zündung. Zwei Arbeitnehmer, die sich auf Deck aufgehalten hatten, wurden ins Wasser geschleudert und getötet. Ein Arbeitnehmer befand sich in der Kammer und wurde dort tödlich verletzt; ein vierter Arbeitnehmer befand sich zum Zeitpunkt der Explosion in einem durch eine 12 mm starke Stahlwand von der Seitenkammer getrennten Raum, wurde von der berstenden Trennwand getroffen und ebenfalls tödlich verletzt. Die Unfallursache konnte nicht mit Sicherheit ermittelt werden; möglicherweise wurde eine nicht ex-geschützte Handlampe (wegen des geringeren Gewichtes) verwendet oder das Rauchverbot mißachtet (AI 9).

Ein Arbeitnehmer war damit beschäftigt, Spenglerarbeiten an einem Dachsaum durchzuführen, wahrscheinlich wollte er gerade eine Dachrinne befestigen. Er stürzte von seinem Standort ca. 10,60 m tief auf das Gebäudedefundament ab, wobei er tödliche Verletzungen erlitt. Zur Sicherung des Arbeitnehmers war weder eine fest montierte Absturzsicherung (Gerüst, Fangnetz, Schutzblende o.ä.) vorhanden noch wurde eine entsprechende Schutzausrüstung (Sicherheitsgürtel, Sicherheitsseil) verwendet (AI 14).

Ein Kettenbagger sollte von einer Baustelle abtransportiert werden. Dazu fuhr der Baggerfahrer sein Fahrzeug auf einen bereitgestellten Tieflader. Er wollte die Position des Baggers noch korrigieren, da dieser nicht genau in der Mitte der Ladefläche stand, obwohl nach Aussage des LKW-Fahrers der Bagger in seiner ursprünglichen Position durchaus transportfähig gewesen wäre. Bei diesem Fahrmanöver stürzte der Bagger plötzlich seitlich vom Tieflader über die angrenzende Straßenböschung und überschlug sich. Der Baggerfahrer dürfte beim Umstellen des Baggers die Fahrertür geöffnet haben, um die Position der Baggerkette auf dem Tieflader besser beobachten zu können. Er kam beim Absturz des Gerätes mit dem Kopf zwischen Bagger und Gelände zu liegen und erlitt dadurch tödliche Verletzungen. Ein technisches Gebrechen des Baggers konnte ausgeschlossen werden, ebensowenig konnte ein eventuelles Nachgeben des Tiefladers beobachtet werden (AI 9).

Ein Arbeitnehmer hatte den Auftrag, Isolatoren an einem Mast einer 30 kV-Leitung auszuwechseln. Zum Unfallzeitpunkt herrschte starker Wind. Bei dem Mast handelte es sich um einen Betonmast mit quadratischem Querschnitt und rautenförmigen Ausnehmungen; er war mit Steigeisen ausgestattet. In einer Höhe von ca. 12 m verlor der Arbeitnehmer den Halt und stürzte ab. Beim Aufprall auf das Mastfundament erlitt er tödliche Verletzungen (AI 10).

Ohne den Radladerfahrer, der den Aufgabetrichter für ein Schwingsieb mit Material beschickte, zu verständigen, begab sich ein Arbeitnehmer in diesen Aufgabetrichter, um eine Verkläusung zu lösen. Als der Radladerfahrer mit seinem Radlader ca. 3 m³ Wandschotter (Korngröße 0 - 300) in den Aufgabetrichter kippte, wurde der Verunfallte von den herabfallenden Gesteinsmassen erschlagen. Der Boden des Aufgabetrichters ist vom Radlader aus nicht einsehbar (AI 10).

Ein Spengler war mit dem Zurichten eines Saumbleches auf einem Hallendach beschäftigt. Er rutschte aus und fiel auf das 1,50 m tieferliegende Welleternitdach einer Halle, durchschlug es und stürzte in der Folge etwa 9 m auf den betonierten Hallenfußboden. Er zog sich tödliche Kopfverletzungen zu. Der Verunfallte war bei seiner Tätigkeit nicht angeseilt (AI 19).

Bemerkenswerte Unfälle

Offenbar wegen eines sprachlichen Mißverständnisses überstieg ein jugoslawischer Arbeitnehmer die Absperrung zum spannungsführenden Teil eines Transformators. Unbemerkt vom sonst im Raum befindlichen technischen Personal begann er in dem etwa 0,5 m breiten Bereich zwischen Wand und primärseitigen Leitern des Trafos, den Boden feucht aufzuwischen. Dazu benützte er einen Wischbesen mit Aluminiumstiel. Beim gleichzeitigen Berühren von zwei Primärleitern erlitt er Verbrennungen und Strommarken (AI 6).

Ein Arbeiter war mit dem Abladen von Paletten mit Brandschutzplatten beschäftigt. Mittels eines Gabelstaplers entnahm er jeweils zwei Paletten und stapelte diese zu Stößen von jeweils vier Paletten. Als er die letzten beiden Paletten am Stoß abstellen wollte, kam die oberste ins Rutschen und fiel nach rückwärts über den Staplermast. Vermutlich in Panik sprang der Arbeitnehmer vom Staplerfahrzeug und wurde von der herabfallenden Palette schwer verletzt (AI 19).

Ein Hilfsarbeiter und sein Arbeitgeber waren mit Arbeiten an einer Bahnsteigüberdachung beschäftigt. Während dieser Tätigkeit

stand der Arbeitgeber auf einem ca. 2,0 m hohen Gerüst und montierte Seitenblenden der Überdachung in einem Abstand von ca. 2,0 bis 2,5 m von der spannungsführenden Oberleitung. Bei der Montage dürfte der Arbeitgeber mit einer Metallschiene zu nahe an die Oberleitung gekommen sein, wodurch es zu einem Überschlag gekommen ist. Er wurde schwer, der Arbeitnehmer, der neben dem Gerüst am Bahnsteig gestanden war, leicht verletzt (AI 19).

Drei Monteure eines Starkstromunternehmens waren zwischen Gleisen mit dem Aufstellen einer Vorseilwinde beschäftigt. Zur gleichen Zeit wurde auf einem der Gleise ein Arbeitszug verschoben. Obwohl die Monteure durch einen Sicherungsposten gewarnt wurden, begaben sich zwei davon in den Gefahrenbereich und wurden von einem Waggon erfaßt und schwer verletzt. Es konnte nicht festgestellt werden, warum sich die beiden Verletzten in den Gefahrenbereich begeben hatten (AI 19).

Nach dem Ausbau von Maschinenteilen mußten diese in einer Höhe von 4 m über das Geländer einer Bühne mittels Kran herausgehoben werden, wobei ein dort stehender Arbeitnehmer damit beschäftigt war, den Hebevorgang zu überwachen. Beim Abheben blieb ein Teil der Last am Geländer hängen, wodurch die gesamte Bühne aus ihrer Verankerung gezogen wurde. Daraufhin stürzte der Arbeitnehmer zu Boden und zog sich schwere Brüche am ganzen Körper zu (AI 12).

Drei Schlosser eines Chemieunternehmens wollten die Flanschverbindung einer Ethylenleitung mit Hilfe einer Autogenschneidanlage trennen. Die Leitung war an dieser Stelle verstopft und enthielt daher trotz Spülung noch Reste von Ethylen. Beim Trennen des letzten Bolzens kam es zur Zündung und die Schlosser erlitten Brandverletzungen. Da sie die im gesamten Betrieb verwendete schwer entflammable Arbeitskleidung trugen, waren nur die unbedeckten Körperteile betroffen (AI 5).

In einem holzverarbeitenden Betrieb werden Stapel, die aus der Stapelanlage kommen, gebündelt auf einen Querförderer verfrachtet. Zwischen zwei Stapeln verbleibt ein Freiraum von jeweils 0,60 m. Am Ende des Querförderers sollen die gebündelten Stapel von einem Hubstapler abgenommen werden. Während ein Arbeitnehmer mit dem Bündeln beschäftigt war, verzögerte sich die Abnahme am Ende des Querförderers und zwei Stapel, zwischen denen sich der Arbeitnehmer gerade aufgehalten hatte, wurden aneinandergedrückt. Der Arbeiter erlitt einen Beckenbruch (AI 12).

Auf dem Betriebsgelände lenkte ein Arbeitnehmer einen Gabelstapler; er wurde durch einen zweiten Arbeiter dabei eingewiesen. Beim Überqueren eines durch Holzbretter abgedeckten Kabelschachtes brach die Abdeckung ein. Der Einweiser fiel in den Schacht, wurde von dem nachstürzenden Gabelstapler eingeklemmt und dabei schwer verletzt (AI 19).

Bei Arbeiten am Wassergrundablaß eines Staubeckens wollte ein Arbeitnehmer ein Abdeckbrett über dem in Betrieb befindlichen Abflußkanal entfernen. Dieses glitt ihm aus der Hand und tauchte in das strömende Wasser. Es wurde über eine Kante als Drehpunkt hochgeschwungen und infolge der Hebelwirkung mit großer Kraft gegen den Arbeitnehmer gedrückt, der sich aus eigener Kraft nicht mehr befreien konnte. Er wurde nach einigen Minuten bewußtlos und schwerstens verletzt von Kollegen gefunden und befreit (AI 11).

Ein ungarischer Arbeitnehmer war mit Holzschneidearbeiten an einer Kreissäge beschäftigt. Bei dieser Tätigkeit rutschte er mit der linken Hand ab und geriet in das laufende Sägeblatt, wobei er sich den Daumen zur Hälfte abtrennte und am Zeigefinger eine schwere Schnittwunde zuzog. Die Aufnahme des Unfalles erfolgte durch den

örtlichen Gendarmerie-Posten. Da die Unfallzeugen zu einer Einvernahme zum Tathergang nicht erschienen, wurde seitens der Exekutive nach 10 Tagen mit der Firma Rücksprache gehalten. Dabei stellte sich heraus, daß der Verunfallte sich bereits wieder in Ungarn aufhielt und auch keine Verletzungsanzeige erstattet wurde (AI 5).

Ein verstopfter Zyklon in etwa 5 m Höhe über Boden war zu reinigen. Dazu bestiegen zwei Arbeitnehmer ein ca. 50 cm breites, schräg verlaufendes Förderband, welches als seitliche Begrenzungen lediglich über 20 cm hohe Leitflächen verfügte. Zufolge des kraftvollen Arbeitens am Zyklon verlor einer der beiden das Gleichgewicht und stürzte mangels geeigneter Absicherung ab, wobei er sich schwer verletzte (AI 11).

Auf einer Baustelle sollten Elemente einer Hohldeckendecke (Gewicht 6 - 7 t) mittels eines Mobilkranes von einem Sattelaufleger auf den Rohbau gehoben. Dazu wurde als Anschlagmittel ein Waagebalken (Balancier) mit stirnseitigen Greifarmen verwendet. Die an den Greifvorrichtungen vorhandenen Sicherungsketten, die im Falle des Versagens der Greifvorrichtung den Absturz der Last verhindern sollen, konnten deshalb nicht angewendet werden, weil die Elemente der Hohldeckendecke zu knapp aneinander gelagert waren. Beim Versuch, ein Deckenelement nur wenige Zentimeter zu heben, seitlich zu verschieben und anschließend die Sicherungsketten einzuhängen, brach ein Teil der Betonkonstruktion des Deckenelementes aus. Die Decke fiel auf ihre Unterlage zurück, der nunmehr unbelastete Waagebalken pendelte aus und schlug gegen das Fahrerhaus des Mobilkranes. Vermutlich infolge der Erschütterung stürzten zwei Arbeitnehmer von der Ladefläche des Sattelauflegers und verletzten sich dabei schwer. Der Unfall wäre zu verhindern gewesen, wenn bereits beim Verladen auf den Sattelanhänger zwischen den einzelnen Deckenelementen ein entsprechender Abstand eingehalten worden wäre (AI 11).

Bei der Durchführung von Schweißarbeiten an einem Müllabfuhr-LKW wurde dessen Rückwanddeckel ca. 1 m weit geöffnet und gegen unbeabsichtigtes Zufallen mit einem Vierkantholz 15 cm x 15 cm gesichert. Der Schweißer saß am hinteren Ende der Ladefläche und ließ die Beine aus dem Fahrzeug heraushängen. Vermutlich als Folge von Erschütterungen fiel das Vierkantholz zu Boden, und es schloß sich der etwa 700 kg schwere Rückwanddeckel durch sein Gewicht. Dabei wurde der Schweißer eingeklemmt und schwer verletzt (AI 11).

Auf dem Dach eines Einfamilienhauses wurden Ausbesserungsarbeiten durchgeführt. Ein Arbeitnehmer, ausgerüstet mit einem Sicherheitsgurt, befand sich am Dach und benötigte eine Seilwinde. Ein anderer Arbeiter bestieg über eine Dachluke das Dach, um die Seilwinde zu übergeben. Dabei rutschte er aus und stürzte ca. 5 m auf den Betonboden des Vorplatzes ab. Dieser Arbeiter war nicht gesichert. Die Ermittlungen haben ergeben, daß sich auf dieser Baustelle nur ein Sicherheitsgurt befunden hatte, obwohl der Arbeitsablauf es zumindest zeitweise erfordert, daß sich mehrere Personen gleichzeitig auf dem Dach befinden (AI 11).

Ein Spengler war damit beschäftigt, an einem Bahnhofsgebäude eine Dachrinne einzufädeln. Durch einen Windstoß wurde die Dachrinne nach oben und gegen eine 15 kV führende Bahnhofsumgehungsleitung gedrückt. Der Spengler geriet in den Stromkreis und erlitt schwere Verbrennungen an einem Bein (AI 9).

In einer Folienmaschine werden Massengüter in Folien eingeschlagen, um anschließend über ein Förderband in einen Schrumpfofen verbracht zu werden. Ein Arbeitnehmer wollte die Folie glattstreichen, schaltete dazu den Schalter des Kettenförderers auf "AUS" und begab sich in den Bereich der Folienmaschine. Plötzlich setzte

sich das Förderband in Bewegung, der Arbeiter geriet mit einem Fuß in den Spalt zwischen Kettenförderer und Rollengang und erlitt trotz Sicherheitsschuhen schwere Fußverletzungen. Die Erhebungen haben ergeben, daß der Kettenförderer durch den Arbeitsvorgang im Schrumpfofen gesteuert wird und dabei der oben genannte Schalter umgangen wird (AI 12).

Beim Transport einer schweren Drehbank über das Betriebsgelände in eine Werkshalle wurde diese auf untergelegten Metallrohren bewegt. Um die Böschung zur Halle zu überwinden, mußte die Maschine mittels Hubwagen angehoben werden, was auf der Getriebeseite vorgenommen wurde. Bedingt durch das Hochheben und den schrägen Standort kippte die Drehbank um und stürzte auf einen Arbeitnehmer, wobei dieser schwere Kopfverletzungen davontrug (AI 11).

Unfallgeschehen im Bauwesen

Die vergleichsweise starke Konzentration von Arbeitsunfällen auf die Wirtschaftsgruppen der Wirtschaftsklasse XIV war Anlaß für eine gezielte Auswertung dieser Unfälle.

Um eine bessere Übersicht über die Unfallursachen zu erhalten, wurden in jeder Wirtschaftsgruppe nur die sechs am häufigsten auftretenden Unfallursachen in den graphischen Gegenüberstellungen berücksichtigt.

In der Wirtschaftsgruppe "Glaserei" wurden zufolge der gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen, absolut gesehen, geringen Zahl gemeldeter Unfälle nur vier Unfallursachen ausgewertet.

In den einzelnen Wirtschaftsgruppen ergeben sich folgende Häufigkeitsverteilungen der Unfallursachen:

In der Wirtschaftsgruppe "Hochbau" ist häufigste Unfallursache mit 18 % "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen", dicht gefolgt von der Unfallursache "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher und spitzer Gegenstände" mit 16 %. Die dritte und vierte Stelle mit je 10 % Häufigkeit nehmen die Ursachen "Absturz von Personen" sowie das "Herabfallen von Gegenständen" ein.

In der Wirtschaftsgruppe "Tiefbau" ist häufigste Unfallursache "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" mit 21 %; zweithäufigste Unfallursache "Einklemmen oder Quetschen von Körperteilen" mit 13 %, dicht gefolgt von der Unfallursache "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher und spitzer Gegenstände" mit 12 % und der Unfallursache "Herabfallen von Gegenständen" mit 10 %.

In der Wirtschaftsgruppe "Zimmerei und Holzkonstruktionsbau" ist die häufigste Unfallursache "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" mit 21 %, gefolgt von der Unfallursache "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" mit 16 % und "Absturz von Personen" zu 13 %. Fünfhäufigste Unfallursache sind Unfälle an "Kreissägen" mit 7 %.

In der Wirtschaftsgruppe "Dach- und Schwarzdeckerei" ist die Unfallursache "Absturz von Personen" mit 23 % an erster Stelle, dicht gefolgt von der Unfallursache "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher und spitzer Gegenstände" mit 22 %; dritthäufigste Unfallursache ist "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" mit 11 %. An sechster Stelle der Unfallursachen finden sich der "Umgang mit brandgefährlichen oder heißen bzw. sehr kalten Arbeitsstoffen oder Materialien".

In der Wirtschaftsgruppe "Glaserei" ist "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher und spitzer Gegenstände" häufigste Unfallursache mit 30 %, gefolgt von "Absturz von Personen" und "Herabfallen von Gegenständen" mit je 14 %.

In der Wirtschaftsgruppe "Malerei und Anstreicherei" ist "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" mit 28 % häufigste Unfallursache, gefolgt von "Absturz von Personen" mit 17 % und "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" mit 16 %. Vierthäufigste Unfallursache mit 14 % sind Unfälle, die sich "außerhalb des Betriebes bzw. der Arbeitsstelle ereignen, also beispielsweise beim Material- oder Gerätetransport vom Betrieb zur Arbeitsstelle oder umgekehrt" (nicht berücksichtigt sind in dieser Position Unfälle durch "Teilnahme am öffentlichen Verkehr"). Sechsthäufige Unfallursache ist der "Umgang mit Handwerkzeugen".

In der Wirtschaftsgruppe "Fußboden-, Platten- und Fliesenlegerei, Ofensetzerei" ist das "Herabfallen von Gegenständen" häufigste Unfallursache mit 19 %, gefolgt von "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" und "Transportarbeiten, wie Heben, Schieben, Rollen, Tragen oder Auf- und Abladen von Lasten" mit je 16 %; vierthäufigste Unfallursache mit 13 % ist "Absturz von Personen".

In der Wirtschaftsgruppe "Bauspenglerei" ist häufigste Unfallursache "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" mit 23 %, gefolgt von der Unfallursache "Absturz von Personen" mit 17 % und "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" mit 15 %.

Beim "übrigen Ausbau- und Bauhilfsgewerbe" ist die häufigste Unfallursache "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" mit 19 %, gefolgt vom "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" mit 17 % und "Absturz von Personen" mit 14 %.

Bei den "Gas-, Wasser- und Sanitärinstallationen" ist "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" häufigste Unfallursache mit 19 %, gefolgt von "Ausgleiten, Stolpern oder Herabfallen von Personen" mit 11 % und "Herabfallen von Gegenständen" mit 10 %.

Bei der Wirtschaftsgruppe "Heizungs- und Lüftungsinstallation" ist "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" häufigste Unfallursache mit 17 %, gefolgt von "Transportarbeiten, wie Heben, Schieben, Rollen, Tragen oder Auf- und Abladen von Lasten", "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" und "Wegfliegen von Stücken" mit je 10 %.

Bei der Wirtschaftsgruppe "Elektroinstallation" ist "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen" häufigste Unfallursache mit 17 %, gefolgt von "Umgang mit Handwerkzeugen" mit 14 % und "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" mit 13 %. An vierter Stelle findet sich "Absturz von Personen" mit 11 %.

Bei den angeführten zwölf Wirtschaftsgruppen war

5 x Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen

5 x Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände

1 x Absturz von Personen und

1 x Herabfallen von Gegenständen

häufigste Unfallursache.

3 x war Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen

3 x Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände

3 x Absturz von Personen

1 x Umgang mit Handwerkzeugen

1 x Einklemmen oder Quetschen von Körperteilen

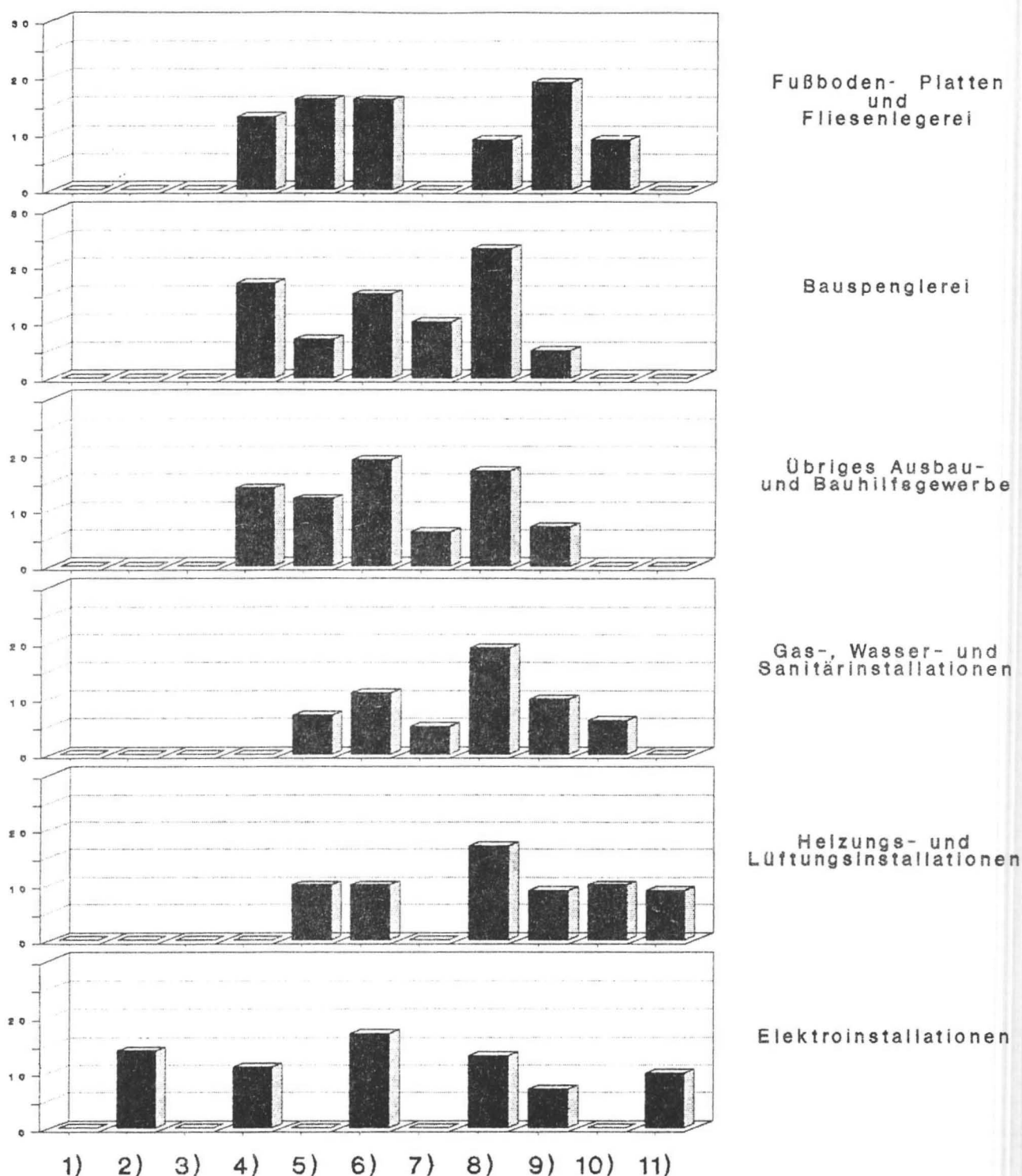
1 x Wegfliegen von Stücken

zweithäufigste Unfallursache.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß ein Vergleich der Verteilung der relativen Häufigkeitsverteilung der Unfallursachen in den einzelnen Wirtschaftsgruppen erkennen läßt, daß die beiden häufigsten Unfallursachen "Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen" und "Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände" mit etwa gleicher Häufigkeit vertreten sind. Die Unfallursache "Absturz von Personen" sowie "Herabfallen von Gegenständen" sind ebenfalls sehr stark repräsentiert.

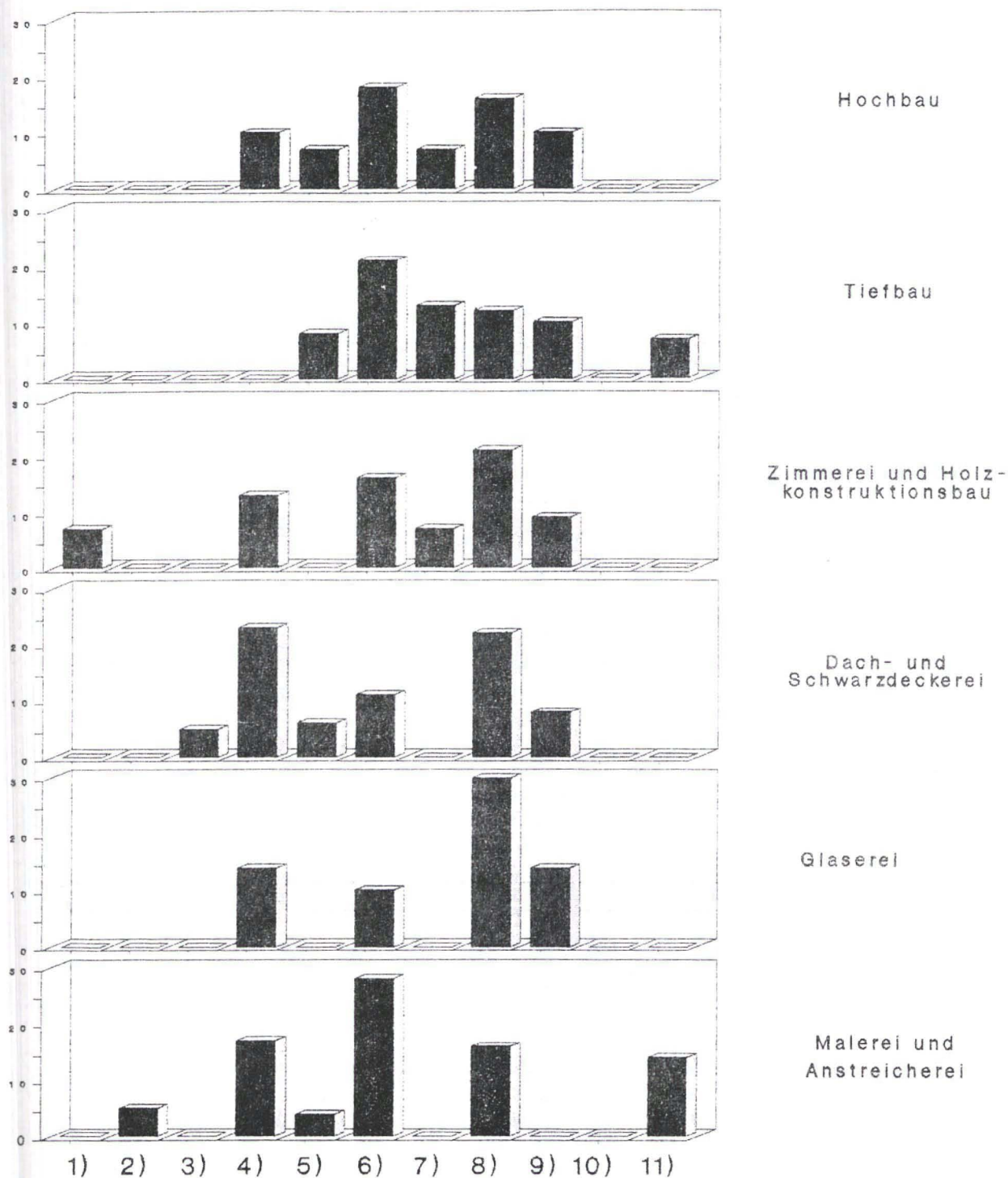
Aus diesen Unfallursachen ist abzuleiten, daß eine Verringerung der Unfallzahlen durch eine besondere Kontrolle im Rahmen einer Schwerpunktaktion der Arbeitsinspektion, die insbesondere auf das Tragen von geeigneter persönlicher Schutzausrüstung, die Überprüfung gesicherter Arbeits- und Standplätze, die Überprüfung geeigneter Maßnahmen gegen das Herabfallen von Gegenständen, die Verwendung von Aufstiegshilfen mit ausreichender Standsicherheit, die Errichtung von Schutz- und Fanggerüsten, sowie die Beseitigung

von Rutsch- und Stolperstellen besonderes Augenmerk legt, erreichbar sein müßte.



1. Kreissägen
2. Handwerkzeuge
3. brandgefährliche oder heiße bzw. sehr kalte Arbeitsstoffe
4. Absturz von Personen

5. Transportarbeiten wie Heben, Schieben, Rollen, Tragen oder Auf- und Abladen von Lasten
6. Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen
7. Einklemmen oder Quetschen von Körperteilen



8. Anstoßen von Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände
9. Herabfallen von Gegenständen

10. Wegfliegen von Stücken
11. Arbeitsunfälle auf dem Weg vom Betrieb zur Arbeitsstelle oder umgekehrt

4.3 Berufskrankheiten

Allgemeines

Dem Zentral-Arbeitsinspektorat wurden im Jahr 1990 von den zuständigen Unfallversicherungsträgern 1 003 (1 123) Arbeitnehmer gemeldet, deren Erkrankungen, die als beruflich verursacht angezeigt wurden, im Rahmen des Feststellungsverfahrens durch die Unfallversicherungsträger auch als Berufskrankheiten anerkannt wurden. Die Zahl der dem Zentral-Arbeitsinspektorat gemeldeten anerkannten Berufskrankheiten sank demnach gegenüber dem Vorjahr um 9,3 % bzw. 120 Fälle. Im Berichtsjahr setzte sich somit die bereits im Jahr 1989 beobachtete Entwicklung hinsichtlich der Abnahme der Zahl der anerkannten Berufskrankheiten fort. 993 Erkrankungen wurden gemäß § 177 Abs. 1, 10 Erkrankungen gemäß § 177 Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes als Berufskrankheiten anerkannt. 10 der gemeldeten Erkrankungen verliefen tödlich.

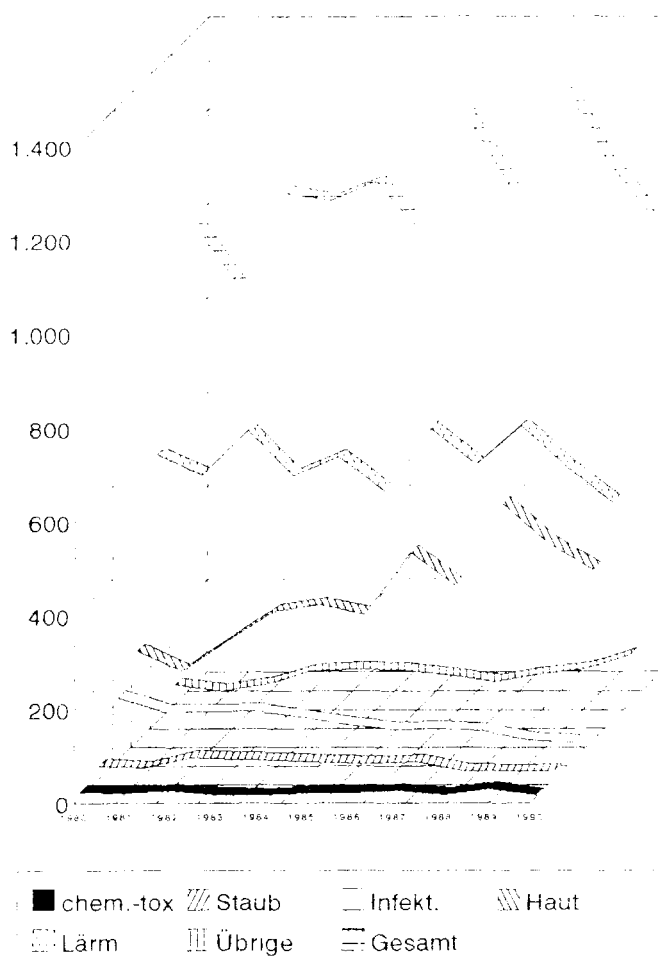
Bislang wurden nur beruflich bedingte Erkrankungen und Todesfälle von Arbeitnehmern, die noch im Berufsleben standen, gezählt. Ab 1990 werden nunmehr auch alle jene Berufskrankheiten und Todesfälle statistisch erfaßt, welche nach Beendigung der beruflichen Tätigkeit als berufsbedingt anerkannt wurden. Diese geänderte Zählweise führte insbesondere bei bösartigen Erkrankungen durch Asbest und den dadurch bedingten Todesfällen - aufgrund der hohen Latenzzeit dieser Erkrankungen - zu einer erheblichen Steigerung.

Betrachtet man die Verteilung der gemeldeten Berufskrankheiten im Hinblick auf Geschlecht bzw. Alter, so ergibt sich folgendes Bild:

Der größte Anteil entfällt auf die erwachsenen Arbeitnehmer mit 704 (768) Meldungen bzw. 70,2 % der gemeldeten Berufserkrankungen; es folgen die erwachsenen Arbeitnehmerinnen mit 231 (269) bzw. 23,0 %, die jugendlichen Arbeitnehmerinnen mit 63 (73) bzw. 6,2 % und schließlich die jugendlichen Arbeitnehmer mit 5 (13) Meldungen bzw. 0,5 % der Gesamtzahl.

Im Berichtsjahr wurden dem Zentral-Arbeitsinspektorat des weiteren von den Trägern der Unfallversicherung 3 417 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit übermittelt. Davon waren 2 267 ärztliche Anzeigen, 1 150 Anzeigen wurden durch Betriebe erstattet.

In der folgenden Graphik ist die Entwicklung der sechs häufigsten Berufskrankheiten seit 1980 bzw. Berufskrankheitsgruppen dargestellt:



Häufigkeit der Berufserkrankungen

Es wurden nur Berufserkrankungen mit mehr als 10 Erkrankungsfällen berücksichtigt:

durch Lärm verursachte Hörschäden	471 (545)
Hauterkrankungen	366 (425)
Asthma bronchiale	45 (43)
Infektionskrankheiten, Tropenkrankheiten, von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten.....	39 (44)
durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lunge	23 (17)
Silikosen oder Silikatosen, Siliko-Tuberkulosen, bösartige Neubildungen der Lunge und des Rippenfelles durch Asbest	17 (16)

Eine Betrachtung der einzelnen Erkrankungen zeigt, daß die Gehörschäden durch Lärmeinwirkung nach wie vor den größten Anteil an den Berufskrankheiten stellen. 1990 wurden 471 (545) Beschäftigte, d.s. 46 % aller gemeldeten Berufskrankheiten, davon betroffen; 8 (11) davon waren Arbeitnehmerinnen. In 36 (32) Fällen verursachte der Hörverlust eine mindestens mittelgradige Schwerhörigkeit, d.h. eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von zumindest 20 %. 213 (232) der Meldungen entfielen auf die Wirtschaftsklasse XIII infolge der bei der Metallbearbeitung vermehrt auftretenden Lärmbelastung. Sie behält somit weiterhin ihre dominierende Stellung unter den Wirtschaftsklassen sowohl in bezug auf die Anzahl der Hörschäden als auch auf die Schwere des Hörverlustes.

Die als beruflich verursacht anerkannten Hauterkrankungen stellen mit 366 (425) Meldungen einen Anteil von 36 %. Davon waren 117 (128) erwachsene, 5 (10) jugendliche Arbeitnehmer sowie 183 (216) erwachsene und 61 (71) jugendliche Arbeitnehmerinnen betroffen. In 82 (71) Fällen verursachten die Erkrankungen eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von zumindest 20 %. 118 Erkrankungsfälle, d.s. 31 % der gemeldeten Hauterkrankungen entfielen auf das Friseur-gewerbe.

Deutlich geringer stellt sich die Zahl der Infektionskrankheiten sowie der von Tieren auf Menschen übertragenen Erkrankungen dar. Auf sie entfielen 39 (44) Fälle.

38 dieser Erkrankungen betrafen Infektionskrankheiten. 35 Erkrankte kamen aus dem medizinischen Arbeitsbereich. Bei 6 Arbeitnehmern sowie 11 Arbeitnehmerinnen verursachte die Schwere der Erkrankung eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um zumindest 20 %. Entsprechend der dominierenden Rolle von weiblichen Beschäftigten im Krankenpflegedienst waren 24 der Erkrankten, d.s. 63 % der gemeldeten Fälle von Infektionskrankheiten, Arbeitnehmerinnen. 1 (4) Arbeitnehmer erlitt eine von Tieren auf Menschen übertragene Erkrankung.

Mit 17 (16) Erkrankungen ist die Zahl der gemeldeten Fälle von Staublungenerkrankungen gegenüber 1989 wieder geringfügig gestiegen. Von den Meldungen entfielen 5 (11) auf Silikosen oder Silikatosen, 4 (2) auf Siliko-Tuberkulosen sowie 2 (0) auf Asbeststaublungenerkrankungen (Asbestosen). 6 (2) Meldungen betrafen Erkrankungen durch bösartige Neubildungen der Lunge und des Rippenfelles durch Asbest. Von diesen 6 Erkrankten verstarben 5 an den Folgen dieser Berufskrankheit.

Krankheiten, die ihrer Art nach nicht in der Berufskrankheiten-Liste des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes enthalten sind, gelten im Einzelfall als Berufskrankheiten, wenn die Träger der Unfallversicherung aufgrund gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse feststellen, daß diese Krankheiten ausschließlich oder überwiegend durch Verwendung schädigender Stoffe oder Strahlen bei einer von den Versicherten ausgeübten Beschäftigung entstanden sind. Dem Zentral-Arbeitsinspektorat wurden 1990 10 (3) Erkrankungen von Arbeitnehmern bekanntgegeben, die gemäß dieser sogenannten "General-klausel" (§ 177 Abs. 2 ASVG) als Berufskrankheiten anerkannt wurden. 4 Erkrankungsfälle verliefen tödlich.

Im gesamten gesehen zeigt sich, daß 83 % der gemeldeten anerkannten Berufskrankheiten auf 2 Erkrankungsgruppen fallen, nämlich auf die Gehörschäden durch Lärmeinwirkung und auf die Hauterkrankungen.

Wie eingangs erwähnt, ist die Zahl der gemeldeten Erkrankungsfälle insgesamt gesunken. Betrachtet man die einzelnen Berufskrankheiten, ergibt sich jedoch ein differenzierteres Bild. So nahm die Zahl der Meldungen betreffend die durch Lärm verursachten Hörschäden, die Hauterkrankungen und die Infektionskrankheiten ab. Es stiegen jedoch die Zahlen der Meldungen betreffend Asthma bronchiale, die durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachten Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lunge sowie die Staublungenerkrankungen. Besonders auffällig ist die Zunahme der durch Asbest verursachten Erkrankungen. Dies ist einerseits auf die eingangs erwähnte geänderte Zählweise, andererseits auf die lange Latenzzeit dieser Erkrankungen zurückzuführen. Diese ist Ursache dafür, daß trotz der in den letzten Jahren erfolgten Verbesserung der staubhygienischen Verhältnisse an den Arbeitsplätzen die Zahl der durch Einwirkung von Asbest Erkrankten noch immer steigt.

Verteilung der Berufskrankheiten auf die einzelnen Wirtschaftsklassen:

Es wurden nur Wirtschaftsklassen mit mehr als 10 Erkrankungsfällen berücksichtigt:

XIII	Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	312 (354)
XX	Körperpflege und Reinigung; Bestattungswesen	122 (145)
XIV	Bauwesen	119 (116)
VIII	Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwaren- erzeugung	80 (67)
XXII	Gesundheits- und Fürsorgewesen	70 (83)
IV	Erzeugung von Nahrungsmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung	54 (59)
XII	Erzeugung von Stein- und Glaswaren	49 (47)
XI	Erzeugung und Verarbeitung von Chemikalien, Gummi und Erdöl	42 (52)
XVI	Beherbergungs- und Gaststättenwesen	31 (37)
III	Bergbau; Steine- und Erden-Gewinnung	18 (25)
XV	Handel; Lagerung	17 (17)
IX	Erzeugung und Verarbeitung von Papier und Pappe	15 (21)
V	Erzeugung von Textilien und Textil- waren (ausgenommen Bekleidung und Bettwaren)	13 (22)

VI	Erzeugung von Bekleidung, Bettwaren und Schuhen	11	(14)
XXIV	Einrichtungen der Gebietskörperschaften; Sozialversicherungsträger und Inter- essensvertretungen	10	(21)

Bemerkenswerte Berufserkrankungen, Todesfälle

Erkrankungen durch aromatische Amine

Wegen nächtlichen Harndranges, Brennen beim Wasserlassen und Mikrohämaturie, d.h. mikroskopische Blutbeimengungen im Harn, wurde ein Arbeitnehmer zur weiteren Abklärung der Symptome an einer urologischen Abteilung aufgenommen. Die Durchuntersuchung ergab, daß der Betreffende an einem Urothelcarcinom, also einem bösartigen Blasen-tumor litt. Nach mehreren Resektionen ist der Patient derzeit tumor- und beschwerdefrei; er steht aber noch in regelmäßiger fachärztlicher Kontrolle.

Nach heutigem Wissensstand kommen als auslösende Ursachen für ein Urothelcarcinom vor allem drei zur Gruppe der aromatischen Amine gehörenden Substanzen in Frage: 2-Naphtylamin, 4-Aminodiphenyl und Benzidin und seine Salze. Alle drei Substanzen sind als Stoffe, die erfahrungsgemäß beim Menschen bösartige Geschwülste zu verursachen vermögen, in die Gruppe IIIA1) der krebserzeugenden Arbeitsstoffe der MAK-Werte-Liste eingereiht. Vor dem Zeitpunkt der Einwirkung bis zum Auftreten der bösartigen Tumore vergehen erfahrungsgemäß durchschnittlich 25 Jahre, wobei Latenzzeiten bis zu 40 Jahren und mehr bekannt sind. In der Farbstoffherstellung wurde Betanaphtylamin bis 1950, Benzidine bis Ende der 50-er Jahre verwendet, bis ihre krebs-

erzeugende Wirkung erkannt und sie nicht mehr in der Produktion eingesetzt wurden.

Der betreffende Arbeitnehmer hatte nun in der zweiten Hälfte der 40-er bis zur ersten Hälfte der 50-er Jahre im Zuge seiner Ausbildung als Maler und dann als Malergeselle Umgang mit Farben, die mit großer Wahrscheinlichkeit die erwähnten Substanzen enthielten. Es war daher mit überwiegender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die vorliegende Erkrankung auf beruflich bedingte Einwirkung der erwähnten Schadstoffe zurückzuführen war; sie wurde deshalb als Berufskrankheit im sozialversicherungsrechtlichen Sinne anerkannt.

Erkrankungen durch Ammoniak

Ein mit dem Bleichen von Tischplatten mittels Salmiak beschäftigter Tischler stellte plötzlich fest, daß er keinerlei Geruch mehr wahrnahm, nachdem ihn seine Arbeitskollegen darauf hinwiesen, daß sie den Salmiakgeruch äußerst intensiv verspürten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er immer über ein normales Geruchsvermögen verfügt. Gleichzeitig trat eine behinderte Nasenatmung auf.

Über Veranlassung des Hausarztes wurde er an einer HNO-Abteilung stationär aufgenommen, wo er an der Nasenscheidewand und an den seitlichen Nasenwänden operiert wurde. Die histologische Untersuchung des Operationspräparates ergab Zeichen einer heftig chronisch entzündeten Nasenschleimhaut; Hinweise auf eine allergische Reaktion, eine Geschwulstbildung oder eine Pilzerkrankung, die allenfalls für den Geruchsverlust hätten verantwortlich sein können, waren keine vorhanden. Die chronische Entzündung klang inzwischen ab; das Geruchsvermögen kehrte jedoch nicht wieder. Da ein plötz-

licher Verlust des Geruchsvermögens durchaus durch Einwirkung stark reizender Dämpfe, wie z.B. Ammoniakdämpfe, auf die Geruchszellen der Nasenschleimhaut auftreten kann, war anzunehmen, daß die bestehende Anosmie auf die beruflich bedingte Einwirkung von Ammoniakdämpfen beim Beizen von Holzflächen zurückzuführen ist; sie wurde deshalb als beruflich bedingt gemäß § 177 Abs. 2 ASVG anerkannt.

Erkrankungen durch Methylmethacrylat

Ein Zahntechniker war bei seiner beruflichen Tätigkeit etwa 20 Jahre der Einwirkung von Methylmethacrylatstaub ausgesetzt. Schließlich erkrankte der Arbeitnehmer an einer fokalsklerosierenden Glomerulonephritis, wobei der Erkrankung zunächst wohl auch eine familiäre Disposition zugrundelag, die Einwirkung von Methylmethacrylat aber zur Aufrechterhaltung und Verschlimmerung des Nierenleidens beigetragen hatte, und zwar im Sinne einer allergischen Reaktion der inneren Organe auf diesen Arbeitsstoff. Unabhängig davon wurde eine allergische Hautreaktion durch das Methylmethacrylat hervorgerufen. Beide Erkrankungen wurden als beruflich bedingt gemäß § 177 Abs. 2 ASVG anerkannt und die aus der Verschlimmerung des Nierenleidens resultierende Minderung der Erwerbsfähigkeit mit 30 % festgelegt.

Erkrankungen durch Waschmittelchemikalien

Ein Chemiarbeiter war 35 Jahre bei der Waschmittelherstellung als Mischer und Konfektionierer beschäftigt. Durch die händische und diskontinuierliche Aufbereitung der Waschmittelchemikalien in offe-

nen Systemen kam der Arbeitnehmer dabei in direkten Kontakt mit den Chemikalien. Knapp 20 Jahre nach Beendigung dieser Tätigkeit erkrankte er zunächst an einem Asthma bronchiale, dann an einem Bronchialkarzinom, an dem er schließlich verstarb. Die Berufsanamnese ergab, daß der Arbeitnehmer in den ersten Jahrzehnten seiner beruflichen Tätigkeit einer Vielzahl von Atemwegsirritantien und auch kanzerogenen Stoffen ausgesetzt war, darunter auch dem Monochlordimethylether, der in der Gruppe IIIA1) der MAK-Werte-Liste als eindeutig krebserzeugend eingereiht ist und dessen Zielorgan beim Menschen die Lunge darstellt. Beide Erkrankungen konnten mit hoher Wahrscheinlichkeit auf berufsbedingte Schadstoffeinwirkung zurückgeführt werden und waren deshalb als Berufserkrankungen im sozialversicherungsrechtlichen Sinne gemäß § 177 Abs. 2 ASVG anzuerkennen. Hinzugefügt werden muß, daß sich die Arbeitsplatzsituation in diesem Produktionsbereich durch die Einführung geschlossener Systeme, die einen direkten Kontakt mit den Chemikalien verhindern, grundlegend gewandelt hat.

Erkrankungen der Atemwege und der Lunge durch Steinkohlenteerdämpfe

Ein Arbeitnehmer war etwa 10 Jahre als Asphaltierer beschäftigt und dabei Asphaltdämpfen ausgesetzt. 15 Jahre später erkrankte er an einem Kehlkopfkarcinom, einige Jahre später zusätzlich an einem Luftröhren- und einem Speiseröhrenkrebs, an deren Folgen er verstarb. Es handelte sich hier um das äußerst seltende Auftreten eines primären Dreifachkarzinoms und zwar in Körperregionen, die der direkten Einwirkung von Schadstoffen aus den Asphaltdämpfen ausgesetzt gewesen waren. Da in dem fraglichen Zeitraum bekanntermaßen in den heißen Asphaltdämpfen als eindeutig krebserregend geltende

polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe enthalten waren, konnten die zum Tod führenden Erkrankungen als mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit berufsbedingt gemäß § 177 Abs. 2 ASVG anerkannt werden.

Erkrankung an exogen-allergischer Alveolitis durch Holzstaub

Ein Tischler war viele Jahre im Holzhandel und in der Holzindustrie tätig. Zunächst war er 20 Jahre mit Zuschneidearbeiten europäischer Hölzer, dann etwa 5 Jahre mit der Verarbeitung und dem Vertrieb exotischer Hölzer (Mahagoni, Ramin, Teak, Palisander, Okume, Awari, Abarko) beschäftigt. Eine Reihe der einheimischen und vor allem der exotischen Holzarten besitzen bekanntlichermaßen allergisierende Eigenschaften.

Vor etwa 20 Jahren traten bei entsprechender Holzstaubexposition zunächst Kratzen in Nase und Hals verbunden mit Niesreiz und Hustenreiz auf. Nach einigen Jahren erkrankte der Arbeitnehmer zusätzlich an nässenden Hautekzemen an beiden Unterarmen. In den weiteren Jahren trat zunehmende Atemnot zunächst bei körperlicher Anstrengung, dann auch in Ruhe auf.

Daraufhin durchgeführte stationäre Untersuchungen zeigten eine massive Schädigung der Lunge mit Funktionsbeeinträchtigung im Sinne einer sogenannten End-phase-long als Folge einer exogen-allergischen Alveolitis, welche eindeutig auf den langjährigen Kontakt mit verschiedenen Holzstaubarten zurückzuführen war. Aufgrund seiner Lungenerkrankung stand der Patient unter Corticoiddauertherapie, welche im Sinne einer Nebenwirkung zu ausgedehnten Magengeschwüren führte. An den Folgen eines perforierten Magengeschwüres mit schwe-

rer Blutung verstarb der Patient schließlich. Die Grunderkrankung und die daraus indirekt entstandene Todesfolge waren nach vorliegenden Sachlage als beruflich bedingt gemäß § 177 Abs. 2 ASVG anzuerkennen.

Erkrankungen durch Asbest

Im Berichtszeitraum wurden dem Zentral-Arbeitsinspektorat sieben Todesfälle, deren Ursache in einer beruflich bedingten Erkrankung durch Einwirkung von Asbeststaub gelegen war, gemeldet.

Einer dieser Arbeitnehmer hatte mehrere Jahre lang bei Isolierarbeiten asbesthaltiges Material im Spritzverfahren aufzutragen, ein zweiter war mehrere Jahre in einem asbestzementverarbeitenden Betrieb asbeststaubexponiert, ein dritter war ein Jahr lang bei seiner Tätigkeit mit asbesthaltigen Produkten umgegangen und dabei der Einwirkung von Asbeststaub ausgesetzt. Jeweils nach etwa 20 Jahren erkrankten diese Arbeitnehmer an einem Pleuramesotheliom, an dessen Folgen sie schließlich verstarben.

Ein Arbeitnehmer hatte 35 Jahre lang als Dachdecker gearbeitet, wobei er ausschließlich mit Eternitmaterial zu tun hatte. Das Material wurde mit einer Trennschneidmaschine zugeschnitten, anschließend wurden mit einer Elektrobohrmaschine Löcher gebohrt. Die Arbeiten wurden immer im Freien durchgeführt, Atemschutz wurde dabei keiner verwendet. Vor einigen Jahren erkrankte er ebenfalls an einem Pleuramesotheliom, an dem er schließlich verstarb.

Ein Arbeitnehmer hatte im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit alle zwei bis drei Jahre Asbestisolierungen von Kondensatorrohren zu

entfernen, wobei diese Tätigkeit jeweils zwei bis drei Tage in Anspruch nahm. Diese Asbestisolierungen wurden schrittweise innerhalb von 10 Jahren durch andere Mineralfasern ersetzt. Die Asbestisolierung bestand aus dem besonders aggressiven Blauasbest, dem Krokydolith. Der Arbeitnehmer war dabei zwar immer wieder nur kurzzeitig, aber während dieser Zeit wahrscheinlich besonders hohen Konzentrationen von Blauasbestfasern ausgesetzt. 10 Jahre nach Beendigung dieser Tätigkeit erkrankte er an einem Pleuramesotheliom und starb daran.

Ein Arbeitnehmer war viele Jahre in einem teer- und bitumenerzeugenden Betrieb beschäftigt. Zu Beginn dieser Tätigkeit mußte er mehrere Jahre lang Asbestballen zerkleinern und in das Bitumen einmischen. Vor etwa 15 Jahren wurde ihm wegen einer Asbestose eine Rente zugesprochen; vor einigen Jahren erkrankte er an einem kleinzelligen Bronchuskarzinom, an dessen Folgen er schließlich verstarb. Dieser eher seltene Tumor tritt erfahrungsgemäß gehäuft bei Rauchern, aber auch nach Asbestbelastung auf. Da der Arbeitnehmer Nichtraucher war, war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die berufliche Asbestbelastung als Ursache der Erkrankung anzunehmen.

In einem asbestprodukterzeugenden Betrieb war ein Arbeitnehmer zu Beginn seiner Tätigkeit in den 50er-Jahren hauptsächlich mit der Bearbeitung von Asbestzementprodukten beschäftigt, dabei war er erhöhter Asbeststaubexposition ausgesetzt. Vor einigen Jahren erkrankte er an einer Asbestose, einige Jahre später dann an einem Mesotheliom des Bauchfelles. Ebenso wie das Mesotheliom des Brustfelles ist das des Bauchfelles asbeststaubassoziiert; leider ist letztere Erkrankung im Gegensatz zu Deutschland in Österreich bislang noch nicht in die Liste der Berufskrankheiten des ASVG aufgenommen. Vorliegende Erkrankung wurde deshalb gemäß § 177 Abs. 2 ASVG als beruflich bedingt anerkannt.

4.4 Gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten

Entsprechend den Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes bzw. der Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten dürfen Arbeitnehmer zu Tätigkeiten, die erfahrungsgemäß die Gesundheit zu schädigen vermögen, erst dann herangezogen werden, nachdem durch eine besondere ärztliche Untersuchung festgestellt wurde, daß ihr Gesundheitszustand eine derartige Beschäftigung zuläßt. Diese Untersuchungen sind in bestimmten Zeitabständen, die in der Verordnung geregelt sind, von Ärzten, die durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales dafür ermächtigt wurden, durchzuführen.

1990 wurden 78 896 (86 684) Arbeitnehmer aus 4 162 (5 076) Betrieben entsprechend den genannten Bestimmungen auf ihre Eignung für bestimmte Tätigkeiten hin untersucht. Diese Zahl liegt mit 7 788 unter der des Vorjahres. Als Ursachen dafür kommen neben den periodischen Schwankungen aufgrund der unterschiedlichen Untersuchungsintervalle und einer Abhängigkeit der Zahl der Untersuchungspflichtigen von der allgemeinen Beschäftigtenzahl, vor allem zwei Gründe in Betracht: Der zunehmende Ersatz gefährlicher Arbeitsstoffe durch nicht oder weniger gefährliche sowie ein Sinken der Anzahl der gefährdeten Arbeitnehmer durch erfolgte Sanierungsmaßnahmen und geänderte Arbeitsverfahren.

Verteilung der untersuchten Arbeitnehmer nach Einwirkungen bzw. Tätigkeiten geordnet:

Lärm	35 931	(41 988)
chemisch-toxische Arbeitstoffe	30 588	(30 724)
quarz-, asbest- oder sonstige silikat- haltige Staube, Thomasschlackenmehl, Aluminiumstaub, Metallstaub bei der Herstellung von Hartmetallen	8 912	(10 162)
den Organismus besonders belastende Hitze, Tragen von Atemschutzgeräten, Tätigkeiten in Gasrettungsdiensten	2 589	(2 912)
Stoffe, die Hautkrebs verursachen können	876	(898)

Verteilung der untersuchten Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsklassen:

(nur Wirtschaftsklassen mit mehr als 1 000 untersuchten Arbeitnehmern angeführt)

II Energie- und Wasserversorgung	1 331	(2 320)
III Bergbau; Steine- und Erden- gewinnung	1 114	(1 668)
IV Erzeugung von Nahrungsmitteln und Getränken; Tabaksverarbeitung	2 336	(2 497)
V Erzeugung von Textilien und Textilwaren (ausgenommen Be- kleidung und Bettwaren)	3 375	(3 439)
VIII Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwaren- erzeugung	7 277	(9 023)
IX Erzeugung und Verarbeitung von Papier und Pappe	2 287	(2 121)

X Druckerei und Vervielfältigung; Verlagswesen	1 303	(1 667)
XI Erzeugung und Verarbeitung von Chemikalien, Gummi und Erdöl	10 128	(9 527)
XII Erzeugung von Stein- und Glaswaren	4 538	(4 012)
XIII Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	36 104	(41 534)
XIV Bauwesen	2 492	(2 086)
XX Körperpflege	1 711	(1 748)
XXIV Einrichtungen der Gebietskörper- schaften; Sozialversicherungs- träger und Interessenvertretungen	1 442	(1 465)

Aufgrund dieser besonderen ärztlichen Untersuchungen wurden 164 (114) Arbeitnehmer aus 85 (46) Betrieben als für ihre Tätigkeit nicht geeignet beurteilt; davon wurden 11 (1) Arbeitnehmer nach der Strahlenschutzverordnung für eine Tätigkeit unter Einwirkung ionisierender Strahlen als nicht geeignet erklärt. In 18 (22) Fällen mußte das Verbot der Weiterbeschäftigung bescheidmäßig ausgesprochen werden.

Wie bisher nimmt die Zahl der durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales für diese Untersuchungen ermächtigten Ärzte zu. 1990 standen 746 (726) ermächtigte Ärzte oder Einrichtungen für diese Untersuchungen zur Verfügung.

Im Rahmen der von Arbeitsinspektoren bzw. Arbeitsinspektionsärzten in Betrieben durchgeführten Amtshandlungen ergaben sich im Berichtsjahr 311 Beanstandungen hinsichtlich gesundheitlicher Eig-

Die Arbeitsinspektionsärzte haben 1990 im Bereich Mutterschutz 2 822 ärztliche Begutachtungen durchgeführt (1989: 2 528).

Die Arbeitsinspektorate haben 1990 insgesamt 1 916 Übertretungen des Mutterschutzgesetzes 1979 festgestellt, das entspricht gegenüber 1989 einer Steigerung um 13 %. Davo entfallen 544 Übertretungen, also mehr als ein Viertel, auf den Bereich Handel und Lagerung. In diesem Bereich sind die Beanstandungen gegenüber 1989 um 31 % gestiegen.

Von den Mutterschutz-Beanstandungen betrafen 656 die Nichteinhaltung der Beschäftigungsverbote nach § 4 des Mutterschutzgesetzes. Die Verletzung der Meldepflicht wurde in 743 Fällen beanstandet, Übertretungen des Nachtarbeitsverbotes, des Sonn- und Feiertagsarbeitsverbotes sowie des Überstundenverbotes wurden in 387 Fällen festgestellt.

5.2 Nachtarbeit der Frauen

Das Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen sieht vor, daß die Beschäftigung von Dienstnehmerinnen während der Nacht unter gewissen Voraussetzungen nach vorheriger Anzeige an das Arbeitsinspektorat oder nach Genehmigung durch das Arbeitsinspektorat oder durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales zulässig ist.

Im Berichtsjahr haben die Arbeitsinspektorate 134 Ausnahmegenehmigungen nach dem Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen erteilt, diese Genehmigungen gelten für 1 101 Arbeitnehmerinnen. Von diesen Ausnahmegenehmigungen betreffen 80 die Bereitstellung von

Lebensmitteln für den Verkauf oder den Marktverkehr, 40 Ausnahmegenehmigungen betreffen das Reinigungs- und Aufsichtspersonal. In 7 Fällen wurde den Arbeitsinspektoraten eine Vorverlegung der Frühschicht auf 5.00 Uhr durch den Arbeitgeber angezeigt, diese Anzeigen betreffen 78 Arbeitnehmerinnen.

Das Zentral-Arbeitsinspektorat erteilte 19 Ausnahmegenehmigungen nach dem Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen, diese Ausnahmegenehmigungen betreffen 996 Arbeitnehmerinnen. Von diesen Ausnahmegenehmigungen entfallen 8 auf Schichtbetriebe (Beginn der Frühschicht ab 5.00 Uhr bzw. Ende der Spätschicht bis 24.00 Uhr), 5 Ausnahmegenehmigungen betreffen Arbeiten an rasch verderblichen Rohstoffen, 3 betreffen die Bereitstellung von Lebensmitteln für den Verkauf oder den Marktverkehr, 3 Genehmigungen betreffen soziale Dienste.

Insgesamt wurden daher 1990 für 160 Betriebe Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für Frauen durch Erteilung von Ausnahmegenehmigungen oder aufgrund von Anzeigen wirksam. Betroffen waren insgesamt 2 175 Arbeitnehmerinnen. Im Vergleich zu 1989 ergibt sich eine Zunahme um 13 Betriebe bzw. 193 Arbeitnehmerinnen.

Im Jahr 1990 haben die Arbeitsinspektorate 268 Übertretungen des Bundesgesetzes über die Nachtarbeit der Frauen festgestellt (gegenüber 127 im Jahr 1989, das entspricht einer Zunahme um 111 %). Von diesen Beanstandungen entfallen 127 auf die Wirtschaftsklasse Handel und Lagerung, 51 entfallen auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Getränken.

5.3 Arbeitszeit

Im Arbeitszeitgesetz sind eine Reihe von Ausnahmegenehmigungen durch das Arbeitsinspektorat oder den Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgesehen, durch die z.B. eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Verkürzung der Ruhezeit zugelassen werden kann. Die Arbeitsinspektorate haben 1990 431 Ausnahmegenehmigungen nach dem Arbeitszeitgesetz erteilt, diese Genehmigungen betrafen 30 753 Arbeitnehmer. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat 1990 34 Ausnahmegenehmigungen nach dem Arbeitszeitgesetz erteilt, betroffen waren 13 104 Arbeitnehmer.

Von diesen insgesamt 435 Ausnahmegenehmigungen entfielen 227, also mehr als die Hälfte, auf die Genehmigung von Überstunden gemäß § 7 Abs. 5 des Arbeitszeitgesetzes. Diese Überstundengenehmigungen betrafen 19 740 Arbeitnehmer. In 79 Fällen wurde eine Verlängerung der Einsatzzeit für Lenker und Beifahrer wegen Vorliegens von Arbeitsbereitschaft genehmigt (dies betraf 1 151 Arbeitnehmer), in 59 Fällen wurde eine abweichende Pausenregelung gemäß § 11 Abs. 6 des Arbeitszeitgesetzes bewilligt (dies betraf 18 905 Arbeitnehmer). Gegenüber 1989 hat die Zahl der Ausnahmegenehmigungen um 17, die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer um 15 866 zugenommen.

In außergewöhnlichen Fällen finden einzelne Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes keine Anwendung. Die Beschäftigung von Arbeitnehmern in diesen außergewöhnlichen Fällen ist aber dem Arbeitsinspektorat anzuzeigen. Bei den Arbeitsinspektoraten sind 1990 insgesamt 1 056 solcher Meldungen eingelangt, diese betrafen 5 474 Arbeitnehmer. Der Großteil dieser Meldungen entfiel auf die Wirtschaftsklasse Erzeugung und Verarbeitung von Metallen. Diese Anzeigen betreffend außergewöhnliche Fälle wurden 1990 von insgesamt 61

Betrieben erstattet, es erfolgten somit in der Regel pro Betrieb mehrere Meldungen innerhalb des Jahres.

Die Arbeitsinspektorate haben 1990 12 586 Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes festgestellt (1989: 8 653). Die Arbeitszeitbeanstandungen haben somit um 45 % zugenommen. Die Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes sind gegenüber dem Vorjahr vor allem im Bauwesen, im Handel und Gastgewerbe stark angestiegen.

Darüber hinaus wurden bei den gemeinsam mit den Organen der öffentlichen Sicherheit auf Straßen und an den Grenzübergängen durchgeführten Kontrollen 4 765 Beanstandungen betreffend die Beschäftigung von Lenkern und Beifahrern festgestellt (1989: 5 242). Berücksichtigt man diese Übertretungen, so ergeben sich 1990 insgesamt 17 351 Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes.

5.4 Arbeitsruhe

Vom Zentral-Arbeitsinspektorat wurden 1990 4 Ausnahmegenehmigungen nach dem Arbeitsruhegesetz erteilt.

Im Jahr 1990 haben die Arbeitsinspektorate 1 313 Übertretungen des Arbeitsruhegesetzes festgestellt (1989: 564). Die Beanstandungen sind in diesem Bereich somit um 133 % gestiegen. 412 Arbeitsruheübertretungen, also etwa ein Drittel, entfielen auf das Hotel- und Gastgewerbe (1989: 94), 339 Arbeitsruheübertretungen entfielen auf Handel und Lagerung (1989: 162).

5.5 Heimarbeit

Darstellung und Analyse der bestehenden Probleme

Die letzten Jahre zeigen einen ständigen Rückgang der bei den Arbeitsinspektoraten vorgemerkten Auftraggeber, Heimarbeiter und Zwischenmeister. Für das Sinken der Zahlen sind überwiegend folgende Gründe maßgeblich:

Viele Betriebe vergeben Heimarbeit, um Auftragsspitzen abzudecken. Bei Auftragsengpässen werden in der Regel die Heimarbeiter/innen nicht mehr oder nur noch fallweise beschäftigt. Da für die in Heimarbeit Beschäftigten u.a. kein Kündigungsschutz und keine Abfertigungsregelung besteht, ist es für die Auftraggeber günstiger, die Heimarbeiter nicht mehr zu beschäftigen.

In den traditionellen Heimarbeitsbereichen wie Oberbekleidung, Wäsche und verwandte Erzeugnisse und zum Teil auch Textilien, wird durch den Import von Billigstfertigware der Konkurrenzdruck immer größer, sodaß viele kleinere Erzeugungsbetriebe und vor allem Zwischenmeister kaum mehr Heimarbeiter beschäftigen, ja sogar oft selbst Konkurs oder Ausgleich anmelden müssen. In vielen Fällen fehlt es bei diesen Gewerbetreibenden an der Nachfolge, sodaß vor allem Zwischenmeisterbetriebe mit dem Erreichen des Pensionsalters des Inhabers/der Inhaberin zu bestehen aufhören bzw. oft schon vorher der Gewerbeschein zurückgelegt wird, um in einen anderen Beruf abzuwandern.

Darüber hinaus führt die noch immer nicht vorhandene gesetzliche Regelung einer Lohnabrechnung der Heimarbeiter/innen mittels EDV zu weiteren Problemen. Vor allem Auftraggeber, die früher eine

Vielzahl von Heimarbeitern beschäftigten, verzichten immer mehr auf die Vergabe von Heimarbeit, um die aufwendige und unzeitgemäße gesetzliche Abrechnungsform nicht mehr durchführen zu müssen.

Dazu kommt noch, daß immer mehr Auftraggeber versuchen, die Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes zu umgehen, indem sie mit ihren Heimarbeitern Werkverträge abschließen, oder diese als Aushilfen bezeichnen. In allen der Arbeitsinspektion zur Kenntnis gelangten Fällen handelte es sich um Heimarbeiter im Sinne des Heimarbeitsgesetzes. Alle diese Heimarbeiter/innen erhielten von ihren Auftraggebern ein zu geringes Stückentgelt. Feiertagsentgelt, Urlaubsentgelt, Krankenentgelt, Urlaubszuschuß und Weihnachtsremuneration wurden überwiegend nicht bezahlt. Überall lagen grobe Übertretungen des Heimarbeitsgesetzes vor.

In Zukunft wird es unbedingt notwendig sein, besonderes Augenmerk auf jene Auftraggeber zu richten, die sich durch das ständige Übertreten des Heimarbeitsgesetzes unlautere Vorteile gegenüber jenen Auftraggebern sichern, die ihre Heimarbeiter/innen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen beschäftigen.

Auch ist es wichtig, um weitere Versuche hintanzuhalten, die Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes zu umgehen, die Heimarbeiter/innen vermehrt über ihre Rechte und über die ihnen nach dem Heimarbeitsgesetz zustehenden Entgelte zu informieren.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, rasch die gesetzliche Grundlage für eine einfachere Abrechnung der Heimarbeiter/innen und vor allem auch für eine EDV-mäßige Lohnabrechnung, zu schaffen.

Vorgemerkte Auftraggeber, Heimarbeiter und Zwischenmeister, Verteilung, Entwicklung, Nachzahlungen, Beanstandungen

Auftraggeber

Auftraggeber ist, wer Waren durch Heimarbeiter oder Zwischenmeister, sei es unmittelbar, sei es unter Verwendung von Mittelspersonen, herstellen, bearbeiten, verarbeiten oder verpacken läßt, und zwar auch dann, wenn keine Gewinnerzielung beabsichtigt ist oder die Waren für den Verbrauch bzw. Gebrauch durch die eigenen Arbeitnehmer bestimmt sind.

Heimarbeiter

Heimarbeiter ist, wer, ohne Gewerbetreibender nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu sein, in eigener Wohnung oder selbstgewählter Arbeitsstätte im Auftrag und für Rechnung von Personen, die Heimarbeit vergeben, mit der Herstellung, Bearbeitung, Verarbeitung oder Verpackung von Waren beschäftigt ist.

Zwischenmeister

Zwischenmeister (Stückmeister) ist ein Gewerbetreibender, der in eigener Wohnung oder selbstgewählter Arbeitsstätte allein oder unter Mithilfe von Familienangehörigen oder fremden Arbeitskräften (im Betrieb Beschäftigten, Heimarbeitern) im Auftrage von Personen, die Heimarbeit vergeben, mit der Herstellung, Bearbeitung, Verarbei-

tung oder Verpackung von Waren beschäftigt ist und selbst wesentlich am Stück mitarbeitet.

Mittelspersonen

Mittelsperson ist eine Person, deren sich die Auftraggeber zur Weitergabe der Arbeit an die Heimarbeiter oder Zwischenmeister bedienen.

Die Gesamtzahlen der vorgemerkten Auftraggeber und Zwischenmeister zeigen weiterhin eine rückläufige Tendenz, wovon alle Heimarbeitungskommissionen betroffen sind.

Der geringfügige Anstieg der Zahl der vorgemerkten Heimarbeiter von 7 155 auf 7 313 ist darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahr einige Auftraggeber, die ihre Heimarbeiter/innen nicht gemeldet hatten (Beschäftigung mit Werkverträgen), festgestellt werden konnten. Diese Auftraggeber beschäftigten jeweils eine große Anzahl von Heimarbeitern. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß weiterhin die Tendenz der Auftraggeber, ihre Heimarbeiter nicht zu melden, steigt.

Vorgemerkte Auftraggeber, Heimarbeiter und Zwischenmeister

Heimarbeits- kommissionen	Auftraggeber	Heimarbeiter	Zwischen- meister
I	102	353	39
II	87	372	5
III	124	1683	1
IV	111	1010	0
V	318	3895	5
Summe	742	7313	50

Eine der wesentlichsten Aufgaben im Bereich der Heimarbeit stellt die Wahrnehmung des Entgeltschutzes dar. Im Jahr 1990 wurden von den Arbeitsinspektoraten 168 Auftraggeber zu Nachzahlungen in einer Gesamthöhe von S 1,919.872,69 veranlaßt.

Die Zahl der Beanstandungen im Bereich Heimarbeit betrug insgesamt 1 319, wobei der Entgeltschutz mit 62 % an der Spitze lag. Ein großer Teil der Beanstandungen entfällt weiters auf die Führung der Ausgabe- und Abrechnungsnachweise, die Bekanntgabe der Arbeits- und Lieferungsbedingungen sowie die Listenführung.

5.6 Mißstände im Gastgewerbe

Das Gastgewerbe weist nach wie vor mit Abstand die meisten Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes auf. Von den 21 537 Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes (ohne

Lenkerkontrollen) entfielen 1990 7 100 auf die Wirtschaftsklasse Beherbergungs- und Gaststättenwesen, also ca. ein Drittel aller Beanstandungen. Bei den Übertretungen des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen betrug der Anteil dieser Wirtschaftsklasse an den Gesamtbeanstandungen 58 %, bei den Arbeitsruheübertretungen 31 %, bei den Arbeitszeitbeanstandungen 29 % und bei den Mutterschutzbeanstandungen 20 %. Im Gastgewerbe werden also alle wesentlichen Vorschriften des Verwendungsschutzes massiv übertreten.

Wie kraß die Mißstände sind, zeigt sich deutlich bei einem Vergleich mit der Zahl der von den Kontrollen der Arbeitsinspektion erfaßten Betriebe und Arbeitnehmer: 1990 wurden 7 977 Gastgewerbebetriebe mit 59 584 Arbeitnehmern kontrolliert, d.s. 14,34 % der von der Arbeitsinspektion insgesamt kontrollierten Betriebe bzw. 4,8 % der durch die Kontrolle erfaßten Arbeitnehmer. Auf diesen Bereich entfielen aber 32,97 % der festgestellten Übertretungen.

Die Übertretungen von Verwendungsschutzvorschriften im Gastgewerbe sind gegenüber 1989 (6 165 Beanstandungen) um 15 % gestiegen, obwohl wesentlich weniger Betriebe dieser Wirtschaftsklasse kontrolliert wurden (- 16,7 %). Vor allem die Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes haben stark zugenommen. Die Übertretungen des Kinder- und Jugendschutzes sind hingegen gegenüber dem Vorjahr gesunken (- 14 %).

Im Sommer 1990 haben die Arbeitsinspektorate besonderes Gewicht auf die Kontrolle der Gastgewerbebetriebe gelegt, wobei vor allem die Beschäftigungsbedingungen der Ferialpraktikanten überprüft wurden. In etwa der Hälfte der kontrollierten Betriebe wurden Übertretungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes festgestellt, in manchen Bundesländern sogar in 70 % der Betriebe. Besonders häufig

waren Verletzungen des Sonntagsarbeitsverbotes und des Nachtarbeitsverbotes für Jugendliche zu beanstanden. Bei der Beschäftigung von Pflichtpraktikanten haben sich Verbesserungen gegenüber den Vorjahren ergeben, so werden die Praktikanten nunmehr nahezu ausnahmslos als Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung angemeldet. Diese Verbesserungen sind zweifellos auch auf eine verstärkte Kontrolltätigkeit der Arbeitsinspektorate in diesem Bereich zurückzuführen.

5.7 Übertretungen im Handel

Auf Handel und Lagerung entfielen im Berichtsjahr 5 058 Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes, das entspricht gegenüber 1989 (3 457 Beanstandungen) einem Anstieg um 52 %. Zugenommen haben vor allem die Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes (+ 69 %), des Mutterschutzgesetzes (+ 31 %), des Arbeitsruhegesetzes (+ 109 %) und des Frauennachtarbeitsverbotes (+ 112 %). Diese Entwicklung erscheint besonders bedenklich, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der kontrollierten Handelsbetriebe gegenüber 1989 um 13,86 % gesunken ist.

Die Zunahme der Übertretungen im Handel muß zweifellos auch im Zusammenhang mit den geänderten Rahmenbedingungen auf dem Gebiet der Öffnungszeiten gesehen werden und zeigt, daß eine Verlängerung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten häufig eine Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften zur Folge hat.

In der Zeit von Mitte Mai 1990 bis Ende Juni 1990 wurden in ganz Österreich im Rahmen einer Sonderaktion 1 170 Handelsbetriebe besonders überprüft, wobei in 530 Betrieben Übertretungen des Verwendungsschutzes festgestellt wurden. Diese Überprüfung hat ergeben,

daß in zahlreichen Handelsbetrieben keine dem Arbeitszeitgesetz entsprechenden Arbeitszeitaufzeichnungen geführt werden, insbesondere werden regelmäßig Vor- und Abschlußarbeiten nicht als Arbeitszeit erfaßt und auch nicht entsprechend entlohnt. Außerdem wurde festgestellt, daß in Handelsbetrieben häufig am Samstagnachmittag und an Sonntagen Arbeitnehmer zu Inventurarbeiten herangezogen werden, was eine Übertretung des Arbeitsruhegesetzes darstellt. Weiters hat diese Aktion ergeben, daß in Handelsbetrieben Dienstnehmerinnen entgegen dem Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen nach 20.00 Uhr mit Regalbetreuungsarbeiten etc. beschäftigt werden.

In Kärnten hat das Arbeitsinspektorat im Sommer 1990 Handelsbetriebe in Saisonorten während der Wochenend- und Feiertagsruhe schwerpunktmäßig überprüft. Diese Kontrollen erfaßten 55 Handelsbetriebe, die am Samstagnachmittag bzw. am Sonntag offengehalten haben. Dabei wurden zahlreiche Übertretungen festgestellt, z.B. in 80 % der Betriebe die Nichteinhaltung der Wochenendruhe, in 60 % die Nichteinhaltung der Feiertagsruhe und in 38 % die Nichtgewährung der Wochenruhe.

5.8 Beschäftigung von Lenkern

Bei den Betriebskontrollen haben die Arbeitsinspektorate 1990 insgesamt 1 580 Übertretungen der Sonderbestimmungen des Arbeitszeitgesetzes betreffend Lenker und Beifahrer festgestellt (1989: 1 876). Die Einhaltung der Sonderbestimmungen für Lenker und Beifahrer wurde außerdem im Rahmen von gemeinsamen Kontrollen mit den Organen der öffentlichen Sicherheit auf den Straßen und an den Grenzübergängen überprüft. Durch diese Kontrollen wurden 9 737

Fahrzeuge erfaßt. In 4 765 Fällen erfolgten Beanstandungen, insbesondere in bezug auf das Nichtführen der Fahrtenbücher, die Überschreitung der zulässigen Lenkzeiten und Einsatzzeiten sowie die Nichteinhaltung der Lenkpausen, Ruhepausen und Ruhezeiten. Auf in Österreich zugelassene Fahrzeuge entfielen 1 986 Beanstandungen: in 1 541 Fällen wurde das vorgeschriebene Fahrtenbuch nicht geführt, in 365 Fällen eine Überschreitung der zulässigen Lenkzeit festgestellt (davon in 17 Fällen eine Lenkzeit von über 14 Stunden), in 344 Fällen eine Überschreitung der zulässigen Einsatzzeit. In 90 Fällen wurden derart krasse Übertretungen festgestellt, daß die Lenker von den Organen der öffentlichen Sicherheit aus Gründen der Verkehrssicherheit an der Weiterfahrt gehindert werden mußten.

Bei der Beschäftigung von Lenkern bestehen nach wie vor krasse Mißstände, die sowohl aus der Sicht des Arbeitnehmerschutzes als auch aus der Sicht der Verkehrssicherheit bekämpft werden müssen. Gerade in diesem Bereich bieten aber die bestehenden Rechtsvorschriften keine ausreichenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. So zeigt sich immer häufiger, daß eine Kontrolle der Lenk- und Einsatzzeit durch das Fehlen von Fahrtenbüchern oder durch falsche Aufzeichnungen und Manipulationen vereitelt wird.

Eine Verbesserung in diesem Bereich kann allerdings nicht allein durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes erreicht werden, sondern nur durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen auf dem Gebiet des Kraftfahrrechtes bzw. des Verkehrsrechtes einerseits und dem Gebiet des Arbeitszeitrechtes andererseits. So wäre - entsprechend der Rechtslage in anderen Ländern - sowohl bei Überschreitung der zulässigen Lenkzeit oder Nichteinhaltung der Ruhezeit als auch bei fehlenden Nachweisen über die geleistete Lenkzeit ein zwangsweises Abstellen der Fahrzeuge durch Organe der öffentlichen Sicherheit eine wirksame Sanktion und ein wesentlicher Bei-

trag zur Hebung der Verkehrssicherheit und zum Schutz der betroffenen Arbeitnehmer. Gerade in diesem Bereich ist damit zu rechnen, daß eine Übernahme der für alle Lenker geltenden EG-Vorschriften eine wesentliche Verbesserung auch auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes bringt.

5.9 Bauwesen

Auf das Bauwesen entfielen 1990 1 621 Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes (1989: 1 040), das entspricht einem Anstieg um 55 %. Davon betrafen 1 203 die Arbeitszeit, 247 die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen und 132 das Arbeitsruhegesetz.

Im Sommer 1990 wurden in Kärnten an drei Wochenenden Baustellen schwerpunktmäßig überprüft. Dabei wurde festgestellt, daß auf 27 Baustellen gesetzwidrig gearbeitet wurde. Gegen 20 Bauunternehmen wurde Strafanzeige wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften erstattet.

Eine österreichweite Überprüfungsaktion im Sommer 1990 hat ergeben, daß auf zahlreichen Baustellen im Zusammenhang mit der Dekadenarbeit (Regelfall: 10 Arbeitstage, 4 arbeitsfreie Tage) die zulässige Wochenarbeitszeit von 50 Stunden zum Teil beträchtlich überschritten wurde. Wenn die Dekade am Montag beginnt, kommt es in der Regel zu Übertretungen, da sich auch bei einer Tagesarbeitszeit von 8 Stunden bereits eine unzulässige Wochenarbeitszeit von 56 Stunden ergibt. Es hat sich aber gezeigt, daß die vor allem auch im Interesse der Arbeitnehmer liegende Arbeitszeiteinteilung in Form der Dekadenarbeit durchaus auch so gestaltet werden kann, daß die

gesetzlichen Höchstgrenzen der Wochenarbeitszeit eingehalten werden
(Beginn der Dekade am Dienstag oder Mittwoch).

C. ZENTRAL-ARBEITSINSPEKTORAT

1. KOORDINATION, INFORMATION, ORGANISATION, SCHULUNG

Allgemeines

Zu den wichtigsten Aufgaben des Zentral-Arbeitsinspektorates gehört die Koordination der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate. Sowohl im Interesse der Gleichbehandlung als auch der Rechtssicherheit müssen die Voraussetzungen für eine österreichweite einheitliche Vorgangsweise der Arbeitsinspektorate geschaffen werden. Dieser Zielsetzung dienen vor allem die Erlässe des Zentral-Arbeitsinspektorates, in denen Auslegungsrichtlinien zu bestimmten Arbeitnehmerschutzvorschriften und Richtlinien für die Abwicklung von Verwaltungsverfahren festgelegt werden. In diesem Sinne erfolgten vor allem mehrere Erlässe zu Fragen des Arbeitszeitrechtes, z.B. zur Verlängerung der Einsatzzeit für Lenker und Beifahrer sowie zur Arbeitszeit bei Schichtarbeit. Grundlegende Durchführungserlässe erfolgten auch zu den Änderungen des Verwaltungsverfahrensrechtes sowie zur Durchführung von Verwaltungsverfahren durch Arbeitsinspektorate (z.B. betreffend betriebsärztliche Betreuung) und auf technischem Gebiet.

Das Zentral-Arbeitsinspektorat informiert die Arbeitsinspektorate laufend über die aktuelle Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes zu Fragen des Arbeitnehmerschutzes, um eine einheitliche Vorgangsweise der Arbeitsinspektion im Sinne der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zu gewährleisten.

Eine besonders wichtige Aufgabe stellt auch eine regelmäßige Weiterbildung der Arbeitsinspektoren dar. Im Rahmen von Instruktorseminaren werden bestimmte Fachfragen bzw. Probleme eingehend behandelt. An diesen Seminaren nehmen Vertreter aller Arbeitsinspektorate teil, die dann anschließend die wesentlichen Ausbildungsinhalte an die übrigen Bediensteten des Arbeitsinspektorates vermitteln. 1990 wurde ein Instruktorseminar zu Fragen des Verwaltungsverfahrens und des Verwaltungsstrafverfahrens durchgeführt, weiters ein Seminar zum Thema: Beteiligung der Arbeitsinspektion an Genehmigungsverfahren.

Zur Koordination der Tätigkeit der Arbeitsinspektion und im Sinne einer österreichweiten einheitlichen Vorgangsweise werden vom Zentral-Arbeitsinspektorat regelmäßig Schwerpunktaktionen angeordnet. So wurden 1990 Schwerpunktaktionen zur Überprüfung der Handelsbetriebe, der Arbeitszeit auf Baustellen und der Beschäftigung von Jugendlichen und Pflichtpraktikanten im Gastgewerbe durchgeführt.

Fachliche Weiterbildung der Bediensteten der Arbeitsinspektion

Im Jahre 1990 wurden für die Bediensteten der Arbeitsinspektion im Rahmen der Arbeitsplatzschulung durch insgesamt 20 Wochen interne Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt. Weitere Ausbildungsveranstaltungen - Aufbaukurse, Wiederholungskurse, Grundkurse und Fachkurse - in der Dauer von 11 Wochen dienten der Vorbereitung der Durchführung der Dienstprüfung.

Darüber hinaus wurden folgende Fortbildungskurse abgehalten:

Führungskräfteseminare und pädagogische Trainingsseminare für einige Teilnehmer,

ein Seminar "Schutzmaßnahmen bei Arbeiten auf Dächern",

zwei Seminare "EDV für versierte Eingabekräfte der Arbeitsinspektorate",

ein Seminar "Ergonomie",

Seminare für Instruktoren zu den Themenkreisen

"Bescheiderstellung und Beteiligung im AVG- und VSDG-Verfahren",

"Lüftung und Klimatisierung von Betriebsräumen",

"Beteiligung der Arbeitsinspektion bei Genehmigungsverfahren".

Hinsichtlich der Seminare für Instruktoren ist zu bemerken, daß mit diesem Seminartyp versucht werden soll, die Informationen im Schneeballsystem an die nicht am Seminar teilnehmenden Arbeitsinspektoren des jeweiligen Arbeitsinspektorates weiterzugeben.

Zur Fortbildung der Arbeitsinspektoren wurde ein Seminar "Elektrotechnik für Instruktoren" abgehalten. Diese Form war gewählt worden, um möglichst viele Arbeitsinspektoren an den Vortragsinhalten von einerseits Mitwirkenden aus international bedeutsamen Forschungsinstituten wie andererseits von fachlichen Spezialisten aus dem eigenen Mitarbeiterstab teilhaben zu lassen. Die Instruktoren sollen dann ihr so erworbenes Wissen, selektiert auf die Bedürfnisse im Aufsichtsbezirk, in Zusammenkünften in den einzelnen Arbeitsinspektoraten an ihre Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Im gleichen Rahmen wurde auch ein Seminar "Ergonomie" abgehalten.

Entwicklung der EDV in der Arbeitsinspektion

Im Berichtsjahr wurde nach nunmehr dreijähriger Laufzeit seit Einführung der EDV-unterstützten Erfassung der Außendienstdaten der Arbeitsinspektion eine Evaluierung des Projektes vorgenommen. Zu diesem Zwecke wurde vom Herrn Bundesminister eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt, eine Übersicht über die bisher aufgetretenen Mängel des EDV-Systems sowie eine Abschätzung der zusätzlichen Bedürfnisse der Arbeitsinspektorate zu gewinnen. Als unterstützende Maßnahme wurde überdies ein Softwarehaus mit der Erstellung eines Soll-Konzeptes für den umfassenden Einsatz der EDV in der Arbeitsinspektion mit den Zielen

endbenutzerorientiertes Instrumentarium

Offenheit des Systems

Koordination dezentraler Anwendungen und optimierte
Benutzerbetreuung

umfassende EDV-Unterstützung für die Arbeitsinspektorate
möglichst geringer EDV-Personalaufwand durch den
umfassenden Einsatz der EDV

beauftragt.

Bei den Beratungen der Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Zentralstelle und der Arbeitsinspektorate zusammensetzte, konnte eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen und richtungsweisenden Umstrukturierungen erarbeitet werden. Insbesondere wurde neben der besseren Auswertungsmöglichkeit des vorhandenen Datenbestandes auch die Schaffung einer Arbeitsstoff- sowie von Erlaß- und Bibliotheksdatenbanken beschlossen. Weiters wurde der Anschluß an externe Datenbanken mit für die Arbeitsinspektion relevanten Informationen vorbereitet.

2. DURCHFÜHRUNG VON VERWALTUNGSVERFAHREN

Allgemeines

Das Zentral-Arbeitsinspektorat führt Verwaltungsverfahren in erster Instanz in Angelegenheiten des Verwendungsschutzes durch, wenn das Verfahren sich auf in mehreren Aufsichtsbezirken gelegene Betriebe bezieht. Darüber hinaus werden vom Zentral-Arbeitsinspektorat jene Verwaltungsverfahren durchgeführt, in denen nach den einzelnen Rechtsvorschriften des Verwendungsschutzes in erster Instanz eine Entscheidung des Bundesministers für Arbeit und Soziales vorgesehen ist, z.B. betreffend Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für Frauen für soziale Dienste, Ausnahmen von der Pflicht zur Führung des Fahrtenbuches, Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat 1990 insgesamt 83 Verwaltungsverfahren erster Instanz in Angelegenheiten des Verwendungsschutzes durchgeführt.

Bei Berufungen gegen Bescheide der Arbeitsinspektion werden vom Zentral-Arbeitsinspektorat die Berufungsverfahren durchgeführt. 1990 wurden 14 Berufungsverfahren auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes, 12 auf dem Gebiet des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie zwei betreffend das Arbeitsinspektionsgesetz 1974 abgeschlossen. Von den Berufungsverfahren auf dem Gebiet des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes betrafen 9 die betriebsärztliche Betreuung oder den sicherheitstechnischen Dienst.

Gemäß § 9 Abs. 2 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974 ist der Bundesminister für Arbeit und Soziales berechtigt, gegen letztinstanzliche Bescheide in Angelegenheiten des Arbeitnehmerschutzes wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben. 1990 wurden 17 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden eingebracht, der Großteil betraf letztinstanzliche Entscheidungen in Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften.

Eignungserklärungen und Zulassungen

Gemäß den Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes wurden im Berichtsjahr Eignungserklärungen über Schleifkörper für erhöhte Umfangsgeschwindigkeit abgegeben. Weiters wurden Zulassungen von Bauarten nach den Bestimmungen des Strahlenschutzgesetzes für Geräte, die radioaktive Stoffe oder Strahleneinrichtungen enthalten, erteilt.

Nachweis der Fachkenntnisse

Die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales ermächtigten Einrichtungen haben im Berichtsjahr 955 Ausbildungsveranstaltungen abgehalten und 16 828 Zeugnisse für Kranführer, Staplerfahrer, Sprengbefugte und für das Personal von Gasrettungsdiensten ausgestellt. Bei diesen Kursen waren auch Arbeitsinspektoren als Vortragende tätig; an den Prüfungen über den Nachweis der Fachkenntnisse wirkten Bedienstete der Arbeitsinspektion mit.

Anerkennung ausländischer Zeugnisse betreffend den Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten

In zunehmendem Ausmaß wurde im Berichtsjahr von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, daß der Bundesminister für Arbeit und Soziales ausländische Zeugnisse betreffend den Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten anerkennen kann. Die Antragsteller waren überwiegend Staatsbürger der ehemaligen Ostblockstaaten sowie Jugoslawiens.

Arbeitshygienischer Arbeitnehmerschutz

Im Berichtsjahr wurden 82 Ärzte bzw. sonstige Untersuchungseinrichtungen gemäß § 8 Abs. 4 des Arbeitnehmerschutzgesetzes zur Durchführung besonderer ärztlicher Untersuchungen gemäß den Bestimmungen dieses Paragraphen ermächtigt. 15 Ärzte bzw. Untersuchungseinrichtungen wurden im gleichen Zeitraum im Einvernehmen mit dem Gesundheitsressort für die Durchführung besonderer ärztlicher Untersuchungen nach den Strahlenschutzbestimmungen ermächtigt. Gemäß § 22c Abs. 2 des Arbeitnehmerschutzgesetzes wurden im gleichen Zeitraum zwei arbeitsmedizinische Zentren ermächtigt, betriebsärztliche Betreuung durchzuführen.

Beteiligung an Verwaltungsverfahren

In zahlreichen Berufungsverfahren nach der Gewerbeordnung 1973 wirkte auch im Jahr 1990 das Zentral-Arbeitsinspektorat in der Ministerialinstanz zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer mit.

Auch in Verwaltungsverfahren, die von anderen Bundesministerien in erster Instanz geführt wurden, wirkte das Zentral-Arbeitsinspektorat mit, um die Belange des Arbeitnehmerschutzes zu vertreten.

Auch im Jahre 1990 wirkte das Zentral-Arbeitsinspektorat in zahlreichen erstinstanzlichen Verfahren nach dem Strahlenschutzgesetz in der Ministerialinstanz zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer mit. Diese Verfahren betrafen insbesondere die Errichtung und den Betrieb von Anlagen für den Umgang mit radioaktiven Stoffen und von Anlagen für Strahleneinrichtungen sowie den sonstigen Umgang mit radioaktiven Stoffen und den sonstigen Betrieb von Strahleneinrichtungen in Krankenanstalten (Elektronenbeschleunigeranlagen) sowie im Bereich von Wissenschaft und Forschung.

3. KONFERENZEN DER ARBEITSINSPEKTION

Konferenz der Amtsvorstände

Im Berichtsjahr fand eine Konferenz der Amtsvorstände der Arbeitsinspektorate statt. Anlässlich dieser Konferenz wurden aktuelle, den Arbeitnehmerschutz betreffende Fragen unter Teilnahme von Vertretern des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, einer Land- und Forstwirtschaftsinspektion, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, des Österreichischen Arbeiterkammertages und von Kammern für Arbeiter und Angestellte, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und von Kammern der gewerblichen Wirtschaft sowie des Österreichischen Gewerkschaftsbundes diskutiert.

Mutterschutz, Frauenarbeit, Heimarbeit

Vom 1. bis 4. Oktober 1990 fand in Amstetten eine Konferenz der Arbeitsinspektion über Angelegenheiten des Mutterschutzes, der Frauenarbeit und des Schutzes der in Heimarbeit Beschäftigten statt. An dieser Konferenz nahmen neben Vertreterinnen der Arbeitsinspektion die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber teil. Im Rahmen dieser Konferenz wurden aktuelle Probleme und Auslegungsfragen auf dem Gebiet des Mutterschutzes und der Frauenarbeit erörtert. Diese Konferenzen dienen vor allem auch dem Erfahrungsaustausch zwischen den mit Angelegenheiten des Mutterschutzes und der Frauenarbeit befaßten Institutionen.

Aussprachen der Arbeitsinspektionsärzte/innen, Hygienetechnikertagung

Diese Veranstaltungen dienen dem Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Arbeitsinspektionsärztinnen und -ärzten und den Hygienetechnikern, d.s. Arbeitsinspektoren technischer Fachrichtungen, die nach spezieller Ausbildung auf arbeitshygienischem Gebiet mit den Arbeitsinspektionsärztinnen und -ärzten in besonderer Weise zusammenarbeiten. Die Aussprachen der Arbeitsinspektionsärztinnen und -ärzte finden zweimal jährlich über jeweils mehrere Tage, die Aussprache der Arbeitsinspektionsärztinnen und -ärzte mit den Hygienetechnikern einmal jährlich statt. Es werden aktuelle arbeitsmedizinische und arbeitshygienische Fragen besprochen, Erfahrungen ausgetauscht, einheitliche Problemlösungen diskutiert und in Zusammenarbeit mit der juristischen Abteilung des Zentral-Arbeitsinspektorates rechtliche Fragen, die in Verbindung mit der arbeitsinspektionsärztlichen und der Tätigkeit der Hygienetechniker anfallen, beraten.

4. ARBEITNEHMERSCHUTZKOMMISSION

Die Geschäftsführung der Arbeitnehmerschutzkommission ist dem Zentral-Arbeitsinspektorat übertragen. Im Berichtsjahr wurden zwei Sitzungen des Plenums abgehalten. Bei diesen wurden Beschlüsse über Empfehlungen betreffend die Intensität der Beteiligung an der Normgebung der Europäischen Gemeinschaften im Bereich des Arbeitnehmerschutzes und betreffend die Veröffentlichung der MAK-Werte-Liste 1990 in den Amtlichen Nachrichten gefaßt.

Der Fachausschuß zur Begutachtung von MAK-Werten hielt vier Sitzungen ab und erarbeitete die MAK-Werte-Liste 1990.

Der Fachausschuß zur Begutachtung des Entwurfes einer Bauarbeiterschutzverordnung - BauV hielt im Berichtsjahr keine Sitzungen ab, da auf den Ergebnissen der im Vorjahr mit der 51. Sitzung beendeten 1. Lesung fußend der Entwurf intern zur 2. Lesung vorbereitet wurde.

Mit Ende des Berichtsjahres ging die Funktionsperiode 1988/90 zu Ende und es wurde die Neukonstituierung der Arbeitnehmerschutzkommission für die Funktionsperiode 1991/93 organisiert.

5. ZUSAMMENARBEIT MIT SONSTIGEN STELLEN

Verordnung über die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten

Aufgrund des Begutachtungsverfahrens wurde unter Mitarbeit des Zentral-Arbeitsinspektorates eine Endfassung des Verordnungsentwurfes erstellt, die vom Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten unterfertigt wurde. Im Berichtsjahr wurde damit begonnen, das Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien herzustellen. Die Verordnung ist zwischenzeitlich im Bundesgesetzblatt kundgemacht worden.

Strahlenschutzverordnung

Die Mitarbeit an einer Novelle zur Strahlenschutzverordnung wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Die umfangreichen Stellungnahmen aus dem Begutachtungsverfahren konnten im Berichtsjahr nur zum Teil aufgearbeitet werden. Zwischenzeitlich wurden die Arbeiten an einer Novelle zur Strahlenschutzverordnung unterbrochen, da die internationale Strahlenschutzkommission neue Empfehlungen veröffentlicht hat, die derzeit von den Europäischen Gemeinschaften in einschlägige EG-Richtlinien eingearbeitet werden. Um EG-Konformität zu erreichen, wird vorerst die Fertigstellung dieser EG-Richtlinien abgewartet.

Maschinen-Sicherheitsverordnung

Ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erstellter Verordnungsentwurf wurde im Berichtsjahr dem Begutachtungsverfahren zugeführt.

Flüssiggasverordnung

Die Mitarbeit am Entwurf einer Flüssiggasverordnung wurde fortgesetzt.

Verordnung über persönliche Schutzausrüstung

Im Berichtsjahr wurde am Entwurf einer Verordnung über das Inverkehrbringen von persönlicher Schutzausrüstung mitgearbeitet.

Allgemeine Bundesbediensteten-Schutzverordnung

Nach Abschluß der Vorbesprechungen zwischen Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurden unter Federführung des Bundeskanzleramtes auch das für den Hochbau verantwortliche Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und das für die Finanzierung zuständige Bundesministerium für Finanzen den Besprechungen über die Novellierung der Allgemeinen Bundesbediensteten-Schutzverordnung beigezogen. Der ausgearbeitete Entwurf, mit dem die für Betriebe seit 1984 geltende Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung auch für Bundesdienststellen zur Anwendung kommt, wird dem Begutachtungsverfahren zugeleitet werden.

Vorschriften zum Verwendungsschutz

Das Zentral-Arbeitsinspektorat wirkt an der Vorbereitung von Vorschriften auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes mit. So nehmen Vertreter/innen des Zentral-Arbeitsinspektorates regelmäßig an den Sozialpartnerverhandlungen über die Änderung des Arbeitszeitrechtes, über die Novellierung des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes sowie über Änderungen des Mutterschutzgesetzes teil. Durch die Beteiligung

des Zentral-Arbeitsinspektorates soll darauf hingewirkt werden, daß bei Schaffung neuer Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes die Erfahrungen der Arbeitsinspektion und die in der Praxis bestehenden Probleme berücksichtigt werden und daß bei der Vorbereitung gesetzlicher Vorschriften auch der Gesichtspunkt der Vollziehbarkeit entsprechend berücksichtigt wird.

6. SONSTIGES

Mitarbeit im Normenwesen

Vertreter der Arbeitsinspektion wirkten in zahlreichen Ausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes bei der Ausarbeitung von ÖNORMEN mit, die sicherheitstechnische Regelungen enthalten. Gleiches gilt für die Ausarbeitung von elektrotechnischen Sicherheitsvorschriften beim Österreichischen Verband für Elektrotechnik.

Studie zur Übermittlung von Qualitätsstandards für überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren

Diese Studie wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz beim Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen in Auftrag gegeben und soll die Grundlage für entsprechende Vorschriften im Arbeitnehmerschutzgesetz bilden.

Studie über die Belastung und Gefährdung von Tankwarten durch Benzol

Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat zwei arbeitsmedizinische Zentren beauftragt, in Zusammenarbeit mit Arbeitsinspektionsärzten eine Studie über Belastung und Gefährdung von Tankwarten durch Benzol zu erstellen. Sie dient dem Zweck, optimale Vorsorgeuntersuchungsmethoden für Arbeitnehmer, die der Einwirkung durch Benzol ausgesetzt sind, zu finden und überdies die Schutzmaßnahmen je nach den Ergebnissen dieser Studie zu verbessern.

Fachtagung "Maximale Arbeitsplatzkonzentrationen: Werte ohne Grenzen - Grenzen ohne Wert?"

Diese Tagung wurde von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Zentral-Arbeitsinspektorat, veranstaltet. Das Zentral-Arbeitsinspektorat war dabei an der Erarbeitung der inhaltlichen Konzeption und mit zwei Referaten beteiligt; auch werden die Kosten der Tagungsdokumentation, deren Erscheinen für Frühjahr 1991 geplant ist, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernommen.

Diese Tagung hat einem Kreis von Betroffenen (Arbeitnehmer und deren Vertreter), Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie Politikern und Journalisten durch Referate und Fachdiskussionen Funktion und Zielsetzung, aber auch die Grenzen von Arbeitsplatzgrenzwerten im allgemeinen und insbesondere die Bedeutung der österreichischen MAK-Werte-Liste für die Gesundheit der Arbeitnehmer dargelegt. Die Dokumentation dieser Tagung soll dazu dienen, diese Informationen

einen größeren Kreis zugänglich zu machen und eine praktische Hilfe für all jene sein, die mit Arbeitsstoffen und deren Grenzwerten umzugehen haben.

Studie "Auswertung der Untersuchungen nach § 8 des Arbeitnehmerschutzgesetzes"

Jährlich werden rund 80 000 Untersuchungsergebnisse arbeitsmedizinischer Untersuchungen aufgrund des Arbeitnehmerschutzgesetzes durch die Arbeitsinspektionsärzte zwar sehr intensiv bearbeitet, eine bundesweite Auswertung des Datenmaterials wurde bislang mangels ausreichender Personalkapazität jedoch nicht durchgeführt. Das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen wurde daher beauftragt, eine Studie zur Auswertung zu erarbeiten, wobei daran gedacht ist, diesem Institut in der Folge eventuell auch die Auswertung dieser Befunde zu übertragen. Der Abschluß der Studie ist für Mitte 1991 geplant.

D. BUDGET DER ARBEITSINSPEKTION

Die Ausgaben für die Arbeitsinspektion betrugen im Jahr 1990 insgesamt rd. 165,9 Mio. S, davon entfielen 128,1 Mio. S auf den Personalaufwand, 10,5 Mio. S für Aufwendungen für gesetzlichen Verpflichtungen, 27,0 Mio. S auf den Sachaufwand und 0,3 Mio. S auf Förderungsausgaben. Die im wesentlichen aus Kommissionskosten entstandenen Einnahmen erreichten im Berichtsjahr eine Höhe von rd. 4,9 Mio. S.

Im Berichtsjahr wurden die Bestrebungen zur Neuunterbringung der Arbeitsinspektorate Krems und St. Pölten in Bundesgebäuden (Krems Adaptierung einer neuen Unterkunft und St. Pölten Unterbringung in einem Bundesamtsgebäude - Neubau zusammen mit dem Finanzamt und der Arbeitsmarktverwaltung) fast zur Gänze abgeschlossen. Die offiziellen Eröffnungen fanden anfangs 1991 statt.

Im Rahmen des Ausbaues der Rufbereitschaft auch außerhalb der Dienststunden der Arbeitsinspektion wurden für die Arbeitsinspektorate Mobiltelefone (C-Netz) angekauft.

E. ARBEITSINSPEKTORATE

1. AUSSENDIENSTTÄTIGKEIT

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf die gesamte Tätigkeit der Arbeitsinspektorate, wobei naturgemäß der Außendienst im Vordergrund steht, also die Besichtigung von gewerblichen und industriellen Betriebsanlagen sowie von Bau(Arbeits)stellen. Auch die Überprüfung der Dienststellen des Bundes aufgrund des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes stellt einen Teil der Gesamttätigkeit dar, über den im Sinne des § 9 dieses Gesetzes das Zentral-Arbeitsinspektorat einen gesonderten, detaillierten Bericht zu erstatten hat. Soweit im Text- oder Tabellenteil auf Wirtschaftsklassen Bezug genommen wird, sind die Dienststellen des Bundes den jeweiligen Wirtschaftsklassen zugeordnet und werden begrifflich von "Betrieben" nicht unterschieden. In der weiteren Folge des Berichtes werden die Vergleichswerte aus dem Vorjahr (1989) in Klammer angegeben.

Am Ende des Jahres 1990 waren bei den 20 Arbeitsinspektoraten insgesamt 176 346 (157 485) Betriebe (einschließlich Bundesdienststellen) und auswärtige Arbeitsstellen durch die EDV-mäßige Erfassung zur Inspektion vorgemerkt. Des weiteren wurden bis zum Ende des Berichtsjahres insgesamt 47 495 (37 612) Betriebe, die keine Arbeitnehmer beschäftigt hatten, EDV-mäßig erfaßt und in Evidenz geführt. In den folgenden Ausführungen sind auswärtige Arbeitsstellen als selbständige Betriebe behandelt und gezählt.

Nach der Anzahl der jeweils beschäftigten Arbeitnehmer verteilten sich die vorgemerkten Betriebe auf die sieben Betriebsgrößengruppen wie folgt:

Verteilung der (EDV-mäßig erfaßten)
vorgemerkten Betriebe

Jahr	Betriebe mit						1001 u.m.
	1-4	5-19	20-50	51-250	251-750	751-1000	
Arbeitnehmern/innen							
1989	86.749	52.785	11.173	5.907	707	60	104
1990	101.096	56.634	11.607	6.103	736	60	110
Zunahme	14.347	3.849	434	196	29	0	6
Abnahme	-	-	-	-	-	0	-

Am Ende des Jahres 1990 war die Anzahl der EDV-mäßig vorgemerkten Betriebe um 18 861 größer als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. Im Vergleich zum Stand des Jahres 1986 mit 189 111 vorgemerkten Betrieben bedeutet dies eine bisherige EDV-mäßige Erfassung durch direkte Amtshandlungen im Ausmaß von 93,25 %.

Im Berichtsjahr wurden von den Arbeitsinspektoren in 66 464 (76 355) Betrieben 70 074 (80 913) Inspektionen durchgeführt. Dies entspricht einem Anteil von 37,7 % (48,5 %) der EDV-mäßig erfaßten Betriebe. Der Rückgang der Inspektionen ist neben der personellen Unterdotierung der Arbeitsinspektion auf das Bestreben zurückzuführen, die jeweilige Überprüfung bezüglich der Einhaltung der zum Schutz der Arbeitnehmer erlassenen gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfügungen entsprechend dem Grundsatz "Qualität vor Quantität" umfassend durchzuführen und festgestellte Übertretungen konsequent weiterzuverfolgen, sowie auf den ständig steigenden zeitlichen Aufwand im Rahmen behördlicher Bewilligungsverfahren (Anrainerrechte, Umweltschutz etc.). Die nachfolgende Übersicht gibt

Aufschluß über die Anzahl der in den einzelnen Betriebsgrößengruppen inspizierten Betriebe und den Prozentsatz derselben:

Zahl der inspizierten Betriebe; Prozentsatz von den vorgemerkten Betrieben							
Betriebe mit							
	1-4	5-19	20-50	51-250	251-750	751-1000	1001 u.m.
Arbeitnehmern/innen							
Jahr	Zahl der inspizierten Betriebe						
1989	35.533	28.234	7.546	4.316	585	51	90
1990	30.285	24.795	6.867	3.850	530	52	85
in % der vorgemerkten Betriebe							
1989	41,0	53,5	67,5	73,1	82,7	85,0	86,5
1990	30,0	43,8	59,2	63,1	72,0	86,7	77,3

Durch die Inspektionstätigkeit wurden im Jahr 1990 insgesamt 1 320 026 (1 463 775) Arbeitnehmer/innen erfaßt, deren Verteilung nach Alter und Geschlecht der folgenden Tabelle zu entnehmen ist:

Verteilung der Arbeitnehmer

Jahr	Arbeitnehmer			
	Jugendliche		Erwachsene	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1989	60.495	30.005	892.641	480.634
1990	52.977	24.403	814.639	428.007
Zunahme	-	-	-	-
Abnahme	7.518	5.602	78.002	52.627

Die Arbeitsinspektoren nehmen ihre Aufgaben nicht nur bei Betriebsbesichtigungen ("Inspektionen"), sondern bei jeder Anwesenheit in den Betrieben wahr. In diesem Zusammenhang sind etwa Erhebungen im Zuge des Verfahrens zur Genehmigung von Betriebsanlagen, Erhebungen in Angelegenheiten des Verwendungsschutzes sowie Unfall-erhebungen von besonderer Bedeutung. Die Ergebnisse der Unfall-erhebungen und die damit im Zusammenhang stehenden Unfallberichte geben Aufschluß über bestehende Mängel oder sonstige Unfallursachen, sodaß daraus resultierend in vielen Fällen betriebliche Maßnahmen gesetzt werden können oder erforderlichenfalls eine legislative Änderung angestrebt wird. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen oder Veränderungen wird bedauerlicherweise oft erst unter dem Eindruck des Unfallgeschehens eingesehen. In Erfüllung des Arbeitnehmerschutzes wurden im Berichtsjahr 4 202 (4 042) Erhebungen von Unfällen und Berufserkrankungen sowie 35 (39) kommissionelle Unfall-erhebungen durchgeführt.

Die Gesamtzahl der Amtshandlungen im Außendienst betrug im Berichtsjahr 176 193 (179 952). Hiefür wurden 31 677 (29 920) Reisetage aufgewendet, und zwar 13 293 (12 692) für Tätigkeiten am Amtssitz und 18 384 (17 228) für Amtshandlungen außerhalb des Amtssitzes.

2. SCHRIFTLICHE TÄTIGKEIT

Die von den Arbeitsinspektoraten im Außendienst erhobenen Fakten erfordern eine oft sehr umfangreiche schriftliche Tätigkeit. Die folgenden Angaben sollen einen Eindruck über Umfang und Art dieser Aufgaben vermitteln:

Im Berichtsjahr betrug die Zahl der bei den Arbeitsinspektoren eingelangten Geschäftsstücke 496 057 (483 892), von denen über 20 % eine schriftliche Erledigung erforderten. Von den insgesamt 104 639 (101 568) abgefertigten Geschäftsstücken waren 63 723 (65 149) Gutachten oder Stellungnahmen in Angelegenheiten des Arbeitnehmerschutzes.

2.1 Verfügungen

Aufgrund der Feststellung von unmittelbar drohender Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Arbeitnehmern mußten in 67 (79) Fällen Verfügungen gemäß § 7 Abs. 3 ArbIG 1974 getroffen werden.

2.2 Anträge

Zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Arbeitnehmern haben die Arbeitsinspektoren in 186 (164) Fällen Anträge auf Erlassung von Verfügungen gemäß § 7 Abs. 1 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974 bei der zuständigen Behörde gestellt.

2.3 Bescheide

An Arbeitgeber ergingen im Berichtsjahr 66 (62) Bescheide in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie 681 (741) Bescheide in Angelegenheiten des Verwendungsschutzes.

2.4 Aufforderungen, Strafanzeigen

Aufgrund der Inspektionstätigkeit haben die Arbeitsinspektorate gemäß § 6 Abs. 1 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974 an Arbeitgeber in 19 885 (19 195) Fällen schriftliche Aufforderungen zur Herstellung eines den gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfügungen entsprechenden Zustandes gerichtet.

Wegen festgestellter Übertretungen von Arbeitnehmerschutzvorschriften erstatteten die Arbeitsinspektorate im Jahr 1990 in 5 011 (5 421) Fällen Anzeige an die zuständige Verwaltungsstrafbehörde. Dabei wurden Strafen in der Höhe von insgesamt S 63,765.550,-- (S 59,438.810,--) beantragt.

Übertretungen von Vorschriften des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes führten zu 1 982 (1 527) Anzeigen mit einem beantragten Strafausmaß von insgesamt S 17,848.400,-- (S 12,339.810,--); 3 029 (3 894) Anzeigen mit einem beantragten Strafausmaß von insgesamt S 45,917.150,-- (S 47,099.000,--) betrafen Übertretungen von Vorschriften des Verwendungsschutzes. Rechtskräftig abgeschlossen wurden 3 197 (2 737) Verwaltungsstrafverfahren, bei denen es sich in 1 065 (780) Fällen um Übertretungen von Vorschriften des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes mit einem verhängten Strafbetrag von insgesamt S 8,334.810,-- (S 4,093.100,--) und in 2 132 (1 957) Fällen um Übertretungen von Vorschriften des Verwendungsschutzes mit einem verhängten Strafbetrag von insgesamt S 12,046.000,-- (S 9,668.300,--) handelte.

2.5 Berufungen

Um die Angelegenheiten des Arbeitnehmerschutzes nachhaltig zu vertreten, war es erforderlich, daß seitens der Arbeitsinspektorate in 123 (102) Fällen Berufung gegen Bescheide der Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz eingebracht wurde.

F. ERFAHRUNGEN DER ARBEITSINSPEKTORATE ZUR GESTALTUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN

1. TECHNISCHER UND ARBEITSHYGIENISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ

In einem Sportbooterzeugungsbetrieb konnte man durch die konstruktive Umgestaltung der Bootskörperformen und Anordnung von Absaugungen erreichen, daß beim Laminiervorgang im Arbeitsbereich der MAK-Wert für Styrol unterschritten wird. Bei der konstruktiven Umgestaltung hat man die notwendigen Bootskörperdurchbrüche, wie z.B. Fenster, Mastführung etc., für die Anbringung der Flansche für die Bootskörperabsaugung verwendet. Durch diese Maßnahmen können die Styroldämpfe unmittelbar an der Entstehungsstelle erfaßt und über Bodenkanäle abgeleitet werden (AI 10).

In einem Stahlwerk wurde ein Automat zum Ausspritzen von Strangguß-Verteilerrinnen mit Feuerfestmaterial aufgestellt. Das Aufbringen der Feuerfestmasse, entweder bei Neuzustellung oder bei Reparatur, erfolgte bisher mittels eines Spritzschlauches, welcher händisch geführt wurde. Die Masse wurde mit einer Pumpe aus einem Mischbehälter mit Rührwerk dem Spritzschlauch zugeführt. Das Führen des Spritzschlauches sowie das Beschicken waren arbeitsaufwendig und belastend, Mischungsverhältnis und Wandstärke der Schicht waren weitgehend vom Geschick der Bedienungsperson abhängig. Schwankungen dieser beiden Faktoren führten nicht nur zur Verringerung der Standzeit, sondern damit verbunden auch zu erhöhten Gefährdungen für die Arbeitnehmer. Der Spritzautomat führt nun diese Arbeitsvorgänge programmgesteuert mit geringsten Toleranzen aus. Der Arbeitsaufwand besteht aus dem Füllen des Trockenbunkers; sodann muß die Rinne in

der passenden Position abgestellt, sowie das gewünschte Programm eingegeben und gestartet werden. Mischung, Transport und auch die exakte Führung des Spritzschlauches erfolgt ohne weitere händische Manipulation. Die Anlage bringt eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen (AI 12).

Einige Käsereibetriebe tätigten erhebliche Investitionen in die Automatisierung des Betriebsablaufes. Dazu war die Installierung zahlreicher, nicht serienmäßiger Förder- und Transportanlagen, sowie das Aufstellen prototypenhafter Maschinen erforderlich. Diese neu konstruierten Anlagen und Betriebsmittel wiesen teilweise erhebliche Mängel in sicherheitstechnischer Hinsicht auf. Vom Arbeitsinspektorat wurden diese Mängel erhoben, sodaß die Liefer- und Montagefirmen verpflichtet werden konnten, noch vor der endgültigen Übergabe der Anlagen die sicherheitstechnischen Mängel zu beheben (AI 18).

In einer Strick- und Wirkwarenfabrik, welche auch eine Färberei umfaßt, wurde im Chemikalienlager der Färberei ein neuer Lagerraum für flüssige Komponenten eingerichtet. Dieser Raum ist für die jeweiligen Komponenten in einzelne Boxen gegliedert. Die Boxen besitzen eine wannenförmige Ausgestaltung und sind mit Türen der Brandschutzklasse T 90 abgeschlossen. Die Beschickung erfolgt mittels eines Elektrozuges, wobei die Paletten mit den Fässern auf eine Ausrollvorrichtung aufgesetzt werden. Diese Ausrollvorrichtung besitzt eine teleskopartig ausgestaltete Auszieheinrichtung, sodaß die Fässer ohne erheblichen Kraftaufwand in die Boxen zurückgeschoben werden können. Durch diese Maßnahme ist sowohl die Schwere der Arbeit als auch die Brandgefahr wesentlich vermindert worden. (AI 17).

Die gefahrlose Entsorgung von Sonderabfällen aus Krankenanstalten stellt immer ein besonderes Problem dar, da sowohl beim Sammeln

der Sonderabfälle in den Krankenanstalten selbst, beim Transport und insbesondere auch bei der Entsorgung ein Kontakt mit den Abfällen nie auszuschließen ist. Bei dem einzigen derzeit für die Verbrennung von Sonderabfällen aller Art in Österreich geeigneten Entsorgungsbetrieb wurde mit hohem Aufwand eine Erweiterung vorgenommen, die ausschließlich der Entsorgung von Sonderabfällen aus medizinischen Bereichen dient. Die Anlage arbeitet vollautomatisch, wobei der gesamte Betriebsablauf von einer zentralen Stelle aus fernüberwacht wird. Es werden nur solche Behälter für Sonderabfälle angenommen, welche normgemäß, durchstichsicher und bruchfest ausgeführt sind, wobei ein Öffnen der Behälter nicht mehr möglich ist. Diese Behälter gelangen nun über automatisch bediente Speicherbereiche, Transport- und Hebesysteme unmittelbar in die Drehrohröfen. Aus arbeitshygienischer Sicht ist somit eine optimale Sicherheit gegen Infektionsgefahr gewährleistet, da während des gesamten Entsorgungsablaufes ein händisches Eingreifen nicht mehr erforderlich ist (AI 2).

In einem Chemiebetrieb werden laufend größere Mengen von organischen Lösungsmitteln und damit versetzten Fertigprodukten in Tankfahrzeuge und Kesselwaggons abgefüllt. Gaspendelleitungen zur Rückführung der Dämpfe in die Lagerbehälter sind zwar vorhanden, die meisten der oft aus Ostländern stammenden Kesselwaggons und viele Tankfahrzeuge verfügen jedoch über keine entsprechenden Anschlüsse. Bei einer Überprüfungsverhandlung wurde vom Firmenvertreter ein kegelförmiges Aufsatzstück aus Metall mit Anschlußverschraubungen für Füll- und Gaspendelleitung vorgezeigt. Es wurde mitgeteilt, daß der mit Moosgummi beklebte Kegel auf Tanköffnungen mit verschiedenen Durchmessern aufgesetzt werden könne, wodurch ein Befüllen mittels Gaspendelleitung ohne Entweichen von Dämpfen in die Atemluft möglich sei. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat wurden technische Verbesserungen durchgeführt, sodaß dieses Aufsatzstück nunmehr tatsächlich auf der Tanköffnung leicht und sicher fixiert werden

kann. Sein gasdichter Sitz konnte durch Messungen mit dem Gasspürgerät nachgewiesen werden (AI 7).

Im Zuge des Wiederaufbaues einer durch Brand zerstörten Rollen-Offset-Druckerei wurden die neu aufgestellten leistungsstarken drei Druckmaschinen, in deren unmittelbarer Nähe ein Dauerschallpegel von bis zu 94 dB(A) erreicht wird, mit einer schalldämmenden Umhausung ausgestattet, die eine Lärminderung am außerhalb der Umhausung befindlichen Steuerpult auf 74 dB(A) bewirkt und damit ein Tragen des Gehörschutzes nur mehr beim fallweise erforderlichen Betreten der "Maschinenhäuser" notwendig ist (AI 14).

In einem Zulieferbetrieb der Automobilindustrie mit über 200 weiblichen Arbeitnehmern werden Bestandteile der elektrischen Ausrüstung (Kabelbäume) hergestellt. Der Zusammenbau der Komponenten erfolgt an Bändern auf sogenannten Montagebrettern. Die auf Rollen gelagerten Bretter werden nach dem Montagetakt zum nächsten Arbeitsplatz weitergeschoben. Aus dem Fertigungsablauf und der räumlichen Anordnung der verschiedenen Komponenten- und Kleinteilebehälter ergab sich oberhalb der waagrecht angeordneten Montagebretter ein relativ großer Greifraum. Die Arbeitnehmerinnen mußten daher bei einer weitgehend statischen Rumpfposition eine vorgebeugte bzw. auch überstreckte Körperhaltung einnehmen, die wiederum zu häufigen Krankheitsbeschwerden im Stützapparat sowie im Schulterbereich führte. Nach einer ergonomischen Analyse der Arbeitsplatzsituation mit dem Arbeitsinspektionsarzt wurde eine Anpassung des Hauptarbeitsfeldes an unterschiedliche Körpergrößen verlangt. Gleichzeitig sollte eine Verkleinerung des Greifraumes mit einer Differenzierung der Griffweite nach ihrer Häufigkeit vorgenommen werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Realisierung ergonomischer Erkenntnisse auch nach den zu erwartenden positiven Auswirkungen auf den Komplex Arbeitsplatz-Leistung-Gesundheit beurteilt werden muß. Das Unterneh-

men hat inzwischen einen Großteil der Bandanlagen umgebaut. Die Montagebretter können in einem Winkel zwischen 30° und 50° geneigt werden. Die besondere Anordnung der Gelenkpunkte ermöglicht gleichzeitig auch eine Anpassung an die günstigste Arbeitshöhe und durch den Wegfall des Körperschattens eine bessere Ausleuchtung des Arbeitsfeldes. Die Abänderungen an den Bandanlagen erlauben eine aufrechte und entspannte Körperhaltung, sodaß insgesamt auch ein günstiger Einfluß auf die bei Schicht- und Akkordarbeit auftretende spezifische Belastungssituation erwartet werden kann. Nach ersten Erfahrungen wird die geänderte Arbeitsplatzgestaltung positiv aufgenommen und sind die Beschwerden deutlich geringer. Von seiten des Arbeitsinspektionsarztes ist beabsichtigt, etwaige Auswirkungen auf die Krankenstandstatistik zu beobachten (AI 9).

In einem metallverarbeitenden Betrieb zur Herstellung von Bohrgestängen werden dieselben mit einem wachsartigen Korrosionsschutz angeliefert bzw. nach der Bearbeitung wieder damit versehen. Für die Verarbeitung im Betrieb ist eine fettfreie Oberfläche notwendig. Bisher wurden die Werkstücke in einer Perchlorethylenanlage gereinigt. Nunmehr erfolgt diese Reinigung in einer Heißwasseranlage bei 90° C. Durch Eintauchen der Teile (über Hallenkran) in das Bad bei einer Verweilzeit von ca. 15 Minuten wird das Wachs von der Oberfläche gelöst, gelangt auf die Badoberfläche und wird über einen Abscheider vom Wasser getrennt. Beim Hochheben wird mit Hochdruck Heißwasser auf die Teile gespritzt, um die noch nicht gelösten Wachsreste zu entfernen. Eine Randabsaugung verhindert das Entweichen des Wasserdampfes in die Werkshalle. Das Wachs kann nach Entfernen des Wasseranteiles (wird extern durchgeführt) wieder zum Wachsen von Werkstücken verwendet werden. Durch diese neue Anlage wird die Geruchsbelästigung und mögliche Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer durch Perchlorethylen vermieden (AI 12).

Bei der Überprüfung einer auswärtigen Arbeitsstelle mußte festgestellt werden, daß Schutzgerüste im Schutzabstand einer Hochspannungsfreileitung angebracht waren. Da für die Arbeitnehmer im Fall eines Absturzes eine drohende Gefahr für Leben und Gesundheit bestand, wurde eine sofortige Sperre des Baustellenbereiches im Sinne des § 7 Abs. 3 ArbIG 1974 verfügt. Nach anfänglichen Widerständen erreichte das Arbeitsinspektorat letztlich die Freischaltung der betroffenen Hochspannungsfreileitung durch das zuständige Energieversorgungsunternehmen, wodurch die drohende Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer rasch abgewendet werden konnte (AI 7).

Für die Beschickung der Tafelblechschere, der Plasmaschneid- und Stanzanlage mit Blechtafeln wurden in einem Dosenwerk Vakuumhebegeräte eingesetzt. Durch diese Betriebseinrichtungen entfällt der Transport der Blechtafeln mittels Kran, wodurch sich Erleichterungen für die Arbeitnehmer ergeben, da das händische Anschlagen der Blechtafeln mittels Seilen bzw. Ketten nicht mehr notwendig ist. Außerdem kam es beim Anhängen von Blechtafeln immer wieder zu schweren Schnittverletzungen durch die scharfen Kanten der Blechteile (AI 12).

Im Zuge der Errichtung einer Schienenfließadjustage in einem Walzwerk wurde der Zu- und Abtransport zu einer Rollenrichtmaschine mechanisiert. Bisher wurde das Walzgut, vorwiegend Schienen in den unterschiedlichsten Längen, Profilen und Metergewichten, mittels Kran vom Kühlbett auf eine Ablage am Einlaufende zur Rollenrichtmaschine gehoben. Mittels Seilwinden, Drehschlüssel und primitiven Hebevorrichtungen mußten die Profile ausschließlich händisch in die richtige Einlaufposition zur Richtmaschine gebracht werden und über nicht angetriebene Rollen in die Maschine eingeführt werden. Der Abtransport der gerichteten Profile erfolgte über Rollgang, Querschlepper und Kran zur weiteren Bearbeitung. Auch bei diesen Ar-

beitsabläufen war es notwendig, immer wieder händisch einzugreifen. Diese Tätigkeiten waren unergonomisch und vor allem extrem unfallgefährlich. Nunmehr werden die Schienen über ein Hubkühlbett in gleichmäßigen Abständen in den Aktionsbereich eines hydraulischen, in allen Raumachsen beweglichen, vor der Rollrichtmaschine montierten Manipulator gebracht. Dieser bringt die Schiene in die richtige Einlaufposition und führt sie auch in die Richtmaschine ein. Rollgänge bringen die Schiene nach dem Richtvorgang im direkten Materialfluß zu weiteren Bearbeitungs-, Kontroll- und Prüfeinrichtungen. Die Anlage läuft weitgehendst automatisiert und wird aus einem Steuerstand, teilweise auch über Videoeinrichtungen überwacht. Die Unfallsituation hat sich entscheidend geändert. Waren bisher durchschnittlich zwei bis drei Unfälle pro Monat zu verzeichnen, so ist für die vergleichbaren Arbeitsabläufe die Zahl praktisch auf Null gesunken (AI 12).

In einem Betrieb der granitverarbeitenden Industrie, der als staubschutztechnisch saniert gegolten hatte, wurde nach drei Jahren eine arbeitshygienische Routineüberprüfung durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, daß bereits seit zwei Jahren Arbeiten an besonders großen Werkstücken vorgenommen wurde, deren Umfang über die bisher bekannte Tätigkeit weit hinausging. An mehreren Arbeitsplätzen wurde eine bedeutend erhöhte Staubentwicklung festgestellt. Die erforderlichen Maßnahmen zur Hintanhaltung der Gefahr von Silikoseerkrankungen wurden eingeleitet. Dieser Fall zeigt deutlich, daß auch auf dem Gebiet der Arbeitshygiene der zeitliche Abstand zwischen den einzelnen Betriebsüberprüfungen im allgemeinen zu groß ist, und welche Bedeutung daher der Aufstockung des Personalstandes der Arbeitsinspektion im Interesse der Arbeitnehmer Österreichs zukommt (AI 7).

2. VERWENDUNGSSCHUTZ

2.1 Beschäftigung von Jugendlichen

Im Berichtsjahr war im Aufsichtsbezirk insgesamt ein Rückgang an schwerwiegenden Übertretungen des KJBG festzustellen, es gibt jedoch vor allem im Hotel- und Gastgewerbe noch immer Probleme (AI 1).

Die Pflichtpraktikanten in Betrieben des Hotel- und Gastgewerbes müssen für eine bestimmte, vom Lehrplan vorgegebene Zeit einschlägige, mit dem Lehrplan abgestimmte praktische Arbeiten verrichten. Eine organisatorische Eingliederung in den Betrieb und eine Weisungsbefugnis des Betriebsinhabers ist daher nötig. Daraus ergibt sich, daß ein Praktikum nur als Arbeitsverhältnis absolviert werden kann. Da es sich bei den Praktikanten durchwegs um Jugendliche handelt, sind die Bestimmungen des KJBG anzuwenden. Bei Betriebskontrollen mußte festgestellt werden, daß in vielen Fällen Praktikantenverträge abgeschlossen wurden, die im Widerspruch zu den einschlägigen Arbeitnehmerschutzbestimmungen stehen. So wird in manchen Praktikantenverträgen ausdrücklich betont, daß kein Dienstverhältnis vorliege. Die entsprechenden Vertragsformulare stammen von Fremdenverkehrsschulen (AI 14).

Bei Überprüfung von Ferialpraktikanten im Gastgewerbe wurde festgestellt, daß die jugendlichen Praktikanten aus Angst vor Repressalien keine Aussagen über bestehende Mißstände machen. Da die Ferialpraktikanten von den Gewerbeinhabern eine Bestätigung (Praxisnachweis) für die Fach- oder Hotelfachschule brauchen, befinden sie sich in einem Abhängigkeitsverhältnis (AI 16).

Bei der Überprüfung von Gastgewerbebetrieben konnte festgestellt werden, daß die durchschnittliche Tagesarbeitszeit der Jugendlichen bei 9 bis 10 Stunden, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei 50 bis 55 Stunden lag. Bei mehreren Gastgewerbebetrieben wurde wegen wiederholter hartnäckiger Übertretungen ein Antrag auf Verbot der Beschäftigung Jugendlicher gemäß § 31 KJBG gestellt. So wurden in einem Gastgewerbebetrieb trotz wiederholter Anzeigen seit 1987 und trotz eines Antrages auf Verbot der Beschäftigung Jugendlicher während des noch laufenden Verfahrens im Dezember 1990 wiederum gravierende Übertretungen festgestellt. Der betreffende Arbeitgeber gibt in seiner Rechtfertigung selbst an, daß die Lehrlinge Überstunden leisten müssen und daß die Sonntagsruhe nicht gewährt werden kann (AI 11).

Im Hotel- und Gastgewerbe sind die häufigsten KJBG-Übertretungen darauf zurückzuführen, daß die Sonn- und Feiertagsruhe nicht beachtet und eingehalten wird. Lehrlinge, die im Betrieb beherbergt sind, tragen oft selbst die Bitte an den Gewerbeinhaber heran, mehrere Wochenenden hintereinander zu arbeiten, um Gutstunden anzusammeln, damit sie dann mehrere zusammenhängende Tage bei ihren Eltern verbringen können (AI 12).

Bei Nachtkontrollen im Gastgewerbe wird es zunehmend schwieriger, Übertretungen des KJBG nachzuweisen. Aufgrund des Druckes, dem die Jugendlichen ausgesetzt sind, kann ein Strafverfahren nicht auf ihre Zeugenaussage gestützt werden. Es ist daher nur die dienstliche Wahrnehmung des Arbeitsinspektors maßgeblich, wobei genaue Angaben über die Tätigkeit und den Beschäftigungszeitraum erforderlich sind. Es mußte auch festgestellt werden, daß sich betrunkene Gäste in die Amtshandlung einmengen. Es erfordert von den Arbeitsinspektoren daher oftmals große Mühe, die Amtshandlung ruhig und ordnungsgemäß durchzuführen (AI 10).

Bei einer Überprüfung eines Restaurants wurde festgestellt, daß Jugendliche unter 16 Jahren zu täglichen Arbeitszeiten bis zu 18,5 Stunden und wöchentlichen Arbeitszeiten bis 97 Stunden herangezogen wurden. Die gesetzlichen Ruhepausen, Ruhezeiten, die Nachtruhe, die Wochenfreizeit und die Sonntagsruhe wurden nicht gewährt. Diese Übertretungen wurden fortlaufend über einen Zeitraum von 12 Wochen begangen. Da es sich um den Betrieb einer Gemeinde handelte, war eine Strafanzeige nicht möglich, sondern gemäß § 6 Abs. 4 ArbIG 1974 gegen den Bürgermeister als verantwortliches Organ der Gemeinde vorzugehen (AI 18).

Bei Nachtkontrollen in Bäckereibetrieben gibt es große Schwierigkeiten, da viele Betriebe in der Nacht verschlossen sind. Wenn nach längerem Läuten und langer Wartezeit geöffnet wird, sind die Jugendlichen meistens in Privaträumen versteckt worden. In einem Betrieb wurde festgestellt, daß die Jugendlichen bereits seit 22.00 Uhr, in einem zweiten Betrieb seit 23.00 Uhr in der Backstube beschäftigt wurden (AI 16). In vielen Bäckereibetrieben wird durch die Aufhebung des Verbotes der Tafelarbeit vor 4.00 Uhr früh bereits um 11.00 Uhr nachts begonnen und ist dadurch die Hauptarbeit bereits um 6.00 Uhr bzw. 7.00 Uhr früh beendet. Nach Ansicht der Arbeitgeber wird bei Einhaltung der gesetzlich festgelegten Grenzen für die Beschäftigung der Jugendlichen das Erreichen des vorgeschriebenen Lehrziels in Frage gestellt. Nach den Erfahrungen der Arbeitsinspektoren können diese Einwände jedoch durch entsprechende betriebsorganisatorische Maßnahmen entkräftet werden (AI 17).

Seit der Einführung des sogenannten "langen Samstags" im Handel haben sich in diesem Bereich Übertretungen des § 19 KJBG ergeben. In den meisten beanstandeten Betrieben wurde das Problem durch einen entsprechend späteren Arbeitsbeginn am darauffolgenden Montag ge-

löst. Die überprüften Betriebe wurden besonders darauf hingewiesen, daß eine Beschäftigung jugendlicher Lehrlinge an den langen Samstagen bis 17.00 Uhr dann nicht möglich ist, wenn für den jeweiligen Lehrling der folgende Montag ein Berufsschultag ist (AI 11).

Bei Erhebungen in Handelsbetrieben wurde festgestellt, daß bei einigen Unternehmen mit Filialen in verschiedenen Aufsichtsbezirken der Arbeitsinspektion jugendliche Lehrlinge oft nur für kurze Zeit in den einzelnen Filialen beschäftigt werden und der Beschäftigungs-ort ständig wechselt. Durch diese Vorgangsweise wird die Kontrolle der Bestimmungen des KJBG, insbesondere der Wochenfreizeit und Wochenarbeitszeit, wesentlich erschwert. So läßt sich bei den Erhebungen nur schwer feststellen, ob Jugendliche, die an einem Samstag-nachmittag in einer Filiale beschäftigt wurden, in einer anderen Filiale am darauffolgenden Montag erst am Nachmittag beschäftigt werden (AI 5).

In einem Bekleidungsgeschäft wurden in der kalten Vorweihnachtszeit Lehrlinge zur Beaufsichtigung von Verkaufsständen im Freien eingesetzt. Vom Arbeitsinspektorat wurde Anzeige erstattet (AI 17).

Von den auf Baustellen praktizierten ungesetzlichen Arbeitszeitmodellen sind in verstärktem Umfang auch Jugendliche betroffen. Außerdem wurde vermehrt festgestellt, daß die Aufsichtspflicht durch eine fachkundige Person vernachlässigt wird. Lehrlinge werden oft Arbeitnehmern "zugeteilt", die selbst kaum über die Arbeitnehmerschutzbestimmungen belehrt wurden. Insbesondere kommt es zur Beschäftigung an Arbeitsplätzen, bei denen die Verwendung von Jugendlichen verboten oder nur nach Anbringung von besonderen Schutzeinrichtungen erlaubt ist, wie bei Arbeiten auf Gerüsten und Dächern. Die Verantwortung hierfür liegt zumeist direkt bei der Unternehmens-

leitung, die die Jugendlichen zu für sie verbotene Arbeiten einteilt (AI Bau).

Von einem Arbeitsinspektorat wurden bei der Überprüfung einer Baustelle jugendliche Arbeitnehmer bei Dachdeckerarbeiten ohne Aufsicht angetroffen. Auf der Baustelle waren weder Sicherheitsgürtel noch Sicherungsseile vorhanden (AI 17).

2.2 Frauenarbeit und Mutterschutz

An Computerarbeitsplätzen klagen viele Frauen über Rücken- bzw. Kopf- und Nackenschmerzen. Dies ist durch nicht ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze bedingt. Die Beseitigung dieser ergonomischen Mißstände erfordert Problemlösungen gemeinsam mit allen Betroffenen (Arbeitsinspektorat, Arbeitgeber, Arbeitnehmer) (AI 12).

Durch entsprechende Aufklärung von seiten des Arbeitsinspektorates konnten die Beschwerden an EDV-Arbeitsplätzen stark verringert werden. Es ist zu bemerken, daß die Arbeitgeber der Ergonomie gegenüber sehr aufgeschlossen sind und sich vermehrt informieren und von sich aus entsprechende Vorkehrungen treffen (AI 11).

Bei der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen in Selbstbedienungsmärkten kommt es immer noch vor, daß schwere Waren ohne Zuhilfenahme von mechanischen Hilfsmitteln bewegt werden müssen (AI 16).

Bei der Überprüfung von Krankenanstalten wurde festgestellt, daß das durchwegs weibliche Pflegepersonal nach wie vor beim händischen Heben von bettlägerigen Patienten einer starken körperlichen

Beanspruchung, insbesondere des Stützapparates, ausgesetzt ist, weil der Einsatz von Hebevorrichtungen für Patienten nach wie vor nicht üblich ist. In einer Krankenanstalt sind die Arbeitnehmerinnen einer unzumutbaren körperlichen Beanspruchung bei der Beschickung des Standsterilisators ausgesetzt, weil die Kassetten für die Aufnahme der zu sterilisierenden Geräte, welche auf die Zuführeinrichtungen gehoben werden müssen, viel zu groß und daher zu schwer sind. Eine vom Arbeitsinspektorat geforderte Mechanisierung der Beschickung durch entsprechende motorische Transporteinrichtungen wurde bisher aus Kostengründen nicht realisiert. Es wurde vielmehr für das Beschicken des Standsterilisators der Einsatz dienstfreier männlicher Operationsgehilfen von der Anstaltsleitung angeordnet, dieser Einsatz funktioniert jedoch in der Praxis nur unzureichend (AI 17).

Bei Arbeiten an Verpackungsmaschinen konnte festgestellt werden, daß die dort beschäftigten Frauen häufig an Sehnenscheidenentzündungen leiden, da permanent die selben Handgriffe durchgeführt werden müssen. In diesem Zusammenhang wäre eine Art Jobrotation zu überlegen, sodaß die Frauen an verschiedenen Maschinen beschäftigt werden können und nicht immer die selben Bewegungsabläufe zu verrichten hätten (AI 11).

In Reinigungsbetrieben traten trotz Einhaltung der Vorschriften betreffend Handcremen, Handschuhe und geeigneter Seifen, vereinzelt noch Ekzeme bei Arbeitnehmerinnen auf. Die Gründe dafür sind, daß einige Arbeitnehmerinnen nicht mit Handschuhen arbeiten können, in den Handschuhen schwitzen, oder daß es sich nicht vermeiden läßt, daß Wasser in die Handschuhe gerät. Es wären daher weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Ekzemen zu untersuchen (AI 11).

In Nahrungsmittelverarbeitenden Betrieben wurden Übertretungen des Nachtarbeitsverbotes für Frauen festgestellt. Mit ein Grund ist,

daß Ehepaare zusammen an die Arbeitsstelle fahren und somit auch gleichzeitig mit der Arbeit beginnen wollen (AI 10).

Manche Betriebe holen ihre Belegschaft mit einem eigenen kostenlosen Firmenbus von den umliegenden Ortschaften ab. In Betrieben mit Dienstbeginn um 5.00 Uhr früh fühlen sich die Frauen benachteiligt, da sie entweder den Bus nicht in Anspruch nehmen können bzw. wenn sie ihn doch in Anspruch nehmen, täglich eine Stunde zuwarten müssen, bis sie mit ihrer Arbeit beginnen dürfen. Diese Frauen empfinden diese Bestimmungen des Nachtarbeitsverbotes in ihrem speziellen Fall subjektiv als ungerecht (AI 11).

Der Einsatz teurer Maschinen und Anlagen, die nur im Durchlaufbetrieb wirtschaftlich eingesetzt werden können, sowie erhöhter Arbeitsanfall infolge der guten Konjunkturlage bewirken einen erheblichen Druck in Richtung Mehrschichtbetrieb. Davon sind besonders Frauen betroffen, die infolge des Nachtarbeitsverbotes in einem Mehrschichtbetrieb mit Nachtarbeit nur erschwert eingesetzt werden können. So hat ein Betrieb aus Anlaß der Einführung der Nachtschicht überlegt, alle Frauen durch Männer zu ersetzen (AI 8).

Das Nachtarbeitsverbot wird von vielen betroffenen Frauen als diskriminierend betrachtet. Sie sehen nicht ein, daß eine Krankenschwester in der Nacht arbeiten darf, eine Frau in der Fabrik aber nicht. So wurde auch beobachtet, daß Unternehmen, die im Schichtbetrieb rund um die Uhr arbeiten, aus Prinzip keine Frauen beschäftigen (AI 11).

Es kommt immer wieder vor, daß auch weibliche Jugendliche das Bäckerhandwerk erlernen. Da Frauen erst ab 5.00 Uhr früh beschäftigt werden dürfen, finden viele der weiblichen Bäckerinnen keine Arbeitsstelle (AI 11).

Im Berichtsjahr wurden in mehreren Bäckereibetrieben Übertretungen des Nachtarbeitsverbotes für Frauen festgestellt (AI 6).

Bei den Nachterhebungen in der Grenzregion zu Jugoslawien wurden Übertretungen des Nachtarbeitsverbotes festgestellt. Durch den vermehrten Ansturm ausländischer Kunden wurden die Arbeitszeiten von Handelsangestellten extrem ausgedehnt, in mehreren Fällen sogar bis 2.00 Uhr früh (AI 11).

Die Anzahl der eingelangten Mutterschutzmeldungen ist gegenüber den Vorjahren stark gestiegen. Dies dürfte auf eine verstärkte Aufklärungsarbeit der Arbeitsinspektion über die gesetzlichen Bestimmungen in den Betrieben zurückzuführen sein, z.T. auch auf eine entsprechende Information der Steuerberatungsbüros (AI 3, 5, 7, 12).

Nach dem Mutterschutzgesetz ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet, den Standort, an dem die schwangere Arbeitnehmerin beschäftigt wird, dem Arbeitsinspektorat zu melden. Dies bewirkt für die Mutterschutzreferentinnen einen erhöhten Aufwand, da telefonisch diese Auskünfte eingeholt werden müssen (AI 11).

Bei Mutterschutzerhebungen mußte vermehrt festgestellt werden, daß schwangere Arbeitnehmerinnen einer starken psychischen Belastung dadurch ausgesetzt sind, daß sie bei ihren Arbeitskolleginnen auf wenig Verständnis stoßen. Vielfach werden die Arbeitnehmerinnen ob der vermeintlichen "Bevorzugung" beneidet und es wird ihnen entsprechend unkollegial entgegengetreten. Weiters mußte beobachtet werden, daß auch von seiten des Arbeitgebers starker psychischer Druck auf die Schwangere ausgeübt wird (AI 3).

Bei einem infolge der Beschäftigungsverbote notwendigen Arbeitsplatzwechsel innerhalb des Betriebes mußte festgestellt werden, daß die schwangeren Arbeitnehmerinnen unter der Umstellung und dem Einarbeiten auf dem neuen Arbeitsplatz litten. So hat sich in einem Betrieb gezeigt, daß nur ein Arbeitsraum den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes entspricht und daher die werdenden Mütter nur dort beschäftigt werden dürfen. Die Arbeitskolleginnen und -kollegen wollen das nicht akzeptieren und üben psychischen Druck auf die Schwangere aus, da sie nicht andauernd mit Schwangeren zusammenarbeiten wollen, weil diese keine vollwertigen Arbeitskräfte seien. Aus diesen Gründen wollen die Schwangeren oft nicht an diesen Arbeitsplatz versetzt werden und melden daher ihre Schwangerschaft entsprechend spät. Das Arbeitsinspektorat versuchte, vermittelnd zwischen den Arbeitnehmern zu wirken und konnte auch Einsicht von seiten der Arbeitskollegen und -kolleginnen erreichen (AI 11).

In Krankenanstalten, in denen naturgemäß vielfache Gefahrenquellen für schwangere Arbeitnehmerinnen auftreten, konnten aufgrund intensivster Bemühungen sehr gute Regelungen bezüglich der Ersatzarbeitsplätze getroffen werden. Allerdings treffen die Arbeitsinspektorinnen im Zuge ihrer Erhebungen gerade in diesem Bereich immer wieder auf eine gewisse Betriebsblindheit, es werden die Gefahren bagatellisiert (AI 3).

Es mußte festgestellt werden, daß es in den Krankenanstalten im Pflegedienst kaum einen Arbeitsplatz gibt, der für schwangere Arbeitnehmerinnen in Betracht kommt. Die Dienstpostenpläne in Krankenanstalten sind derart knapp bemessen, daß schon durch einen geringen Prozentsatz von Ausfällen der Krankenhausbetrieb nur schwer im notwendigen Ausmaß aufrecht erhalten werden kann. Das Abziehen einer schwangeren Arbeitnehmerin von ihrem Arbeitsplatz stellt daher eine zusätzliche Belastung für die übrigen Arbeitnehmerinnen dar. In

einigen Fällen wurde der Antrag seitens der schwangeren Arbeitnehmerinnen an das Arbeitsinspektorat gestellt, in der Nacht arbeiten zu dürfen, da die Belastung in der Nacht eher geringer sei. Diese Anträge wurden vom Arbeitsinspektorat abgelehnt (AI 11).

In einem Krankenhaus mußte eine schwangere medizinisch-technische Assistentin von ihrem Laborarbeitsplatz abgezogen werden, weil sie bei ihrer Tätigkeit mit Blut in Kontakt kam. In diesem Labor wurden die Blutuntersuchungen und die dazugehörigen Schreibarbeiten im selben Raum durchgeführt, es kam daher auch eine Verwendung als Schreibkraft als Ersatzarbeitsplatz nicht in Betracht, da der Kontakt mit Blut nicht gänzlich auszuschließen war (AI 12).

Eine schwangere Krankenschwester mußte aus einer Intensivstation abgezogen werden, weil in ihrer Anwesenheit öfters "Blitzröntgenaufnahmen" durchgeführt werden mußten. Diese Röntgenuntersuchungen wurden meist so kurzfristig durchgeführt, daß die betreffende Arbeitnehmerin nicht rechtzeitig das Zimmer verlassen konnte, wenn sie gerade mit einem Intensivpatienten beschäftigt war. Ein Wechsel des Arbeitsplatzes war auch deshalb erforderlich, weil aufgrund des Personalmangels in der Intensivstation die schwangere Arbeitnehmerin häufig Patienten allein heben mußte (AI 12).

Insbesondere im Bereich des Gastgewerbes wollen die schwangeren Arbeitnehmerinnen weiterhin Überstunden leisten, um keine Gehaltseibüße zu erleiden. Da die Leistung von Überstunden nicht zulässig ist, sollte eine Weiterzahlung des Überstundenentgeltes im Mutterschutzgesetz verankert werden (AI 14).

Immer häufiger stellt sich das Problem des Schutzes der schwangeren Arbeitnehmerin vor Einwirkung von Tabakrauch. Dies betrifft besonders das Gastgewerbe. Die Anfragen bzw. Beschwerden von Schwan-

geren, die der Einwirkung von Zigarettenrauch ausgesetzt sind, nehmen zu. In mehreren Fällen konnte erreicht werden, daß schwangere Arbeitnehmerinnen in anderen Büroräumen untergebracht wurden bzw. durch organisatorische Maßnahmen ein besserer Schutz erreicht werden konnte (AI 11, AI 12).

Durch die Schwangerschaft kann es zu einer starken Geruchsempfindlichkeit und somit zu übermäßiger Übelkeit kommen. Diese Empfindlichkeit konnte bei schwangeren Arbeitnehmerinnen in einer Küche, in einem Kaufhaus in einer Wurstabteilung aber auch bei Friseurinnen beobachtet werden. Durch organisatorische Maßnahmen konnte in den meisten Fällen eine Abhilfe geschaffen werden (AI 11).

In einem Reinigungsbetrieb hat sich die Inhaberin geweigert, eine schwangere Arbeitnehmerin von der Bedienung einer mit Perchloräthylen betriebenen Reinigungsmaschine abzuziehen, dies mit der Begründung, sie selbst habe auch als Schwangere ohne Schwierigkeiten an dieser Maschine gearbeitet. Die Arbeitgeberin war erst nach einer Strafandrohung zu einer Änderung ihres Standpunktes bereit (AI 17).

Bei einigen Putzereibetrieben, die schwangere Arbeitnehmerinnen beschäftigen, konnten Verbesserungen festgestellt werden. So sind die Arbeitgeber in diesem Wirtschaftszweig zunehmend bemüht, mit dem Arbeitsinspektorat in Angelegenheiten des Mutterschutzes zusammenzuarbeiten und die schwangere Arbeitnehmerin so einzusetzen, daß es zu keinen Übertretungen der Mutterschutzbestimmungen kommt (AI 3).

Bei medizinisch-physikalischen Instituten wurde beobachtet, daß schwangere Arbeitnehmerinnen zunehmend zu Arbeiten herangezogen werden, bei denen sie starken körperlichen Beanspruchungen (Massagearbeiten) bzw. der Einwirkung schädlicher Strahlung (Kurzweile) ausgesetzt sind. Auf Grundlage eines arbeitsinspektionsärztlichen

Gutachtens konnte das Abziehen der Arbeitnehmerinnen in vielen Fällen erfolgreich bewirkt werden (AI 3).

In einem Gummierzeugungsbetrieb wurde eine schwangere Arbeitnehmerin im Labor mit der Entnahme von polymerisierten Gummiprobe aus dem Rheometer beschäftigt und war dabei der Einwirkung von gesundheitsgefährlichen und geruchsbelästigenden Stoffen ausgesetzt. Da der Arbeitgeber die Gefährdung durch die verwendeten Arbeitsstoffe nicht anerkennen wollte, hat das Arbeitsinspektorat mittels Feststellungsbescheid aufgrund eines ärztlichen Gutachtens die Beschäftigung verboten. Die Beschäftigung einer schwangeren Arbeitnehmerin in einer Weinkellerei bei einer Temperatur von ca. 15° C mußte ebenfalls mittels Feststellungsbescheid verboten werden (AI 3).

Eine besonders gravierende Übertretung des Mutterschutzgesetzes wurde in einem polyesterverarbeitenden Betrieb festgestellt, wo die schwangere Arbeitnehmerin erst nach mehrmaligen Nachkontrollen vom Arbeitsplatz in der Polyesterei abgezogen wurde (AI 7).

Der im Mutterschutzgesetz enthaltene Wortlaut über Beschäftigungsverbote "nach Ablauf des 5. Monats der Schwangerschaft" führt noch immer zu Unklarheiten, da viele Arbeitgeber nicht wissen, daß damit die Schwangerschaftsmonate (20 Wochen) und nicht die Kalendermonate gemeint sind. Die Einhaltung des Akkordverbotes führt in vielen Fällen zu Schwierigkeiten, da die Beurteilung, ob eine Arbeitsleistung die Kräfte der werdenden Mutter übersteigt, durch den Arbeitgeber erfolgt, wobei dieser eine ärztliche Bestätigung oftmals nicht anerkennt. Wenn das Arbeitsinspektorat in solchen Fällen davon keine Kenntnis erlangt, so besteht für die schwangere Arbeitnehmerin keine praktische Möglichkeit, dieses Beschäftigungsverbot für sich in Anspruch nehmen zu können, besonders dann, wenn im Betrieb weder Betriebsrat noch Betriebsarzt vorhanden sind (AI 16).

Im Zusammenhang mit der Ausstellung von Freistellungszeugnissen durch Amtsärzte kommt es zu Problemen. So gibt es einen Amtsarzt, der Arbeitnehmerinnen auch dann nicht freistellt, wenn sie nach den üblichen Beurteilungskriterien der Amtsärzte und der Arbeitsinspektionsärzte sehr wohl freizustellen wären. Arbeitnehmerinnen, die nicht über die Möglichkeit der Freistellung durch die Arbeitsinspektionsärzte informiert sind oder die nicht in den Wirkungsbereich der Arbeitsinspektion fallen, werden durch diese Vorgangsweise erheblich benachteiligt. Mehrere kollegiale Gespräche der Arbeitsinspektionsärzte mit dem Betreffenden sowie Interventionen haben bisher keine Wirkung gezeigt (AI 11).

Bezüglich der Freistellungszeugnisse gemäß § 3 Abs. 3 des Mutterschutzgesetzes ist festzustellen, daß Gynäkologen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber oft mangelnde Kenntnisse über Freistellungsgründe haben, z.B. bei Mehrlingsschwangerschaften. Außerdem wird oft angenommen, daß Freistellungszeugnisse aufgrund eines Beschäftigungsverbotes im Betrieb ausgestellt werden könnten (AI 16).

2.3 Arbeitszeit und Arbeitsruhe

Im Zuge der Kontrollen von Handelsbetrieben wurde festgestellt, daß Vor- und Abschlußarbeiten nicht in den Arbeitszeitlisten aufscheinen (AI 11).

In Betrieben des Hotel- und Gastgewerbes mußte festgestellt werden, daß die bisher verwendeten Stempelkarten, aus denen sich die konkret geleistete Arbeitszeit ergab, nicht mehr geführt bzw. ver-

wendet wurden, sondern nunmehr Arbeitszeitaufzeichnungen vorliegen, die in geradezu auffälliger Weise korrekt erscheinen, obwohl dem Arbeitsinspektorat gravierende Übertretungen von Arbeitszeitvorschriften bekannt sind (AI 1).

Der Nachweis von Übertretungen in Gastgewerbebetrieben ist immer schwieriger, da sich die Arbeitnehmer aus Angst um ihren Arbeitsplatz weigern, gegenüber den Arbeitsinspektoren konkrete Angaben zu machen (AI 16).

In Gastgewerbebetrieben wurden Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes festgestellt, wobei eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 bis 65 Stunden nicht selten ist. Weiters wurden Übertretungen des Arbeitsruhegesetzes festgestellt, weil aufgrund von personellen Engpässen kein freier Tag pro Woche gewährt wurde (AI 3).

Im Berichtsjahr haben die Anträge auf Genehmigung zusätzlicher Überstunden zugenommen. Bedingt durch zusätzliche Aufträge und kurze Lieferfristen wurden die Ansuchen zu kurzfristig gestellt, sodaß das Ermittlungsverfahren bis zum beantragten Zeitpunkt der Ausnahme genehmigung nicht fristgerecht erledigt werden konnte (AI 12).

Größere Betriebe berufen sich zunehmend auf das Vorliegen von außergewöhnlichen Fällen gemäß § 20 des Arbeitszeitgesetzes und § 11 des Arbeitsruhegesetzes. In einigen Fällen ist es dabei für die Arbeitsinspektion sehr schwierig, zu verifizieren, inwieweit die in den Anzeigen angeführten Begründungen tatsächlich zutreffend sind (AI 18).

Die im Arbeitszeitgesetz vorgesehenen Strafen haben sich als viel zu niedrig erwiesen. Insbesondere sollte für das Nichtführen von Arbeitszeitaufzeichnungen eine deutlich höhere Mindeststrafe

vorgesehen werden, damit der Arbeitgeber bei Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes nicht "billiger davonkommt", wenn er keine Aufzeichnungen führt (AI 1).

Auf Baustellen war im verstärkten Maße zu beobachten, daß es aufgrund von derzeit üblichen extrem kurzen Bauterminen zu Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes gekommen ist. Dies gilt vor allem für Bauten der öffentlichen Hand, wie Kanalbau, Fernwärme, Kraftwerke, Straßenbau. Infolge von Anzeigen der Arbeitsinspektion mußte festgestellt werden, daß auf den Baustellen sodann keine Arbeitszeitaufzeichnungen geführt wurden bzw. die Aufzeichnungen nicht mit den tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten übereinstimmten. Ein besonderes Problem bei der Kontrolltätigkeit stellen die Arbeitsgemeinschaften dar, da es oft nur unter schwierigen Umständen möglich ist, die Namen bzw. die Betriebszugehörigkeit der jeweiligen Arbeitnehmer in Erfahrung zu bringen (AI 12).

Bei der Überprüfung der Arbeitszeit von Arbeitnehmern in sozialen Einrichtungen (z.B. gemeinnützigen Heimen für Behinderte) wurden massive Überschreitungen der Arbeitszeit festgestellt, z.B. eine ununterbrochene Arbeitszeit bis zu 72 Stunden (AI 16).

Bei Überprüfung eines Konditoreibetriebes wurden eklatante Übertretungen des Bäckereiarbeitergesetzes festgestellt, so wurden Arbeitnehmer bis zu 17 Stunden täglich und bis zu 78 Stunden wöchentlich zur Arbeitsleistung herangezogen. Außerdem wurden die Arbeitnehmer entgegen den gesetzlichen Bestimmungen zur Sonn- und Feiertagsarbeit herangezogen. Mit den gesetzlich festgelegten Grenzen der Arbeitszeit an Sonntagen von maximal drei Stunden kann in vielen Betrieben nicht das Auslangen gefunden werden. Da seit Inkrafttreten des Bäckereiarbeitergesetzes speziell in Bäckereien eine

wesentliche körperliche Erleichterung beim Arbeitsablauf durch den Einsatz von Maschinen wirksam geworden ist, sollte auch für Bäckereien eine Überstundenleistung entsprechend dem Arbeitszeitgesetz ermöglicht werden (AI 18).

In Versicherungsunternehmungen kam es zu Übertretungen des Arbeitsruhegesetzes, weil Direktionschauffeure nicht nur zu unzulässigen Fahrten am Wochenende beschäftigt wurden, sondern ihnen auch keine Ersatzruhe gewährt wurde. In einigen Versicherungsunternehmungen kam es zu Übertretungen des Arbeitsruhegesetzes in den EDV-Abteilungen (AI 1).

2.4 Heimarbeit

Vergleicht man die Zahlen der gemeldeten Auftraggeber, Zwischenmeister und Heimarbeiter gegenüber dem Vorjahr, so ergeben sich in einem der Aufsichtsbezirke, in Prozenten ausgedrückt, folgende Werte:

Auftraggeber	ein Minus von	9,2 %
Zwischenmeister	ein Minus von	13,3 %
Heimarbeiter	ein Minus von	43,6 %

Auch für das Berichtsjahr 1990 konnte wiederum vermehrt festgestellt werden, daß Auftraggeber Heimarbeiter beschäftigen, diese aber aus den verschiedensten Gründen nicht ordnungsgemäß melden.

Im Zuge der Erhebungstätigkeit konnten einige dieser Auftraggeber doch festgestellt und in Folge auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen werden.

Die traditionellen Heimarbeitsbranchen kämpfen vermehrt mit dem Problem, daß dieselbe Ware im Inland zu enorm günstigen Konditionen produziert werden kann (durch Betriebe, die Schwarzarbeiter beschäftigen, bzw. durch Auftraggeber, die sich den Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes entziehen) und sie damit ihren Stand an Heimarbeitern sukzessive abbauen müssen.

Daraus resultiert sicherlich auch der eklatante Rückgang an Heimarbeitern von 43,6 %. Dazu kommt die noch immer nicht vorhandene gesetzliche Regelung einer EDV-Abrechnung für Heimarbeit, die für viele Auftraggeber eine wesentliche Rationalisierung in der Lohnverrechnung darstellt.

Im Jahr 1990 lagen 14 Mutterschutzmeldungen vor, von denen 11 von Auftraggebern und 3 von anderer Stelle einlangten.

Es mußten 78 Auftraggeber zu Nachzahlungen aufgefordert werden, denen ausnahmslos nachgekommen wurde. Die Gesamtsumme der nachgezählten Minderbeträge betrug S 526.920,16.

Bei den zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden wurden wegen Nichteinhaltung der Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes insgesamt 3 Strafanzeigen erstattet.

1990 waren 216 Auftraggeber, 31 Zwischenmeister sowie 591 Heimarbeiter vorgemerkt (AI 3).

Im letzten Jahr wurden verstärkt Anrufe von Heimarbeitern vermerkt, die über das Arbeitsinspektorat versuchen wollten, Heimarbeit zu finden, nachdem sie es bereits erfolglos über das Arbeitsamt versucht hatten. Es konnte nur empfohlen werden, weiterhin

Kontakt mit dem Arbeitsamt zu halten bzw. sich im Verwandten- und Bekanntenkreis umzuhören oder auf Zeitungsinserate zu antworten. In diesen Fällen wurde jedoch dringend angeraten, sich mit dem Arbeitsinspektorat in Verbindung zu setzen, um sich abzusichern, daß die gesetzlichen Bestimmungen des HAG auch eingehalten werden.

Dadurch und durch Nachfragen bei ehemals im Arbeitsinspektorat vorgemerkten Heimarbeitern konnten einige neue Auftraggeber ermittelt werden (AI 5).

Die Zahl der Auftraggeber hat sich geringfügig auf 18 erhöht, während sich die Zahl der Heimarbeiter von 307 auf 199 stark verringerte. Dies vor allem deshalb, weil zwei Auftraggeber einige Heimarbeiter als Betriebsarbeiter übernommen haben und einige Heimarbeiter wegen Arbeitsmangel nicht mehr beschäftigt werden. Im Berichtsjahr wurden von acht Auftraggebern Nachzahlungen in Höhe von S 125.641,47 geleistet (AI 7).

Die Ermittlung von Arbeitszeiten bei der Erstellung von Heimararbeitserzeugnissen ist sehr oft nicht möglich, weil sich die Heimarbeiter bei der Arbeit nicht stoppen lassen.

Die Angst, daß die Auftraggeber ihnen Vorwürfe machen, daß sie sich freiwillig stoppen lassen oder ihnen sogar keine Ware mehr ausliefern, ist nämlich bei den Heimarbeitern sehr groß. Die gesetzliche Bestimmung, daß Heimarbeiter bei Nichterhalt einer geforderten Nachzahlung diese selbst beim Arbeits- und Sozialgericht einklagen müssen, stellt eine sehr große Hemmschwelle dar und motiviert offensichtlich die Auftraggeber, nicht gemäß den Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes zu handeln.

Im gegebenen Berichtszeitraum mußte eine Abnahme der Zahl der Heimarbeiter festgestellt werden.

Auftraggeber äußerten des öfteren den Wunsch, die Heimarbeitsabrechnungen mit EDV durchzuführen zu können, da die händische Führung der Abrechnungsnachweise mit erheblicher Mehrarbeit und Mehrkosten verbunden ist. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, daß die Anzahl der Heimarbeiter im letzten Jahr zurückgegangen ist (AI 11).

Im Zeitraum von 1986 bis 1990 mußte in bezug auf die Vergabe von Arbeiten in Heimarbeit eine merklich fallende Tendenz festgestellt werden. Dies in einem bemerkenswerten Ausmaß von fast einem Drittel der ursprünglichen Zahlen, d.h. von über 600 im Jahr 1986 auf nur mehr knapp 400 im Jahr 1990. Gerade aufgrund der nicht mehr zeitgemäßen Abrechnungsmodalitäten, die dzt. unter anderem auch besonders zeitaufwendig sowie bei Nachzahlungen kompliziert sind, bemühen sich Betriebe, die nicht unbedingt auf die Vergabe von Heimarbeit angewiesen sind, diese zu reduzieren bzw. gänzlich aufzulassen (AI 14).

Im Berichtsjahr wurde eine beträchtliche Anzahl von Heimarbeiterinnen nicht mehr beschäftigt und die Aufträge nach Ungarn vergeben. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß gegen Ende des Jahres ein Teil dieser Arbeiten wieder in Österreich an Heimarbeiterinnen vergeben wurde (AI 16).

Probleme ergaben sich bei der Überprüfung von Heimarbeiterinnen, deren Auftraggeber in anderen Aufsichtsbezirken liegen. Die Heimarbeiterinnen unterschrieben Abrechnungen, die mit den tatsächlich ausbezahlten Beträgen nicht übereinstimmten. Sie erhielten keine Kopien über die Abrechnungsnachweise und konnten auch keine

Angaben über die tatsächlich erhaltenen Beträge machen. Bei der Überprüfung der Auftraggeber wurden immer korrekt geführte Abrechnungsnachweise vorgelegt. Somit konnten Nachzahlungen nicht eingefordert werden (AI 16).

G. AUS DER SICHT DER ARBEITSINSPEKTOREN/INNEN

In diesen Beiträgen bringen die Verfasser/innen ihre persönliche Meinung zum Ausdruck.

Meldung von Schwangeren

Amtsrätin Erika DESBALMES

(Arbeitsinspektorat für den 8. Aufsichtsbezirk)

Es gibt im Laufe des Jahres immer wieder Beanstandungen wegen Unterlassung der Meldung von Schwangeren an das Arbeitsinspektorat.

Es muß vom Arbeitsinspektorat sehr häufig festgestellt werden, daß Arbeitgeber angeben, die Meldung sehr wohl erstattet zu haben. Bei näherer Befragung stellt sich heraus, daß diese Meldung telefonisch erfolgt sei, ohne daß konkret die Dienststelle bzw. der Sprechpartner angegeben werden kann.

So kommt es wiederholt vor, daß in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen z.B. die Meldung an die Krankenkasse oder an irgendeine andere Stelle ergeht. Die Richtigkeit der jeweiligen Angaben über derartige Telefonate ist selbstverständlich im nachhinein nicht mehr feststellbar.

Ein Beispiel zu diesem Mißstand stellt ein konkreter Fall dar, welcher sich im Aufsichtsbezirk St. Pölten ergab:

Bei der Inspektion einer Wäscherei wurde die Anwesenheit einer Schwangeren festgestellt, welche dem Arbeitsinspektorat nicht zur Kenntnis gebracht worden war. Der betreffende Betrieb mußte schon

einmal wegen Nichtmeldung einer werdenden Mutter angezeigt werden und wurde auch mit S 2.000,-- Geldstrafe bestraft. Nach neuerlichem Strafantrag wegen Unterlassung der Meldepflicht gab der Unternehmer in seiner Rechtfertigung an, seine Meldung sehr wohl telefonisch an das Arbeitsinspektorat gemacht zu haben. Er könne sich nur nicht mehr erinnern, welche Person das Gespräch übernommen habe. Es war abermals, nach gewissenhafter Befragung der in Frage kommenden Amtspersonen, nicht feststellbar, ob die Aussage des Unternehmers der Wahrheit entspricht.

Bei verspäteten oder nicht erhaltenen Meldungen von werdenden Müttern ist es dem Arbeitsinspektorat natürlich nicht möglich, zu überprüfen, ob die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der werdenden Mutter am Arbeitsplatz eingehalten werden.

Um in Hinkunft derartige Mißstände auszuschließen, wäre aus der Sicht der Arbeitsinspektion das Mutterschutzgesetz dahingehend zu verbessern, daß die Meldung einer Schwangeren durch den Arbeitgeber auf schriftlichem Wege zu erfolgen hat.

Weiters wäre zu überlegen, ob es sinnvoll oder durchführbar wäre, den § 3 Abs. 6 des Mutterschutzgesetzes dahingehend zu ändern, daß zusätzlich zur schriftlichen Meldepflicht des Arbeitgebers, der Arzt, oder wenn dies nicht zumutbar sein sollte, die Krankenkasse veranlaßt werden könnte, die Meldung einer Schwangeren dem zuständigen Arbeitsinspektorat zu erstatten.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Arbeitgeber nicht immer verantwortungsvoll handeln und bei der Zuteilung von Arbeit keine Rücksicht auf den Zustand der schwangeren Frauen nehmen.

Der hohe Wert des Lebens und der Gesundheit der werdenden Mütter und der ungeborenen Kinder erfordert alle Maßnahmen, welche es möglich machen, rechtzeitig gesundheitsschädigende Bedingungen am Arbeitsplatz von Schwangeren zu erkennen und sofort zu unterbinden.

Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Arbeitsinspektorat und Arbeiterkammer

Amtsrat Werner FRANKE

(Arbeitsinspektorat für den 8. Aufsichtsbezirk)

Die Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer wurde im abgelaufenen Jahr mit dem Schwerpunkt auf der Beschäftigung von Jugendlichen weiter intensiviert. Zahlreiche gemeinsame Betriebsüberprüfungen, sehr oft aufgrund von Beschwerden, mit den zuständigen Jugendsekretären der Arbeiterkammer, haben äußerst positive Ergebnisse für die jeweils betroffenen Jugendlichen, meist Lehrlinge, gezeigt.

Insbesondere ist anzuführen, daß bei den immer häufiger durchgeführten gemeinsamen Betriebsüberprüfungen in konzertierten Aktionen nicht nur Mißstände auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes abgestellt werden konnten, sondern gleichzeitig durch den Jugendsekretär der Arbeiterkammer oftmals auch lohnrechtliche Unzulänglichkeiten festgestellt und durch nachfolgende Vergleiche oder Klagen beim Arbeits- und Sozialgericht erhebliche, gesetzwidrig nicht ausbezahlte Lohnanteile für die Lehrlinge erstritten bzw. erbracht werden konnten.

In einem konkreten Fall konnten für einen Lehrling bei einer gemeinsamen Überprüfung trotz vorerst heftigem Widerstand des Lehr-

berechtigten nicht ausbezahlte Überstundenbeträge und Sonderzahlungen in der Höhe von S 20.000,-- an Ort und Stelle im außergerichtlichen Vergleichsweg ausgehandelt werden. Dies stellt einen unmittelbaren finanziellen Erfolg für den betroffenen Lehrling dar.

Die wegen Überstundenleistung von Lehrlingen erfolgte Anzeige des Arbeitsinspektors stellt eine Abschreckung für weitere derartige Delikte bei der Beschäftigung von Lehrlingen dar.

Eine Intensivierung der Zusammenarbeit auch auf weiteren besonderen Fürsorgebereichen ist erforderlich und wird angestrebt.

Überprüfungen des Berufsausbildungsgesetzes:
Berufsfremde Arbeiten, Nichteinhaltung von Berufsbildern, Unterentlohnung sowie Übertretungen des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes, des Gesetzes über die Nachtarbeit der Frauen, des Mutterschutzgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes kommen sehr häufig in einem Betrieb gleichzeitig vor und können durch enge Zusammenarbeit rasch und wirksam abgestellt werden.

Weitere Überlegungen in diesem Zusammenhang betreffen die berufliche Situation der Lehrlinge. Wie die Praxis des Arbeitsinspektors zeigt, sind sehr viele Jugendliche mit den Rahmenbedingungen ihres Berufes, insbesondere mit der Berufsausbildung, nicht zufrieden. Etwa die Hälfte der Lehrlinge verläßt nach der Lehrabschlußprüfung den Lehrberuf, die Behaltezeit markiert nur allzuoft das Ende einer fehlgesteuerten Lehrlingsausbildung.

Die Entwicklung der Durchfallquote bei Lehrabschlußprüfungen innerhalb der letzten Jahre zeigt einen Anstieg, insbesondere bei Lehrlingen aus dem Gewerbe. Die Begründung hiefür liegt hauptsächlich in der kleinbetrieblichen Struktur des Gewerbes mit unzuläng-

lichen Ausbildungsmöglichkeiten und zu wenig Ausbildung durch den Lehrbetrieb infolge berufsfremder Tätigkeiten und Nichtbeachtung des Berufsbildes.

Eine Neuregelung des Berufsausbildungsgesetzes, die Ahndungs- und Sanktionsmöglichkeiten durch das Arbeitsinspektorat als Arbeitnehmerschutzorganisation und die Arbeiterkammer als Interessenvertretung der Arbeitnehmer vorsieht, würde bei konsequenter Anwendung den Beruf als Lehrling wieder erstrebenswerter machen.

Probleme bei der Durchsetzung des Arbeitnehmerschutzes

Dr. Maria LANG

(Zentral-Arbeitsinspektorat)

Erfahrungsgemäß nützen die besten Vorschriften nichts, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert und Übertretungen nicht geahndet werden. Dies gilt auch für die Arbeitnehmerschutzvorschriften. Für einen wirksamen Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer/innen sind Information, Beratung und Aufklärung zwar unverzichtbar, aber nicht ausreichend. Ich bin mir darüber im klaren, daß sich manche Arbeitgeber auch durch die Verhängung von Verwaltungsstrafen nicht davon abhalten lassen werden, die Arbeitnehmerschutzvorschriften zu mißachten, zumal die Einhaltung der Arbeitnehmerschutzvorschriften in der Regel Kosten verursacht oder zumindest die betriebliche Dispositionsmöglichkeit empfindlich einschränkt. In der Regel könnten aber empfindliche Verwaltungsstrafen, die den aus der Übertretung entstehenden Gewinn ausgleichen oder zumindest minimieren, doch einen wesentlichen Anreiz zur Einhaltung der Arbeitnehmerschutzmaßnahmen bieten. Außerdem darf nicht außer acht gelassen

werden, daß das einer Verurteilung vorausgehende Verwaltungsstrafverfahren für den Verantwortlichen doch mit gewissen Unannehmlichkeiten verbunden ist. Ich halte es daher für eine wirksame Durchsetzung des Arbeitnehmerschutzes für unverzichtbar, daß bei Feststellung von Übertretungen gegen die Verantwortlichen ein Verwaltungsstrafverfahren durchgeführt wird und daß empfindliche Geldstrafen verhängt werden.

Bei Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften ergeben sich eine Reihe spezifischer Probleme, die nur zum Teil durch verstärkte Bemühungen der Arbeitsinspektorate und der Strafbehörden bewältigt werden können:

Strafanzeigen

Übertretungen der Arbeitnehmerschutzvorschriften sind Offizialdelikte, also vom Amts wegen zu verfolgen. De facto werden aber Strafverfahren wegen Mißachtung von Arbeitnehmerschutzvorschriften nur aufgrund von Strafanzeigen der Arbeitsinspektorate (in seltenen Fällen auch von Anzeigen der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer) eingeleitet. Die Verwaltungsstrafbehörden legen in der Regel dem Strafverfahren die Anzeige des Arbeitsinspektorates ohne weitere Erhebungen bzw. Modifikationen zugrunde, und zwar sowohl den angezeigten Sachverhalt als auch die rechtliche Zuordnung. Wenn daher in der Anzeige des Arbeitsinspektorates ein wesentliches Sachverhaltselement fehlt bzw. eine falsche rechtliche Zuordnung erfolgt, führt dies in der Praxis in der Regel zur Einstellung des Strafverfahrens, weil der unvollständige bzw. unrichtige Tatvorwurf von der Strafbehörde unverändert der Verfolgungshandlung zugrunde gelegt wird. Außerdem hat sich immer wieder gezeigt, daß die Verwaltungsstrafbe-

hörden in Straferkenntnissen die Strafnorm unrichtig oder unvollständig anführen, sodaß regelmäßig Straferkenntnisse vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben werden.

Diese Probleme lassen sich aber erfahrungsgemäß durch eine verstärkte Schulung und Information der Arbeitsinspektorate über die optimale Gestaltung der Strafanzeigen bewältigen. Die Anzeigen der Arbeitsinspektorate sollten den Anforderungen an eine wirksame Verfolgungshandlung im Sinne des § 32 VStG entsprechen, auch wenn die Anzeige selbst noch keine Verfolgungshandlung darstellt, und außerdem die Strafnorm anführen.

Verjährung

Bei Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften tritt häufig Verfolgungsverjährung ein, weil innerhalb der 6-monatigen Verjährungsfrist von den Verwaltungsstraßbehörden keine wirksame Verfolgungshandlung gesetzt wird. Dies ist einerseits auf Unzulänglichkeiten einzelner Behörden bzw. Bediensteter der Straßbehörden zurückzuführen, und hängt andererseits mit der Problematik der örtlichen Zuständigkeit und der Suche nach dem "richtigen" Beschuldigten zusammen. Fälle absoluter Verjährung (drei Jahre nach dem Tatzeitpunkt) kommen seltener vor. Es ist aber immer wieder festzustellen, daß eine Verwaltungsstraßbehörde erster Instanz für die Durchführung des Verfahrens unerklärlich lange Zeit benötigt, obwohl weder ein komplizierter Sachverhalt noch eine schwierige Rechtsfrage vorliegen. So wurden in Wien zahlreiche Straßverfahren wegen Übertretungen des Arbeitsruhegesetzes am 26. November 1988 von den Behörden erster Instanz erst im Herbst 1990 entschieden.

Nach der bis zum 1. Jänner 1990 geltenden Rechtslage war ein Verwaltungsstrafverfahren einzustellen, wenn die Berufungsbehörde nicht innerhalb eines Jahres ab Einbringung der Berufung entschieden hat. Solche Verjährungsfälle sind in manchen Bundesländern praktisch nie, in manchen Bundesländern selten, in manchen Bundesländern aber regelmäßig bei Strafverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften eingetreten. Durch die VStG-Novelle 1990 wurde diese Frist auf 15 Monate verlängert, außerdem ist nunmehr im VStG festgelegt, daß diese Verjährungsfrist nicht mehr für Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften gilt.

Strafbemessung

Bei Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften werden häufig sehr niedrige Geldstrafen verhängt, die in keiner Weise geeignet sind, den Beschuldigten von weiteren strafbaren Handlungen abzuhalten. Die geringen Strafhöhen sind häufig auch darauf zurückzuführen, daß manche Arbeitnehmerschutzvorschriften keine Mindeststrafe bzw. eine sehr niedrige Mindeststrafe (Arbeitszeitgesetz: S 300,--) enthalten. Außerdem berufen sich die meisten Beschuldigten erfolgreich darauf, nur über ein geringes Einkommen zu verfügen.

Wenn die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit auf Arbeitnehmer übertragen wird, ist bei der Strafbemessung deren - geringeres - Einkommen auch dann zu berücksichtigen, wenn die Strafe letztlich vom Arbeitgeber bezahlt wird. Auch dies ist ein Motiv für die zunehmende Bestellung von Arbeitnehmern zu verantwortlichen Beauftragten. In manchen Betrieben, in denen die Arbeitnehmerschutzvorschriften regelmäßig übertreten werden, versuchen die

Arbeitgeber, die Verhängung höherer Verwaltungsstrafen wegen Vorliegens eines Wiederholungsfalles zu vermeiden, indem jedesmal andere verantwortliche Beauftragte namhaft gemacht werden.

Bei der Strafbemessung zeigt sich auch immer wieder, daß die Strafbehörden in keiner Weise den Umstand berücksichtigen, daß in der Regel das Arbeitsinspektorat bei erstmaliger Übertretung gar keine Strafanzeige erstattet, sondern den Arbeitgeber lediglich zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften auffordert, und es sich im Falle einer Anzeige somit nicht um die erstmalige Übertretung handelt.

Verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit

Für die Einhaltung der Arbeitnehmerschutzvorschriften ist der Arbeitgeber (zum Teil auch sein Bevollmächtigter) verantwortlich. Handelt es sich beim Arbeitgeber um eine juristische Person, so ist verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist, z.B. der handelsrechtliche Geschäftsführer. Die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit kann sowohl vom Arbeitgeber als natürliche Person als auch von den vertretungsbefugten Organen einer juristischen Person an verantwortliche Beauftragte übertragen werden. Verantwortlicher Beauftragter kann nur eine Person mit Wohnsitz im Inland sein, die strafrechtlich verfolgt werden kann, ihrer Bestellung nachweislich zugestimmt hat und der für den ihrer Verantwortung unterliegenden klar abzugrenzenden Bereich eine entsprechende Anordnungsbefugnis zugewiesen ist.

Zunehmend werden Arbeitnehmer zu verantwortlichen Beauftragten für die Einhaltung von Arbeitnehmerschutzvorschriften bestellt,

obwohl ihnen weder die rechtliche noch faktische Kompetenz zur Umsetzung von Arbeitnehmerschutzvorschriften zukommt. Die Anordnungsbefugnis dieser Arbeitnehmer wird in der Regel von der Verwaltungsstraßbehörde nicht näher geprüft. Wenn einem Arbeitnehmer die Leitung einer Filiale und die Verantwortlichkeit für die Einhaltung aller die Filiale betreffenden Verwaltungsvorschriften übertragen wird, geht der Verwaltungsgerichtshof davon aus, daß die Leitung der Filiale und die damit verbundene Verantwortlichkeit ihre Entsprechung in einer sich darauf beziehenden Anordnungsbefugnis des Filialleiters findet. Diese Judikatur ignoriert die in solchen Unternehmungen bestehende Hierarchie, nach der die Filialleiter strikt an die Vorgaben mehrerer übergeordneter Ebenen gebunden sind.

Das Arbeitsinspektorat hat im Zeitpunkt der Anzeige in der Regel keine Kenntnis von der Bestellung verantwortlicher Beauftragter, bzw. wird dem Arbeitsinspektorat gegenüber sogar ausdrücklich eine solche Bestellung verneint. Erst im Verlauf des Verwaltungsstrafverfahrens beruft sich dann der Arbeitgeber auf die Bestellung von verantwortlichen Beauftragten. Der Behörde muß spätestens während des Verwaltungsstrafverfahrens ein aus der Zeit vor der Begehung der Tat stammender Zustimmungsnachweis eines derartigen verantwortlichen Beauftragten vorgelegt werden. In der Regel handelt es sich dabei um eine Urkunde, z.B. ein vom Filialleiter unterschriebenes "Merkblatt", das mit einem Datum aus der Zeit vor der Tat versehen ist. Der Verdacht, daß es sich dabei um eine rückdatierte Urkunde handelt, liegt zwar oft auf der Hand, läßt sich aber in der Praxis kaum beweisen, zumal die betroffenen Arbeitnehmer wegen ihrer Angst um den Arbeitsplatz und wegen der Gefahr einer strafgerichtlichen Verfolgung nicht bereit sind, entsprechende Aussagen zu machen.

Die Möglichkeit, sich auf die Bestellung von verantwortlichen Beauftragten erst im Verlauf des Strafverfahrens zu berufen, bietet eine Fülle von Manipulations- und Umgehungsmöglichkeiten für die Arbeitgeber, sich ihrer Verantwortlichkeit für die Einhaltung des Arbeitnehmerschutzes zu entziehen. Wenn die Verwaltungsstrafbehörde ein Strafverfahren nur gegen den Arbeitgeber bzw. das vertretungsbefugte Organ einleitet, und sich dieser dann nach Ablauf der Verjährungsfrist von sechs Monaten auf die Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten beruft, ist das Strafverfahren einzustellen. In diesem Fall kann auch der namhaft gemachte verantwortliche Beauftragte nicht mehr verfolgt werden. Manche Strafbehörden fragen vor Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens beim Arbeitgeber an, ob ein verantwortlicher Beauftragter bestellt wurde. Wenn dann eine Person namhaft gemacht wird, wird gegen diese Person ein Strafverfahren eingeleitet. Häufig stellt sich dann im Verlauf des Verfahrens heraus, daß eine wirksame Bestellung dieser Person nicht nachgewiesen werden kann, weil kein Zustimmungsnachweis vorgelegt werden kann bzw. vorgelegt wird. Zu diesem Zeitpunkt ist in der Regel Verfolgungsverjährung eingetreten, sodaß auch der Arbeitgeber nicht mehr verfolgt werden kann.

Diesen Manipulationsmöglichkeiten kann derzeit nur wirksam begegnet werden, indem sowohl gegen den Arbeitgeber bzw. das vertretungsbefugte Organ als auch gegen alle in Betracht kommenden verantwortlichen Beauftragten ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet wird und eine Einstellung erst dann erfolgt, wenn die Frage der wirksamen Bestellung geklärt ist. Diese Vorgangsweise ist naturgemäß für die Verwaltungsstrafbehörden mit zusätzlichem Arbeitsaufwand verbunden.

Örtliche Zuständigkeit

Wenn vom Arbeitsinspektorat Übertretungen festgestellt werden, erfolgt eine Strafanzeige in der Regel an die für den betreffenden Betrieb bzw. die Filiale örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde. Zu diesem Zeitpunkt ist im Normalfall nicht bekannt, wer für die Übertretungen verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich ist, schließlich kommen sowohl der Arbeitgeber bzw. die vertretungsbefugten Organe, ein verantwortlicher Beauftragter oder ein Bevollmächtigter in Betracht. Solange die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit nicht geklärt ist, steht auch der Tatort nicht fest, da als Tatort im Sinne des VStG bei Übertretungen von Arbeitnehmerschutzvorschriften jener Ort anzunehmen ist, an dem der Beschuldigte gehandelt hat oder hätte handeln müssen. Als Tatort kommen daher z.B. sowohl der Unternehmenssitz (wenn der Arbeitgeber bzw. der Geschäftsführer verantwortlich ist) als auch der Filialstandort (wenn der Filialleiter verantwortlich ist) in Frage.

Zahlreiche Strafbehörden treten in solchen Fällen die Strafanzeige an die für den Unternehmenssitz zuständige Behörde ab, ohne vorher Ermittlungen durchzuführen und ohne eine Verfolgungshandlung zu setzen. Häufig erfolgt dann eine Rückabtretung mit der Begründung, daß als Tatort der Filialstandort anzunehmen sei. Aufgrund dieser Abtretungen kommt es regelmäßig zum Eintritt der Verfolgungsverjährung, weil keine der beteiligten Behörden gegen einen der in Betracht kommenden Beschuldigten eine Verfolgungshandlung setzt.

Diese Vorgangsweise der Strafbehörden ist mit dem Verwaltungsstrafgesetz nicht vereinbar. Solange der Tatort nicht feststeht, ist nach dem VStG jene Verwaltungsstrafbehörde örtlich zuständig, die als erste von der Übertretung Kenntnis erlangt hat, also jene

Strafbehörde, an die die Anzeige des Arbeitsinspektorates gerichtet war. Diese Verwaltungsstraßbehörde müßte den oder die Verantwortlichen ermitteln und eine Verfolgungshandlung setzen.

Die derzeitige Praxis vieler Strafbehörden, ohne weitere Ermittlungen die Strafanzeige abzutreten, schafft Gestaltungsmöglichkeiten für die betroffenen Arbeitgeber, die letztlich regelmäßig dazu führen, daß für eine erwiesene Übertretung niemand zur Verantwortung gezogen wird.

Lösungsvorschläge

Die derzeit bestehenden Probleme bei der Durchführung von Verwaltungsstraßverfahren wegen Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften begünstigen zunehmend vor allem jene Arbeitgeber, die regelmäßig Arbeitnehmerschutzvorschriften mißachten und daher mit den Gestaltungsmöglichkeiten zur Umgehung einer Verwaltungsstrafe bestens vertraut sind.

Zur effizienteren Durchführung von Verwaltungsstraßverfahren im Interesse des Arbeitnehmerschutzes können sowohl die anzeigenden Arbeitsinspektorate als auch vor allem die zuständigen Strafbehörden im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften beitragen. Voraussetzung ist vor allem eine umfassende Schulung und Information der Bediensteten. Gerade im Bereich der Strafbehörden ist aber immer wieder festzustellen, daß diese nicht nur unter Personalmangel leiden, sondern auch unzureichend ausgebildet und informiert werden, z.B. nicht über die jeweils aktuelle höchstgerichtliche Judikatur Bescheid wissen.

Die zentralen Probleme bei der Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren können aber nur durch gesetzliche Änderungen gelöst werden.

Es hat sich gezeigt, daß die allgemeinen Regelungen über die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit den spezifischen Verhältnissen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes nicht gerecht werden, sondern den Arbeitgebern aufgrund der besonderen Abhängigkeit der Arbeitnehmer vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten bieten, die letztlich zunehmend dazu führen, daß bei Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften niemand zur Verantwortung gezogen werden kann. So kann von den Arbeitnehmern aufgrund ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht erwartet werden, daß sie sich einer Bestellung zum verantwortlichen Beauftragten widersetzen, sofern ihnen keine entsprechende Anordnungsbefugnis zur Durchsetzung des Arbeitnehmerschutzes eingeräumt wird. Außerdem ist naheliegend, daß die Arbeitnehmer unter Druck gesetzt werden, um im Falle eines Strafverfahrens gegen den Arbeitgeber an nachträglich fabrizierten Zustimmungsnachweisen mitzuwirken.

Den besonderen Erfordernissen des Arbeitnehmerschutzes kann daher nur entsprochen werden, indem Sondervorschriften über die Bestellung von verantwortlichen Beauftragten geschaffen werden. So müßte durch eine gesetzliche Sonderregelung gewährleistet werden, daß nur solche Arbeitnehmer zu verantwortlichen Beauftragten bestellt werden, denen auch entsprechende Entscheidungsbefugnisse zukommen. Hier bietet sich an, die Bestellung von Arbeitnehmern zu verantwortlichen Beauftragten auf leitende Angestellte zu beschränken, für die im übrigen auch die Arbeitnehmerschutzvorschriften nicht gelten. Darüber hinaus wäre die Wirksamkeit der Bestellung zu verantwortlichen Beauftragten daran zu binden, daß die Bestellung dem Arbeitsinspektorat mitgeteilt wird. Damit wären nicht nur Um-

gehungsmöglichkeiten ausgeschaltet, sondern wäre auch das Arbeitsinspektorat in die Lage versetzt, sich bei Übertretungen direkt an die dafür verantwortlichen Personen zu wenden.

Arbeitnehmerschutz und Normung

Hofrat Dipl.Ing. Dr. nat.techn. Herbert LONSKY
(Arbeitsinspektorat für den 17. Aufsichtsbezirk)

Bei Betriebsüberprüfungen wird der Arbeitsinspektor immer wieder mit dem Einwand von Arbeitgebern und ihren Vertretern konfrontiert, daß bei fabriksneu erworbenen Betriebseinrichtungen und Betriebsmitteln alle einschlägigen sicherheitstechnischen Bestimmungen voll erfüllt sein müßten. Eine nachfolgende Beanstandung durch den Arbeitsinspektor ist nach Ansicht dieser Personen daher vollkommen ungerechtfertigt. In der Regel schließt an diese Argumente der Arbeitgeberseite eine lebhafte Diskussion an und es bedarf eines hohen Einsatzes an Fachwissen, Gesetzeskenntnis und Rhetorik, um die Behebung des festgestellten sicherheitstechnischen Mangels durchzusetzen. Im Verlauf dieses Gespräches wird stets die Frage - weshalb nicht für die Hersteller im In- und Ausland die gleichen sicherheitstechnischen Bestimmungen zu gelten hätten - gestellt werden.

In den nachstehenden Ausführungen soll versucht werden, diese berechtigten Einwände zu beantworten.

Die Tätigkeit des CEN dient vorrangig zum Abbau nichttarifari-scher Handelshemmnisse - das sind solche, die nicht durch den Zoll ausgelöst werden; gleichzeitig nimmt sie aber auch Einfluß auf sicherheitstechnische Belange.

Für den Abbau der Hemmnisse wurde eine "neue Konzeption" (new approach) entwickelt. Diese sieht vor, daß im Bereich der nationalen Gesetzgebung nur mehr die grundsätzlichen Bestimmungen in Gesetzen und Verordnungen enthalten sein dürfen - wie etwa die Anforderungen an die Sicherheit, die Gesundheit, die Konstruktion oder die Funktion. Alle übrigen sich ergebenden technischen Probleme müssen in den Normen behandelt werden. Es darf daher beispielsweise bei Kreissägen im Gesetz nur mehr der grundsätzliche Auftrag für den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Arbeitnehmern gefordert werden, die Art der Ausführung, der Anbringung bestimmter Schutzvorrichtungen für diese Maschinen muß durch eine entsprechende Norm geregelt werden. In gleicher Weise sollen hinkünftig auch die sicherheitstechnischen Belange von Betriebsmitteln, wie von Werkzeugen, Leitern, Gerüsten, Transportmitteln, Verkehrsmitteln sowie von persönlicher Schutzausrüstung und Arbeitskleidung erfaßt werden.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß der Kreis der Verwender sehr erweitert worden ist und nicht mehr allein die Arbeitnehmer, sondern auch alle anderen möglichen Benützer miteinbezieht.

Nach den Grundsätzen der Europäischen Normung muß ein Restrisiko (risk assessment) für den Benutzer oder Verwender festgelegt werden. Die Einschätzung erfolgt dabei nicht aufgrund einschlägiger den Arbeitnehmerschutz betreffenden Festlegungen sondern vielmehr aufgrund des Produkthaftungsgesetzes. Die Abschätzung des Restrisikos für den einzelnen Arbeitsplatz muß durch den Arbeitgeber bzw. durch seinen Bevollmächtigten vorgenommen werden.

Zum besseren Verständnis sollen nachstehend die Grundsätze für die Europäische Normungsarbeit beschrieben werden. Da die Normungs-

arbeit in den einzelnen Staaten nicht isoliert von der internationalen Normung erfolgt, gelten somit für die weltweite Ebene die Normen der International Organization for Standardization, kurz genannt "ISO-Normen". Die in diesen enthaltenen Grundsätze werden zu einem großen Teil in das europäische Normenwerk eingefügt.

Auf nationaler Ebene wird die Normenarbeit durch das Österreichische Normungsinstitut mit dem Sitz in 1021 Wien, Heinestraße 38, bewältigt. In diesem Institut sind derzeit 200 Fachnormenausschüsse mit mehr als 7 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern tätig.

Auf dem Gebiet der Elektrotechnik werden diese Arbeiten durch den Österreichischen Verband für Elektrotechnik (ÖVE) besorgt.

Dementsprechend sind auf europäischer Ebene das Europäische Komitee für elektrotechnische Normung (CENELEC) und auf weltweiter Ebene die Internationale elektrotechnische Kommission (IEC) tätig.

Die Europäische Normung erstreckt sich sowohl auf die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft (EG) als auch auf die der europäischen Freihandelszone (EFTA). Der CEN setzt sich somit aus 18 Mitgliedern zusammen, wovon zwölf der EG und sechs der EFTA angehören.

Für die Mitarbeit Österreichs im europäischen Normenwerk wurden aufgrund des Normengesetzes, BGBl.Nr. 240/1971 Fachleute aus den Kreisen der Erzeuger, der Verbraucher, der Behörden und der Wissenschaft eingeladen.

Das Ziel der Normungsarbeit ist das Erreichen einer weitgehenden Übereinstimmung unter der Beteiligung aller betroffenen Kreise. Die Zusammenarbeit mit dem CEN/TC (technisches Komitee der Kommis-

sion für europäische Normung) erfolgt durch die Abgabe von Stellungnahmen zu den einlangenden europäischen Normenentwürfen. Die Normenentwürfe werden in den betreffenden Fachnormenausschüssen durchgearbeitet und hinsichtlich der Übereinstimmung mit den derzeit bestehenden sicherheitstechnischen Vorschriften überprüft. Dem Fachnormenausschuß für Arbeitssicherheitstechnik (FNA 052) kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. In der Regel werden auch Beratungen zwischen den einzelnen Fachnormenausschüssen abgehalten, um die an das CEN gerichteten Stellungnahmen umfassend gestalten zu können. Es werden in diesen Schreiben alle Punkte, die einer Klärung bedürfen, angeführt. Im Falle der Ablehnung eines Normenentwurfes werden die Gründe, die zu einer negativen Beurteilung geführt haben, im einzelnen angeführt. In diesem Fall muß ebenfalls eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten der Mitglieder des betreffenden Fachnormenausschusses gegeben sein. Die Ausarbeitung der Stellungnahmen wird vom Fachnormenausschuß vorerst den einzelnen Arbeitsgruppen übertragen. Über das Ergebnis dieser Beratungen wird von den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen im Rahmen der Sitzungen der Fachnormenausschüsse sodann referiert. Danach erfolgt in diesen Gremien die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des betreffenden europäischen Normentwurfes.

Im CEN sind analog den nationalen Fachnormenausschüssen technische Komitees für bestimmte Normungsbereiche eingerichtet worden. Sie werden mit der Kurzbezeichnung TC versehen. Von den TC werden für die Lösung bestimmter Sachprobleme Arbeitsgruppen (WG) installiert.

Die Zusammenarbeit zwischen einem FNA und einem CEN/TC kann man mit der Funktion eines Regelkreises vergleichen

- Erarbeitung der nationalen Meinung im FNA

- Vorschlag zur Entsendung einer Delegation durch den FNA und Nominierung durch die Geschäftsleitung des ON
- Teilnahme der Delegation an den Sitzungen des CEN/TC und seiner WG
- Bericht der Delegation über die Beratungsergebnisse bei den Sitzungen des CEN/TC und der WG.

Die Teilnahme an den Sitzungen der CEN/TC ist für die Durchsetzung der österreichischen Stellungnahmen von besonderer Bedeutung. Dabei muß erwähnt werden, daß Österreich als ein kleines Land bisher durch das vorhandene Fachwissen auf nationaler Ebene wesentliche Beiträge für die internationale Normungsarbeit leisten konnte.

Die Harmonisierung der europäischen Normung basiert auf drei Arten von Normungsdokumenten:

1. Die europäische Norm (EN), die eine Regel der Technik darstellt und in Zusammenarbeit und mit Zustimmung der betroffenen Kreise aus den Mitgliedsländern des CEN erarbeitet worden ist. Sie ist im Konsens erstellt und mit gewichteter Mehrheit angenommen worden. Es besteht die Verpflichtung, sie unverändert in das nationale Normungswerk, unabhängig vom Abstimmungsvotum des betreffenden Landes, zu übernehmen. Es besteht in diesem Fall die Verpflichtung, entgegenstehende nationale Normen gleichzeitig mit der Übernahme der EN-Normen zurückzuziehen.
2. Das Harmonisierungsdokument (HD) wird dann erstellt werden, wenn eine Einigung nur durch Zulassung nationaler Abweichungen möglich ist, oder die Überführung des europäischen Normungsdokumentes in identische nationale Normen nicht erforderlich ist. Im allgemeinen entspricht das Harmonisierungsdokument hinsichtlich Gestaltung, Abstimmungsverfahren, Übernahme und Zurückziehungsverpflichtung der EN; es kann jedoch wesentlich flexibler angewendet werden. Dementsprechend kann den historischen oder gesetzlich

festgelegten technischen Gegebenheiten eines jeden Landes besser entsprochen werden.

3. Die Europäische Vornorm (ENV) findet neben entgegenstehenden nationalen Normen Anwendung:

- in Bereichen mit hohem Innovationsgrad
- und in Fällen, in denen die beabsichtigte Normung grundlegende Orientierungshilfen notwendig macht, wobei die Belange der Sicherheit von Personen und Sachen keine oder nur eine geringe Rolle spielen.

Für die zwischen nationalen und europäischen Normen bestehenden Beziehungen gelten nachstehende Grundsätze:

- Als Abstimmungsregel gilt die gewichtete Stimmabgabe; demnach haben die einzelnen Länder entsprechend ihrem Wirtschaftspotential eine verschieden hohe Anzahl von Stimmen.
- Die Übernahmeverpflichtung gilt für die Übernahme in das nationale Normenwerk, auch wenn ein Land gegen ein europäisches Normungsdokument gestimmt hat. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn ein nationales Gesetz mit entgegenstehenden technischen Spezifikationen besteht.
- Die Stillhalteverpflichtung verpflichtet die Mitgliedsländer, weder eine neue noch eine überarbeitete nationale Norm zu veröffentlichen, sobald die Arbeit an einem europäischen Normungsprojekt aufgenommen worden ist.
- Die Zurückziehungsverpflichtung wird für entgegenstehende nationale Normen wirksam, sobald eine EN oder ein HD in das nationale Normenwerk übernommen worden ist.

Für die Fertigstellung der europäischen Normvorhaben wurde von der CEN eine Frist bis 31. Dezember 1992 gesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen ungefähr noch 5 000 europäische Normenentwürfe behandelt werden.

Die Probleme des Arbeitsschutzes werden von verschiedenen TC bearbeitet. Die Fülle der zu bearbeitenden Normentwürfe erschwert eine sachliche und genaue Prüfung der Dokumente. Die Vorsitzenden der technischen Komitees (TC) versuchen die festgesetzten Fristen einzuhalten und verhindern dadurch notwendige, jedoch mit erheblichem Zeitaufwand verbundene fachliche Überlegungen. Inoffiziell haben die Vertreter der CEN mitgeteilt, daß eine Überarbeitung der meisten Normen innerhalb von drei Jahren erforderlich sein wird.

Ein besonderes Problem bildet die Auswahl der für die Prüfverfahren erforderlichen Prüfstellen. Diese Stellen werden von dem CEN nach erfolgter Antragstellung auf ihre Eignung untersucht. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß nur eine beschränkte Anzahl von Prüfstellen diesen Anforderungen genügen wird. Der Vorteil dieser strengen Beurteilung ist die mögliche Nachvollziehbarkeit von Untersuchungsergebnissen und somit die Anerkennung ausländischer Prüfzeugnisse.

Für den Arbeitsschutz müssen nachstehende Kriterien bei der Erarbeitung der europäischen Normen besonders beachtet werden:

- Durch die Übernahme der europäischen Normen darf das bestehende Niveau auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes nicht abgesenkt werden.
- Durch die CEN autorisierte Prüfstellen müssen einer laufenden Kontrolle durch bevollmächtigte Aufsichtsorgane unterzogen werden, damit die an Betriebseinrichtungen, Betriebsmittel und an persön-

liche Schutzausrüstungen gestellten Anforderungen voll erfüllt werden.

- Bei der Ausarbeitung von europäischen Normen, die den Arbeitnehmerschutz betreffen, müssen die staatlich bestellten Arbeitnehmerschutzbehörden im verstärkten Umfang beigezogen werden. Dies gilt sowohl für die Mitarbeit in den nationalen als auch in den internationalen Gremien.

Die Einhaltung der vorstehend angeführten Grundsätze bietet die sichere Gewähr, daß auch bei dem im Gang befindlichen Zusammenschluß der europäischen Staaten der Schutz der arbeitenden Menschen im vollen Umfang eingehalten werden kann.

Beurteilung von Arbeitsschwere und Errechnung von Erholzeitzuschlägen bei Hitzearbeit

Dr. Albin PERZ

(Arbeitsinspektorat für den 11. Aufsichtsbezirk)

In zunehmender Zahl werden an den Arbeitsinspektionsarzt Fälle herangetragen, in denen eine Beurteilung der Zulässigkeit von Mehrarbeit aus arbeitsmedizinischer Sicht gefordert wird. Die Ursache liegt darin, daß immer öfter eine Reduktion der Zahl der Arbeitnehmer/innen bei gleichbleibendem Arbeitsanfall zu einer Mehrbelastung der Verbleibenden führt. Besonders kritisch sind vor allem jene Fälle, in denen zusätzlich besondere Gefahren wie z.B. eine für den Organismus besonders belastende Hitzeeinwirkung auftreten. Solche Fälle bedürfen daher einer sehr sorgfältigen Erhebung und Beurteilung.

Als Beispiel sei ein Fall vorgestellt, dessen Ergebnisse für die betroffenen Arbeitnehmer von sehr großer gesundheitlicher Bedeutung waren und der eines sehr großen Aufwandes bezüglich der Erhebung der erforderlichen Beurteilungsparameter und deren Beurteilung bedurfte.

In einem Betrieb mit sechs Schachtofen zur Sinterung von Magnesit gibt es sogenannte "Schachtofenwärterarbeitsplätze". Die Arbeitnehmer an diesen Arbeitsplätzen haben die Aufgabe, die Schachtofen zu betreuen, wobei sie folgende Arbeiten auszuführen haben: Kontrolle der einzelnen Erdgasbrenner (jeder Ofen hat etwa 12 Brenner), weiters müssen einmal pro Stunde die Öfen geöffnet werden und das im Ofen befindliche Schüttgut mit 4 bis 5 m langen Stahlstangen auf den ganzen Querschnitt des Ofens gleichmäßig verteilt werden. Dieser Vorgang wird als "Ziehen" bezeichnet. Alle 3 Stunden wird bei geöffnetem Ofen durch das sogenannte "Stochern" das nach unten wandernde Schüttgut mit etwa 4 m langen Stahlstangen von den Wänden gelöst, um Stockungen im Ofen zu beseitigen. Diese Arbeit des Ziehens und Stocherns ist eine körperlich sehr anstrengende Tätigkeit, die schon unter normalen klimatischen Verhältnissen sehr anstrengend ist, ganz besonders aber unter den heißen Ofenbedingungen, die Klimaverhältnissen in einer Sauna sehr nahekommen.

Bei jedem Rundgang müssen von einem Arbeitnehmer zwei dieser Öfen betreut werden, dies nimmt jeweils etwa 25 Minuten in Anspruch. Danach kann sich der Arbeitnehmer in einem klimatisierten Ruheraum ausruhen beziehungsweise in der klimatisierten Warte aufhalten. Die Aufenthalte in Warte- und Ruheraum können als Erholungszeit gelten.

In den vielen Jahren, in denen diese Tätigkeit bisher durchgeführt wurde, gab es keine gesundheitlichen Probleme bei den Arbeit-

nehmern. Im Sommer 1990 wurde aber vom Betrieb angeordnet, daß statt bisher zwei drei Öfen durch einen Arbeitnehmer betreut werden müssen. Dadurch kam es bei einzelnen Arbeitnehmern zu Kreislaufproblemen mit typischen Überlastungssymptomen. Durch den Betriebsarzt wurde die Sachlage an den Arbeitsinspektionsarzt herangetragen mit der Bitte um Feststellung, ob diese Belastung für Arbeitnehmer zumutbar ist oder nicht.

Beim Lokalaugenschein durch den Arbeitsinspektionsarzt zeigte sich eine extrem starke Hitzebelastung, die für die Arbeitnehmer quasi Saunabedingungen darstellt. Diese Hitzebelastung fiel bisher nicht einmal unter die derzeit geltende Definition einer für den Organismus besonders belastende Hitze der Arbeitnehmerschutzbestimmungen, da diese die Strahlungswärme zuwenig berücksichtigt. Es wurden zwar vom Betriebsarzt firmenintern prophylaktische ärztliche Untersuchungen durchgeführt, die aber nicht dem Umfang der in den Arbeitnehmerschutzbestimmungen vorgesehenen besonderen ärztlichen Untersuchungen bei Einwirkung durch Hitze entsprachen.

Um verwertbare Meßwerte zu bekommen, wurde eine Klimamessung mit besonderer Berücksichtigung der Strahlungswärme bei der AUVA beantragt, welche nach einigen organisatorischen Schwierigkeiten durchgeführt wurde.

Bei diesen Messungen konnten Globetemperaturen bis 72° C und eine eingestrahlte Wärmemenge bis 550 W/m² ermittelt werden. Aufgrund der durch den Betrieb in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und dem Betriebsarzt ermittelten Einsatzzeiten der Arbeitnehmer an den einzelnen Meßstellen entsprechenden Arbeitsplätzen wurde dann unter Berücksichtigung der einzelnen Meßergebnisse und der entsprechenden Beurteilung der Arbeitsschwere nach arbeitsmedizinischen Erfahrungen bewertet. Aus diesen Bewertungen wurden die ent-

sprechenden Einsatzzeiten und die sich daraus ergebenden Erholungszeiten errechnet und dem Betrieb mitgeteilt. Bei der Beurteilung wurde auf die Ausführungen einer im Jahr 1977 in der Nr. 6 des "Sicherheitsingenieurs" publizierten Arbeit: "Berechnung von Erholungszuschlägen bei Hitzearbeit" von Prof. Dr. Reinalt Skiba aus Wuppertal zurückgegriffen.

Das Ergebnis zeigte, daß bei Berücksichtigung der Arbeitsschwere eine Betreuung von zwei Öfen durch einen Arbeitnehmer, wie dies bereits jahrelange Praxis war, im Bereich der zulässigen Werte liegt, jedoch eine Betreuung von drei Öfen bei der derzeitigen Arbeitsstruktur - jede Stunde und damit 40 Minuten Einsatzzeit und 20 Minuten Erholung - zu einer Überbelastung des menschlichen Organismus führen kann. Durch eine Änderung der Arbeitsstruktur ist aber eine tolerierbare Belastung erzielbar. Bei einer Einsatzzeit von 40 Minuten und bei den gegebenen Klima- und Arbeitsschwerewerten sind 100 % Erholungszeitzuschläge erforderlich. Wenn daher die Rundgänge statt einmal pro Stunde jeweils alle 1 1/2 Stunden durchgeführt und die erforderlichen Erholzeiten eingehalten werden, können sehr wohl drei Öfen betreut werden.

Diese Berechnungen gelten allerdings nur für eine Tagesarbeitszeit von 8 Stunden. Bei Überlappung von Schichten kann es zu längeren Gesamttagesarbeitszeiten kommen. Es zeigte sich, daß bei Betreuung von drei Öfen auf keinen Fall länger als 8 Stunden gearbeitet werden darf, während bei der Betreuung von zwei Öfen eine maximale Einsatzzeit bis zu 10 Stunden tolerierbar ist. Dies ist bei Schichtwechsel zu berücksichtigen.

Der Fall zeigt wie wichtig es ist, in ähnlichen Situationen ebenfalls fundierte Untersuchungen und Berechnungen durchzuführen, um Arbeitnehmer vor gesundheitlichen Schäden und Überlastung des Organismus durch Hitze zu bewahren.

Bei der Betrachtung dieses Falles wird vielleicht die Frage auftauchen, ob hier nicht Hitzeschutzbekleidung eingesetzt werden könnte. Diese Überlegung wurde ebenfalls in Betracht gezogen. Wenn man allerdings bei der Schwere der Arbeit und der eingestrahlten Wärmemenge die Wärmeabgabe, d.h. den Wärmeleitwert der Hitzeschutzbekleidung, berücksichtigt, ergibt sich, daß es zu einem schweren Wärmestau kommen würde, der schon nach wesentlich kürzeren Einsatzzeiten, als dies für die Betreuung von zwei Öfen erforderlich wäre, eine Überbelastung des Organismus bewirken würde. Weiters sind die erforderlichen Hitzeschutzbekleidungen dermaßen schwer und bei der Arbeit, die sehr große Gelenkigkeit und extreme Bewegungsfreiheit erfordert, derart hinderlich, daß dadurch eine größere Belastung entstehen würde als ohne Hitzeschutzbekleidung, wo der Körper die Möglichkeit hat, seine Körpertemperatur durch Abgabe von Schweiß (Verdunstungswärme(kälte)) zu regulieren.

Interessant ist, daß die Ergebnisse der Berechnung sich mit den Erfahrungen aus der Praxis decken. Für 25 Min. Einsatzzeit unter den obigen Bedingungen ergibt sich ein Erholungszeitzuschlag von 40 %, was der langjährigen Praxis entspricht. Sie zeigt auch die gute Anwendbarkeit der oben angeführten Arbeit über die Berechnung von Erholungszuschlägen bei Hitzearbeit.

Um eine Überwachung der gesundheitlichen Eignung der Arbeitnehmer zu gewährleisten, wurden dem Betrieb mittels Bescheid des Arbeitsinspektorates besondere ärztliche Untersuchungen der an diesen Arbeitsplätzen beschäftigten Arbeitnehmer vorgeschrieben.

Lärm und Lärmschutz

Dr. Friederike SACHORNIG-TUMLIRZ

(Arbeitsinspektorat für den 11. Aufsichtsbezirk)

Lärm ist eine allgemein unerwünschte, unangenehme und störend empfundene Schalleinwirkung; Lärm kann zu Gehörschäden führen oder auch zu besonderen Unfallgefahren beitragen. Von einer Schallquelle gehen mechanische Wellen aus, die das sogenannte Schallfeld bilden, und erreichen über die umgebende Luft das Gehör mit einer bestimmten Schallgeschwindigkeit. Das Ohr nimmt diesen Schall als Erregung von Sinneszellen im Innenohr - und zwar im sogenannten Corti'schen Organ, dem Sinnesepithel der Gehörschnecke - wahr. Von diesem geht die zentrale Hörbahn zu hintereinander geschalteten Ganglienzellgruppen des Gehirns mit Verbindungen zum Stammhirn und zu anderen wichtigen Hirnformationen.

Bekannterweise wirkt Lärm als sogenannter "Stressor", der im Organismus biochemische Veränderungen hervorruft, wie z.B. Adrenalinerhöhung, eine Senkung der Triglyzeride, eine Erhöhung der freien Fettsäuren und des Cholesterins.

Weiters steigt der Blutzucker an, ebenso wird das Serum-Magnesium in die Höhe getrieben. Dieser Effekt bewirkt eine verstärkte Konstriktion der Gefäße und führt dadurch zu einer Blutdruckerhöhung. Auch Schlafstörungen sind als unangenehme Nebenwirkungen bei Lärmeinwirkung bekannt.

Das menschliche Ohr ist fähig, einen Frequenzbereich von 16 bis 20 000 Hz wahrzunehmen; darüber hinausgehende Eindrücke werden als schmerzhaft empfunden. Unser Tonempfinden erfolgt nach Oktaven, ein

Ton von doppelter Frequenz eines Grundtones ist genau 1 Oktave höher als dieser.

Der Schalldruckpegel wird in dB(A) angegeben. 0 dB(A) wird dem Schalldruck von $2 \cdot 10^{-5}$ Pa zugeordnet, was der Hörschwelle entspricht; die Schmerzgrenze liegt bei einem Schalldruckpegel von 120 dB(A). Eine Zunahme des Schalldruckpegels von 20 dB(A) bedeutet die Verzehnfachung des Schalldruckes bzw. der Schallenergie. Um am Arbeitsplatz den Dauerschallpegel beurteilen zu können, wird mit speziellen Meßgeräten, die einen Filter eingebaut haben, der dem menschlichen Ohr entspricht, gemessen.

Da ein Dauerschallpegel über 85 dB(A) am Arbeitsplatz als hörschädigend gilt, werden folgende technische Maßnahmen angestrebt, um diese Gesundheitsgefährdung hintanhalten zu können: Erstens ist eine Kennzeichnung der Lärmzone notwendig, weiters ist eine Schallausbreitung in den Werkshallen durch schallschluckende Elemente zu unterbinden, bei Maschinen können Kapselungen der ganzen Maschine durchgeführt oder Schallschirme aufgestellt werden.

Als nächster Schritt ist ein persönlicher Gehörschutz nach der ÖNORM Z 1110 dem Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen: leichteren Gehörschutz für Lärm über 85 dB(A), für Lärm über 110 dB(A) mittleren Gehörschutz und schweren Gehörschutz für Lärm über 130 dB(A). Sogenannte Schallschutzhelme sind für Lärmbelastungen über 130 dB(A) notwendig. Der persönliche Gehörschutz hat die Aufgabe, den Lärm am Ohr unter 85 dB(A) zu senken. Die Sprach- und Signalbeständigkeit für Normalhörende muß erhalten bleiben; dies gilt jedoch nicht für bereits Gehörgeschädigte.

Folgende Materialien stehen als Gehörschutz zur Verfügung:

Watte - diese besteht aus feinst versponnenen Glasfasern; sie wird als Einmalartikel für hoch - und mittelfrequente Lärmbereiche eingesetzt.

Dehnschaumstöpsel - es sind dies zylindrische oder konische Röllchen aus elastischem Schaumstoff, der zusammengedrückt in den Gehörgang eingeführt wird und sich in der Körperwärme wieder ausdehnt. Der Dehnschaumstöpsel ist auch für den Tieffrequenzbereich geeignet und kann mehrmals verwendet werden.

Antiphone - dies sind Kunststoffstöpsel, die dem Gehörgang angepaßt werden.

Kapselgehörschützer - diese sind mit Kopf- oder Nackenbügel und Dichtwülsten ausgerüstet.

Nach den Arbeitnehmerschutzbestimmungen ist vor Aufnahme einer Lärmtätigkeit und in dreijährigem Abstand eine Funktionsprüfung des Gehöres mittels Tonschwellenaudiometrie durchzuführen.

Da in den letzten Jahren ein Ansteigen der beruflich Gehörgeschädigten zu bemerken ist, muß versucht werden, die Lärmquellen mittels technischer Maßnahmen unter einen Pegel von 85 dB(A) zu senken. Erst als zweiten Schritt ist persönlicher Gehörschutz für diejenigen Arbeitnehmer, die in einem Lärmbereich beschäftigt werden, vorzusehen.

Probleme berufstätiger Frauen in Handelsbetrieben in Saisonorten

Revidentin Helga STÜCKLER

(Arbeitsinspektorat für den 13. Aufsichtsbezirk)

Berufstätige Frauen, vor allem in saisonalen Handelsbetrieben, werden verstärkt mit Arbeitszeiten konfrontiert, die im familiären Bereich der Beschäftigten soziale Konflikte auslösen können.

Bedingt durch die fortschreitende sogenannte "Liberalisierung der Öffnungszeiten" besteht die Tendenz zu immer späteren Ladenschlußzeiten.

Zum Beispiel ist vielfach um 8.00 Uhr Arbeitsbeginn, von 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr Mittagspause, ab 16.00 Uhr wird oft bis 21.00 Uhr und länger gearbeitet. Dies wurde in einer Überprüfungsaktion des hiesigen Amtes im Sommer 1990 festgestellt. Diese Überprüfungsaktion brachte auch zutage, daß 80 % der überprüften Betriebe die gesetzliche Wochenendruhe nicht einhalten.

Liegt zwischen Arbeitsplatz und Wohnung eine Wegstrecke, die in vier Stunden Mittagspause rationellerweise nicht überbrückt werden kann und werden Frauen so beschäftigt, wie im oben angeführten Beispiel, so besteht für sie fast keine Möglichkeit, den sozialen Umgang mit Kindern und Familie zu pflegen. Auch das Wochenende bietet dazu keine Gelegenheit, da die Wochenendruhe zum Großteil nicht gewährt wird.

Oft unterliegen diese Frauen auch einer großen finanziellen Belastung, da wegen fehlender öffentlicher Verkehrsmittel während

der Abendstunden in vielen Fällen ein eigenes Auto verwendet werden muß.

Dies bedeutet, daß zusätzlich zur arbeitsmäßigen und finanziellen Belastung psychischer Streß auftritt.

Es wird vorgeschlagen, bei einer Novellierung des Arbeitszeitgesetzes diese Problematik der berufstätigen Frauen in Saisonbetrieben z.B. durch begrenzte Einsatzzeiten zu berücksichtigen.

H. SCHWERPUNKTTHEMA

"STRESS AM ARBEITSPLATZ"

In diesen Beiträgen bringen die Verfasser/innen ihre persönliche Meinung zum Ausdruck.

ARBEITSBEDINGUNGEN UND GESUNDHEITSVERSCHLEISS

Strategien zur Reduzierung arbeitsstreßbedingter Erkrankungen

Autorenkollektiv des ÖIBF, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

Vorwort

Streß ist in den letzten Jahren zu einem der wesentlichsten Faktoren der Arbeitsbelastung geworden. Nach Mikrozensusbefragungen leidet jeder dritte Berufstätige unter zuviel Streß bzw. "Überstreß" bei der Arbeit. Überstreß bedeutet, starken körperlichen und seelischen Belastungen ausgesetzt zu sein, die zu gesundheitlichen Schäden führen können. Häufig stehen Magen-Darm-Erkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen im Zusammenhang mit Überstreß.

Die vorliegende Studie befaßt sich mit den Zusammenhängen zwischen Arbeitsstreß und gesundheitlichen Problemen. Befragt wurden 308 Arbeitnehmer mit Magen-Darm- bzw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen (die Stichprobe ist repräsentativ für ganz Österreich). Arbeitsstreß wird dabei als komplexes Phänomen begriffen, das sich nicht eindeutig auf bestimmte Beschäftigtengruppen oder bestimmte Arbeitssituationen eingrenzen läßt.

Die Belastungen am Arbeitsplatz sind vielfältig: Es gibt Belastungen, die durch die Anpassung der Arbeit an den Menschen verringert werden können bzw. beseitigt werden können (Lärm, Schadstoffe, körperliche Belastungen etc.), Belastungen im Zusammenhang mit zwischenmenschlichen Beziehungen, Belastungen aufgrund der Arbeitsorganisation und Belastungen aufgrund der Sinnentleerung der Arbeit.

Es gilt nun, jene Faktoren der Arbeitsumwelt zu erfassen, die besonders streßerzeugend sind, und es gilt, Strategien zu entwickeln zur Streßverhinderung bzw. Streßverringern.

Streßbelastungen sind nicht nur durch Arbeitnehmerschutzgesetze zu verringern oder zu beseitigen, die Vorbeugung von Gesundheitsschädigungen durch Streß erfordert auch ein neues Bewußtsein, die Betroffenen müssen auf möglichst breiter Basis in die Gestaltung des eigenen Arbeitsplatzes einbezogen sein. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, die Angst, über zu wenig Qualifikationen zu verfügen, die Angst, zu wenig zu leisten, läßt sich durch Gesetze nicht verändern.

Kurzfassung der Studie

- ° Die der vorliegenden Studie zugrundeliegende empirische Erhebung wurde zu gleichen Teilen bei Männern und Frauen durchgeführt, wobei jüngere Jahrgänge etwas stärker vertreten waren. Kleinbetriebe dominierten, wobei der Anteil der nicht an eine Kammer gebundenen Wirtschaftszweige am größten war. Hinsichtlich des Bildungsniveaus der Befragten war der Lehrabschluß am häufigsten

neben dem Abschluß von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

- ° Höhere berufliche Positionen waren überproportional in der Stichprobe vertreten, die Arbeiter machten insgesamt nur ein Fünftel der Stichprobe aus, während die einfachen Angestellten etwa ein Zehntel der Stichprobe abgaben. Fast ein Drittel der Befragten blieb unter der Normalarbeitszeit, die häufigste durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag zwischen vierzig und fünfzig Stunden.
- ° Die Einkommenssituation erwies sich in der Stichprobe als weitgehend normalverteilt, wobei die häufigste Einkommenssumme netto monatlich zwischen elftausend und fünfzehntausend Schilling lag.
- ° Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen ergaben sich Verteilungen, die sicher im Zusammenhang der Schwerpunkte der beruflichen Positionen standen. Ein Zehntel der Befragten arbeitete im Wechseldienst, Nachtdienst betraf insgesamt nur etwas mehr als ein Zehntel der Befragten (immer und manchmal zusammengekommen). Dagegen waren Wochenendarbeit und unregelmäßige Arbeitszeiten (Überstunden) beinahe für jeden zweiten Befragten zutreffend.
- ° Pausen wurden generell, gleichgültig ob von Befragten, die nur in Normalzeiten arbeiten, oder von solchen, die im Wechseldienst oder Nachtdienst oder mit häufigen Überstunden arbeiten, oft als ungenügend bezeichnet. Besonders Befragte, die ihr Essen in den Pausen einnahmen, bezeichneten die Pausen oft als nicht ausreichend in dieser Hinsicht.
- ° Technische und arbeitsorganisatorische Änderungen der Arbeitsplätze betrafen in den letzten Jahren mehr als ein Drittel der Befragten. Noch mehr Angehörige unserer Stichprobe mußten aufgrund solcher Änderungen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

- ° Vier Zehntel der Befragten lebten mit Partner und Kindern, fast drei Zehntel mit Partner, aber ohne Kinder. Etwa ein Viertel der Befragten lebten allein oder mit den Eltern bzw. Freunden usw. In drei Viertel der Fälle waren die Partner, mit denen die Befragten zusammenlebten, berufstätig.
- ° Ein Viertel der Befragten gab an, in der Freizeit nur genügend soziale Kontakte zu haben, der überwiegende Teil der Befragten betrachtete die eigene Wohnung als Rückzugsort zur Erholung von der Arbeit. Ein Fünftel meinte jedoch, daß die Familie nicht genügend Zeit für Entspannung lasse.
- ° Nur etwa die Hälfte der Befragten hatte während der Pausenzeiten in der Arbeit die Möglichkeit zu Gesprächen mit den Kollegen. Dabei hatten betriebliche Themen Vorrang, diese wurden allerdings auch häufiger im Familienkreis besprochen.
- ° In der Freizeit wurde als häufigste Betätigung das Lesen von Tageszeitungen genannt, gefolgt von geselligem Beisammensein, Fernsehen und Ausruhen. Vier Zehntel der Befragten waren Raucher, alkoholische Getränke konsumierte nur jeder fünfte Befragte.
- ° Zwei Drittel der Befragten waren mit ihrer gesamten Lebenssituation eher zufrieden, etwas mehr als ein Drittel gab daneben außerberufliche Sorgen an. Diese Zufriedenheit erstreckte sich - bezogen auf die Berufssituation - größtenteils auch auf Kollegen und Mitarbeiter, weniger jedoch auf die Vorgesetzten und die Arbeitsbedingungen. Auch die Arbeitszeit bot für jeden vierten Befragten Grund zur Unzufriedenheit.

- ° Als wichtigster Belastungsfaktor am Arbeitsplatz wurden von den Befragten der Zeitdruck genannt, knapp gefolgt von dem Druck durch Arbeitsvorgaben und der Belastung durch unregelmäßige Arbeitszeiten (Überstunden). Die Belastungsfaktoren können jedoch in ihrer tatsächlichen Gewichtung nur auf der Matrix der Verteilung der Stichprobe gesehen werden bzw. auf einer eigenen Matrix, in der diejenigen, die überhaupt unter Nachtarbeit, Schichtarbeit usw. leiden könnten, gesondert betrachtet werden.
- ° Die allgemeine körperliche Belastung wurde von der Hälfte der Befragten, die seelische von etwa drei Viertel der Befragten als hoch eingeschätzt.
- ° Unter dem Aspekt einer eingetretenen Krankheit änderten die Befragten mehrheitlich ihre Einstellung zu Essen und Trinken, zu mehr als einem Drittel hinsichtlich körperlicher Betätigung und der Einnahme von Medikamenten.
- ° Als gewünschte Verbesserungen am Arbeitsplatz wurden hauptsächlich eine Verringerung des Leistungsdrucks und die bessere Gestaltung des Arbeitsplatzes genannt.
- ° Als hauptsächliche Belastungsfaktoren am Arbeitsplatz erschienen der schon genannte Zeitdruck, Lärm in den verschiedenen Ausprägungen und die Gefahr von Unfällen. Daneben spielten künstliche Beleuchtung und lange dauerndes Sitzen eine größere Rolle.
- ° Fast drei Viertel der Befragten gaben an, häufig Streßsituationen am Arbeitsplatz ausgesetzt zu sein, jeder zehnte Befragte bezeichnete sich als immer gestreßt. Unter den häufigsten Methoden zur Abreaktion von Streß fanden sich die Verwendung von gesellschaftlich anerkannten Suchtmitteln (Kaffee, Tee, Zigaretten) ebenso wie

sozial unangepaßte Reaktionen (lautes Schimpfen, Isolation wie z.B. tief durchatmen usw.).

- ° Leichte Beschwerden wurden von der überwiegenden Mehrheit der Befragten nicht zum Anlaß für ein Fernbleiben von der Arbeit genommen, auch Kopf- und Gliederschmerzen eher selten. Beinahe jeder zehnte Befragte ging auch bei ernsthafteren Erkrankungen arbeiten. Mit dem Eintritt von Erkrankungen änderte sich eine Reihe von beruflichen Verhaltensweisen und sank auch die Zufriedenheit mit dem Beruf sehr stark ab.
- ° Die eigene Lebensweise hielt die Mehrheit der Befragten für gesund, vor allem, was das Trinken anging. Bedenken hatten die Befragten nur hinsichtlich der körperlichen Betätigung, während gleichzeitig mehr als ein Drittel der Stichprobe Probleme mit Übergewicht hatte. Der überwiegende Teil der Befragten hatte einen Hausarzt, mit dem etwa die Hälfte der Befragten auch über Streß in der Arbeit sprechen konnte. Im betrieblichen Gesundheitswesen zeigten sich dagegen Mängel, nur jeder vierte Befragte hatte einen ständigen Betriebsarzt zur Verfügung, zwei Drittel der Stichprobe verfügten überhaupt über keinen Betriebsarzt.
- ° Als Beschwerden traten bei den Befragten am häufigsten Müdigkeit, Reizbarkeit und innere Unruhe auf, von den Dauerbeschwerden waren Magenbeschwerden am häufigsten. Von den chronischen Krankheiten wurden am häufigsten die Erkrankungen des Herz- und Kreislaufsystems genannt, gefolgt von Schäden des Stütz- und Bewegungsapparates und Bandscheibenschäden. Daneben nahmen auch Magengeschwüre und Darmerkrankungen einen wichtigen Platz ein.
- ° Etwa ein Drittel der Befragten gab an, regelmäßig Medikamente zu nehmen, wobei die häufigsten Gründe dafür eine ärztliche Verord-

nung, Kopfschmerzen, Verdauungsbeschwerden und Schlaflosigkeit waren. Gesundenuntersuchungen und Gesundheitsaktionen waren nur etwa einem Fünftel der Befragten bekannt, wobei nur die jährliche Jugendlichen-Untersuchung der Wiener Gebietskrankenkasse größere Bekanntheit erreichte.

1. BIVARIATE ERGEBNISSE NACH BERUFSPPOSITION

- ° Das Kapitel 3 untersuchte die Zusammenhänge zwischen dem Niveau der beruflichen Position und anderen Ergebnissen der Erhebung.
- ° Hinsichtlich der Berufsposition fanden sich typische Zusammenhänge mit dem Geschlecht der Befragten (Männer waren in höheren Rängen häufiger vertreten), aber auch mit dem Alter (höhere Positionen waren mit steigendem Alter häufiger) und der Betriebsgröße. Dabei waren die meisten einfachen Arbeitskräfte in Kleinbetrieben zu finden, in Mittelbetrieben war der Anteil des mittleren beruflichen Niveaus verhältnismäßig größer und in Großbetrieben der Anteil an einfachen Arbeitskräften und höheren Angestellten fast gleich groß, der der mittleren Angestellten jedoch viel geringer.
- ° In der Privatsituation ergaben sich zuweisbare Unterschiede bezüglich der Familienstruktur, auf dem mittleren Niveau waren allein Wohnende häufiger, bei den einfachen Arbeitskräften war die Familie mit Partner und Kindern eher die Regel. Auch die Kinderzahl war für die einzelnen Niveaus unterschiedlich, wobei Familien mit weniger Kindern bei den höheren Angestellten am häufigsten waren, bei den einfachen Arbeitskräften aber noch häufiger als auf dem mittleren Niveau.

- ° Unter den Arbeitsbedingungen zeigten sich für das einfache Niveau Nachtarbeit, häufigere Arbeitsverhältnisse mit kürzeren Arbeitszeiten und weniger Möglichkeiten zu betrieblicher Weiterbildung als typisch. Häufigerer Betriebswechsel und der Wechsel vom erlernten Beruf in einen anderen sind ebenfalls Merkmale, die für einfache Arbeitskräfte häufiger festgestellt werden konnten. Höhere Angestellte sind selten von Nachtarbeit betroffen, dafür häufig von Überstunden und längeren Arbeitszeiten. Auch der Verzicht auf Teile des Urlaubs, oft im Zusammenhang mit beruflicher Weiterbildung, stand auf dem höheren Niveau öfter zur Debatte.
- ° Streß am Arbeitsplatz wurde mit steigendem Niveau der beruflichen Position erheblich häufiger angegeben. Dabei tritt bei den höheren Angestellten vor allem Zeitdruck als Stressor auf, während Monotonie und Unfallgefahr die häufigsten Stressoren auf dem einfachen Niveau darstellen. Auf dem mittleren Niveau dagegen spielte der Lärm in verschiedenen Formen die wichtigste Rolle als Stressor. Eigeninitiativen gegen die Lärmstörungen entwickelten offenbar nur die höheren Angestellten mit Erfolg.
- ° Die wichtigsten Belastungen durch die Arbeitssituation stellten für einfache Arbeitskräfte physiologische Belastungen, Zeitdruck, Hitze/Kälte und gleichförmige Tätigkeit (Monotonie) dar. Während der Zeitdruck auf den beiden anderen Niveaus als wichtigster Faktor genannt wurde, traten dazu bei den höheren Angestellten Schwierigkeiten mit ungenügend qualifizierten oder motivierten Kollegen bzw. Untergebenen auf und der Druck durch unregelmäßige Arbeitszeiten, während auf dem mittleren Niveau der Druck durch die Arbeitsvorgaben neben dem Zeitdruck am wichtigsten erschien.
- ° Etwa ein Zehntel aller Befragten aus den drei Niveaus war mit der beruflichen Situation, speziell mit den Arbeitskollegen, unzufrieden.

den. Besonders viele einfache Arbeitskräfte äußerten, mit den Kollegen sehr zufrieden zu sein.

- ° Zur Streßbewältigung werden auf dem einfachen Niveau eher angepaßte Reaktionen (Tee-, Kaffeetrinken, Rauchen, etwas trinken) eingesetzt, auf dem mittleren Niveau dagegen eher unangepaßte Reaktionen (lautes Schimpfen) aber auch Konsumbelohnungen (etwas essen, "Frustkauf"), während höhere Angestellte offenbar auch den Konsum auf etwas höherer Ebene anzusiedeln scheinen (am Abend ausgehen, Musik hören, usw.).
- ° Bei Beschwerden oder Erkankungen gingen insgesamt die einfachen Arbeitskräfte häufiger zur Arbeit als mittlere und höhere Angestellte. Nur bei ernsten Erkrankungen gaben mehr Befragte der beiden unteren Niveaus an, nie zur Arbeit zu gehen, als höhere Angestellte. Einfache Arbeitskräfte hatten häufiger einen Hausarzt und gaben öfter an, unter Übergewicht zu leiden.
- ° Was das Auftreten von Beschwerden und Krankheiten anging, so zeigten sich Kopfschmerzen als Domäne der einfachen Arbeitskräfte, ebenso wie Schäden am Stütz- und Bewegungsapparat. Auf dem mittleren Niveau waren dafür Allergien häufiger als in den anderen Gruppen. Medikamente konsumierten einfache Arbeitskräfte häufiger bei Kopfschmerzen, höhere Angestellte dagegen öfter bei Schlaflosigkeit. Einfache Arbeitskräfte verzichteten auch öfter auf die Einnahme von Medikamenten, die vom Arzt verschrieben wurden.

2. BIVARIATE ERGEBNISSE NACH KRANKHEITSBILDERN

2.1 Magengeschwüre

- ° Mehr als ein Drittel der Befragten hatte schon einmal mit Magengeschwüren zu tun, ein Fünftel bereits oft. Magengeschwüre waren bei Männern und mit fortschreitendem Alter häufiger, auch in Großbetrieben fanden sich mehr Befragte, die mit Magengeschwüren zu tun hatten. Befragte mit Magengeschwüren hatten häufiger regelmäßige Pausen, verzichteten aber auch häufiger auf Teile ihres Urlaubs bzw. verwendeten diesen zur beruflichen Weiterbildung.
- ° Kinderhäufigkeit in der Familie und seltenere Berufstätigkeit des Partners waren weitere Kriterien, die sich hinsichtlich der sozialen Situation bei Befragten mit Magengeschwüren als typisch herausstellten. Soziale Kontakte in der Freizeit waren bei der Gruppe mit häufigen Magengeschwüren deutlich eingeschränkt, bei der Gruppe mit zeitweisen Magengeschwüren dagegen häufiger als bei der nicht betroffenen Gruppe. Auch die sozialen Kontakte in der Arbeit waren deutlich eingeschränkt, wobei die Gruppe mit zeitweisen Magengeschwüren wieder häufigere Gespräche mit Kollegen angab, als die Gruppe ohne Magengeschwüre. Berufliche Probleme werden mit steigender Häufigkeit von Magengeschwüren seltener mit anderen als mit der Familie und den Arbeitskollegen besprochen.
- ° Als typisches Vorstufenproblem zu bereits im Entstehen begriffenen Magengeschwüren zeigte sich der Konsum von alkoholischen Getränken. Die Gruppe mit zeitweisen Magengeschwüren gab insgesamt bei weitem den meisten Alkoholkonsum an, während die schwächsten Meldungen diesbezüglich aus der Gruppe mit oftmaligen Magengeschwüren kamen.

- ° Befragte mit oftmaligen Magengeschwüren waren teilweise sehr zufrieden mit ihrer gesamten Lebenssituation, hatten aber auch die meisten sehr Unzufriedenen in dieser Hinsicht zu verzeichnen. Insgesamt ist ihre Berufszufriedenheit auch nach Eintritt der Krankheit höher als in den anderen beiden Gruppen. Die meisten Unzufriedenen nach Eintritt der Krankheit stellte die Gruppe mit zeitweisen Magengeschwüren, also ein bezeichnender Widerspruch in den Einschätzungen der beiden Gruppen.
- ° Als typische Stressoren für die Gruppe der unter Magengeschwüren Leidenden erscheinen nach unseren Ergebnissen das Vorhandensein von Unfallgefahren am Arbeitsplatz und physiologische Belastungen. Das Arbeitsverhalten bei Auftreten einer Krankheit unterscheidet sich ebenfalls von dem der nicht unter Magengeschwüren Leidenden. Befragte mit Magengeschwüren gehen häufiger auch bei einer ernsthaften Erkrankung arbeiten.
- ° Die eigene gesundheitliche Situation schätzen Befragte mit oftmaligen Magengeschwüren erheblich schlechter ein, während diejenigen, die erst zeitweise Magengeschwüre hatten, ihre Krankheit offenbar nicht ernst genug nahmen und ihre gesundheitliche Situation im allgemeinen am besten von allen Gruppen einschätzten. Eine eher ungesunde Lebensweise hinsichtlich des Trinkens wird von allen unter Magengeschwüren Leidenden häufiger angegeben als von der nicht betroffenen Gruppe. Gespräche mit dem Hausarzt über Streß im Beruf sind ebenso wie der Besuch beim Hausarzt selbst eher selten bei derjenigen Gruppe, die zeitweise Magengeschwüre hatte. Ärztliche Betreuung wird also in dieser Gruppe eher vernachlässigt.

- ° Bezüglich des Auftretens von Beschwerden oder Krankheiten zeigte sich eine Affinität der Befragten mit Magengeschwüren zu häufigeren Darmerkrankungen, Schilddrüsenüberfunktion, Bewegungsschäden und Gehörschäden, sehr geringe Neigungen dagegen zu Bluthochdruck und Herz- und Kreislauferkrankungen.

2.2 Darmerkrankungen

- ° Darmerkrankungen traten mit höherem Alter eher seltener auf. Hinsichtlich der privaten Situation und der sozialen Kontakte fanden sich hier keine auffälligen Unterschiede. Die eigene Lebensweise hinsichtlich des Trinkens wurde mit steigender Häufigkeit von Darmerkrankungen öfter als ungesund eingeschätzt. Auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen fanden sich keine auffälligen Angaben, bis auf eine offenbar seltener auftretende Belastung durch Nachtarbeit, wohl aber hinsichtlich der nervlichen Gesamtbelastung, die von Befragten mit Darmerkrankungen häufiger entweder als sehr hoch oder als sehr niedrig angegeben wurde. Die höchsten Werte für sehr hohe nervliche Belastung hatte die Gruppe mit zeitweisen Darmerkrankungen aufzuweisen. Die Einschätzungen des eigenen Verhaltens in der Arbeit vor und nach Eintritt der Krankheit geben Hinweise auf Konflikte in der Selbsteinschätzung, die aber noch genauer zu untersuchen wären.
- ° Belastungen am Arbeitsplatz ergaben sich für Befragte mit Darmerkrankungen häufiger aus dem Druck durch Vorgesetzte, und durch die Arbeitsvorgaben. Bei zeitweise auftretenden Darmerkrankungen waren darüber hinaus noch Probleme mit unqualifizierten Vorgesetzten sehr häufig genannt worden. Am wenigsten belastet fühlten sich die Befragten mit Darmerkrankungen durch Probleme, die bei der Durch-

setzung unpopulärer Maßnahmen im Betrieb auftreten, ein Hinweis, daß sie unter Umständen doch eher einem bestimmten beruflichen Niveau zugeordnet werden könnten, auf dem solche Entscheidungen eher selten sind. Diesbezügliche Vermutungen konnten aber durch die sonstigen Daten nicht bestätigt werden. Als weiterer Belastungsfaktor scheint auch der Zeitdruck in dieser Gruppe nicht unwichtig, obwohl in der direkten Fragestellung keine markanten Unterschiede auftraten. Als Gründe für den Zeitdruck wurden bei oftmaligen Darmerkrankungen häufiger Termindruck und bei zeitweisen Darmerkrankungen öfter die geringe Anzahl von Mitarbeitern bzw. das Problem, die Arbeit allein bewältigen zu müssen, genannt.

- ° Das Arbeitsverhalten bei Auftreten von Beschwerden zeigte, daß Befragte mit häufigen Darmerkrankungen auch öfter trotz Unwohlsein zur Arbeit gehen, solche mit zeitweisen Darmerkrankungen dagegen seltener als die nicht betroffene Gruppe.
- ° Beim Auftreten von Beschwerden und Krankheiten zeigten sich auch hier wie bei den Magengeschwüren Kopfschmerzen als typisch für die Befragten mit Darmerkrankungen. Daneben waren Müdigkeit, Reizbarkeit, Magenbeschwerden und Magengeschwüre häufiger, aber auch Allergien und Schäden am Stütz- und Bewegungsapparat. Herz- und Kreislauferkrankungen schließen sich dagegen eher aus, wenn es um Befragte mit Darmerkrankungen geht.

2.3 Herz- und Kreislauferkrankungen

- ° Im Gegensatz zu den Magengeschwüren erwiesen sich die Herz- und Kreislauferkrankungen als Domäne der Frauen. Auch hier fanden sich keine Zusammenhänge mit der beruflichen Position der Befragten,

wohl aber eine Reihe von Unterschieden hinsichtlich der sozialen Situation. Genau im Gegensatz zu den Befragten mit Magengeschwüren fanden sich hier häufiger Familien mit berufstätigem Partner. Auch die Möglichkeiten zur Entspannung im Kreis der Familie wurden deutlich schlechter bewertet als in der nicht betroffenen Gruppe. Die sozialen Kontakte in der Arbeit erscheinen deutlich eingeschränkt gegenüber der Gruppe ohne Herz- und Kreislauferkrankungen. Gespräche in den Arbeitspausen waren seltener, auch Gespräche über berufliche Probleme mit Kollegen oder Vorgesetzten wurden seltener angegeben.

- ° Hinsichtlich der Konsumgewohnheiten unterschieden sich die Befragten mit Herz- und Kreislauferkrankungen nur bezüglich des Rauchens von den übrigen Befragten, wobei die Gruppe mit zeitweisen Herz- und Kreislauferkrankungen noch mehr Raucher aufwies als die mit häufigen Leiden.
- ° Befragte mit zeitweisen Herzerkrankungen verzichteten am häufigsten auf Teile ihres Urlaubs, solche mit oftmaligen Herzerkrankungen hatten andererseits oft keine genügenden Pausen, insbesondere bei Wochenendarbeit. Gleichzeitig bezeichneten die Angehörigen der letzteren Gruppe aber die Pausen am häufigsten als sehr erholungsfördernd.
- ° Sorgen nicht beruflicher Art wurden vor allem bei zeitweisen Herzerkrankungen häufiger angegeben, bei oftmaligen Erkrankungen aber noch immer weit häufiger als in der nicht betroffenen Gruppe. Die körperliche Gesamtbelastung wurde vor allem von Befragten mit oftmaligen Herz- und Kreislauferkrankungen als eher hoch bezeichnet. Die Einschätzung der eigenen gesundheitlichen Situation war für Herz- und Kreislauferkrankungen signifikant schlechter als für die nicht betroffene Gruppe. Die Berufszufriedenheit war offenbar

nach Eintritt der Krankheit bei der Gruppe mit oftmaligen Herzerkrankungen höher als bei den anderen beiden Gruppen.

- ° Zeitdruck erscheint als ein wichtiger Belastungsfaktor in dieser Gruppe, wobei sich hier vor allem die lange Dauer im Monatsschnitt als unterschiedlich zeigte. Auch Hitze/Kälte scheinen gerade bei dieser Gruppe eine wichtigere Rolle zu spielen. An sonstigen Belastungsfaktoren wurden Druck durch Vorgesetzte, Arbeitsvorgaben, Überforderung und Probleme mit unqualifizierten Vorgesetzten genannt, wobei teilweise in der Gruppe mit zeitweisen Herzerkrankungen die Belastungen höher waren als in der mit oftmaliger Erkrankung.
- ° Bezüglich des Auftretens von Beschwerden zeigten sich vor allem Kopfschmerzen, Reizbarkeit und innere Unruhe, vor allem bei der Gruppe mit zeitweisen Herzerkrankungen, Müdigkeit, Schlaflosigkeit, Rückenschmerzen, Konzentrationsschwäche und erhöhter Cholesterinspiegel häufiger mit dem öfteren Auftreten der Herzerkrankungen. Daneben klagte gerade die Gruppe mit Herz- und Kreislauferkrankungen deutlich häufiger auch noch über andere Beschwerden.

BERUFLICHE UNTERSCHIEDUNGSMERKMALE ZWISCHEN GRENZGÄNGERN UND IM INLAND BERUFSTÄTIGEN ALS RISIKOFAKTOR FÜR KORONARE HERZ- KRANKHEITEN

Dr. Werner BENZER, Dr. Wolfgang METZLER, Dr. Leo SIMMA,
Dr. Ingo KITZELMANN, Prof. Dr. Gert MÄHR
(A.ö. Landeskrankenhaus Feldkirch)

Zusammenfassung

Psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz sind ein anerkannter Risikofaktor für koronare Herzkrankheit. In einer retrospektiven Studie über 10 Jahre konnten wir nachweisen, daß Grenzgänger, das sind im Inland wohnhafte Personen, die ihren Arbeitsplatz im Ausland haben, hochsignifikant häufiger an Herzinfarkt erkranken, als im Inland Berufstätige ($p < 0.001$). Die Analyse des Standardrisikoprofils zeigte für beide Gruppen annähernd idente Werte von Körpergewicht, Blutdruck, Blutfette, Blutzucker und Nikotin. Somit ergab sich die Frage, ob das erhöhte koronare Risiko der Grenzgänger in einem unterschiedlichen psychosozialen Verhalten gegenüber im Inland Berufstätigen begründet ist. Zu diesem Zweck wurde das Verhaltensmuster von 15 an Herzinfarkt erkrankten Grenzgängern und 15 an Herzinfarkt erkrankten im Inland Berufstätigen mit dem Jenkins Activity Survey erhoben. Es zeigte sich ein signifikanter Unterschied im Faktor H (hard-Driving and Competitive) zu Ungunsten der Grenzgänger. Des weiteren boten die Grenzgänger ein permanent koronargefährdendes Verhalten vom Typ A1, während die im Inland Berufstätigen ein nicht permanent koronargefährdendes Verhalten vom Typ A2 aufwiesen. Die spezielle Analyse der psychischen Belastungsmerkmale und der psychosozialen Situation am Arbeitsplatz ergab unterschiedliche Angaben hinsichtlich beruflichem Aufstieg, sozialer Sicherheit

und Arbeitsüberforderung. Unsere Untersuchung zeigt, daß Grenzgänger unter einem besonderen Druck stehen, beruflichen Aufstieg und soziale Sicherheit zu erlangen und ihrer Arbeitsanforderung gerecht zu werden.

Einleitung

Psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz sind ein anerkannter Risikofaktor für koronare Herzkrankheit. Arbeitsüberforderung infolge starken Zeit- und Termindruckes und Verantwortung für die Arbeit anderer erhöhen das Erkrankungsrisiko (4, 8). Als zusätzliches Risiko ist ein zugrundeliegendes koronargefährdendes Verhalten im Sinne des von Rosenman und Friedman beschriebenen Typ A-Verhaltensmusters anzusehen (2).

Besonderen psychosozialen Anforderungen am Arbeitsplatz unterliegen Grenzgänger, das sind im Inland wohnhafte Personen, die ihren Arbeitsplatz im Ausland haben und täglich zwischen Arbeitsplatz und zu Hause pendeln. Es erscheint naheliegend, daß solche Personen einerseits ein besonderes Verhaltensmuster besitzen, da sie einen Arbeitsplatz im Ausland suchen, obwohl sie einen ebenso sicheren Tätigkeitsbereich im Inland finden könnten. Andererseits unterliegen sie durch die Tatsache, an ihrer Arbeitsstätte Ausländer zu sein, einem besonderen psychosozialen Druck.

In unserer täglichen Arbeit auf der Herzstation eines Krankenhauses mit einem Einzugsgebiet in Grenznähe ist uns seit längerer Zeit aufgefallen, daß im Durchschnitt ein unverhältnismäßig großer Anteil von Grenzgängern mit Herzinfarkt zur Aufnahme gelangte. Dies veranlaßte uns zu einer retrospektiven Studie, die zum Ziel hatte,

einerseits diesen subjektiven Eindruck statistisch zu bestätigen und andererseits nach Ursachen für die auffällige Häufung von Grenzgängern mit Herzinfarkt zu fahnden.

Methodik

Um zu einer statistisch verwertbaren Aussage zu gelangen, wurde im Einzugsgebiet unseres Krankenhauses die Zahl aller in einem Arbeitnehmerverhältnis stehenden Berufstätigen erhoben. Die Arbeitnehmer wurden in die Gruppe der im Inland Berufstätigen und in die Gruppe der im Ausland Berufstätigen, der sogenannten Grenzgänger, getrennt. Dem Kollektiv beider Gruppen wurde nun die der jeweiligen Gruppe angehörige Zahl der Patienten mit während des aktiven Berufslebens erlittenem Herzinfarkt über die letzten 10 Jahre gegenübergestellt.

In der Folge wurde unter der Annahme, die Ursache müsse in unterschiedlichen Risikofaktoren zwischen im Inland Berufstätigen und Grenzgängern liegen, das Risikoprofil am Beispiel von 15 an Herzinfarkt erkrankten Grenzgängern verglichen. Dabei wurden die Mittelwerte der klassischen Risikofaktoren Körpergewicht, Blutdruck, Cholesterin, Triglyceride, Blutzucker, Zigarettenrauchen und familiäre Disposition verglichen und auf einen eventuellen statistisch signifikanten Unterschied überprüft.

Der Risikofaktor psychosoziales Verhalten wurde gesondert betrachtet und eingehend studiert. Zur Ermittlung eines grundsätzlich koronargefährdenden Verhaltens nach dem Typ A-Muster wurden die jeweils 15 Patienten beider Gruppen mit dem Jenkins Activity Survey befragt (5, 6). Darüber hinaus wurden in einem speziell auf die

berufliche Situation ausgerichteten Fragebogen in Anlehnung an Siegrist die psychischen Belastungsmerkmale und die psychosoziale Situation am Arbeitsplatz erhoben (10). Sowohl die Auswertung des Jenkins Activity Survey als auch jene des speziellen Fragebogens wurde doppelblind vorgenommen.

Zur statistischen Analyse wurde der DHI^2 -Test, der F-Test und der t-Test für unabhängige Stichproben verwendet. Das Signifikanzniveau wurde bei $p < 0.05$ festgelegt.

Ergebnisse

Die statistische Auswertung der unselbständig berufstätigen Bevölkerung in unserem Einzugsgebiet, aufgeschlüsselt in im Inland Berufstätige und Grenzgänger, ergab in einer retrospektiven Untersuchung über 10 Jahre eine hochsignifikante Häufung von Erkrankungen an Herzinfarkt zu ungunsten der Grenzgänger ($p < 0.001$) (Tab. 1).

Kollektiv	Grenzgänger	im Inland Berufstätige
Gesamt	3.316	32.733
Herzinfarkt	15 *	46
[*p < 0,001 gegenüber im Inl. Berufst.]		

Tab. 1: Vergleich der Erkrankungen an Herzinfarkt zwischen Grenzgängern und im Inland Berufstätigen in Bezug auf das jeweilige Gesamtkollektiv

Die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten 15 Patienten nach Herzinfarkt aus der Gruppe der im Inland Berufstätigen und der 15 an Herzinfarkt erkrankten Grenzgänger hatten im Vergleich der Mittelwerte keinen signifikanten Unterschied im klassischen Risikoprofil (Tab. 2).

Mittelwert	Grenzgänger	im Inland Berufstätige	Unterschied
Alter	50 ± 6	48 ± 6	n. s.
Gewicht	74 ± 7	78 ± 6	n. s.
Größe	172 ± 7	174 ± 4	n. s.
RR syst.	128 ± 13	130 ± 17	n. s.
Chol.	229 ± 40	227 ± 55	n. s.
HDL-Chol.	40 ± 8	42 ± 13	n. s.
Trigl.	170 ± 66	165 ± 83	n. s.
nBZ	98 ± 10	103 ± 11	n. s.
Zigar. R.	12 ± 12	15 ± 11	n. s.
Familie	0,2 ± 0,4	0,3 ± 0,4	n. s.

Tab. 2: Vergleich der Standardrisikofaktoren zwischen der ausgewählten Gruppe der an Herzinfarkt erkrankten Grenzgänger und der ausgewählten Gruppe der an Herzinfarkt erkrankten im Inland Beschäftigten

Dies ließ den Verdacht aufkommen, daß das höhere Risiko der Grenzgänger, an einem Herzinfarkt zu erkranken, in psychosozialen Faktoren und hierbei wieder besonders in der Arbeitsplatzsituation liegen müsse. Dieser Schluß ist naheliegend, da der einzige faßbare, aber auch deutliche Unterschied der beiden Gruppen der des Arbeitsplatzes ist.

Die Analyse des möglicherweise zugrundeliegenden stärkeren koronargefährdenden Verhaltens der Grenzgänger mit dem Jenkins Activity Survey ergab tatsächlich eine signifikante Ausprägung in Faktor H (Hard-Driving and Competitive) bei den als Grenzgänger beschäftigten Infarktpatienten ($p < 0.05$), während sich Grenzgänger und im Inland Berufstätige im Koronar A-Gesamtverhalten und in den Faktoren S (Speed and Impatience) und J (Job Involvement) nicht signifikant unterschieden (Tab. 3).

Faktor / Mw.	Grenzgänger	im Inland Berufstätige	Unterschied
A	— $1,8 \pm 11,61$	— $0,1 \pm 11,17$	n. s.
S	— $2,9 \pm 12,28$	— $3,6 \pm 10,49$	n. s.
J	— $13,1 \pm 7,27$	— $11,9 \pm 8,37$	n. s.
H	+ $10,4 \pm 10,82$	+ $1,8 \pm 9,13$	$p < 0,05$

Tab. 3: Ergebnis der Befragung der 15 an Herzinfarkt erkrankten Grenzgänger und der 15 an Herzinfarkt erkrankten im Inland Berufstätigen mit dem Jenkins Activity Survey zur Analyse des Koronarverhaltens

Bei der Analyse des Jenkins Activity Survey wurde nicht nur zwischen Koronar A- und Koronar B-Verhalten differenziert, sondern auch eine Einteilung in Koronar A1/A2- sowie Koronar B1/B2-Verhalten getroffen, wobei A1 als permanent und A2 als nicht permanent koronargefährdendes Verhalten klassifiziert wurde (9). Bei der näheren Beleuchtung des Faktor H unter diesem speziellen Gesichtspunkt zeigte sich eine signifikante Tendenz der an Herzinfarkt erkrankten Grenzgänger zu einem permanent koronargefährdenden Typ A1-Verhalten ($p < 0.05$), während die im Inland berufstätigen Infarktpatienten gehäuft ein Koronar A2-Verhalten aufweisen, das einem nicht permanent koronargefährdenden Verhalten entspricht (Tab. 4).

Gruppe	Mittelwert	Prozentrang	Koronarverhalten
Grenzgänger	+ 10,4 ± 10,82 *	85%	A1
Im Inland Berufst.	+ 1,8 ± 9,13	60%	A2
----- [*p < 0,05 gegenüber im Inl. Berufst.]			

Tab. 4: Analyse des Faktor H im Koronarverhalten der 15 an Herzinfarkt erkrankten Grenzgänger und der 15 an Herzinfarkt erkrankten im Inland Berufstätigen

Der Versuch, die Ursache des permanent koronargefährdenden Verhaltensmusters der an Herzinfarkt erkrankten Grenzgänger mittels speziell auf die berufliche Situation ausgerichteten Fragebogens zu ergründen, ergab breit gestreute Angaben. Trotzdem zeigte sich eine Häufung von Antworten, die den Schluß zulassen, daß Grenzgänger mehr als im Inland Berufstätige unter einem besonderen Druck stehen, beruflichen Aufstieg und soziale Sicherheit zu erlangen, und ihren Arbeitsanforderungen in hohem Maße gerecht werden wollen.

Die Analyse der psychischen Belastungsmerkmale am Arbeitsplatz zeigte, daß Grenzgänger und im Inland Berufstätige etwa in gleichem Maß zu Überstunden herangezogen werden, daß aber Grenzgänger unter einem deutlich höheren Zeitdruck stehen. Auch fühlen sich Grenzgänger mehr Störungen am Arbeitsplatz ausgesetzt und geben weit häufiger als im Inland Berufstätige an, zu wenig Anerkennung am Arbeitsplatz zu bekommen (Abb. 1).

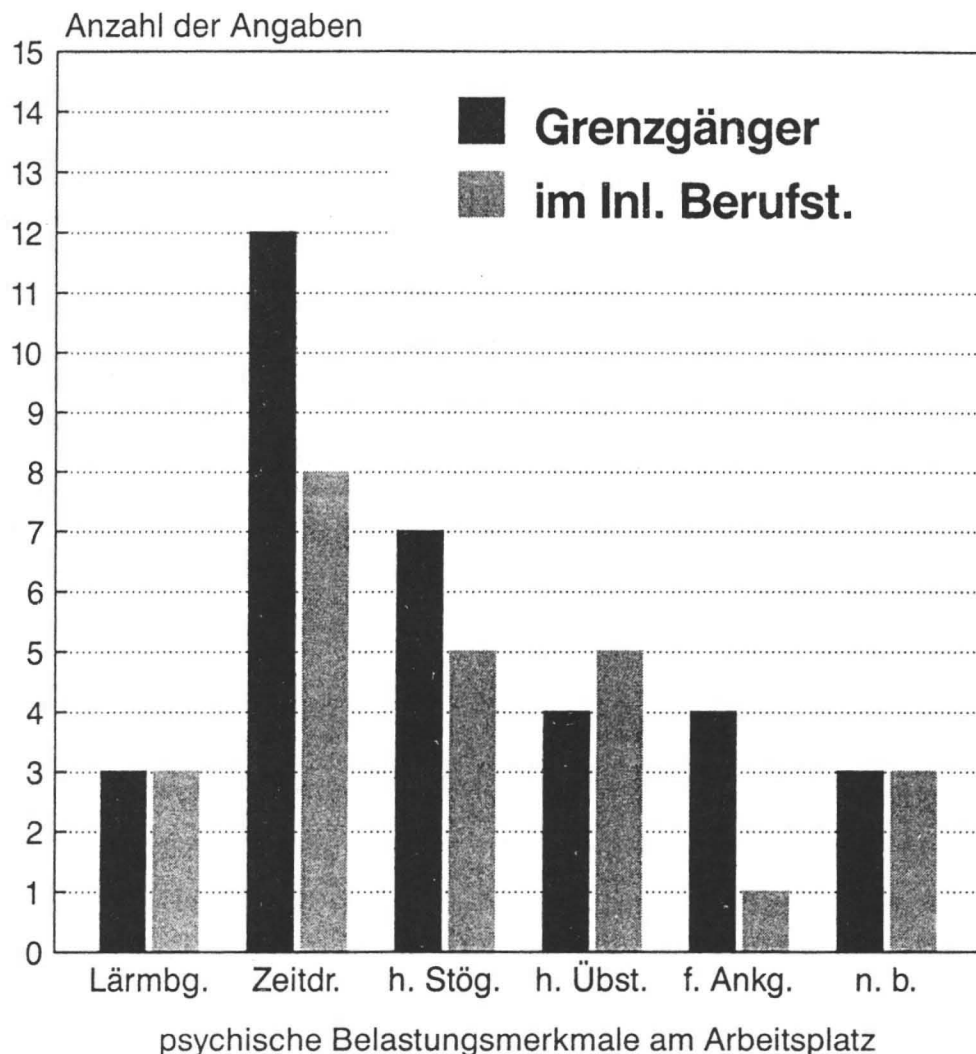


Abb. 1: Analyse der psychischen Belastungsmerkmale am Arbeitsplatz
mittels speziellem Fragebogen

Lärmbg. = häufige starke Lärmbelästigung
 Zeitdr. = Zeitdruck, Hektik
 h.Stög. = häufige Störungen
 h.Übst. = häufige Überstunden
 f.Ankg. = fehlende Anerkennung durch Vorgesetzte
 n.b. = Frage nicht beantwortet

Die Analyse der psychosozialen Situation am Arbeitsplatz zeigte, daß Grenzgänger zwar etwas weniger häufig ihr Berufsziel erreichen als im Inland Berufstätige, daß sie ihren Arbeitsplatz aber für ebenso gesichert halten. Sie geben auch etwa gleich häufig an, mit ihrem Gehalt zufrieden zu sein, unterscheiden sich aber von den im Inland Berufstätigen durch eine in den letzten Jahren vor dem Herzinfarkt deutlich stärkere Zunahme der Verantwortung am Arbeitsplatz (Abb. 2).

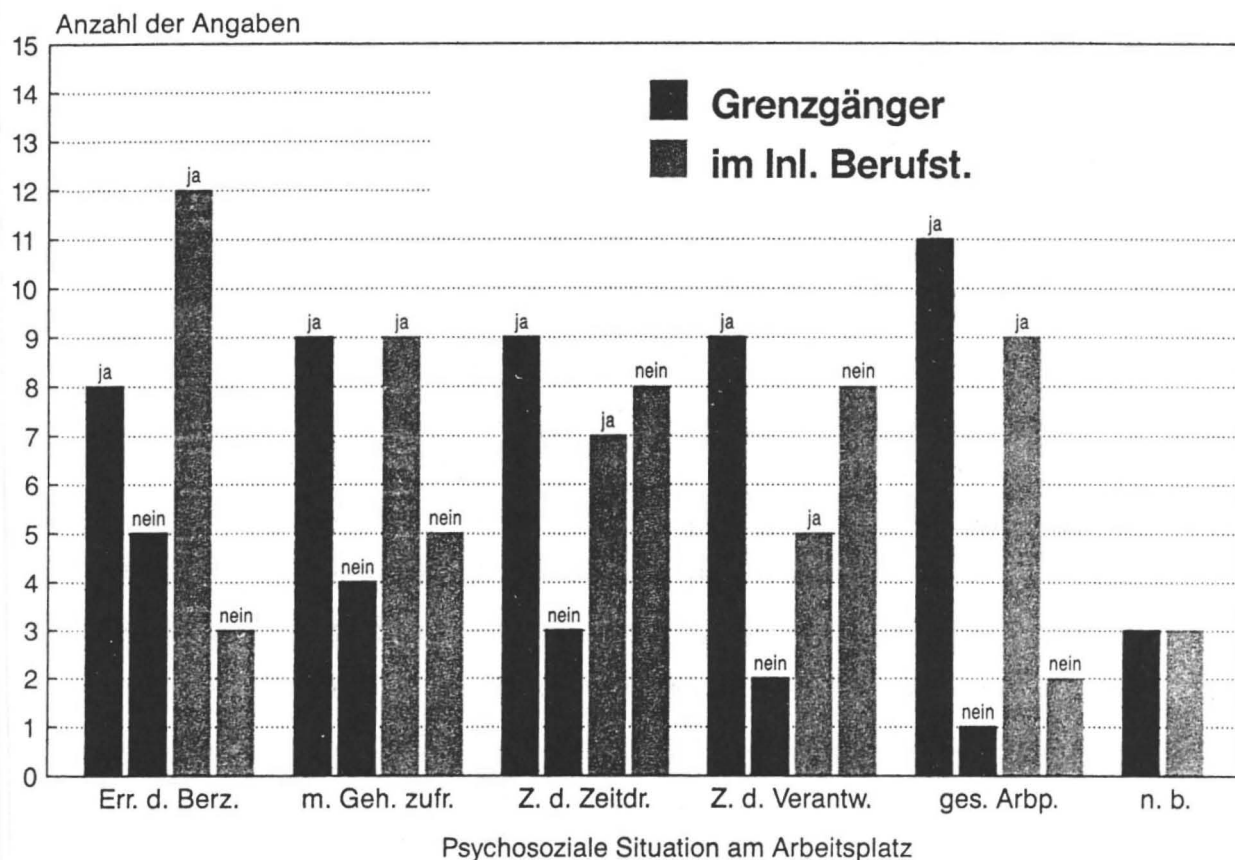


Abb. 2: Analyse der psychosozialen Situation am Arbeitsplatz mittels speziellem Fragebogen

Err.d.Berz. = angestrebtes Berufsziel erreicht
 m.Geh.zufr. = mit Gehalt zufrieden
 Z.d.Zeitdr. = Zunahme des Zeitdruckes in den letzten Jahren
 Z.d.Verantw. = Zunahme der Verantwortung in den letzten Jahren
 Ges.Arbp. = gleichbleibend oder zunehmend gesicherter Arbeitsplatz
 n.b. = Frage nicht beantwortet.

Diskussion

Es gilt seit langer Zeit als gesichert, daß die Summe der Risikofaktoren für die Entstehung und den Verlauf der koronaren Herzkrankheit und somit für das Auftreten eines Herzinfarktes verantwortlich ist (7). Wenn auch die psychosozialen Faktoren als alleinige Ursache dafür noch Gegenstand der Diskussion sind, so können sie zumindest als auslösender Faktor bei gleichzeitig bestehendem klassischem Risikoprofil in Erscheinung treten (3). Dies trifft offensichtlich auch auf die in unsere Untersuchung aufgenommenen Patienten zu. Während sich die weit häufiger von einem Herzinfarkt betroffenen Grenzgänger in den klassischen Risikofaktoren nicht von den im Inland Berufstätigen unterscheiden, scheint vielmehr das psychosoziale Risikoprofil für die signifikante Häufung an Erkrankungsfällen in dieser Gruppe verantwortlich zu sein.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse des Jenkins Activity Survey fällt zunächst auf, daß im Koronar A-Gesamtverhalten und in Faktor S Grenzgänger und im Inland Berufstätige gleichermaßen ein Koronar A2-Verhalten, also lediglich ein nicht permanent koronargefährdendes Verhalten zeigen, während wiederum beide Gruppen im Faktor J ein Koronar A1-Verhalten, also ein permanent koronargefährdendes Verhalten aufweisen. Dies scheint auf eine besondere Bedeutung des Berufes der Bevölkerung in unserem Lebensraum hinzuweisen.

Der auffällige Unterschied zwischen Grenzgängern und im Inland Berufstätigen hinsichtlich des Faktor H kann ein besonderer Hinweis für die spezielle berufliche Situation der Grenzgänger sein. Berücksichtigt man zusätzlich die Ergebnisse aus der Analyse der psychischen Belastungsmerkmale und der psychosozialen Situation am Arbeitsplatz, so deutet dies darauf hin, daß Grenzgänger zu einer

Überanpassung in ihrem beruflichen Umfeld neigen. Nur durch diese besonderen Bemühungen erreichen sie den angestrebten Gehalt, den beruflichen Aufstieg sowie die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Um diese Überanpassung zu erlangen, scheinen sie Verhaltensweisen, wie sie der Faktor H beschreibt, nämlich Strebsamkeit, Verlässlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Tendenz zum Wetteifern entweder von vornherein in einem erhöhten Ausmaß gegenüber im Inland Berufstätigen mitzubringen oder am Arbeitsplatz zu entwickeln.

Dies steht allerdings im Gegensatz zu anderen Untersuchungen, wonach eine höhere Infarktgefährdung von Ausländern durch einen Mangel an sozialer Anpassung mitbedingt zu sein scheint (1). Dieser Gegensatz könnte dadurch zu erklären sein, daß die Anpassung unseres Kollektivs der Grenzgänger, die sich im Gegensatz zu den Patienten der zitierten Untersuchungen in einer soziokulturellen Verwandtschaft mit dem unmittelbar benachbarten Ausland befinden, nur im Arbeitsverhältnis zu suchen ist.

Auffällig ist auch die Angabe der Grenzgänger, gegenüber den im Inland Berufstätigen weit weniger Anerkennung am Arbeitsplatz zu erhalten, obwohl sie ihren Mitarbeitern zumindest im Gehalt gleichgestellt sind und ihr angestrebtes Berufsziel zu erreichen glauben. Was auch immer der Grund für die fehlende Anerkennung sein mag, so scheint gerade dieses auffallende Merkmal besonders bedeutungsvoll für die gehäuft auftretende koronare Herzkrankheit bei Grenzgängern, da sie auf eine überdurchschnittlich nach Anerkennung und Lob suchende Persönlichkeitsstruktur dieses Kollektivs trifft.

Unsere Untersuchungsergebnisse spiegeln eine spezifische Situation der Grenzgänger an ihrem Arbeitsplatz im benachbarten Ausland wider und machen nach unserer Ansicht ganz spezielle therapeutische Konzepte im psychosozialen Bereich notwendig. In einer

früheren Untersuchung konnten wir zeigen, daß autogenes Training im Rahmen der ambulanten Langzeitrehabilitation nach Herzinfarkt in der Lage ist, Änderungen im Allgemeinverhalten der Patienten zu erreichen. Dies trifft jedoch nicht auf das spezifische Verhaltensmuster, welches durch die Unterskala H des Jenkins Activity Survey beschrieben ist, zu (11). Wahrscheinlich kann erst eine intensive Gesprächs-Gruppen-Psychotherapie Verhaltensweisen, wie übermäßige Strebsamkeit, zwanghafte Verlässlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Genauigkeit sowie übermäßigen Wettbewerbssinn korrigieren.

Aus den Ergebnissen unserer Untersuchung geht hervor, daß bei Grenzgängern aufgrund des besonderen psychosozialen Risikoprofils psychotherapeutische Interventionen großzügig angewandt werden sollten.

Literatur

1. Bloch A., Bersier A. L.: Die Psychologie des Koronarpatienten. Folia Psycho practica 3, 7-9, Hoffmann-La Roche (1979).
2. Frieman M., Rosenman R.H.: Type A behavior and your heart. Knopf A. A., Inc., New York (1974).
3. Friedman M., Thoresen C. E., Gill J. J.: Alteration of type A behavior and its effect on cardiac recurrences in post myocardial infarction patients: Summary results of the recurrent coronary prevention project. Am. Heart J. 112, 4, 653-665 (1986).
4. House J.: Occupational stress and coronary heart disease: a review and theoretical integration. J. Health Soc. Behav. 15, 12-27 (1974).

5. Jenkins C. D., Zyzanski S. J., Rosenman R. H.: Progress toward validation of a computer-scored test for the type A coronary-prone behavior pattern. Psychosom.Med. 33, 193-202 (1971).
6. Jenkins C. C., Zyzanski S. J., Rosenman R. H.: Jenkins Activity Survey Manual, Form C, Psychological Corporation, New York (1979).
7. Kannel W. B., Eaker E. D.: Psychosocial and other features of coronary heart disease: Insights from the Framingham Study. Am. Heart J. 112, 5, 1066-1073 (1986).
8. Langosch W., Brodner G., Borcharding H.: Psychological and vocational longterm outcomes of cardiac rehabilitation with postinfarction patients under the age of 40. Psychother. Psychosom. 40, 115-128 (1983).
9. Rüddel H., Langosch W., Schmidt T., Brodner G., Neues H.: Ist das Typ A-Verhalten spezifisch für den Herzinfarkt? In: Psychische Bewältigung der chronischen Herzerkrankung. Hsg.: Langosch W., 73-78, Springer, Berlin-Heidelberg-New Tokyo (1985).
10. Siegrist J., Dittmann K., Rittner K., Weber I.: Psychosocial risk constellations and first myocardial infarction. In: Siegrist I., Halhuber M. J. (eds): Myocardial infarction and psychosocial risk: 41-57, Springer, Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo (1991).
11. Simma L., Benzer W.: Rehabilitation nach Herzinfarkt: Autogenes Training in der ambulanten Koronarsportgruppe. Wien. Med. Wochenschr. 21, 527-531 (1985).

Anschrift der Verfasser: Dr. Werner Benzer

Abteilung für Innere Medizin

Landeskrankenhaus Feldkirch

A-6807 Feldkirch - Österreich

STRESS AM ARBEITSPLATZ

Oberrätin Dr. Solveig FIEDLER
(Zentral-Arbeitsinspektorat)

Die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsumwelt beeinflussen unmittelbar die Gesundheit und bestimmen nachhaltig den Lebensstil der Menschen (z.B. durch Arbeitszeit, Erholungszeit, Fahrzeiten, Schichtarbeit usw.).

Die Arbeitsmedizin hat den gesamten Zusammenhang zwischen Arbeit, Mensch und Umwelt zu untersuchen, und sich dabei tunlichst einer ganzheitlichen Betrachtungsweise zu bedienen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die zunehmende Dynamik des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes verändert auch ständig die Aufgabenstellung der Arbeitsmedizin, die ihrem Anspruch, Teil des Kampfes für das Recht auf Gesundheit jedes Menschen zu sein, nur gerecht werden kann, wenn sie sich nicht nur auf eine "Wissenschaftlichkeit" zurückzieht, sondern auch aktiv Stellung zu Fragen der gesellschaftlichen Organisation nimmt.

Dazu gehört auch ohne Frage, gemeinsam mit den Arbeitnehmern selbst, Wege zu finden, die Verengung des Arbeitnehmerschutzes auf "technische" bzw. "medizinische" Erkenntnisse zu durchbrechen.

Gerade die Beschäftigung mit dem Thema Stress macht deutlich, wie vielfältig Arbeit und damit Lebensorganisation der Menschen auf Gesundheit und Wohlbefinden einwirken können; und schnell muß auch der Arbeitsmediziner erkennen, daß Präventivmedizin nicht ohne

Zuhilfenahme der Erfahrungen und Kompetenzen der arbeitenden Menschen selbst möglich ist.

Das Wort "Streß" kommt aus dem Englischen und heißt übersetzt: Druck, Belastung, Spannung.

Der biologische Streßbegriff bezeichnet das Phänomen Streß als ein Reaktionsschema des Organismus auf äußere Reize jeder Art. Streß wird also als eine Anpassungsreaktion des Organismus verstanden, die - hormonell gesteuert - immer ähnlich in drei Phasen abläuft:

1. Abwehrreaktion: der Organismus reagiert auf Überlastung mit einer Aktivierung, die Abwehr bewirken soll.
2. Widerstandsreaktion: auf dem Abwehryniveau wird ein neues Gleichgewicht gesucht, der Mensch versucht mit der Überlastung zu leben, und
3. Erschöpfungsstadium: es tritt auf, wenn bei langanhaltendem Streß die Kraft zur Anpassung ermüdet.

Dieses Reaktionsmuster ist im Grunde immer gleich und wird durch Hormone aus dem Gehirn und der Nebennierenrinde gesteuert, egal, ob es sich z.B. um Streß durch Verbrennungen, Schmerz, Ärger, Überlastung oder Freude handelt. Im Grunde ist daher die Streßreaktion ein durchaus sinnvolles Reaktionsmuster des Organismus, wenn er in seinem Gleichgewicht gestört wird.

Während der biologische Streßbegriff auch einen sogenannten "positiven" Streß (stimulierenden Streß) beinhaltet, gibt es im Alltagsverständnis keinen positiven Streß. Streß wird als Belastung,

als etwas Krankmachendes und Unangenehmes erlebt. Gestreßt fühlt man sich, wenn man unter Zeitdruck und Zwängen arbeiten muß, Angst um den Arbeitsplatz hat, etwas Unangenehmes erledigen muß usw.

Die Medizin geht von dem sogenannten Belastungs-Beanspruchungskonzept aus und bedient sich dabei einer Analogie aus der Mechanik: Wird auf ein bestimmtes Material, z.B. einen Stahlträger, ein bestimmtes Gewicht aufgelegt, kommt es zu einer "äußeren Belastung" dieses Materials. Als Folge dieser Belastung treten in Abhängigkeit von der "inneren" Qualität des Materials strukturelle Veränderungen des Materials auf, die in diesem Falle zum Durchbiegen des Stahlträgers führen und die als "Beanspruchung" des Materials bezeichnet werden.

Auf Arbeitssysteme übertragen heißt das: die Gesamtheit aller Bedingungen, die bei der Arbeit auf den Menschen einwirken, sind die "Belastungen". Alle Auswirkungen dieser Belastung werden in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen als "Beanspruchung" bezeichnet. Um beim Beispiel mit dem Stahlträger zu bleiben: ob der Mensch den Beanspruchungen gewachsen ist, hängt davon ab, wie stark und wie lange die Belastungen auf ihn einwirken.

Streß steht für Belastung, Streßreaktion für Beanspruchung.

Belastungen der Arbeitswelt lassen sich in zwei Arten gliedern:

1. Arbeitsaufgabe (arbeitsbezogen): z.B. Abgeben von Kräften, Bewegungen, Aufnahmen und Verarbeitung von Informationen etc.
2. Arbeitsumgebung: z.B. Schadstoffe, Lärm, Vibrationen, Strahlen, Klima, Beleuchtung etc.

Es gibt Belastungen, die naturwissenschaftlich-quantitativ erfaßbar und meßbar sind, z.B. Licht, Wärmestrahlung, Lärm u.a.m.

Daneben gibt es eine Fülle von Belastungsarten, die nicht so leicht zu messen sind, wie z.B. soziale Umwelt, Zeitdruck, Verantwortung, Monotonie, Isolation, Stellung in der Hierarchie etc.

Dazu zählen auch die sogenannten "informatorischen" Belastungen:

Wie bei der physischen Belastung wird auch bei Aufgaben, die keine oder nur geringe körperliche Arbeiten enthalten, subjektiv eine Anstrengung, Anspannung und Ermüdung erlebt. Anforderungen an den Arbeitenden können nicht beliebig gesteigert werden, ohne daß akut die Fehlerzahl steigt, Unlust erlebt wird, oder auch daß chronische organische oder psychische Störungen auftreten. Dies trifft z.B. für mentale Belastungen bei Überwachungstätigkeiten zu, die oftmals gekennzeichnet sind durch lange Perioden von "bloßer" Wahrnehmungstätigkeit und kaum motorische Arbeit enthalten und plötzlichem Auftreten von hochriskanten Situationen, in denen schnell weitreichende diagnostische und entscheidende Tätigkeiten gefordert werden. Die Naturwissenschaft wird sich schwer tun, diese Belastungen zu messen.

Ab wann Streß schädigend auf den Menschen wirkt, kann von der Wissenschaft ebenfalls nicht exakt beantwortet werden; Streß schädigt oftmals erst nach längerer Einwirkungsdauer, was meßtechnisch schwer zu erfassen ist. Die Mediziner sehen zudem meist nur die Folgen und setzen erst bei deren Bekämpfung an.

Es gibt also eine große Lücke zwischen naturwissenschaftlicher Sichtweise und den subjektiven Empfindungen und Krankheitserschei-

nungen. Anliegen der Arbeitsmedizin sollte es daher auch sein, über diese Lücke eine Brücke zu schlagen.

Gerade die sogenannten "Volkskrankheiten", wie Herz-Kreislauf-erkrankungen, Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates, des Magen-Darmtraktes, der Atemwege und die Vielzahl von psychosomatischen Erkrankungen weisen einen starken Bezug zur Arbeitswelt und damit zum Streß am Arbeitsplatz auf. Aus einer Fülle von Untersuchungen (z.B. Großmann, Hg., Arbeitsbelastungen und Gesundheit - Arbeitnehmer beurteilen ihre Arbeitsplätze, Linz 1988, auf die im folgenden des öfteren Bezug genommen wird), geht eindeutig hervor, daß die Arbeitnehmer, die unter starkem Leistungsdruck stehen, um ein Vielfaches häufiger unter Befindlichkeitsstörungen leiden.

Bekannte negative Beanspruchungen durch Streß kann man in aktuelle und mittel- bis langfristige Reaktionen einteilen: zunächst reagiert der Körper mit einer Erhöhung der Herzfrequenz, Blutdrucksteigerung und einer erhöhten Adrenalin ausschüttung. Anspannung, Frustration, Ärger, Ermüdungsgefühle, Leistungsschwankungen, Konzentrationsschwierigkeiten, verschlechterte sensomotorische Koordination sind psychische und individuelle Reaktionen. Im sozialen Verhalten kommt es gehäuft zu Konflikten, Streitigkeiten, Aggressionen gegen sich und andere, oder zur sozialen Isolation.

Längerfristig reagiert der Körper mit allgemeinen psychosomatischen Beschwerden, Kopfschmerzen, Nervosität, Schlaflosigkeit, Resistenzminderung (d.h. Anfälligkeit für eine Vielzahl von Erkrankungen), ernsthaften Erkrankungen wie z.B. Magengeschwüren, Bluthochdruck mit allen Folgen auf das Herz-Kreislaufsystem, Herzinfarkt, etc., oder mit schwerwiegenden Depressionen, die tatsächlich zu den Volkskrankheiten gerechnet werden müssen.

Auswirkungen auf den Lebensstil und damit auf die Gesundheit äußern sich u.a. im vermehrten Suchtverhalten (Nikotin, Alkohol, Medikamente), welches im übrigen immer noch als ein individuelles Fehlverhalten und damit als "persönliche Schuld" interpretiert wird.

Die sozialen Folgen, wie weitere Verschärfung von Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, Schwierigkeiten in der Familie u.ä.m. sind meist sehr tiefreichend und folgeschwer.

Wie wir gesehen haben, gibt es sowohl bei den Ursachen als auch bei den Auswirkungen von Streß körperliche, psychische und soziale Komponenten, die vielfach ineinandergreifen, die völlig isoliert zu sehen, eine irrige Annäherung von seiten der Medizin wäre, wiewohl es vielfach immer noch geschieht.

Körperlicher Streß wird durch Reize verursacht, die im Körper Schmerzen hervorrufen, z.B. durch Schwerarbeit. Psychischer Streß wird über die emotionale Ebene vermittelt, wobei Angst eine große Rolle spielt - Angst, dem Leistungsdruck nicht gewachsen zu sein, Angst vor Vorgesetzten, Angst vor Arbeitsplatzverlust usw. Die meisten Formen von Akkordarbeit z.B. sind gekennzeichnet von körperlichem und psychischem Streß. Ein Beispiel für sozialen Streß wäre z.B. Arbeitslosigkeit. Daß Arbeitslosigkeit krank macht, ist wohl nichts Neues.

Wenn von Krankheit gesprochen wird, so ist es von Wichtigkeit, einen umfassenden Krankheitsbegriff im Blickfeld zu haben. Den Weg zum Herzinfarkt oder Magengeschwür zu kennen, ist entscheidend für die Präventivmedizin. Unsere Vorsorgemedizin ist jedoch immer noch vom Ansatz der Individualisierung von Krankheit gekennzeichnet. Dem einzelnen wird die Schuld zugewiesen, er sollte gesünder leben und

nicht die Rahmenbedingungen seiner Lebensorganisation - wie eben die Arbeit - verändern.

Die schon erwähnte Untersuchung über Arbeitsbelastungen und Gesundheit kommt zu dem Ergebnis, daß sich zwei Drittel aller Befragten durch ihre Arbeit körperlich belastet fühlen. Die Vorhersage, daß durch das Ansteigen des technologischen Niveaus die Arbeit leichter und weniger gesundheitsgefährdend würde, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Der Einsatz von mehr Technik im Rahmen neuer arbeitsorganisatorischer Konzepte bringt die alten körperlichen Belastungen nur teilweise zum Verschwinden und verursacht neue, v.a. psychisch-nervlicher Natur. 71 % der Befragten fühlen sich psychisch-nervlich belastet, mehr als ein Drittel davon steht unter starker nervlicher Belastung.

Im Regelfall treten Arbeitsbelastungen nicht vereinzelt auf, sondern die Beschäftigten sind praktisch immer mehreren Belastungen gleichzeitig ausgesetzt: Staub, Lärm, Kälte, Zugluft, Arbeitstempo, Nachtschicht, Druck durch Vorgesetzte etc.; 64 % fühlen sich durch Streß belastet.

Nehmen wir einige Faktoren des Belastungsgeschehens im Arbeitsprozeß heraus.

Etwa ein Viertel aller Befragten steht unter starkem Leistungsdruck. Nur jeder Sechste ist vom Leistungsdruck nicht betroffen.

Mehr als die Hälfte gibt sogar an, keine oder zu wenig Pausen während der Arbeitszeit machen zu können. Der Leistungsdruck hängt auch eng mit der Entlohnungsform zusammen, und besonders stark unter Leistungsdruck stehen die Arbeiter, die auf Akkord- oder Prämienbasis entlohnt werden. Nicht nur, daß sie in vielfältigster Weise

Belastungen ausgesetzt sind, wie z.B. Lärm, ungünstige ergonomische Bedingungen, schwere Arbeit etc., so kommt bei diesen Arbeitnehmern die psychische-nervliche Belastung als erschwerend hinzu. Überhaupt scheint m.E. Akkordarbeit ein sehr wesentlich krankmachender Faktor zu sein. Fast die Hälfte gab an, auch bei Krankheit arbeiten zu gehen. Akkordarbeit ist ferner oftmals hinderlich, notwendige persönliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen, da sie als hinderlich für die zu erbringende Leistung empfunden werden.

Es muß zweifelsohne auch ein arbeitsmedizinisches Anliegen sein, für mehr bezahlte Erholungspausen einzutreten. Gerade im Zuge der Arbeitszeitverkürzung wird versucht, die gewerkschaftlichen Ziele zu unterlaufen, indem das Arbeitstempo verschärft wird. Nahezu die Hälfte der Befragten gab an, daß sich in den letzten fünf Jahren das Arbeitstempo erhöht hat und daß sich dadurch ihre Befindlichkeitsstörungen erhöht haben. Bedenklicher Weise gibt es da und dort Bestrebungen, durchaus auch von Arbeitnehmern unterstützt, die Arbeitszeitverkürzung zu einer Erhöhung der Tagesarbeitszeit und zu Gunsten einer größeren Blockfreizeit zu nützen.

Immer wieder gibt es in Betrieben innerbetriebliche Vereinbarungen, in denen auf die Mittagspause verzichtet wird, damit die Arbeitnehmer früher nach Hause gehen können. Trotz Verständnis für individuelle und organisatorische Gründe dafür - wie z.B. Verkehrsorganisation, Pendler - scheint dies aus arbeitsmedizinischer Sicht zumindest fragwürdig. Streß und seine Folgewirkungen werden damit sicherlich nicht abgebaut.

Die Nahrung in Form von Wurstsemmeln zwischendurch in der Werkshalle, bei Lärm und Verschmutzung, aufzunehmen, ist nicht nur eine Frage der Hygiene und Mißachtung des körperlichen und seelischen Erholungsbedürfnisses, sondern auch eine Frage der Menschenwürde.

Ähnliche Problematiken kommen zunehmend auf die Arbeitnehmer im Zuge der Bestrebungen nach Flexibilisierung der Arbeitszeit und Tendenzen zur Wochenendarbeit nicht nur bei neuen Technologien zu.

Eine weitere Gruppe von Arbeitnehmern, die besonderen Streßauswirkungen ausgesetzt ist, ist die der Schicht- und Nachtarbeiter. Eine wesentliche Belastung besteht darin, daß Schichtarbeiter zeitverschoben zum Rhythmus physiologischer Funktionen arbeiten und schlafen müssen. Die Störung des biologischen Rhythmus und andere Teilbelastungen führen zu subjektiven Beschwerden, zur Beeinträchtigung des Wohlbefindens und des sozialen Lebens, zur Minderung der Leistung und Beeinträchtigung der Gesundheit.

Der führende Beschwerdekomples bei Schichtarbeitern sind Schlafstörungen. Die Beschwerden beziehen sich sowohl auf die Schlafdauer als auch auf die Schlafqualität.

Bei Schichtarbeit werden nicht nur Arbeit und Schlaf, sondern auch die Mahlzeiten zeitlich verschoben. Aus verschiedenen Untersuchungen geht hervor, daß 5 - 30 % der Tagarbeiter, 5 - 20 % der Wechselschichtarbeiter ohne Nachtschicht, 20 - 75 % der Wechselschichtarbeiter mit Nachtschicht und ca. 40 % der Dauernachtschichtarbeiter über Appetitstörungen klagen. Die Beschwerden beziehen sich im wesentlichen auf den Widerwillen, zu ungewöhnlichen Zeitpunkten Nahrung aufzunehmen, zum übrigen ist die Nahrungsqualität bei Nachtschichtarbeitern wesentlich schlechter, Zigaretten- und Kaffee- konsum sind gesteigert.

Ein häufiges Leitsymptom bei Schichtarbeitern sind weiters die Beschwerden von seiten des Magen-Darmtraktes. Blähungen, Magenschmerzen, Durchfall, Nüchternschmerz, Verstopfung, Magengeschwüre

und Herz-Kreislaufkrankungen treten bei Schichtarbeitern signifikant öfter auf.

Die Verschlechterung des Gesundheitszustandes vollzieht sich in mehreren Stufen. Nach einer Anpassungsphase kommt es zur Ausbildung unspezifischer Symptome, die teilweise noch bewältigt werden können. Nach einer Akkumulationsphase nach jahrelanger Schichtarbeit kommt es zur Manifestationsphase, in der chronische Erkrankungen häufiger auftreten als bei Tagarbeitern.

Schicht- und Nachtarbeit ist auch ein typisches Beispiel für sozialen Streß. Die Organisation der Gesellschaft ist nicht nach der Schichtarbeit ausgerichtet. Störungen des sozialen Lebens (wie Kontakt zu Familie, Freunden, Teilnahme an Freizeitaktivitäten, an Fortbildungskursen etc.) haben immense Auswirkungen auf das Wohlbefinden.

Die Beseitigung der Ursachen von Schichtarbeiterproblemen wäre die Abschaffung der Schichtarbeit - theoretisch der beste Weg - aber unrealistisch. Die Abgeltung der Nachteile in Form von mehr Zulagen kann nie einen Ausgleich dieser Nachteile bringen.

Die Schichtplangestaltung sollte darauf hinzielen, die "Dosis" von Arbeitszeit, die von der üblichen Tagesarbeitszeit abweicht, möglichst zu reduzieren. Z.B. sollte die Anzahl der hintereinanderliegenden Nachtschichten möglichst klein sein und 3 Nachtschichten nicht überschreiten. Die Erholungszeit zwischen den einzelnen Wechselschichten sollte größer sein.

Weitere Stressoren im Arbeitsleben ergeben sich u.a. aus der Berufsrolle: Verantwortung, fehlende Anerkennung, fehlende Unterstützung, Kontrolle u.ä.;

aus den Arbeitsaufgaben: zu hohe qualitative und quantitative Anforderungen, Informationsmängel, schlechte Werkzeuge usw.;

aus den sozialen Rahmenbedingungen: schlechtes Betriebsklima, Konkurrenz usw.

aus der materiellen Umgebung: wie Lärm, Hitze, räumliche Ausstattung usw.;

Kurz sei noch auf Streß im Rahmen von Strukturwandlungen im Arbeitsleben eingegangen:

Modernisierungsprozesse wie Automatisierung und Zersplitterung der Tätigkeiten können zu einer zunehmenden sozialen Isolation und Entsolidarisierung der Beschäftigten führen.

Die zunehmende Mechanisierung bringt Erfahrungen wie Machtlosigkeit und Sinnlosigkeit mit sich, Arbeitsprozesse können nicht beeinflußt werden. Solche Erfahrungen widersprechen den Zielen menschlicher Bedürfnisse, wie dem Wunsch nach Autonomie und Verantwortung. Monotonie, Einseitigkeit, hohe psychomenteale Beanspruchungen, Zeitdruck und die absolute Fremdbestimmung können zu schweren inneren Konflikten, Unzufriedenheit usw. führen, welche wiederum ihren entscheidenden Niederschlag im Wohlbefinden bzw. in der Krankheit finden.

Wir haben gesehen, daß das Phänomen Streß vielfältig ist und wohl jeden einzelnen im Arbeitsleben in der einen oder anderen Form betrifft.

Die Arbeitsmediziner müssen auch erfahren, daß die traditionelle, kurativ ausgerichtete Medizin schnell an ihre Grenzen stößt. Den Gesundheitszustand eines Menschen streng nach einzelnen Organschädigungen zu sehen, bedeutet, die Augen vor der sozialen Wirklichkeit zu verschließen. Der Mensch ist wesentlich mehr als die Summe seiner Organe.

Tatsächlich ist es leider immer noch so, daß das Selbstverständnis vieler Mediziner es nicht zuläßt, sich mehr um so entscheidende gesellschaftspolitische Dinge wie die Gestaltung des Arbeitslebens zu kümmern.

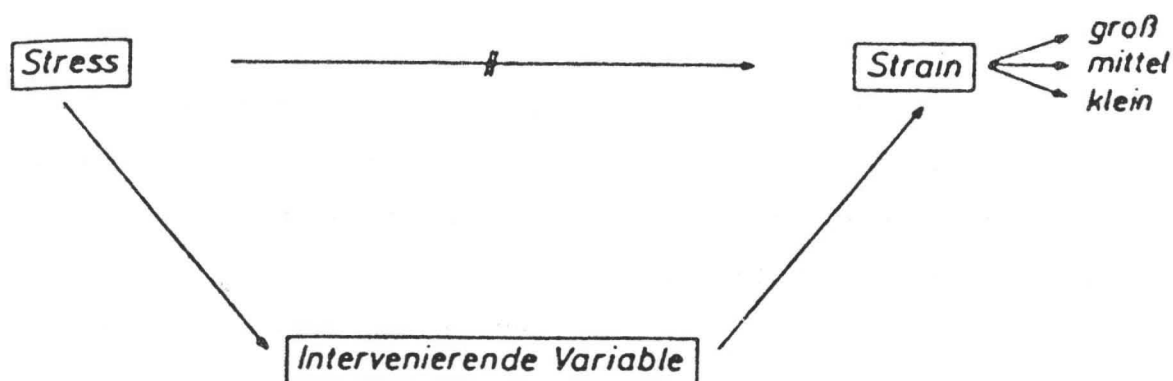
Sich mit den Arbeitsbedingungen und den krankmachenden Faktoren zu beschäftigen, bedeutet u.a. auch, sich auf betriebsinterne Konfliktebenen zu begeben, dazu ist eine eindeutige Grenzziehung zwischen den Interessengruppen notwendig, und das ist - wie es scheint - nicht jedermanns Sache.

STRESS UND STRESSABBAU

Dipl.Ing. Dr.techn. Peter G. KÖCK
(Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft)

Entstehung von Streß

Durch physikalische, chemische oder psychische Stressoren (Einflüsse auf das Arbeitssystem) herbeigeführte Belastungen des Organismus bewirken entsprechend dem physischen und psychischen Zustand und der Einstellung und Erfahrung des betreffenden Menschen eine geringere oder größere Beanspruchung, Strain.



Verallgemeinerung des Stress/Strain-Konzeptes (nach Rutenfranz, 1976).

Aus der Stärke und Zusammensetzung der Stressoren allein kann man noch nicht ableiten, ob eine Situation als positiver, für den Organismus zweckmäßiger Streß (Eustreß) oder negativer, für den Organismus schädigender Streß (Distreß) wirkt.

Hier spielt vor allem eine Rolle, ob eine Streßsituation selbst bewußt herbeigeführt wurde, beeinflußt werden kann und sinnhaft erscheint (Eustreß), oder im Fall von Distreß, die Streßsituation von außen hereingetragen wird, nicht gewollt ist, in ihrem Verlauf nicht beeinflußbar ist und das Ergebnis unklar und nicht sinnhaft erscheint.

Streßwirkungen als emotionale Rückkoppelung

Die Art also wie sich Streßsituation auf den Menschen auswirken, hängt in sehr hohem Maße von den Bewußtseins- bzw. Bewußtwerdungsprozessen um den Streß ab.

Das Bewußtsein unter Streß zu stehen und keinen Weg zu sehen, aus dieser Situation herauszukommen, aber auch die gesundheitlichen Gefahren vorgeführt zu erhalten, führt zu einer zusätzlichen Verstärkung der Streßsituation, hingegen das Bewußtsein von der eigenen

Kraft zur Bewältigung, dem Wissen in einer kritischen Situation nicht allein gelassen zu sein und Hilfe von anderen erwarten zu können, sowie eine möglichst sachliche Kenntnis der Streßfolgen und der Möglichkeiten der Streßprophylaxe, erleichtern die Streßbewältigung und reduzieren die möglichen Gefahren durch Streß.

Negative Wirkungen können durch veraltete Organisationsstrukturen, die dem einzelnen Menschen kaum einen Gestaltungsspielraum für die eigene Arbeit lassen, durch autoritäre, unnahbare oder ungerechte Führungspersonen entstehen oder aber auch durch die stark vereinfachte, aus dem Zusammenhang gerissene Veröffentlichung von Forschungsergebnissen z.B. der Sozialmedizin über den Zusammenhang beruflicher Mehrfachbelastungen und möglicher Schäden oder Erkrankungen.

Hingegen werden moderne Unternehmenskulturen mit einem hohen Informationsgrad in wenigen hierarchischen Ebenen, die soziale Kompetenz (wie z.B. Hilfeleistung für Kollegen, die sich in einer Streßsituation befinden), fördernde und berücksichtigende Entlohnungssysteme eine positive Wirkung haben.

Die Auswirkung einseitiger Belastungsformen

Bei Streß werden lebens- und leistungserhaltende Nervensysteme (vor allem der Sympathikus) aktiviert, die gemäß dem natürlichen Bauplan des Menschen eine Muskeltätigkeit auslösen sollten. Nur dann laufen die von der Natur so vorgesehenen Umstellungsprozesse von Ruhe auf Arbeit und umgekehrt wie vorgesehen ab, für die auch eine entsprechende Anpassung der physiologischen Parameter (wie Blutdruck, Herzschlag, etc.) vorgesehen ist.

Wenn nun die vom Organismus erwartete muskuläre Arbeit entweder überhaupt nicht oder in einem zu geringen Ausmaß erfolgt, führt dies zu einer Fehlsteuerung von Fermenten, Hormonausschüttung, Blutdruck- und Kreislaufverhalten, was bei fortgesetzter "unnatürlicher" Betätigung zu Beschwerden im Bereich des Herz-Kreislauf-Systems, des Magen-Darm-Traktes und der Psychosomatik führen kann. Durch die Anforderungsverlagerung von überwiegender Muskel- und Sinnesarbeit zu geistig-konzentrativen und vor allem emotionalen Belastungen der immer mehr werdenden, bewegungsarmen Büroarbeiten fehlen zu den Stressoren, wie

- hoher Anspruch an die eigene Leistung
- hohe Dauer, Aufmerksamkeit
- schlechte Beleuchtung, Blendung
- Informationsüberflüsse oder Informationsmangel
- nur wenig beeinflussbare, häufige Störfälle (EDV)
- Lärm
- ungünstiges Klima in Arbeitsräumen
- emotionelle Spannungen im Verhältnis zwischen den Menschen
- Monotonie

die zur physiologisch richtigen Streßbewältigung notwendigen Arbeitsinhalte (muskuläre Betätigung) und Arbeitsbedingungen, die Zeit und Gelegenheit über Streßursachen und die Streßbewältigung sprechen zu können und fachkundig beraten zu werden.

Streß im Büro

Anhand einer sehr häufigen vorkommenden Büroarbeit soll eine typische Streßsituation skizziert werden:

Sekretärin mit Schreibfunktion:

Charakteristisch für eine derartige Funktion sind einmal eine Vielfalt häufig wechselnder Tätigkeiten wie:

organisatorische, dispositive Tätigkeiten

(Besprechungsvorbereitung, Terminkoordination, Reisevorbereitung etc.)

ausführende, sensomotorische Tätigkeiten

(reine Schreibtätigkeit, Dateneingabe am Bildschirm)

kommunikative Tätigkeiten

(Telefonate, Besprechungen, Besucherempfang)

manipulative Tätigkeiten

(Aktenablage, Registratur, Belegtransport etc) und

Bearbeitung schriftlicher oder mündlicher Informationen

(selbständige Erledigung von Aufträgen)

und zum zweiten ein hohes Störpotential, welches ein ungestörtes Arbeitsklima kaum aufkommen läßt.

Einer der größten Stressoren neben dem häufigen Zeitdruck ist die Tatsache, daß für viele Tätigkeiten, z.B. das Schreiben oder Eingeben schwieriger Texte - um diese zu verstehen - eine hohe Konzentration notwendig ist, die aber in einem hektischen Klima kaum zustande kommen kann. Verstärkt wird die beschriebene Situation z.B. dann, wenn eine Sekretärin für zwei oder mehr Chefs arbeiten muß und/oder ständig viele Besucher zu betreuen hat.

Ressourcen zur Streßbewältigung

Maßgeblich für das Streßgeschehen ist die Art des Erlebens und der Bewältigung von Streß, also das Umgehen mit Streßfaktoren. Dies

ist aber maßgeblich abhängig von den Mitteln (Ressourcen), die jemandem zur Bewältigung von Anforderungen und Belastungen zur Verfügung stehen bzw. den Bedingungen unter welchen sich die Streßbewältigung abspielt. Frese unterscheidet zwischen inneren und äußeren Ressourcen, von welchen hier einige, die für den Bürobereich zutreffend sind, angeführt werden, ohne auf deren Wechselwirkungen einzugehen.

Innere Ressourcen:

- Kompetenzen, die Arbeit auszuführen (Fähigkeiten)
- Wissen um das "Produkt" und die Arbeitsziele
- soziale Kompetenzen

Äußere Ressourcen:

- Veränderungsmöglichkeiten der Arbeitsbedingungen/Eigenkontrolle
- Planung des Arbeitseinsatzes
- Möglichkeit, die Reihenfolge der Arbeit zu verändern
- Kontrolle über die Auswahl der nächsten Arbeitsaufgaben
- Kontrolle und Beeinflussung der internen und externen Kommunikation
- Möglichkeiten, die Arbeitsstrategien zu wechseln
- Kontrolle über Arbeitspausen
- Möglichkeiten, die Qualität der Arbeit zu überwachen und zu beeinflussen
- Kontrolle bei der Einführung von neuen technischen Hilfsmitteln
- soziale Unterstützung durch die Kollegen und Vorgesetzten

Ein besonders hervorzuhebendes Merkmal ist hierbei die aktive und laufende Eigenkontrolle, die Kontrolle der eigenen Arbeit, der Vergleich mit den jeweiligen Zielvorgaben (selbst vorgegeben und auch durch andere vorgegeben) mit der Umwelt, und gegebenenfalls eine Korrektur der Ziele und Arbeitsvollzüge unter geänderten Arbeitsbedingungen und Wertvorstellungen.

Im Regelfall wird der betroffene Bürobeschäftigte derartige Anpassungen auch in modernen Organisationsformen großteils nicht alleine realisieren können, es bedarf des Zusammenwirkens mit mehreren Fachleuten (z.B. aus den Bereichen der Organisationsentwicklung, der Bürotechnik, der Arbeitswissenschaft, etc.).

Literaturhinweis:

Autorenkollektiv Frese, M. (Hrsg), Streß im Büro, Schriften zur Arbeitspsychologie Nr. 34, Verlag H. Huber, Bern 1991.

Autorenkollektiv Bau; Hagenkötter, M. (Hrsg), Tagungsbericht, Streß am Arbeitsplatz, Bau Schriftenreihe Arbeitsschutz Nr. 31, Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven 1991.

STRESS UND GESUNDHEITLICHE FOLGEN DURCH ARBEITSLOSIGKEIT

Dr. Erich Pospischil

(Arbeits- und sozialmedizinisches Zentrum Mödling)

Streß ist wohl eines der am häufigsten gebrauchten Schlagwörter, wenn es um die Umschreibung von unspezifischen arbeitsplatzbezogenen Belastungen geht. Dabei ist die Definition von Streß nach wie vor wissenschaftlich schwierig zu finden; es existiert keine Meßeinheit, noch wurde eine gültige wissenschaftliche Deutung gefunden. In der Tat handelt es sich um ein übergreifendes interdisziplinäres Phänomen, das einen wissenschaftlichen Zugang so schwierig

macht. Empfehlungen, das Wort "Streß" in der Forschung nicht zu verwenden, wurden daher schon mehrmals ausgesprochen. Streß durch Arbeit wurde aber in zahlreichen Studien und Forschungen als gesundheitsbeeinträchtigender Faktor bestätigt. Die präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung von Streßfolgen durch Streß am Arbeitsplatz sind jedoch nur ansatzweise vorhanden und liegen meist auf individueller Ebene, meist beinhalten diese Empfehlungen die Förderung der "gesunden" Streßverarbeitung oder die kontrollierte Entspannung (wie z.B. das autogene Training) (1).

Faktoren wie Schichtarbeit, Entfremdung, Mangel an Arbeitsplatzzufriedenheit, geringe Arbeitsmotivation, Kommunikationsmängel, Gruppenkonflikte oder auch der technologische Wandel wurden in der wissenschaftlichen Streßforschung bereits als potentielle Stressoren identifiziert. Diese inkomplette Liste wird im letzten Jahrzehnt ergänzt durch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Arbeitslosigkeit ist an sich kein neues Phänomen, sie ist aber zwischenzeitlich ein Kennzeichen der meisten Industriegesellschaften geworden. Mit diesem Beitrag soll daher nicht direkt auf das Thema "Streß am Arbeitsplatz" eingegangen werden, wohl aber auf das Phänomen "Streß durch den Verlust des Arbeitsplatzes und durch Arbeitslosigkeit", und die dadurch folgenden gesundheitlichen Auswirkungen. Thematisch ist also ein direkter Bezug zur Arbeitswelt herzustellen.

Die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes läßt in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Krankenstände sinken, wie dies in Untersuchungen gezeigt werden konnte. Im Gegensatz dazu zeichnen sich Trends einer Zunahme arbeitsbedingter Erkrankungen ab, - dies bei nicht wesentlich steigenden "klassischen" Berufserkrankungen.

Wenn Arbeit Gesundheitsstörungen verursachen kann, so wirft sich die Frage auf, inwieweit auch dies bei Verlust des Arbeitsplatzes gegeben sein kann?

Hinweise aus epidemiologischen Untersuchungen

In einer britischen Mikrozensus-Studie wird berichtet, daß verschiedene Gesundheitsindices über mehrere Jahrzehnte verfolgt, gut mit dem ökonomischen Wohlstand korrelieren. Die allgemeine Mortalität, die kardiovaskuläre Mortalität, der Alkoholkonsum und die Zirrhoseinzidenz, sowie Selbstmord und psychiatrische Krankheiten steigen in wirtschaftlichen Krisenjahren an. Als sozioökonomische Bezugsgröße stellt der Faktor "Arbeitslosigkeit" den wichtigsten Index dar (2).

Mittels einer epidemiologischen Untersuchung konnte bei der Bevölkerung von England und Wales in der Periode von 1971 - 1991 bei arbeitslosen Männern im Alter zwischen 15 und 64 Jahren eine generell erhöhte Mortalitätsrate in diesem Zeitraum gegenüber der übrigen Bevölkerung gefunden werden. Interessant ist auch in dieser Studie, daß die Ehefrauen arbeitsloser Männer ebenfalls eine erhöhte Mortalitätsrate aufwiesen (3). Dazu finden sich in einer neueren Untersuchung bei Ehefrauen männlicher koronarer Hochrisikopatienten signifikant erhöhte Cholesterinspiegel als in der Kontrollgruppe, was auf gemeinsame Lebensstilfaktoren hinweisen kann (4).

In einer finnischen Untersuchung findet sich bei arbeitslosen Männern ebenfalls eine erhöhte Mortalitätsrate; als Todesursachen werden signifikant gehäufte Unfälle und Tod durch Gewalteinwirkung, Herz-Kreislaufferkrankungen und Lungenkrebserkrankungen angegeben. Der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Mortalität der betreffenden Personen war im weiteren abhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit (5).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine dänische Studie, die ehemalige Arbeitnehmer einer stillgelegten Fabrik im Zeitraum 1970 - 1980 im Rahmen einer Longitudinalstudie untersucht hat (6). Hypothetisch werden in dieser Studie drei verschiedene Einflüsse und Stressoren für die beobachtete gesteigerte Mortalität bei Arbeitslosen angegeben:

1. Psychologische Effekte der Arbeitslosigkeit führen zu einer erhöhten Empfänglichkeit für somatische und psychische Krankheiten.
2. Arbeitsplatzverlust hat einen direkten physiologischen Effekt wie z.B. höherer Blutdruck und vermehrte Produktion von Stresshormonen, welche die Körperfunktionen schädigen können.
3. Arbeitsplatzverlust verändert Lebensstilfaktoren wie z.B. erhöhter Alkohol- und Nikotinkonsum, und/oder geringere Frequenz der Arztkonsultationen.

Der letzte Punkt wird jedoch durch eine andere Studie widerlegt. So konnte nachgewiesen werden, daß der Alkohol- und Nikotinkonsum nicht obligatorisch durch Arbeitslosigkeit gesteigert wird. Als mögliche Erklärungen des geringeren Nikotin- und Alkoholkonsums wurde die finanzielle Schlechterstellung angegeben (7).

Ebenfalls in einer finnischen Untersuchung findet sich ein erhöhtes Mortalitätsrisiko für kardiovaskuläre Erkrankungen bei ehemaligen Schiffswerftarbeitern, die durch die Schließung der Schiffswerft arbeitslos wurden. Hier wurde weiters nach Arbeitsplatzverlust im mittleren Alter ein signifikant erhöhter Cholesterinspiegel gegenüber einer Kontrollgruppe festgestellt.

Die Höhe der Serum-Cholesterinkonzentration korrelierte zudem mit der Häufigkeit der Schlafstörungen. Die Häufigkeit der anamnestischen Angabe "Schlafstörungen" stand überdies im Bezug mit der excessiven kardiovaskulären Mortalität (8).

In einer jüngst veröffentlichten kritischen Literaturübersicht werden allerdings in fast allen, seit 1980 publizierten, epidemiologischen Untersuchungen über die gesundheitlichen Effekte nach Fabriksschließungen formale Mängel hinsichtlich der Beobachtungsdauer oder der Auswahl der Kontrollgruppen beobachtet (9).

Zur Psychologie der Arbeitslosigkeit

Psychologisch kann Arbeitslosigkeit mit Verlusterfahrung, schweren Lebensschicksalen oder psychosozialem Wechsel verbunden werden. Der Verlust des Arbeitsplatzes unterscheidet sich jedoch wohl gegenüber dem Verlust von nahestehenden Personen, etwa durch Tod.

Welche Aspekte der Arbeit gehen also durch den Verlust der Arbeit verloren?

1. Arbeit als Identitätsfindung
2. Arbeit als Beziehung nach Außen
3. Arbeit als Aktivitätsquelle
4. Arbeit als Förderung der Fähigkeiten und der Kreativität
5. Arbeit als struktureles Moment der "Psychischen Zeit"
6. Arbeit als Einkommensquelle und biologische Sicherheit

Diese wesentlichen Komponenten der Entwicklung der Persönlichkeit und der strukturellen Einheit der persönlichen Identität gehen somit bei Arbeitsplatzverlust verloren.

Bereits in den 30-er Jahren konnte ein phasenhafter Ablauf der psychischen Verarbeitung des Arbeitsplatzverlustes beschrieben werden (9). Bereits bei Ankündigung von Werksschließungen oder frühzeitiger Pensionierung läuft die Phase des Nichtwahrhabenwollens dieser realen Situation bei den betreffenden Arbeitnehmern an. Diese Phase ist geprägt durch ein Verdrängen oder Verleugnen dieser Situation, die dann in die Phase der Ängstlichkeit übergeht. Diese Phase drückt sich durch psychische und psychosomatische Symptome wie Reizbarkeit, Schlaflosigkeit, depressive Stimmungen aus. Gefolgt wird diese Phase durch den Aufbau einer "Identität eines Arbeitslosen", die letzte Phase tritt in der Regel bei länger dauernder Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr auf.

Neben Befindlichkeitsstörungen, die sich aus diesen Gegebenheiten ableiten lassen, finden sich vermehrt bei Arbeitslosen psychische, psychosomatische und somatische manifeste Krankheiten. Zusätzlich zur massiven psychischen Destabilisierung der arbeitslosen Person läuft ein "Streßgeschehen" ähnlich den mehrdimensionalen Streßkonzepten ab. Diese Ansätze dienen hier weiters auch als Erklärung für das Entstehen somatischer Erkrankungen (10). Arbeitsplatzverlust als einschneidendes Lebensereignis mit den sozialen, individuellen und familiären Dimensionen, stellen mehrere Faktoren für Stressoren dar. Diese lösen letztlich biochemische, negative Effekte auf die Gesundheit aus (siehe Tabelle 1). Über neuroendokrine Aktivierung (Hypophyse, Nebennierenrinde) kommt es zur Veränderung von Stoffwechselvorgängen wie z.B. Fettstoffwechsel oder Glukosestoffwechsel und zu negativen Auswirkungen auf das kardiovaskuläre System (z.B. Herzfrequenzsteigerung, Blutdruckerhöhung).

Zusammenfassung

Die steigende Arbeitslosigkeit in den meisten Industrienationen hat zu einer vermehrten Forschung über die möglichen Gesundheitseffekte bei Arbeitslosen geführt. Insgesamt liegen einige epidemiologische Studien vor, die einen gesundheitsbeeinträchtigenden Effekt auf die Gesundheit durch Arbeitslosigkeit nachweisen konnten. Insgesamt fällt ein allgemeines Mortalitätsrisiko bei Arbeitsplatzverlust auf, weiters läßt sich das Risiko für das Entstehen kardiovaskulärer Erkrankungen bei Arbeitslosen ableiten. Es fehlen jedoch präzisere Theorien über Arbeitslosigkeit als psychosozialen Stressor.

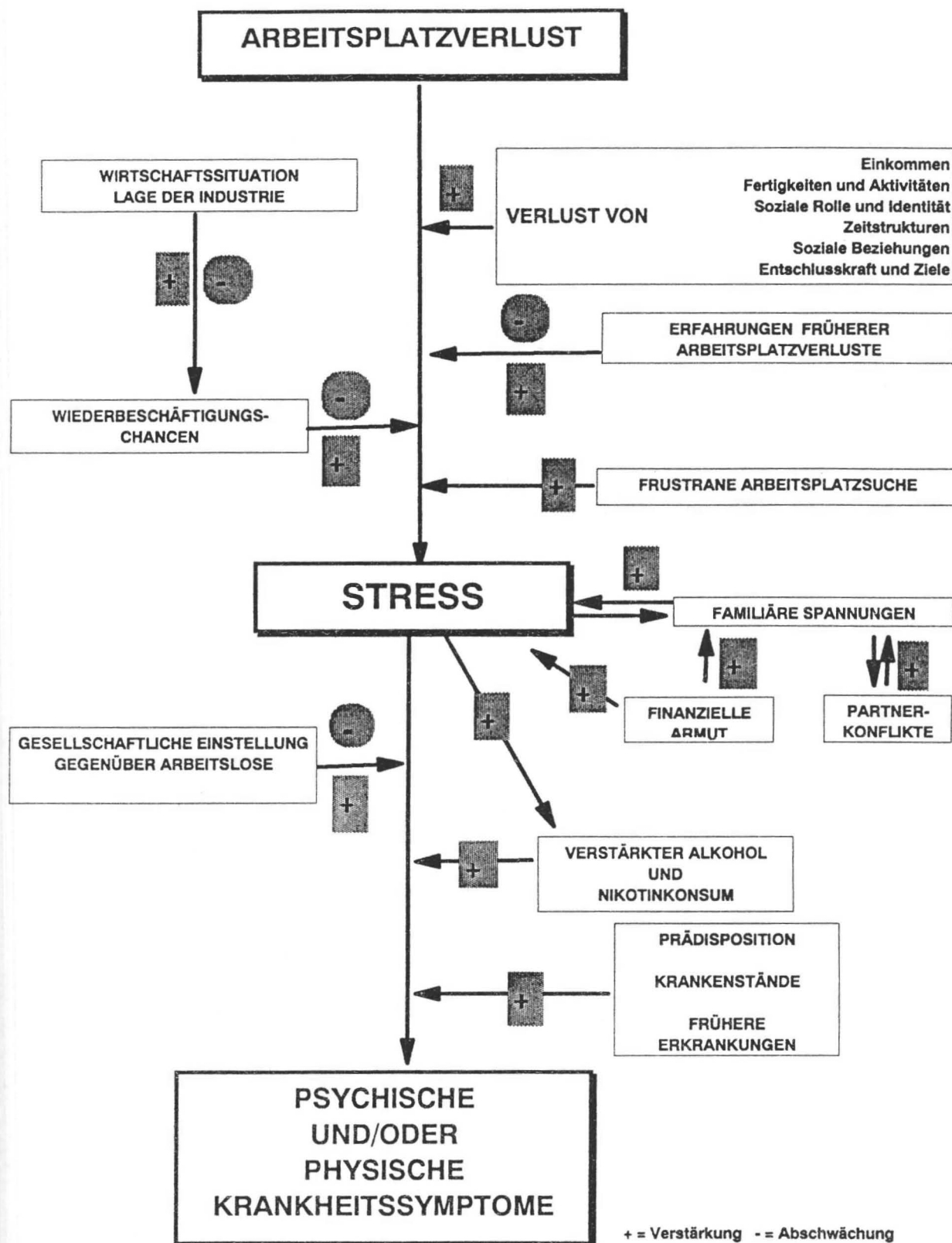
Die Trennung der Beziehung der Arbeitnehmer zum Arbeitsmarkt, in berufstätig und arbeitslos, scheint für eine Entwicklung einer prozeßorientierten Betrachtung dieses Phänomens und deren gesundheitlichen, negativen Auswirkungen nicht förderlich. So liegen am Arbeitsmarkt fließende Übergänge von sicheren Arbeitsplätzen mit hohen Anforderungen über unsichere mit geringen Anforderungen bis zur Langzeitarbeitslosigkeit vor.

Präventive Maßnahmen sind im sozioökonomischen Bereich anzusetzen, weiters ist die gesellschaftliche Akzeptanz des Phänomens "Arbeitslosigkeit" zu fördern, um den realen Hintergrund transparent zu machen. Begleitend ist sicherlich der Ausbau früher psychosozialer Intervention auf individueller Ebene zu fordern. Diese Maßnahmen sollen verhindern, daß es nicht zu einer Ausgrenzung von Arbeitnehmergruppen kommt und daß Arbeitsplatzverlust nicht zusätzlich zu einem Krankheitsrisiko wird.

Literaturverzeichnis:

- (1) Biener K., Streß - Epidemiologie und Prävention, 2. überarb.Ausgabe. Verlag Hans Huber, Bern, Stuttgart, Toronto (1990).
- (2) Brenner M.H., Mortality and the national economy. A review, and the experience of England and Wales, 1937-76. Lancet 1979; ii: 568 - 573).
- (3) Moser K.A.et al, Unemployment and mortality: further evidence from the OHPCS longitudinal study 1971-81. Lancet 1986, S.365-367.
- (4) Knutsen S.F. et al., Wives of coronary high-risk men - are they also at higher risk? The Tromso Heart Study. Journal of Internal Medicine 1990; 228: S. 333-337.
- (5) Martikainen P.T., Unemployment and mortality. Stress Medicine; 1989 5: 85-92.
- (7) Winton M., Effects of unemployment on drinking behavior: A review of the relevant evidence. Int. J. Addict. 1986; 21: 1261-1283.
- (8) Mattieasson I.et al., Threat of unemployment and cardiovascular risk factors: longitudinal study of quality of sleep and serum cholesterol concentrations in men threatened with redundancy. Brit.Med.Journal. 1990; 301: 461-466.
- (9) Eisenberg P. et al., The psychological effects of unemployment. Psychological Bull. 1983; 35: 358-390.
- (10) Fagin L., Unemployment and health in families. Dept. of Health and Social Security (UK). London (1991).
- (11) Morris J.K., et al., A critical review of the effect of factory closures on health. Brit.J.Ind.Med. 1991; 48: 1-8.

SOZIALE DIMENSION

INDIVIDUELLE UND FAMILIÄRE
DIMENSION

STRESS UND ARBEITNEHMERSCHUTZ

Mag. Hans SCHRAMHAUSER

(Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien)

Streß, das ist keine Modewort und kein Zustand, in dem sich nur Manager befinden. Streß bedeutet, einer starken körperlichen und seelischen Belastung ausgesetzt zu sein, die vom Organismus nicht mehr verkraftet wird und zu gesundheitlichen Schäden führen kann. In unserer schnelllebigen, hochtechnisierten Zeit sind Kinder vom Streß genauso betroffen wie Erwachsene und Arbeiter genauso wie Angestellte und Beamte.

Die heute in der Wirtschaft anzutreffende Lohnarbeit ist von einem hohen Grad an Arbeitsteilung und Technisierung geprägt. In diesen hochtechnisierten und arbeitsteiligen Systemen werden dem Menschen Funktionen übertragen. Häufig dient er nur mehr dazu, jene Lücken zu füllen, die von der Technik noch nicht geschlossen werden können. Vielfach ist menschliche Arbeit auch auf Funktionen beschränkt, wo sich der Einsatz der Technik nicht oder noch nicht "rechnet".

Die Komplexität der industriellen Fertigung verhindert vielfach, daß der einzelne einen Überblick über den gesamten Prozeß im Zusammenhang mit der Planung und dem Entstehen der Produkte gewinnen kann. Die Folge davon ist, daß der Sinn der Arbeit immer schwieriger zu erkennen ist. Die Arbeit wird mehr und mehr als Mittel zum Lebensunterhalt angesehen. Ohne Zweifel gibt es aber noch immer anspruchsvolle Tätigkeiten, die entsprechende Handlungs- und

Freiheitsräume gewähren. Für die überwiegende Zahl der zu verrichtenden Arbeiten sind aber solche Freiräume aufgrund der technischen und organisatorischen Gegebenheiten nicht vorhanden. Einseitigkeit und Monotonie sind in weiten Bereichen der industriellen Fertigung die prägenden Elemente der Arbeit.

Vielfältig sind die Belastungen, die am Arbeitsplatz auftreten können. Grob gegliedert und ohne Anspruch auf Vollständigkeit bietet sich folgendes Bild:

1. Belastungen, die durch Anpassung der Arbeit an den Menschen reduziert bzw. beseitigt werden können.

Darunter fallen vor allem die klassischen Gestaltungsbereiche wie Lärm, Beleuchtung, Belichtung, Farbgebung, Klima, Wirkraum, körperliche Belastung durch Heben und Tragen und der große Bereich der Schadstoffe verschiedenster Art in der Atemluft.

2. Belastungen im Zusammenhang mit den sogenannten "zwischenmenschlichen Beziehungen".

Darunter fallen beispielsweise Belastungen, die sich aus der Gruppenarbeit ergeben oder die durch das Fehlverhalten der Vorgesetzten verursacht werden ebenso wie die soziale Isolation des Menschen im hochtechnisierten Fertigungsprozeß.

3. Belastungen, die ihre Ursache in der Organisation der Arbeit haben.

Es sind dies Monotonie, Zeitdruck, Arbeitsteilung, geringe Arbeitsinhalte, Über- bzw. Unterforderung, fehlende oder unzureichende Erholungspausen, verschiedene Formen der Arbeitszeit und anderes mehr.

4. Belastungen durch die Sinnentleerung der Arbeit.

Darunter fallen Arbeiten, deren Sinnhaftigkeit vom Arbeitsausführenden nicht erkannt werden kann. Zumeist ist die Ursache hierfür wieder in einer extremen Arbeitsteilung zu suchen.

Betrachtet man diese vier verschiedenen Belastungsbereiche, so fällt auf, daß mit dem vorhandenen legislatischen Instrumentarium im großen und ganzen lediglich bei der Anpassung der Arbeit an den Menschen Handlungsmöglichkeiten bestehen. So kann unter Anwendung des Arbeitnehmerschutzgesetzes und der Allgemeinen Arbeitnehmerschutzverordnung die menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsumgebung durchgesetzt werden. Daß diese Möglichkeit noch immer in unzureichendem Maße genutzt wird, ist eine bedauerliche Feststellung, wobei die Erörterung der näheren Umstände den Rahmen dieses Beitrages sicher sprengen würden. Einmal mehr soll aber an dieser Stelle auf die personelle Unterbesetzung der für die Kontrolle der Einhaltung der Arbeitnehmerschutzbestimmungen eingerichteten Behörden hingewiesen werden.

Noch schlechter ist es aber im Hinblick auf die Gestaltungsmöglichkeiten in den verbleibenden drei Bereichen bestellt. So wird zwar global im § 22a des Arbeitnehmerschutzgesetzes festgelegt, daß es auch zu den Aufgaben der betriebsärztlichen Betreuung gehört, den Arbeitgeber und die Arbeitnehmer in Angelegenheiten der Arbeitspsychologie zu beraten und zu unterstützen, eine weitergehende Konkretisierung findet sich aber nicht. So konnte seit Inkrafttreten der Novelle 1982 zum Arbeitnehmerschutzgesetz noch kein Beispiel gefunden werden, wo der Betriebsarzt tatsächlich arbeitspsychologische Aufgaben wahrgenommen hätte.

Rein rechtlich gesehen wäre es möglich, extreme Arbeitsteilung und Sinnentleerung der Arbeit zu verhindern, weil derartige Arbeits-

organisationsformen keineswegs menschengerecht sind. Die Realität zeigt aber, daß eine aktive Mitgestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen oder die Einflußnahme auf die Organisation der Arbeit bedauerlicherweise nicht erfolgt.

So gesehen ist es auch nicht zu verwundern, wenn zusätzlich zu den ergonomisch erfaßten Elementen Belastungen auftreten, deren Ursachen im psycho-sozialen Bereich zu suchen sind. Wer beispielsweise am Fließband arbeitet und einen Vorgesetzten hat, der keine Ahnung von richtiger Menschenführung besitzt, der wird die Monotonie und die Belastung der Fließbandarbeit noch verstärkt empfinden.

Modelle im In- und Ausland zeigen, daß die Lösung der Streßprobleme nur durch die Aktivierung der Arbeitnehmer selbst möglich ist. Die Betroffenen müssen zu Beteiligten werden. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Wünsche und Vorstellungen im Zusammenhang mit der Arbeitsgestaltung einzubringen, wobei auch das Erkennen und Einsehen der Grenzen der Gestaltungsmaßnahmen ein wesentlicher Faktor ist.

Streß - Ausdruck für psychische Beanspruchung

Unter psychischer Beanspruchung versteht man unterschiedliche Konstellationen von Faktoren, die von außen auf den Menschen zukommen (z.B. Tätigkeitsanforderungen) und die in Wechselwirkung mit Faktoren, die in der Person liegen, psychische Beanspruchung hervor-

rufen können. Unter psychischer Beanspruchung werden alle Prozesse der zeitlichen unmittelbaren Reaktion des Organismus auf psychische Belastung verstanden.¹⁾

Umgangssprachlich wird unter psychischer Belastung häufig die Belastung der Sinne und Nerven verstanden. Beispiele aus der Arbeitswelt sind Arbeitsaufgaben mit hohem Konzentrationsaufwand oder Arbeitstätigkeiten, bei denen es auf das Aufnehmen, Verarbeiten und Umsetzen von Informationen ankommt.

Psychische Beanspruchung kann als Resultat der bewußten oder unbewußten Verarbeitung unterschiedlichster Arbeitsbedingungen und Belastungen durch den Menschen erklärt werden. Sie führt oder besser gesagt kann zu kurz- und langfristigen negativen Gesundheitsbeeinträchtigungen führen.

Was heute allgemein mit dem "Modewort" Streß bezeichnet wird, läßt sich auch als psychische Beanspruchung erklären. Als psychische Beanspruchung, die beispielsweise durch eine Über- oder Unterforderung erlebt wird, indem sich der Mensch eben über- oder unterfordert fühlt. Oder als Beanspruchungssituation, wo bestimmte Gegebenheiten, im Arbeitsprozeß oder in der Arbeitsumgebung gelegen, als bedrohlich wahrgenommen werden. Beispiele dafür sind die Angst um den Arbeitsplatz ebenso wie die Angst vor dem Tadel des Vorgesetzten. Psychische Beanspruchung ist aber auch gegeben, wenn das Auftreten von Ereignissen nicht vorhersehbar bzw. der Ablauf der Ereignisse nicht beeinflußbar ist. Gerade dieser Punkt ist kennzeichnend für die hochtechnisierte industrielle Fertigung.

1) vgl. hierzu die Definition der Begriffe psychische Beanspruchung und Belastung nach DIN 33405.

Streßvorbeugung auf breiter Basis

Das Einbeziehen der Betroffenen in den Gestaltungsprozeß des eigenen Arbeitsplatzes und der Arbeitsumwelt erfordert nicht die Abkehr vom bisherigen "Expertentum", wonach einige wenige bei der Arbeitsplatzgestaltung gewissermaßen "verordnend" auf den Plan traten, sondern verlangt gerade von diesen Fachleuten einen verstärkten Einsatz in allerdings anderer Form.

Das Wissen um die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeit, der Arbeitsumwelt und der Arbeitsorganisation muß zur Verfügung gestellt wrden, wobei auch die Alternativlösungen, die es vielfach gibt, aufgezeigt werden müssen. Bei der Problemerkennung, der Auswahl und der Durchführung der einzelnen Gestaltungsmaßnahmen müssen die Experten beratend zur Verfügung stehen. Die Lösungen müssen gemeinsam mit den Betroffenen, die zu Beteiligten gemacht werden sollen, erarbeitet werden.

Nur wenn es gelingt, die Arbeitnehmer auf breiter Basis zur Wahrnehmung ihrer gesundheitlichen Interessen zu veranlassen, können die vorhandenen legistischen Möglichkeiten auch wirksam eingesetzt werden. Ein entwickeltes Gesundheitsbewußtsein der Arbeitnehmer wird auch einen Einfluß in jenen Bereichen ermöglichen, wo rein rechtlich ein solcher nicht oder nur unzureichend gegeben ist. Dann wird aber auch dem Streß und seinen Folgen wirksam begegnet werden können.

I. RECHTSVORSCHRIFTEN

Stand 1. Jänner 1991

ARBEITSAUFSICHT

Bundesgesetz vom 5. Feber 1974, BGBl.Nr. 143, über die Arbeitsinspektion (Arbeitsinspektionsgesetz 1974 - ArbIG 1974).

Verordnung vom 9. Dezember 1986, BGBl.Nr. 685, über die Aufsichtsbezirke der Arbeitsinspektion.

Bundesgesetz vom 23. März 1977, BGBl.Nr. 164, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Dienststellen des Bundes beschäftigten Bediensteten (Bundesbediensteten-Schutzgesetz - BSG), in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl.Nr. 323/1977.

Bundesgesetz vom 21. Jänner 1988, BGBl.Nr. 100, über die Verkehrs-Arbeitsinspektion (VAIG 1987), in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 607/1988.

Bundesgesetz vom 11. April 1975, BGBl.Nr. 259, über den Bergbau und über die Änderung der Gewerbeordnung 1973 (Berggesetz 1975), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 124/1978, 520/1982, 399/1988 und 355/1990 (Berggesetznovelle 1990).

Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft (Landarbeitsgesetz 1984 - LAG), BGBl.Nr. 287/1984, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 104/1985, 577/1987 und 651/1989 sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 612/1986 (Druckfehlerberichtigung).

Bundesverfassungsgesetz vom 2. Juni 1948, BGBl.Nr. 139, betreffend die Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes sowie des Arbeiter- und Angestelltenschutzes und der Berufsvertretung.

TECHNISCHER UND ARBEITS-HYGIENISCHER ARBEIT-NEHMERSCHUTZ

Arbeitnehmer-schutzgesetz

Bundesgesetz vom 30. Mai 1972, BGBl.Nr. 234, über den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerschutzgesetz, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 144/1974, 544/1982, 393/1986 und 650/1989.

Durchführungsvorschriften zum Arbeitnehmerschutzgesetz

(Flüssiggas-Tankstellen-Verordnung).

Verordnung vom 9. Feber 1973, BGBl.Nr. 82, über die Geschäftsordnung der Arbeitnehmerschutzkommission.

Verordnung vom 25. Juli 1973, BGBl.Nr. 501, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer bei Arbeiten in Druckluft sowie bei Taucherarbeiten (Druckluft- und Taucherarbeiten-Verordnung).

Verordnung vom 14. Dezember 1973, BGBl.Nr. 39/1974, über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 358/1988.

Verordnung vom 6. Juni 1975, BGBl.Nr. 441, über den Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten.

Verordnung vom 20. Feber 1976, BGBl.Nr. 116, über die Betriebsbewilligung nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz.

Verordnung vom 29. November 1976, BGBl.Nr. 696, über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für weibliche Arbeitnehmer.

Verordnung vom 24. Oktober 1978, BGBl.Nr. 558, über Ausstattung und Betriebsweise von gewerblichen Betriebsanlagen zum Betrieb von Flüssiggas-Tankstellen

Verordnung vom 24. September 1981, BGBl.Nr. 505, über die Verbindlicherklärung von ÖNORMEN über Bauvorschriften für Krane und Windwerke sowie über Betriebs- und Wartungsvorschriften für Krane.

Verordnung vom 24. September 1981, BGBl.Nr. 506, über die Verbindlicherklärung einer ÖNORM für die Verwendung künstlicher Schleifkörper.

Verordnung vom 29. Oktober 1981, BGBl.Nr. 10/1982, über den Nachweis der Fachkenntnisse für die Vorbereitung und Organisation von bestimmten Arbeiten unter elektrischer Spannung über 1 kV, in der Fassung der Kundmachung BGBl.Nr. 181/1983 (Druckfehlerberichtigung).

Verordnung vom 11. März 1983, BGBl.Nr. 218, über allgemeine Vorschriften zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung - AAV), in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 593/1987, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 486/1983 (Druckfehlerberichtigung).

Verordnung vom 3. November 1983, BGBl.Nr. 2/1984, über Einrichtungen in den Betrieben für die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes, in der

Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 399/1987 und BGBl. Nr. 485/1990, sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 32/1989.

Verordnung vom 5. Dezember 1984, BGBl. Nr. 68/1985, mit der eine ÖNORM über Prüfvorschriften für Krane und Hebezeuge verbindlich erklärt wird.

Verordnung vom 16. November 1988, BGBl. Nr. 651, über die Lagerung von Druckgaspackungen, die mehr als 45 v.H. oder mehr als 250 Gramm brennbare Stoffe enthalten, in gewerblichen Betriebsanlagen.

Verordnung vom 10. April 1989, BGBl. Nr. 290, mit der ÖNORMEN über Bolzensetzgeräte verbindlich erklärt werden.

Verordnung vom 10. April 1990, BGBl. Nr. 324/1990 über Beschränkungen des Inverkehrsetzens und des Herstellens, des Verwendens sowie über die Kennzeichnung asbesthaltiger Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren (Asbestverordnung).

Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten

Verordnung vom 8. März 1923, BGBl. Nr. 186, womit Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der in gewerblichen Betrieben mit Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten beschäftigten Personen er-

lassen werden, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 39/1974 und 696/1976.

Arbeitnehmerschutzkommission

Verordnung vom 9. Feber 1973, BGBl. Nr. 82, über die Geschäftsordnung der Arbeitnehmerschutzkommission.

Arbeitnehmerschutzverordnung, Allgemeine

Verordnung vom 11. März 1983, BGBl. Nr. 218, über allgemeine Vorschriften zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung - AAV), in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 593/1987, sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 486/1983 (Druckfehlerberichtigung).

Asbest

Verordnung vom 10. April 1990, BGBl. Nr. 324/1990 über Beschränkungen des Inverkehrsetzens und des Herstellens, des Verwendens sowie über die Kennzeichnung asbesthaltiger Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren (Asbestverordnung).

Arbeitsstoffe, gesundheits- schädliche oder feuergefährliche

Gesetz vom 25. März 1939,
GBIÖ.Nr. 419, über gesund-
heitsschädliche oder feuer-
gefährliche Arbeitsstoffe.

Aufzüge

Verordnung vom 15. Juni 1943,
RMinBl. S 46, über die Ein-
richtung und den Betrieb
von Aufzügen (Aufzugsverord-
nung), in der Fassung der
Berichtigung RMinBl. S 81.

Azetylen

Verordnung vom 20. Dezember
1950, BGBl.Nr. 75/1951, über
die gewerbsmäßige Lagerung
und Zerkleinerung von
Karbid und über die Erzeu-
gung und Verwendung von
Azetylen (Azetylenverord-
nung), in der Fassung des
Bundesgesetzes BGBl.Nr. 50/
1974, und der Verordnung
BGBl.Nr. 696/1976, sowie der
Kundmachung BGBl.Nr. 70/
1958.

Bauarbeiten

Verordnung vom 10. November
1954, BGBl.Nr. 267, über
Vorschriften zum Schutze des
Lebens und der Gesundheit
von Dienstnehmern bei Aus-
führung von Bauarbeiten,
Bauneben- und Bauhilfsarbei-
ten, in der Fassung der Ver-
ordnungen BGBl.Nr. 501/1973
und 39/1974.

Beschäftigungsverbote und -beschränkungen

Verordnung vom 29. November
1976, BGBl.Nr. 696, über Be-
schäftigungsverbote und -be-
schränkungen für weibliche
Arbeitnehmer.

Verordnung vom 2. Oktober 1981,
BGBl.Nr. 527, über die Be-
schäftigungsverbote und -be-
schränkungen für Jugend-
liche, in der Fassung der
Verordnung BGBl.Nr. 419/
1987.

Betriebsbewilligung

Verordnung vom 20. Feber 1976,
BGBl.Nr. 116, über die Be-
triebsbewilligung nach dem
Arbeitnehmerschutzgesetz.

Blei- und Zinkhütten

Verordnung vom 8. März 1923,
BGBl.Nr. 183, womit Vor-
schriften zum Schutze des
Lebens und der Gesundheit
der in den der Gewerbeord-
nung unterliegenden Blei-
und Zinkhütten und Zinkweiß-
fabriken beschäftigten Per-
sonen erlassen werden, in
der Fassung der Verordnungen
BGBl.Nr. 39/1974 und 696/
1976.

Bleiwarenerzeugung

Verordnung vom 8. März 1923,
BGBl.Nr. 184, womit Vor-
schriften zum Schutze des
Lebens und der Gesundheit
der in gewerblichen Betrie-
ben zur Erzeugung von Blei-
verbindungen, Bleilegierun-

gen und Bleiwaren beschäftigten Personen erlassen werden, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 39/1974 und 696/1976.

Bolzensetzgeräte

Verordnung vom 10. April 1989, BGBl.Nr. 290, mit der ÖNORMEN über Bolzensetzgeräte verbindlich erklärt werden.

Brennbare Flüssigkeiten; Mineralöle

Verordnung vom 7. Feber 1930, BGBl.Nr. 49, betreffend grundsätzliche Bestimmungen über die Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten in gewerblichen Betriebsanlagen, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 52/1966.

Verordnung vom 23. Jänner 1901, RGBl.Nr. 12, betreffend den Verkehr mit Mineralölen, in der Fassung der Verordnung RGBl.Nr. 179/1912.

Buchdruckereiarbeiten

Verordnung vom 8. März 1923, BGBl.Nr. 185, womit Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der in gewerblichen Betrieben mit Buch- und Steindruckerei- sowie Schriftgießereiarbeiten beschäftigten Personen erlassen werden, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 39/1974 und 696/1976.

Bundesbedienstetenschutz

Bundesgesetz vom 23. März 1977, BGBl.Nr. 164, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Dienststellen des Bundes beschäftigten Bediensteten (Bundesbediensteten-Schutzgesetz - BSG), in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl.Nr. 323/1977.

Verordnung vom 13. Dezember 1977, BGBl.Nr. 680, betreffend allgemeine Regelungen des Bundesbedienstetenschutzes - Allgemeine Bundesbediensteten-Schutzverordnung (ABSV).

Verordnung vom 11. Dezember 1984, BGBl.Nr. 2/1985, über die gesundheitliche Eignung von Bediensteten für bestimmte Tätigkeiten.

Dampfkessel

Verordnung vom 28. Juli 1986, BGBl.Nr. 510, betreffend Dampfkessel, Dampfgefäße, Druckbehälter und Wärmekraftmaschinen (Dampfkesselverordnung - DKV), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 503/1988, 652/1988 und 482/1990, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 66/1989.

Dienstnehmerschutzverordnung, Allgemeine

Verordnung vom 10. November 1951, BGBl.Nr. 265, über allgemeine Vorschriften zum

Schutze des Lebens und der Gesundheit der Dienstnehmer (Allgemeine Dienstnehmerschutzverordnung), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 32/1962, 39/1974, 117/1976, 696/1976, 218/1983 und 290/1989, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 31/1965.

Verordnung vom 13. Dezember 1977, BGBl.Nr. 680, betreffend allgemeine Regelungen des Bundesbedienstetenschutzes - Allgemeine Bundesbediensteten-Schutzverordnung (ABSV).

Druckgaspackungen

Verordnung vom 16. November 1988, BGBl.Nr. 651, über die Lagerung von Druckgaspackungen, die mehr als 45 v.H. oder mehr als 250 Gramm brennbare Stoffe enthalten, in gewerblichen Betriebsanlagen.

Druckluft

Verordnung vom 25. Juli 1973, BGBl.Nr. 501, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer bei Arbeiten in Druckluft sowie bei Taucherarbeiten (Druckluft- und Taucherarbeiten-Verordnung).

Durchführung des Arbeitnehmerschutzes

Verordnung vom 3. November 1983, BGBl.Nr. 2/1984, über Einrichtungen in den Betrie-

ben für die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 399/1987, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 32/1989.

Eisen- und Stahlhütten

Verordnung vom 31. März 1955, BGBl.Nr. 122, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Dienstnehmern in Eisen- und Stahlhüttenbetrieben, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 39/1974 und 696/1976.

Elektrotechnik

Verordnung vom 28. Mai 1990, BGBl.Nr. 352/1990, über die Normalisierung, Typisierung und Sicherheit elektrischer Betriebsmittel und Anlagen sowie sonstiger Anlagen im Gefährdungs- und Störungsbereich elektrischer Anlagen, sowie über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer beim Verwenden elektrischer Betriebsmittel und bei Arbeiten an elektrischen Anlagen (Elektrotechnikverordnung 1990 - ETV 1990).

Verordnung vom 10. Jänner 1966, BGBl.Nr. 5, über die statistische Erfassung von Personenunfällen durch elektrischen Strom sowie durch Blitzschlag.

Fachkenntnisse

Verordnung vom 6. Juni 1975, BGBl.Nr. 441, über den

Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten.

Verordnung vom 29. Oktober 1981, BGBl.Nr. 10/1982, über den Nachweis der Fachkenntnisse für die Vorbereitung und Organisation von bestimmten Arbeiten unter elektrischer Spannung über 1 kV, in der Fassung der Kundmachung BGBl.Nr. 181/1983 (Druckfehlerberichtigung).

Flüssiggas

Verordnung vom 8. März 1971, BGBl.Nr. 139, über den Schutz der Nachbarschaft und der Dienstnehmer beim Betrieb von Anlagen, in denen Flüssiggas gelagert, abgefüllt oder verwendet wird (Flüssiggas-Verordnung).

Verordnung vom 24. Oktober 1978, BGBl.Nr. 558, über Ausstattung und Betriebsweise von gewerblichen Betriebsanlagen zum Betrieb von Flüssiggas-Tankstellen (Flüssiggas-Tankstellen-Verordnung).

Garagen, Einstellplätze

Verordnung vom 18. November 1939, GB1Ö.Nr. 1447, über Garagen und Einstellplätze, in der Fassung des Erlasses vom 13. September 1944, RABl. Teil I S 325.

Gase

Verordnung vom 18. Juli 1906, RGBl.Nr. 176, mit welcher

Vorschriften für die Herstellung, Benützung und Instandhaltung von Anlagen zur Verteilung und Verwendung brennbarer Gase erlassen werden (Gasregulativ), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 63/1936 und 236/1936, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 75/1936.

Gesundheitliche Eignung

Verordnung vom 14. Dezember 1973, BGBl.Nr. 39/1974, über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 358/1988.

Verordnung vom 11. Dezember 1984, BGBl.Nr. 2/1985, über die gesundheitliche Eignung von Bediensteten für bestimmte Tätigkeiten.

Glashütten

Verordnung vom 23. Dezember 1938, dRGBl. I S 1961 (GB1Ö. Nr. 1003/1939), über Glashütten, Glasschleifereien, Glasätzereien, Glasmaleereien, Glashafenfabriken und verwandte Betriebe (Glashüttenverordnung), in der Fassung der Verordnungen dRGBl. 1940 I S 1246, BGBl. Nr. 39/1974 und 696/1976, sowie des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 146/1948.

Kälteanlagen

Verordnung vom 21. Juli 1969, BGBl.Nr. 305, über den

Schutz der Dienstnehmer und der Nachbarschaft beim Betrieb von Kälteanlagen (Kälteanlagenverordnung).

Krane, Windwerke

Verordnung vom 24. September 1981, BGBl.Nr. 505, über die Verbindlicherklärung von ÖNORMEN über die Bauvorschriften für Krane und Windwerke sowie über Betriebs- und Wartungsvorschriften für Krane.

Verordnung vom 5. Dezember 1984, BGBl.Nr. 68/1985, mit der eine ÖNORM über Prüfvorschriften für Krane und Hebezeuge verbindlich erklärt wird.

Maschinen- und Geräteschutz

Verordnung vom 19. Jänner 1961, BGBl.Nr. 43, über Maschinen, die nur mit Schutzvorrichtungen in den inländischen Verkehr gebracht werden dürfen (Maschinen-Schutzvorrichtungsverordnung), in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 592/1987 (BGBl.Nr. 219/1983, und 104/1989.

Verordnung vom 21. März 1983, BGBl.Nr. 219, über allgemeine Schutzvorrichtungen und Schutzmaßnahmen anderer Art bei Maschinen und Geräten (Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung - AMGSV), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 667/1987 und 669/1989.

Schädlingsbekämpfung

Verordnung zur Ausführung der Verordnung über die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen vom 25. März 1931, dRGBl. I S 83, in der Fassung der Verordnungen dRGBl. 1932 I S 539, dRGBl. 1936 I S 444 und dRGBl. 1943 I S 179, sowie des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 50/1974.

Verordnung über die Verwendung von Phosphorwasserstoff zur Schädlingsbekämpfung vom 6. April 1936, dRGBl. I S 360, in der Fassung der Verordnung dRGBl. 1936 I S 633.

Verordnung über den Gebrauch von Äthylenoxyd zur Schädlingsbekämpfung vom 25. August 1938, dRGBl. I S 1058, in der Fassung der Verordnung dRGBl. 1941 I S 69.

Verordnung über den Gebrauch von Tritox (Trichloracetnitril) zur Schädlingsbekämpfung vom 2. Feber 1941, dRGBl. I S 72.

Schleifkörper

Verordnung vom 23. Jänner 1969, BGBl.Nr. 81, über die Verbindlicherklärung von ÖNORMEN für Schleifkörper, geändert durch die Verordnung BGBl.Nr. 506/1981.

Verordnung vom 24. September 1981, BGBl.Nr. 506, über die Verbindlicherklärung einer ÖNORM für die Verwendung künstlicher Schleifkörper.

Sicherheitsfilme

Bundesgesetz vom 9. November 1966, BGBl.Nr. 264, über den gewerbsmäßigen Verkehr mit Laufbildfilmen (Sicherheitsfilmgesetz).

Verordnung vom 21. Dezember 1966, BGBl.Nr. 34/1967, über die Voraussetzungen der Anerkennung als Sicherheitsfilm, das Prüfungsverfahren und die Kennzeichnung von Laufbildsicherheitsfilmen (Sicherheitsfilmverordnung).

Sodawassererzeugung

Verordnung vom 29. November 1910, RGBl.Nr. 212, mit welcher das Gewerbe der Sodawassererzeugung an eine Konzession gebunden wird, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 50/1974.

Sprengwesen

Verordnung BGBl.Nr. 204/1935 zur Durchführung des I. Hauptstückes des Schieß- und Sprengmittelgesetzes, BGBl.Nr. 196/1935 (Schieß- und Sprengmittelmonopolsverordnung), in der Fassung der Artikel III und IV der Verordnung GB1Ö. Nr. 483/ 1938, und des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 209/1979.

Verordnung vom 7. Jänner 1954, BGBl.Nr. 77, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Dienstnehmer bei der Ausführung von Sprengar-

beiten, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 77/1965 und 441/1975.

Steinbrüche

Verordnung vom 25. Oktober 1955, BGBl.Nr. 253, über den Schutz der Dienstnehmer und der Nachbarschaft beim Betrieb von Steinbrüchen, Lehm-, Ton-, Sand- und Kiesgruben sowie bei Haldenabtragungen.

Strahlenschutz

Bundesgesetz vom 11. Juni 1969, BGBl.Nr. 227, über Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzgesetz), in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 396/1986.

Verordnung vom 12. Jänner 1972, BGBl.Nr. 47, über Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung).

Textilbetriebe

Verordnung vom 5. September 1956, BGBl.Nr. 194, über den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Dienstnehmern in Textilbetrieben.

Thomasmehl

Verordnung über die Herstellung, Verpackung, Lagerung und Einfuhr von Thomasmehl vom 30. Jänner 1931, dRGBl. I S 17, in der Fassung der Verordnungen dRGBl. 1931 I S 525 (GBIÖ. Nr. 1436/1939) und BGBl.Nr. 39/1974.

Zelluloid

Verordnung vom 15. Juli 1908, RGBl.Nr. 163, betreffend den Verkehr mit Zelluloid, Zelluloidwaren und Zelluloidabfällen, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 196/1935 (§ 46 Z 20) und 50/1974.

Zündwaren

Gesetz vom 13. Juli 1909, RGBl.Nr. 119, betreffend die Herstellung von Zündhölzchen und anderen Zündwaren.

VERWENDUNGSSCHUTZ

Arbeitsruhe

Bundesgesetz vom 3. Feber 1983, BGBl.Nr. 144, über die wöchentliche Ruhezeit und die Arbeitsruhe an Feiertagen (Arbeitsruhegesetz - ARG) in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 413/1990 und 730/1990.

Verordnung vom 18. Jänner 1984, BGBl.Nr. 149, betreffend Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe (Arbeitsruhegesetz-Verordnung - ARG-

VO), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 270/1984, 545/1985, 635/1986, 89/1988, 304/1988, 240/1989, 31/1990, 171/1990, 341/1990 und 790/1990.

Verordnung vom 29. Oktober 1945, StGBI.Nr. 212, über die Lohnzahlung an Feiertagen, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 105/1961 und 144/1983.

Feiertagsruhegesetz 1957, BGBl. Nr. 153, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 264/1967 und 144/1983.

Arbeitszeit

Bundesgesetz vom 11. Dezember 1969, BGBl.Nr. 461, über die Regelung der Arbeitszeit (Arbeitszeitgesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 238/1971, 2/1975, 354/1981, 144/1983 und 647/1987.

Kundmachung vom 2. Juni 1970, BGBl.Nr. 163, betreffend Zeitpunkt einer Arbeitszeitverkürzung für den überwiegenden Teil der Arbeitnehmer in öffentlichen Heil- und Pflegeanstalten (Krankenanstalten) der Gebietskörperschaften.

Verordnung vom 12. August 1975, BGBl.Nr. 461, über das Fahrtenbuch (Fahrtenbuchverordnung - FahrtbV).

Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr be-

schäftigten Fahrpersonals
(AETR), BGBl.Nr. 518/1975.

Kinder- und Jugendschutz

Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen 1987 - KJBG, BGBl.Nr. 599.

Verordnung vom 2. Oktober 1981, BGBl.Nr. 527, über die Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 419/1987.

Verordnung vom 12. August 1987, BGBl.Nr. 420, über das Wochenberichtsblatt für Jugendliche (Wochenberichtsblatt-Verordnung).

Mutterschutz

Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl.Nr. 221, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 213/1984, 651/1989, sowie der Kundmachungen (Berichtigungen) BGBl.Nr. 409/1980 und 577/1980.

Nachtarbeit der Frauen

Bundesgesetz vom 25. Juni 1969, BGBl.Nr. 237, über die Nachtarbeit der Frauen, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 235/1972 und 209/1986.

SONSTIGE ARBEITSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch - ABGB.

Angestellte (Journalisten, Privatangestellte, Schauspieler)

Gesetz vom 11. Feber 1920, StGBI.Nr. 88, über die Rechtsverhältnisse der Journalisten (Journalistengesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 295/1921, 183/1925, 388/1926, 158/1955, 108/1958, 390/1976 und 81/1983.

Bundesgesetz vom 11. Mai 1921, BGBl.Nr. 292, über den Dienstvertrag der Privatangestellten (Angestelltengesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 229/1937, 174/1946, 159/1947, 108/1958, 253/1959, 292/1971, 317/1971, 418/1975, 390/1976, 107/1979, 144/1983, 544/1983 und 651/1989, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 411/1971 (Druckfehlerberichtigung).

Bundesgesetz vom 13. Juli 1922, BGBl.Nr. 441, über den Bühnendienstvertrag (Schauspielergesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 108/1958, 462/1969, 234/1972 und 304/1978.

Arbeiterabfertigung

Bundesgesetz vom 23. Feber 1979, BGBl.Nr. 107, mit dem Abfertigungsansprüche für Arbeiter geschaffen sowie das Angestelltengesetz, das Gutsangestelltengesetz, das Vertragsbedienstetengesetz und das Insolvenz-Entgelt-sicherungsgesetz geändert werden (Arbeiter-Abfertigungsgesetz), in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 618/1987.

Arbeitskräfteüberlassung

Bundesgesetz vom 23. März 1988, BGBl.Nr. 196, mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz - AÜG) sowie das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und die Gewerbeordnung 1973 geändert werden.

Arbeitsverfassung

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1973, BGBl.Nr. 22/1974, betreffend die Arbeitsverfassung (Arbeitsverfassungsgesetz - ArbVG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 360/1975, 387/1976, 519/1978, 354/1981, 48/1982, 199/1982, 55/1985, 204/1986, 394/1986, 196/1988 und 411/1990, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 47/ 1979.

Durchführungsvorschriften zum Arbeitsverfassungsgesetz

Verordnung vom 22. Mai 1974, BGBl.Nr. 319, über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum Betriebsrat, Zentralbetriebsrat, Jugendvertrauensrat und Zentraljugendvertrauensrat sowie die Bestellung und Tätigkeit von Wahlkommissionen und Wahlzeugen (Betriebsrats-Wahlordnung 1974 - BRWO 1974), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 365/1987 und 690/1990.

Verordnung vom 24. Juni 1974, BGBl.Nr. 354, mit der die Geschäftsführung der Einigungsämter, des Obereinigungsamtes und der Schlichtungsstellen geregelt wird (Einigungsamts-Geschäftsordnung 1974 - EA-Geo. 1974), in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 561/1975.

Verordnung vom 24. Juni 1974, BGBl.Nr. 355, über die Geschäftsführung der Betriebs(Gruppen-, Betriebshaupt)versammlung, des Betriebsrates, des Betriebsausschusses, der Betriebsräteversammlung, des Zentralbetriebsrates, der Jugendversammlung, des Jugendvertrauensrates, der Jugendvertrauensräteversammlung und des Zentraljugendvertrauensrates (Betriebsrats-Geschäftsordnung 1974 - BRGO 1974), in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 364/1987, sowie der Kundmachung

BGBI.Nr. 381/1975 (Druckfehlerberichtigung).

Bäckereiarbeiter

Bundesgesetz vom 31. März 1955, BGBI.Nr. 69, über die Regelung der Arbeit in Betrieben, in denen Backwaren erzeugt werden (Bäckereiarbeitergesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBI.Nr. 116/1960 und 348/1975.

Betriebsräte

Siehe Arbeitsverfassungsgesetz und Durchführungsvorschriften.

Eltern-Karenzurlaub

Bundesgesetz vom 12. Dezember 1989, BGBI.Nr. 651 zuletzt geändert durch BGBI.Nr. 450/1990, mit dem ein Karenzurlaub für Väter geschaffen (Eltern-Karenzurlaubsgesetz-EKUG) und das Mutterschutzgesetz 1979, das Angestelltengesetz, das Gutsangestelltengesetz, das Landarbeitersgesetz 1984, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Pensionsgesetz 1965, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Bundesforster-Dienstordnung 1986, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz

1984 und das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 geändert werden.

Entgeltfortzahlung

Bundesgesetz vom 26. Juni 1974, BGBI.Nr. 399, über die Fortzahlung des Entgelts bei Arbeitsverhinderung durch Krankheit (Unglücksfall), Arbeitsunfall oder Berufskrankheit (Entgeltfortzahlungsgesetz - EFZG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBI.Nr. 775/1974, 621/1977, 664/1978, 581/1980, 596/1981, 647/1982, 590/1983, 484/1984, 283/1988 und 300/1990.

Gewerbeordnung, arbeitsrechtliche Vorschriften

Gewerbeordnung 1859 - GewO 1859, RGBI.Nr. 227, §§ 72, 73 und 76 bis 78e, 82 bis 84, 86, 88 und 90 bis 92.

Bundesgesetz vom 29. November 1973, BGBI.Nr. 50/1974, mit dem Vorschriften über die Ausübung von Gewerben erlassen werden (Gewerbeordnung 1973 - GewO 1973), § 376 Z 47 Abs. 1, 2 lit. a, 3 und 4.

Gleichbehandlung

Bundesgesetz vom 23. Februar 1979, BGBI.Nr. 108, über die Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben (Gleichbehandlungsgesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBI.Nr. 290/1985 und 410/1990.

Hausbesorger

Bundesgesetz vom 11. Dezember 1969, BGBl.Nr. 16/1970, über den Dienstvertrag der Hausbesorger (Hausbesorgergesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 314/1971, 399/1974, 390/1976, 81/1983 und 55/1985.

Hausgehilfen und Hausangestellte

Bundesgesetz vom 23. Juli 1962, BGBl.Nr. 235, über die Regelung des Dienstverhältnisses der Hausgehilfen und Hausangestellten (Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 104/1965, 94/1969, 462/1969, 399/1974, 390/1976, 342/1978 und 81/1983.

Heimarbeit

Kundmachung vom 21. Juni 1960, BGBl.Nr. 105/1961, über die Wiederverlautbarung des Heimarbeitsgesetzes, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 317/1971, 303/1975, 391/1976 und 84/1983.

Verordnung vom 12. Dezember 1930, BGBl.Nr. 3/1931, über die Verarbeitung von Zelluloid in der Heimarbeit.

Verordnung vom 23. Oktober 1975, BGBl.Nr. 565, betreffend Form und Inhalt der Anzeige bei erstmaliger Vergabe von Heimarbeit, der Listen der mit Heimarbeit

Beschäftigten sowie der Ausgabe- und Abrechnungsnachweise, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 639/1976, 527/1983, 522/1984, 75/1986, 23/1987 und 446/1988.

Verordnung vom 21. Jänner 1983, BGBl.Nr. 178, mit der die Verwendung von gefährlichen Stoffen oder Zubereitungen in Heimarbeit verboten wird, in der Fassung der Kundmachung BGBl.Nr. 486/1983 (Druckfehlerberichtigung).

Verordnung vom 4. Juli 1969, BGBl.Nr. 264, betreffend die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 132/1978 und 462/1987.

Insolvenz-Entgeltsicherung

Bundesgesetz vom 2. Juni 1977, BGBl.Nr. 324, über die Sicherung von Arbeitnehmeransprüchen im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers (Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz - IESG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 107/1979, 580/1980, 647/1982, 613/1983, 104/1985, 395/1986 und 618/1987, sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 209/1981 und 69/1986.

Invalideneinstellung

Bundesgesetz vom 11. Dezember 1969, BGBl.Nr. 22/1970, über die Einstellung und Beschäftigung Invalider (Invalideneinstellungsgesetz

1969), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 329/1973, 399/1974, 96/1975, 111/1979, 360/1982, 567/1985, 614/1987 und 721/1988.

Kollektivvertragswesen, Mindestlohntarife und Betriebsvereinbarungen

Siehe Arbeitsverfassungsgesetz.

Nachtschicht-Schwer- arbeiter

Bundesgesetz vom 2. Juli 1981, BGBl.Nr. 354, über Schutzmaßnahmen für Nachtschicht-Schwerarbeiter durch Änderung des Urlaubsgesetzes, des Arbeitszeitgesetzes, des Arbeitnehmerschutzgesetzes und des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie durch Maßnahmen zur Sicherung der gesetzlichen Abfertigung, der Gesundheitsvorsorge und Einführung eines Sonderruhegeldes (Nachtschicht-Schwerarbeitgesetz - NSchG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 544/1982, 666/1983, 609/1987 und 414/1990 (NSchG-Novelle 1990).

Verordnung vom 4. Oktober 1988, BGBl.Nr. 20/1989, betreffend Konzentrationen von inhalativen Schadstoffen im Sinne des Art. VII Abs. 2 Z 8 des Nachtschicht-Schwerarbeitgesetzes.

Privat-Kraftwagenführer

Bundesgesetz vom 20. Dezember 1928, BGBl.Nr. 359, über die

Regelung des Dienstverhältnisses der Privatkraftwagenführer (Privat-Kraftwagenführergesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 174/1946, 50/1948, 313/1964, 317/1971, 390/1976 und 144/1983.

Urlaub

Bundesgesetz vom 7. Juli 1976, BGBl.Nr. 390, betreffend die Vereinheitlichung des Urlaubsrechtes und die Einführung einer Pflegefreistellung, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 354/1981 und 81/1983.

Bundesgesetz vom 25. Oktober 1972, BGBl.Nr. 414, betreffend den Urlaub und die Abfertigung für Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft (Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz - BUAG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 393/1976, 83/1983, 618/1987 und 363/1989.

Verordnung vom 8. Jänner 1988, BGBl.Nr. 33, betreffend die Festsetzung des Zuschlages zum Lohn für den Sachbereich der Urlaubsregelung sowie der Anwartschaft auf die Zuschlagswerte nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz.

Verordnung vom 10. Februar 1988, BGBl.Nr. 114, betreffend die Einbeziehung von Betriebsarten in den Geltungsbereich des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes für den Sachbereich der Abfertigungsregelung.

Verordnung vom 15. April 1988, BGBl.Nr. 221, betreffend die Einbeziehung von Betriebsarten in den Geltungsbereich des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes für den Sachbereich der Abfertigungsregelung.

SONSTIGE RECHTSVORSCHRIFTEN

Arbeiterkammern

Bundesgesetz vom 19. Mai 1954, BGBl.Nr. 105, über die Kammern für Arbeiter und Angestellte und den Österreichischen Arbeiterkammertag (Arbeiterkammergesetz - AKG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 89/1960, 236/1965, 25/1969, 5/1971, 380/1973, 622/1977, 519/1978, 551/1979 und 202/1982, sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 47/1979 und 482/1979.

Arbeitsmedizinische Betreuung

Novelle zum Ärztegesetz vom 14. Dezember 1983, BGBl.Nr. 660 (§ 21 und § 2 m).

Verordnung vom 9. März 1984, BGBl.Nr. 131, über die arbeitsmedizinische Ausbildung von Ärzten.

Ausländerbeschäftigung

Bundesgesetz vom 20. März 1975, BGBl.Nr. 218, mit dem die Beschäftigung von Ausländern

geregelt wird (Ausländerbeschäftigungsgesetz - AuslBG), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 231/1988, 253/1989 und 450/1990 sowie der Kundmachung - BGBl.Nr. 429/1988.

Verordnung vom 19. September 1990, BGBl.Nr. 609/1990 über Ausnahmen vom Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (Ausländerbeschäftigungsverordnung - AuslBVO).

Bäderhygiene

Bundesgesetz vom 6. Mai 1976, BGBl.Nr. 254, über Hygiene in Bädern und Sauna-Anlagen (Bäderhygienegesetz).

Verordnung vom 26. Juli 1978, BGBl.Nr. 495, über Hygiene in Bädern, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 42/1987.

Brennbare Flüssigkeiten, Mineralöle

Verordnung vom 21. März 1975, BGBl.Nr. 241, über das Verwenden von Doppelwandbehältern aus Stahl zur Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten in gewerblichen Betriebsanlagen.

Bundestheater

Bundesgesetz vom 6. April 1989, BGBl.Nr. 204, über die Sicherheit in den Bundestheatern und die Aufhebung

disziplinarrechtlicher sowie theaterpolizeilicher Bestimmungen für den Betrieb der Bundestheater (Bundestheatersicherheitsgesetz).

Bürodrehstühle

Verordnung vom 30. Jänner 1985, BGBl.Nr. 71, mit der der Verkauf von mit gefährlichen Gasfedern ausgestatteten Bürodrehstühlen und ähnlichen Stühlen verboten wird.

Verordnung vom 7. Mai 1985, BGBl.Nr. 192, betreffend die Benützung von in Bürodrehstühlen und ähnlichen Stühlen eingebauten Gasfedern.

Chemikalien

Bundesgesetz vom 25. Juni 1987, BGBl.Nr. 326, über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz - ChemG) in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 300/1989 und 325/1990.

Verordnung vom 23. Dezember 1988, BGBl.Nr. 39/1989, über die Nachmeldung von Altstoffen (Nachmeldeverordnung).

Verordnung vom 23. Dezember 1988, BGBl.Nr. 40/1989, über Anmeldungsunterlagen und Prüfnachweise nach dem Chemikaliengesetz (ChemG - Anmeldungs- und Prüfnachweiseverordnung).

Verordnung vom 12. Dezember 1988, BGBl.Nr. 41/1989, über Anforderungen an Prüfstellen für Chemikalien (Chemikalien-Prüfstellenverordnung).

Verordnung vom 10. Jänner 1989, BGBl.Nr. 55, über das Verbot vollhalogenierter Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Treibgas in Druckgaspackungen.

Verordnung vom 26. April 1989 über die Begrenzung der Emission von chlorierten organischen Lösemitteln aus CKW Anlagen in gewerblichen Betriebsanlagen (CKW-Anlagen-Verordnung).

Verordnung vom 15. Mai 1990, BGBl.Nr. 301/1990 über Beschränkungen und Verbote der Verwendung, der Herstellung und des Inverkehrsetzens von vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen.

Verordnung vom 19. Jänner 1989, BGBl.Nr. 56, über die Abgabe bestimmter mindergiftiger Waren in Selbstbedienung.

Verordnung vom 16. März 1989, BGBl.Nr. 157, über die Meldung von neuen Stoffen, die in Mengen von weniger als einer Tonne jährlich im Bundesgebiet in Verkehr gesetzt werden.

Verordnung vom 16. März 1989, BGBl.Nr. 208, über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen und Zuberei-

tungen (Chemikalienverordnung - ChemV) in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 69/1990.

Verordnung vom 12. Jänner 1989, BGBl.Nr. 209, über die Bezeichnung von sehr giftigen, giftigen und mindergiftigen Stoffen in einer vorläufigen Giftliste (Vorläufige Giftliste-Verordnung) in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 464/1989 und 88/1990.

Verordnung vom 9. Jänner 1989, BGBl.Nr. 210, über die Nachmeldung von sehr giftigen, giftigen und mindergiftigen Stoffen zur vorläufigen Giftliste (Giftliste-Nachmeldeverordnung).

Verordnung vom 23. Jänner 1989, BGBl.Nr. 211, über die Meldung von mindergiftigen Zubereitungen.

Verordnung vom 12. Februar 1990, BGBl.Nr. 194/1990, über Beschränkungen des Inverkehrsetzens und über die Kennzeichnung formaldehydhaltiger Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren (Formaldehydverordnung).

Bundesgesetz vom 6. Juni 1990, BGBl.Nr. 325/1990, über die Vermeidung und Behandlung von Abfällen, mit dem das Chemikaliengesetz, BGBl.Nr. 326/1987, das Bundesstatistikgesetz, BGBl.Nr. 91/1965, die GewO 1973, BGBl.Nr. 50/1974, das Altlastensanierungsgesetz,

BGBl.Nr. 299/1989, das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl.Nr. 79/1987 und das Umweltfondsgesetz, BGBl.Nr. 567/1983 geändert werden (Abfallwirtschaftsgesetz - AWG).

Verordnung vom 16. August 1990, BGBl.Nr. 577/1990 über das Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Unterwasser-Anstrichmitteln (Antifouling).

Verordnung vom 16. August 1990, BGBl.Nr. 567/1990 über das Verbot von Halonen.

Dampfkessel

Artikel 48 des Bundesgesetzes vom 21. Juli 1925, BGBl.Nr. 277, über die Vereinfachung der Verwaltungsgesetze und sonstige Maßnahmen zur Entlastung der Verwaltungsbehörden (Verwaltungsentlastungsgesetz - V.E.G.), in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 55/1948.

Bundesgesetz vom 21. Jänner 1948, BGBl.Nr. 55, über die Aufhebung von Rechtsvorschriften des Deutschen Reiches auf dem Gebiete des Dampfkesselwesens.

Verordnung vom 29. September 1949, BGBl.Nr. 264, betreffend Werkstoff- und Bauvorschriften für die Herstellung von Dampfkesseln (W.B.V.), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 524/1973, 39/1977, 481/1977, 67/1979, 55/1984 und 201/

1984, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 103/1950 (Druckfehlerberichtigung).

Druckgaspackungen

Verordnung vom 19. Juli 1982, BGBl.Nr. 435, über die Lagerung von Druckgaspackungen in gewerblichen Betriebsanlagen, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 503/1986.

Verordnung vom 10. Jänner 1989, BGBl.Nr. 55 über das Verbot vollhalogenierter Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Treibgas in Druckgaspackungen.

Eisenbahn

Bundesgesetz vom 13. Feber 1957, BGBl.Nr. 60, über das Eisenbahnwesen (Eisenbahngesetz 1957), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 113/1963, 20/1970, 274/1971 und 305/1976, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 422/1975.

Elektrotechnik

Bundesgesetz vom 17. März 1965, BGBl.Nr. 57, über Sicherheitsmaßnahmen, Normalisierung und Typisierung auf dem Gebiete der Elektrotechnik (Elektrotechnikgesetz - ETG), in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 662/1983.

Verordnung vom 3. Mai 1965, BGBl.Nr. 141, über die Ge-

schäftsführung und Organisation des Elektrotechnischen Beirates (1. Durchführungsverordnung zum Elektrotechnikgesetz), in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 254/1979.

Bundesgesetz vom 6. Feber 1968, BGBl.Nr. 70, über elektrische Leitungsanlagen, die sich auf zwei oder mehrere Bundesländer erstrecken (Starkstromwegegesetz 1968).

Bundesgesetz vom 6. Feber 1968, BGBl.Nr. 71, über elektrische Leitungsanlagen, die sich nicht auf zwei oder mehrere Bundesländer erstrecken.

Emissionen

Verordnung vom 23. Juni 1975, BGBl.Nr. 437, über die Begrenzung der Emission von Trichloräthylen und Tetrachloräthylen aus Chemischreinigungsmaschinen.

Verordnung vom 11. Juni 1976, BGBl.Nr. 378, über die Begrenzung von Emissionen aus Aufbereitungsanlagen für bituminöses Mischgut in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 394/1990.

Bundesgesetz vom 23. Juni 1988, BGBl.Nr. 380, zur Begrenzung der von Dampfkesselanlagen ausgehenden Luftverunreinigungen (Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen - LRG-K).

Verordnung vom 29. Dezember 1988, BGBl.Nr. 19/1989, über

die Begrenzung der von Dampfesselanlagen ausgehenden Luftverunreinigungen (Luftreinhalteverordnung für Kesselanlagen 1989 - LRV-K 1989) in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 134/1990.

Gefährliche Produkte

Bundesgesetz vom 3. März 1983, BGBl.Nr. 171, zum Schutz vor gefährlichen Produkten (Produktsicherheitsgesetz), in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 617/1983.

Verordnung vom 16. Jänner 1987, BGBl.Nr. 43, über Meldungen gemäß § 6 Abs. 2 des Produktsicherheitsgesetzes.

Gewerbeordnung

Bundesgesetz vom 29. November 1973, BGBl.Nr. 50/1974, mit dem Vorschriften über die Ausübung von Gewerben erlassen werden (Gewerbeordnung 1973 - GewO 1973), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 259/1975, 253/1976, 233/1978, 66/1979, 223/1980, 486/1981, 619/1981, 630/1982, 144/1983, 185/1983, 567/1983, 269/1985, 196/1988, 399/1988 und 254/1989, sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 379/1978, 101/1986 und 289/1986.

Gifte; Suchtgifte

Bundesgesetz vom 25. Juni 1987, BGBl.Nr. 326, über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien

(Chemikaliengesetz - ChemG) in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 300/1989 und BGBl.Nr. 325/1990.

Verordnung vom 16. März 1989, BGBl.Nr. 208, über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikalienverordnung - ChemV).

Verordnung vom 23. Jänner 1989, BGBl.Nr. 212, über die Giftbezugsbewilligung, die Aufzeichnungspflicht, die besondere Kennzeichnung und Verpackung und über besondere Schutzmaßnahmen beim Verkehr mit Giften (Giftverordnung 1989).

Kundmachung vom 18. September 1951, BGBl.Nr. 234, über die Wiederverlautbarung des Bundesgesetzes über den Verkehr und die Gebarung mit Suchtgiften (Suchtgiftgesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 271/1971, 422/1974, 532/1978, 319/1980 und 184/1985.

Verordnung vom 15. Mai 1979, BGBl.Nr. 390, über den Verkehr und die Gebarung mit Suchtgiften (Suchtgiftverordnung 1979), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 469/1980, 248/1983, 202/1984, 365/1985 und 15/1987.

Handelskammern

Bundesgesetz vom 24. Juli 1946, BGBl.Nr. 182, betreffend die

Errichtung von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Handelskammergesetz - HKG), in der geltenden Fassung.

Kraftfahrwesen

Bundesgesetz vom 23. Juni 1967, BGBl.Nr. 267, über das Kraftfahrwesen (Kraftfahrzeuggesetz 1967), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 285/1971, 286/1974, 352/1976, 615/1977, 209/1979, 345/1981, 362/1982, 631/1982, 253/1984, 451/1984, 552/1984, 106/1986, 296/1987, 318/1987, 375/1988 und 458/1990, sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 240/1970, 549/1981, 237/1984 und 198/1985.

Verordnung vom 30. November 1967, BGBl.Nr. 399, über die Durchführung des Kraftfahrzeuggesetzes 1967 (Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung 1967), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 77/1968, 204/1968, 376/1971, 476/1971, 177/1972, 356/1972, 450/1975, 396/1977, 279/1978, 215/1980, 16/1981, 380/1981, 36/1982, 485/1983, 69/1985, 101/1985, 161/1985, 395/1985, 279/1986, 711/1986, 362/1987, 173/1988, 455/1988, 643/1988, 683/1988, 33/1989, 451/1989 und 520/1989, 484/1990 und 684/1990 sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 256/1970, 257/1970, 201/1971 und 612/1986 (Druckfehlerberichtigung).

Verordnung vom 7. März 1985, BGBl.Nr. 111, über den höchstzulässigen Gehalt an Bleiverbindungen, Benzol und Schwefel in Kraftstoffen, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 548/1985.

Land- und Forstarbeiter des Bundes

Bundesgesetz vom 18. Juni 1980, BGBl.Nr. 280, über das Dienstrecht der Land- und Forstarbeiter des Bundes (Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 657/1983 und 651/1989.

Maß- und Eichwesen

Bundesgesetz vom 5. Juli 1950, BGBl.Nr. 152, über das Maß- und Eichwesen (Maß- und Eichgesetz), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 174/1973 und 742/1988, sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 40/1957 und 561/1973 (Druckfehlerberichtigung).

Munitionslager

Verordnung vom 5. Dezember 1988, BGBl.Nr. 716, über militärische Munitionslager (Munitionslagerverordnung), in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 65/1989.

Normenwesen

Bundesgesetz vom 16. Juni 1971, BGBl.Nr. 240, über das Normenwesen (Normengesetz 1971).

Produkthaftung

Bundesgesetz vom 21. Jänner 1988, BGBl.Nr. 99, über die Haftung für ein fehlerhaftes Produkt (Produkthaftungsgesetz).

Pyrotechnische Gegenstände

Bundesgesetz vom 3. Mai 1974, BGBl.Nr. 282, mit dem polizeiliche Bestimmungen über pyrotechnische Gegenstände und das Böllerschießen getroffen werden (Pyrotechnikgesetz 1974).

Verordnung vom 1. August 1977, BGBl.Nr. 514, über die Lagerung pyrotechnischer Gegenstände in gewerblichen Betriebsanlagen.

Rohrleitungen

Bundesgesetz vom 3. Juli 1975, BGBl.Nr. 411, über die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern in Rohrleitungen (Rohrleitungsgesetz).

Sonn- und Feiertags-Betriebszeiten

Bundesgesetz vom 7. März 1984, BGBl.Nr. 129, über die Betriebszeiten gewerblicher Betriebe an Sonntagen und Feiertagen (Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz - BZG) in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 730/1990.

Sozialversicherung

Bundesgesetz vom 9. September 1955, BGBl.Nr. 189, über die Allgemeine Sozialversicherung (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG), in der geltenden Fassung.

Sprengwesen

Verordnung vom 19. Mai 1899, RGBl.Nr. 95, mit welcher Anordnungen betreffend den Verkehr mit sprengkräftigen Zündungen erlassen werden.

Bundesgesetz über Schieß- und Sprengmittel (Schieß- und Sprengmittelgesetz), BGBl. Nr. 196/1935, in der Fassung des Artikels I der Verordnung GB1Ö. Nr. 483/1938, des Gesetzes GB1Ö. Nr. 227/1939, der Verordnung dRGBl. 1942 I S 37, sowie der Bundesgesetze BGBl.Nr. 232/1959, 169/1973, 92/1975 und 209/1979.

Verordnung BGBl.Nr. 203/1935, über die Anwendung der Monopolvorschriften auf Fälle der Verarbeitung von Schieß- und Sprengmitteln und über die beschränkte Anwendung des Schieß- und Sprengmittelgesetzes auf Schieß- und Sprengmittel, die zu arzneilichen Zwecken bestimmt sind, in der Fassung des Artikels II der Verordnung GB1Ö. Nr. 483/1938.

Verordnung vom 7. Dezember 1939, GB1Ö.Nr. 1448, über die Einführung von Vorschriften über die Herstellung von Knallkorken.

Straßenverkehrsvorschriften

Bundesgesetz vom 6. Juli 1960, BGBl.Nr. 159, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO 1960), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 204/1964, 229/1965, 209/1969, 274/1971, 21/1974, 402/1975, 412/1976, 115/1977, 616/1977, 209/1979, 275/1982, 174/1983, 253/1984, 450/1984, 105/1986, 213/1987, 86/1989 und 562/1989 und 423/1990 (17. StVO-Novelle), sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 228/1963, 163/1968, 405/1973, 576/1976 (Druckfehlerberichtigung), 449/1986, 573/1987 und 641/1989.

Verordnung vom 26. Feber 1966, BGBl.Nr. 83, über Straßenverkehrszeichen (Straßenverkehrszeichenverordnung), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 340/1969 und 703/1976, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 168/1979 (Druckfehlerberichtigung).

Transportvorschriften

Bundesgesetz vom 23. Feber 1979, BGBl.Nr. 209, über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße und über eine Änderung des Kraftfahrgesetzes 1967 und der Straßenverkehrsordnung 1960 (GGSt.), in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 296/1987 und 181/1988.

Verordnung vom 21. September 1987, BGBl.Nr. 506, über die besondere Ausbildung der Lenker von Kraftfahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter (Gefahrgut-Lenkerausbildungsverordnung).

Verordnung vom 25. April 1980, BGBl.Nr. 200, über die Ausrüstung von Kraftfahrzeugen und Anhängern zur Beförderung gefährlicher Güter, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 657/1986.

Verordnung vom 5. November 1987, BGBl.Nr. 449/1988, über Kraftfahrzeuge und Anhänger zur Beförderung gefährlicher Stoffe in festverbundenen Tanks (Tankfahrzeugen), Aufsetztanks und Gefäßbatterien (Gefahrgut-Tankfahrzeugverordnung 1988 - GGTFV 1988) in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 167/1990 (GGTFV-Änderungsverordnung und BGBl.Nr. 601/1990).

Verordnung vom 27. Juli 1989, BGBl.Nr. 526, über Verpackungen und Versandstücke zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (Verpackungsverordnung).

Verordnung vom 7. Mai 1987, BGBl.Nr. 220, über Ausnahmen vom Anwendungsbereich des GGSt. (Kleinmengenverordnung) in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 166/1990.

Verordnung vom 9. Mai 1980, BGBl.Nr. 207, über Änderung der Kennzeichnungsvorschriften des ADR (3. Ausnahmeverordnung), in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 142/1981.

Verordnung vom 17. Juni 1987, BGBl.Nr. 270, über die Beförderung gefährlicher Güter auf bestimmten Straßenstrecken (Straßentunnelverordnung) in der Fassung der Verordnung, BGBl.Nr. 22/1990.

Verordnung vom 17. Juni 1987, BGBl.Nr. 20/1988, über die einer Streckenbewilligung unterliegenden gefährlichen Güter (Streckenbewilligungsverordnung) in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 114/1989 und BGBl.Nr. 267/1989.

Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR), BGBl.Nr. 522/1973, in der Fassung der Kundmachungen BGBl.Nr. 523/1973, 377/1974, 249/1975, 250/1975, 251/1975, 261/1975, 522/1975, 352/1978, 353/1978, 354/1978, 520/1978, 404/1980, 582/1981, 247/1982, 195/1983, 263/1983, 190/1984, 154/1985, 602/1987 und 43/1990.

Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR), BGBl.Nr. 518/1975.

Verfassung

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, BGBl.Nr. 1/1930 in der geltenden Fassung.

Bundesverfassungsgesetz vom 2. Juni 1948, BGBl.Nr. 139, betreffend die Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes sowie des Arbeiter- und Angestellten-schutzes und der Berufsvertretung.

Verwaltungsverfahren

Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen - EGVG. 1950, BGBl.Nr. 172, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 92/1959, 175/1963, 275/1964, 143/1969, 224/1970, 193/1971, 422/1974, 232/1977, 248/1978, 248/1986, 370/1986 und 356/1990.

Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz - AVG. 1950, BGBl.Nr. 172, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 275/1964, 45/1968, 569/1973, 199/1982, 136/1983, 413/1988 und 357/1990.

Verwaltungsstrafgesetz - VStG. 1950, BGBl.Nr. 172, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 129/1958, 231/1959, 218/1960, 275/1964, 275/1971, 101/1977, 117/1978, 264/1981, 176/1983, 299/1984, 516/1987 und 358/1990, sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 188/1976 und 217/1977.

Verwaltungsvollstreckungsgesetz VVG. 1950, BGBl.Nr. 172, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr. 275/1964, 210/1986 und 359/1990.

Bundesgesetz vom 1. April 1982, BGBl.Nr. 200, über die Zustellung behördlicher Schriftstücke (Zustellgesetz).

Verordnung vom 23. April 1985, BGBl.Nr. 300, über die bei der Handhabung der Verwaltungsverfahrensgesetze zu verwendenden Formulare (Verwaltungsformularverordnung 1985), in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 316/1988 und 515/1988.

Verordnung vom 30. November 1982, BGBl.Nr. 600, über die Formulare für Zustellvorgänge (Zustellformularverordnung 1982).

Bundesgesetz vom 15. Mai 1987, BGBl.Nr. 287/1987 über die Auskunftspflicht der Verwaltung des Bundes und eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 (Auskunftspflichtgesetz) in der Fassung BGBl.Nr. 357/1990 und BGBl.Nr. 447/1990.

Verordnung vom 21. Dezember 1982, BGBl.Nr. 24/1983, über die Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Bundesverwaltung und über die Art ihrer Einhebung bei den Bundesbehörden (Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983), in der Fassung der

Verordnung BGBl.Nr. 235/1984, sowie der Kundmachung BGBl.Nr. 181/1983 (Druckfehlerberichtigung).

Verordnung vom 24. August 1971, BGBl.Nr. 349, über Organstrafverfügungen, in der Fassung der Verordnungen BGBl.Nr. 367/1977 und 360/1984.

Verordnung vom 1. Juni 1976, BGBl.Nr. 246, mit der Bauschbeträge für die bei Amtshandlungen der Bundesbehörden außerhalb des Amtes von den Beteiligten zu entrichtenden Kommissionsgebühren festgesetzt werden (Bundes-Kommissionsgebührenverordnung 1976 - BKommGebV 1976), in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 526/1982.

INTERNATIONALE ÜBEREINKOMMEN DER INTERNATIONALEN ARBEITS-KONFERENZ, DIE VON ÖSTERREICH RATIFIZIERT WURDEN

Übereinkommen (Nr. 4) über die Nachtarbeit der Frauen, BGBl.Nr. 226/1924.

Übereinkommen (Nr. 5) über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit, BGBl. Nr. 279/1936.

Übereinkommen (Nr. 6) über die Nachtarbeit der Jugendlichen im Gewerbe, BGBl.Nr. 226/1924.

Übereinkommen (Nr. 13) über die Verwendung von Bleiweiß zum Anstrich, BGBl.Nr. 226/1924.

Übereinkommen (Nr. 26) über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlohntarifen, BGBl.Nr. 293/1974.

Übereinkommen (Nr. 33) über das Alter für die Zulassung von Kindern zu nichtgewerblichen Arbeiten, BGBl.Nr. 280/1936.

Übereinkommen (Nr. 81) über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel, BGBl.Nr. 225/1949.

Übereinkommen (Nr. 89) über die Nacharbeit der Frauen im Gewerbe, BGBl.Nr. 229/1950.

Übereinkommen (Nr. 102) über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit, BGBl.Nr. 33/1970 (Teile II, IV, VII und VIII).

Übereinkommen (Nr. 103) über den Mutterschutz (Neufassung vom Jahre 1952), BGBl.Nr. 31/1970, in der Fassung der Kundmachung BGBl.Nr. 284/1970 (Druckfehlerberichtigung).

Übereinkommen (Nr. 135) über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb, BGBl.Nr. 88/1974.

Übereinkommen (Nr. 144) über dreigliedrige Beratungen zur Förderung der Durchführung internationaler Arbeitsnormen, BGBl.Nr. 238/1979.

KUNDMACHUNGEN, RICHTLINIEN UND GRUNDSÄTZE BETREFFEND DEN TECHNISCHEN UND ARBEITSHYGIENISCHEN ARBEITNEHMERSCHUTZ

Ärztliche Untersuchungen

Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchungen nach der Verordnung vom 14. Dezember 1973, BGBl.Nr. 39/1974, über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 5. August 1985, Zl. 61.023/ 4-4/1985, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 9 vom 30. September 1985, in der Fassung des Erlasses vom 18. August 1988, Zl. 61.023/ 7-4/88, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten Arbeit-Gesundheit-Soziales, Nr. 8/1988.

Richtlinien zur Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchungen gemäß Verordnung BGBl.Nr. 39/1974; Kundmachung; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 21. Feber 1986, Zl. 61.023/9-4/85, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 3/1986.

Untersuchung von Arbeitnehmern, die der Einwirkung besonders belastender Hitze ausgesetzt sind; Beurteilung

raumklimatischer Verhältnisse; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 19. Juni 1975, Zl. 61.710/5-4/1975, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 9 vom 30. September 1975.

Ärztliche Untersuchungen bei Einwirkung durch Aluminiumstaub; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 18. Jänner 1977, Zl. 61.021/1-4/77, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 3 vom 31. März 1977.

Ärztliche Untersuchungen nach den Strahlenschutzvorschriften; Untersuchungsvordrucke und sonstige administrative Regelungen; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 29. Mai 1978, Zl. 61.730/15-4/78, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 7 vom 31. Juli 1978; Administrative Neuregelung; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 21. Oktober 1982, Zl. 61.875/4-4/1982, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 12 vom 31. Dezember 1982.

Arbeiten auf Holzmasten

Richtlinien zur Verhütung von Unfällen bei Arbeiten auf Holzmasten; Erlaß des Bundesministeriums für soziale

Verwaltung vom 2. April 1963, Zl. ZAI-129.082-34/1962, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 4 vom 30. April 1963.

Dissousgas-Schweiß- und Schneideanlagen

Sicherheitstechnische Richtlinien für Dissousgas-Schweiß- und Schneideanlagen; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 2. Mai 1977, Zl. 61.330/2-1/77, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 6 vom 30. Juni 1977.

Gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe

Kundmachung des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 3. Oktober 1989, Zl. 61.710/15-4/89, über Maximale Arbeitsplatzkonzentrationen und Technische Richtkonzentrationen (MAK-Werte-Liste 1989), kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Sondernummer 1/1990 vom 21. Dezember 1990, Zl. 61.710/48-4/90.

Hebebühnen

Sicherheitstechnische Richtlinien für Hebebühnen; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 5. Juni 1970, Zl. 61.550/6-45/1970, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 9 vom 30. September 1970.

Nachweis der Fachkenntnisse

Grundsätze für die Ausbildung nach der Verordnung über den Nachweis der Fachkenntnisse für bestimmte Arbeiten, BGBl.Nr. 441/1975; Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 6. April 1976, Zl. 61.022/36-1/76, kundgemacht in den Amtlichen Nachrichten dieses Bundesministeriums, Nr. 6 vom 30. Juni 1976.

J. TABELLEN

1. TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1	Tätigkeit der Arbeitsinspektorate in den Betrieben
Tabelle 1a	Tätigkeit der Arbeitsinspektorate in den Betrieben (Nach Arbeitsinspektoraten geordnet)
Tabelle 1b	Tätigkeit der Arbeitsinspektorate auf Baustellen und Arbeitsstellen außerhalb von Betrieben
Tabelle 2	Tätigkeit der Arbeitsinspektionsärzte in Betrieben oder unmittelbar im Zusammenhang mit solchen
Tabelle 3	Den Arbeitsinspektoraten im Berichtsjahr zur Kenntnis gelangte Arbeitsunfälle
Tabelle 4	Berufskrankheiten
Tabelle 5	Gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten
Tabelle 6	Beanstandungen auf dem Gebiete des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes (Nach Ar- beitsinspektoraten geordnet)
Tabelle 7	Beanstandungen auf dem Gebiete des Verwendungsschutzes
Tabelle 7a	Beanstandungen auf dem Gebiete des Verwendungsschutzes (Nach Arbeitsinspektoraten geordnet)
Tabelle 8	Vorgemerkte Auftraggeber, Heimarbeiter und Zwischenmeister (Nach Heimarbeitskommissionen geordnet)
Tabelle 8.1	Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiete der Heimarbeit bei Auftraggebern
Tabelle 8.2	Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiete der Heimarbeit bei Heimarbeitern, Zwischenmeistern und Mittelspersonen
Tabelle 9	Von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) erfaßte Arbeitsunfälle im Jahre 1989

2. ABKÜRZUNGEN IN DEN TABELLEN

AG	Auftraggeber
AN	Arbeitnehmer
Anz.	Anzahl
Arb.St.	Arbeitsstelle
besch.	beschäftigte
Betr.	Betrieb
Erw.	Erwachsene
HA	Heimarbeiter
HA-Komm.	Heimarbeitskommission
Jug.	Jugendliche
MP	Mittelsperson(en)
MSchG	Mutterschutzgesetz
Schl.	Schlüssel, Schlüsselnummern
sonst.Angel.	sonstige Angelegenheiten
Unfallgegenst.	Unfallgegenstand
Verh.	Verhandlungen
ZM	Zwischenmeister

3. BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN TABELLEN

Tabellen 1, 1a, 1b

Bei Betrieben und bei Bau- und Arbeitsstellen, die mehrmals innerhalb eines Berichtsjahres überprüft (inspiziert) werden, werden für die Einordnung in statistische Auswertungen jene charakteristischen Werte (Wirtschaftsklasse, Gruppe, Betriebsgrößenklasse) verwendet, die sich bei jener Überprüfung im Berichtsjahr ergaben, bei der der höchste Beschäftigtenstand festgestellt wurde.

Überprüfungen von Bundesdienststellen - für diese ist die Arbeitsinspektion nach dem Bundesbediensteten-Schutzgesetz zuständig - sind, unbeschadet des nach dem BSG gesondert zu legenden Berichtes, in den Summenzahlen der Wirtschaftsklasse XXIV (Einrichtungen der Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen) enthalten.

Die Tätigkeit der Arbeitsinspektoren auf Baustellen und auf auswärtigen Arbeitsstellen ist in der Tabelle 1b ausgewiesen. Die Tabellen 1 und 1a beziehen sich nur auf Betriebe (im engeren Sinne) und auf Bundesdienststellen.

Die Tabellen 1, 1a und 1b enthalten keine Aussagen über Straßenkontrollen der Arbeitsinspektoren und keine Angaben über die Kontrolltätigkeit bei Heimarbeitern.

Tabelle 2

Die in Tabelle 2 aufgelisteten Amtshandlungen (Erhebungen) der Arbeitsinspektionsärzte sind auch in den Tabellen 1 und 1a berücksichtigt. Die Erhebung 645 (allgemeine Besichtigung durch Arbeitsinspektionsärzte) ist als "inspektionsähnliche Tätigkeit" der Arbeitsinspektionsärzte zu bewerten, bei der die Einhaltung aller dem Schutz der Arbeitnehmer dienenden gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfügungen überwacht wird, soweit sie die Arbeitshygiene und Arbeitsphysiologie sowie die Verhütung von Berufskrankheiten betreffen.

Tabelle 3

Todesfälle sind kursiv eingetragen; sie sind auch in der jeweils zugehörigen Gesamtzahl gleichartiger Unfälle enthalten.

Bei der Datenerfassung soll soweit wie möglich auf entbehrliche Arbeitsschritte verzichtet werden. Als "dem Arbeitsinspektorat zur Kenntnis gelangt" gilt bei Arbeitsunfällen deshalb das von der EDV mitprotokollierte Datum der Eingabe der Erfassungsbelege (Unfallanzeige). Die Arbeitsinspektorate sind angewiesen, die einlangenden Unfallmeldungen laufend, längstens jedoch innerhalb von vier Wochen zu erfassen.

Tabelle 4

Gliederung der von den Unfallversicherungsträgern entsprechend den Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes als Berufskrankheiten anerkannten Erkrankungen und der durch sie verursachten Todesfälle (in der Tabelle kursiv eingetragen), hinsichtlich der Wirtschaftsklassen sowie der die Erkrankungen verursachenden Einwirkungen bzw. Tätigkeiten. Statistisch werden sowohl die Zahlen der Erkrankungen (Todesfälle) von noch erwerbstätigen Arbeitnehmern/innen als auch die von Pensionisten/innen verwertet.

Tabelle 5

Die Anzahl jener Arbeitnehmer/innen, die entsprechend den Bestimmungen der Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten untersucht wurden und die Anzahl jener, welche aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchungen für bestimmte Tätigkeiten als nicht geeignet beurteilt wurden, werden sowohl hinsichtlich der Einwirkung als auch hinsichtlich der Wirtschaftsklassen gegliedert. Bei den Betrieben, von denen Untersuchungsergebnisse einlangten, erfolgt die Gliederung hinsichtlich der Wirtschaftsklassen. Langen von einem Betrieb Untersuchungsergebnisse mehrerer Beschäftigter ein, wird der Betrieb nur einmal gezählt. Aus organisatorischen Gründen wird die Anzahl jener Arbeitnehmer/innen, die aufgrund der Bestimmungen des Strahlenschutzgesetzes untersucht werden, nicht mehr ermittelt. Es wird daher nur mehr die Zahl der aufgrund der Untersuchungsergebnisse als nicht geeignet erklärten Arbeitnehmer/innen statistisch erfaßt.

In der Tabelle werden die Zahlen jener Fälle in Kursivschrift angeführt, in denen eine Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern/innen vom Arbeitsinspektorat durch Bescheid untersagt wurde. Diese Zahl ist auch in der Gesamtzahl enthalten.

Tabellen 6, 6a, 7, 7a

In den Tabellen werden die von den Arbeitsinspektoren festgestellten Beanstandungen in den Betrieben getrennt nach technischem Arbeitnehmerschutz und Verwendungsschutz aufgeschlüsselt. Die spaltenweise Aufteilung erfolgt in den Tabellen 6 und 7 nach Wirtschaftsklassen (siehe Kapitel J.4) dargestellt, während in den Tabellen 6a und 7a eine Aufschlüsselung der Beanstandungsdaten nach den Aufsichtsbezirken der Arbeitsinspektion (regionale Abgrenzungen siehe Kapitel K.2) durchgeführt wird.

Bei den Beanstandungsdaten bezüglich Heimarbeit (Schlüsselnummern 500 bis 581) werden die Beanstandungen anlässlich von speziellen Auftraggeberüberprüfungen (siehe Tabelle 8.1) und von Erhebungen in Betrieben, die auch Heimarbeiterfragen betreffen, gezählt.

Tabelle 8

Die Tabelle 8 erfaßt alle Auftraggeber, Heimarbeiter und Zwischenmeister, die bei den Arbeitsinspektoraten vorgemerkt sind.

Die Auftraggeber sind nach den Heimarbeitskommissionen, den Erzeugungszweigen und nach der Anzahl der von ihnen beschäftigten Heimarbeiter erfaßt. Die Heimarbeiter und Zwischenmeister sind getrennt nach Heimarbeitskommissionen und Erzeugungszweigen geordnet.

Tabelle 8.1

Jede in der Tabelle 8.1 ausgewiesene Überprüfung eines Auftraggebers wird in der Tabelle 1 und 1a als "eine Erhebung im Betrieb betreffend Heimarbeit" gezählt. Diese Erhebungen sind in der Tabelle 1 jener Wirtschaftsklasse zugeordnet, unter der der betreffende Betrieb (Auftraggeber) statistisch geführt ist.

Tabelle 8.2

Die einzelnen Heimarbeiter (Zwischenmeister, Mittelspersonen) können als Person keiner Wirtschaftsklasse (Gruppe) zugeordnet werden. Die Überprüfungen bei Heimarbeitern sind dementsprechend nur in der Tabelle 8.2 ausgewiesen.

Tabelle 9

Die Statistiken der AUVA beruhen auf den der AUVA zugegangenen Unfallanzeigen durch die Betriebe und den sogenannten "Erstberichten"; bei diesen handelt es sich um Meldungen kostenpflichtiger

ärztlicher Erstversorgungen durch eine AUVA-eigene oder vertragliche Behandlungseinrichtung (Krankenhaus, Arzt etc.) unter Angabe der Ursache "Arbeitsunfall".

Die Statistiken der Arbeitsinspektion gehen auf die von den Unfallversicherungsanstalten aufgrund von § 16 Abs. 2 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974 übermittelten Anzeigen von Unfällen größeren Ausmaßes sowie auf eigene Beobachtungen zurück. Kopien von "Erstberichten" werden der Arbeitsinspektion jedoch nicht übermittelt, sodaß diese daher in den Zahlen der Arbeitsinspektion auch nicht enthalten sind.

Bei einer allfälligen Gegenüberstellung ist weiters der Unterschied im Personenkreis zu berücksichtigen, für den die beiden Institutionen zuständig sind (z.B. Selbständige, Schüler, Studenten und Arbeitnehmer, die der bergbehördlichen Aufsicht, der Land- und Forstwirtschaftsinspektion oder der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, werden in der Statistik der Arbeitsinspektion nicht erfaßt).

Abschließend wird darauf hingewiesen, daß die Unfallversicherungsanstalten nicht verpflichtet sind, in jenen Fällen, in denen ein Verunfallter erst nach Übermittlung der Unfallanzeige verstirbt, eine nachträgliche Meldung über den tödlichen Ausgang an die Arbeitsinspektion zu erstatten.

4. WIRTSCHAFTSKLASSEN

(Wirtschaftsklasseneinteilung nach der "Grundsystematik der Wirtschaftstätigkeiten" -Betriebssystematik 1968-, ergänzte Ausgabe: Stand 1985. Nach dem Arbeitsinspektionsgesetz 1974 ist die Arbeitsinspektion nicht für alle Betriebe der Wirtschaftsklassen I, II, III, XVII, XXII, XXIII, XXIV, XXV und XXVI zuständig.)

I	Land- und Forstwirtschaft
II	Energie- und Wasserversorgung
III	Bergbau; Steine- und Erdengewinnung
IV	Erzeugung von Nahrungsmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung
V	Erzeugung von Textilien und Textilwaren (ausgen. Bekleidung und Bettwaren)
VI	Erzeugung von Bekleidung, Bettwaren und Schuhen
VII	Erzeugung und Verarbeitung von Leder und Lederersatzstoffen (ausgen. Schuhe)
VIII	Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung
IX	Erzeugung und Verarbeitung von Papier und Pappe
X	Druckerei und Vervielfältigung; Verlagswesen
XI	Erzeugung und Verarbeitung von Chemikalien, Gummi und Erdöl
XII	Erzeugung von Stein- und Glaswaren
XIII	Erzeugung und Verarbeitung von Metallen
XIV	Bauwesen
XV	Handel; Lagerung
XVI	Beherbergungs- und Gaststättenwesen

XVII	Verkehr; Nachrichtenübermittlung
XVIII	Geld- und Kreditwesen; Privatversicherung
XIX	Realitätenwesen; Rechts- und Wirtschaftsdienste
XX	Körperpflege und Reinigung; Bestattungswesen
XXI	Kunst; Unterhaltung und Sport
XXII	Gesundheits- und Fürsorgewesen
XXIII	Unterrichts- und Forschungswesen
XXIV	Einrichtungen der Gebietskörperschaften; Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen
XXV	Haushaltung
XXVI	Hauswartung

5. ERZEUGUNGSZWEIGE

Die Einteilung nach Heimarbeitskommissionen und Erzeugungszweigen erfolgte nach der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 4. Juli 1969, BGBl.Nr. 264, betreffend die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, in der Fassung der Verordnung vom 27. Februar 1978, BGBl.Nr. 132 und vom 9. September 1987, BGBl.Nr. 462.

(In den Tabellen 8.1 und 8.2 werden für die einzelnen Erzeugungszweige die nachstehend angeführten Schlüsselzahlen verwendet).

Heimarbeitskommission für Oberbekleidung

- 101 Herren- und Knabenoberbekleidung nach Maß
- 102 Herren- und Knabenoberbekleidung in Konfektion
- 103 Kostüme, Mäntel und Jacken für Damen und Mädchen, einschließlich der schneidermäßig hergestellten Bekleidung aus gestrickten und gewirkten Stoffen
- 104 Kleider, Schoßen und Blusen für Damen und Mädchen, einschließlich der schneidermäßig hergestellten Bekleidung aus gestrickten und gewirkten Stoffen
- 105 Regen- und Sportbekleidung aus Ballonseide, Gummi, Nylon, Plastik und ähnlichen Stoffen
- 106 Lederoberbekleidung
- 107 Uniformen
- 108 Pelzwaren
- 109 Kappen, Mützen und Hüte
- 110 Sonstige, zum Wirkungsbereich dieser Heimarbeitskommission gehörende Arbeitszweige

Heimarbeitskommission für Wäsche und verwandte Erzeugnisse

- 201 Herren- und Knabenwäsche, einschließlich Trikotwäsche, Pyjamas und Schlafröcke
- 202 Damen-, Mädchen- und Kleinkinderwäsche, einschließlich Trikotwäsche, Pyjamas und Schlafröcke
- 203 Berufskleidung und Schürzen
- 204 Mieder und verwandte Erzeugnisse
- 205 Krawatten, Tücher und Schals
- 206 Hosenträger und verwandte Erzeugnisse
- 207 Bett-, Tischwäsche und Haushaltswäsche sowie Vorhänge
- 208 Konfektionierte Badeanzüge und Bademäntel
- 209 Damen- und Kinderblusen, Damen- und Kinderkleider, Damenschoßen
- 210 Kindermäntel und Kindersportbekleidung
- 211 Sonstige zum Wirkungsbereich dieser Heimarbeitskommissionen gehörende Arbeitszweige

Heimarbeitskommission für Textilien

- 301 Maschinstrickerei und Wirkerei, einschließlich der Ausfertigung
- 302 Handstrickerei, Häkelei, Netzwarenerzeugung und Handklöppelei
- 303 Maschinstickerei auf Kleidern und Blusen und Handstickerei
- 304 Petitpoint- und Gobelinstickerei
- 305 Posamenten- einschließlich Lampenschirmerzeugung
- 306 Weberei
- 307 Sonstige, zum Wirkungsbereich dieser Heimarbeitskommission gehörende Arbeitszweige

Heimarbeitskommission für Maschinstickerei nach Vorarlberger Art und maschinelle Klöppelspitzen-erzeugung

- 401 Kettenstichstickerei
- 402 Weiterverarbeitung maschinell hergestellter Klöppelspitzen
- 403 Schifflistickerei und Handmaschinenstickerei hinsichtlich der Heimarbeiter
- 404 Sonstige, zum Wirkungsbereich dieser Heimarbeitskommission gehörende Arbeitszweige

Allgemeine Heimarbeitskommission

Herstellung von

- 501 Schuhen aller Art, einschließlich Schuhoberteilen
- 502 genähten Handschuhen aller Art, nicht jedoch von gestrickten, gewirkten und gehäkelten Handschuhen
- 503 Leder-, Taschner- und Galanteriewaren
- 504 Kunstblumen und Schmuckfedern
- 505 Papierkonfektion und Kartonagewaren
- 506 Spielwaren aller Art; Waren aus Kunststoffen (Plastik, Nylon, Perlon und ähnlichen Stoffen), soweit ihre Herstellung oder Bearbeitung nicht in einen anderen Erzeugungszweig dieser oder anderer Heimarbeitskommissionen fällt
- 507 Drechslerwaren, Korbwaren, Pinseln und Bürsten, Holzwaren aller Art; kunstgewerblichen Artikeln sowie deren Bearbeitung, soweit deren Herstellung oder Bearbeitung nicht in einen anderen Erzeugungszweig dieser oder anderer Heimarbeitskommissionen fällt
- 508 Knopfwaren und deren Adjustierung, ausgenommen Zwirnknöpfe
- 509 Bijouteriewaren und Waren nach Gablonzer Art;
- 510 Metallbearbeitung und -verarbeitung
- 511 Büchsenmacherei
- 512 chemischen Erzeugnissen
- 513 Perücken und Haarersatzteilen
- 514 Schirmen aller Art, ausgenommen Lampenschirme
- 515 Sonstige, zum Wirkungsbereich dieser Heimarbeitskommission gehörende Arbeitszweige

Arbeitsinspektion

Tabellen

Jahresbericht 1990

271

Tabelle 1

Arbeitsinspektion

Tätigkeit der Arbeitsinspek-

Tabelle 1 —

	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Inspizierte Betriebe:											
1 – 4 Arbeitnehmer	25627	46	139	136	1092	110	342	38	1026	23	158
5 – 19 Arbeitnehmer	19145	50	118	94	991	99	168	19	1361	29	220
20 – 50 Arbeitnehmer	6428	40	72	30	280	62	133	16	360	32	111
51 – 250 Arbeitnehmer	3770	6	104	9	207	63	128	8	167	34	85
251 – 750 Arbeitnehmer	527	0	15	0	26	20	15	3	18	13	11
751 – 1000 Arbeitnehmer	52	0	2	0	0	2	0	0	3	3	1
1001 und mehr	85	0	0	0	1	1	1	0	1	1	0
Insgesamt	55634	142	450	269	2597	357	787	84	2936	135	586
In den Betrieben durchgeführte Inspektionen											
erste	55634	142	450	269	2597	357	787	84	2936	135	586
weitere	637	2	7	12	17	3	8	2	34	4	6
Insgesamt	56271	144	457	281	2614	360	795	86	2970	139	592
In den Betrieben vorge-nommene Erhebungen	61731	201	527	423	3151	832	1208	123	2889	423	649
In den Betrieben an behörtl. Verhandlungen teilgenommen	19846	36	165	288	724	142	97	30	1215	137	181
Anz. d. AN in den inspiz. Betrieben:											
männl. Erw.	738400	1966	18567	2869	31549	10275	4845	1082	38453	12768	11607
männl. Jug. ¹⁾	50793	58	921	24	1892	396	238	34	5087	484	590
weibl. Erw.	427649	478	3103	180	17713	10850	21480	1524	10292	3704	6942
weibl. Jug. ¹⁾	24358	50	80	5	930	489	2219	48	543	126	283
Insgesamt	1241200	2552	22671	3078	52084	22010	28782	2688	54375	17082	19422

¹⁾ Im Sinne des § 3 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 599/1987

Arbeitsinspektion

Tabelle 1

torate in den Betrieben (Bdst)

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
134	142	1565	929	10185	5048	744	594	958	1390	188	453	31	148	1	7
203	195	2162	1839	5578	2305	699	983	681	557	113	275	93	313	0	0
140	132	964	1055	1239	471	277	366	215	67	34	110	58	164	0	0
165	98	631	548	520	148	116	192	134	83	18	141	44	121	0	0
24	17	138	39	31	4	8	34	15	9	9	52	2	24	0	0
3	1	23	2	0	0	0	4	1	0	0	5	0	2	0	0
5	4	41	3	1	1	0	4	2	2	2	11	0	4	0	0
674	589	5524	4415	17554	7977	1844	2177	2006	2108	364	1047	228	776	1	7
674	589	5524	4415	17554	7977	1844	2177	2006	2108	364	1047	228	776	1	7
9	11	89	77	196	73	18	31	6	17	8	2	3	2	0	0
683	600	5613	4492	17750	8050	1862	2208	2012	2125	372	1049	231	778	1	7
1643	939	6668	2803	15078	9475	2243	1536	1997	2027	808	3329	279	808	33	1639
700	390	2577	736	3496	5176	634	225	420	493	537	1025	115	293	2	12
34247	24796	208220	107797	70843	20538	23412	34915	22030	4789	6589	18062	4240	23937	2	2
1940	763	19257	10625	3363	3099	399	243	346	180	128	579	61	86	0	0
14590	5532	57516	10000	86903	32212	6729	30757	12815	18819	3679	54322	3194	14310	1	4
519	251	2543	561	7779	3735	322	374	296	1838	125	1029	21	190	0	2
51296	31342	287536	128983	168888	59584	30862	66289	35487	25626	10521	73992	7516	38523	3	8

Tabelle 1a

Arbeitsinspektion

Tätigkeit der Arbeitsinspek-

Tabelle 1a —

	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Inspizierte Betriebe:								
1 - 4 Arbeitnehmer	25627	2255	2181	2254	1210	1160	776	739
5 - 19 Arbeitnehmer	19145	1288	1106	1087	841	917	731	640
20 - 50 Arbeitnehmer	6428	569	317	372	269	289	309	254
51 - 250 Arbeitnehmer	3770	335	186	127	148	213	183	126
251 - 750 Arbeitnehmer	527	57	23	25	13	33	25	14
751 - 1000 Arbeitnehmer	52	8	1	2	0	3	3	2
1001 und mehr	85	15	6	2	3	1	4	4
Insgesamt	55634	4525	3820	3869	2484	2616	2031	1779
In den Betrieben								
durchgeführte erste	55634	4525	3820	3869	2484	2616	2031	1779
Inspektionen weitere	637	6	15	25	19	20	8	8
Insgesamt	56271	4531	3835	3894	2503	2636	2039	1787
In den Betrieben vorge-								
nommene Erhebungen	61701	2001	2526	4175	2608	3217	6474	1963
In den Betrieben an behördl.								
Verhandlungen teilgenommen	19846	988	706	1298	732	1594	1250	668
Anz. d. AN								
in den männl. Erw.	738400	61994	32978	25450	21451	33152	35625	26911
inspiz. männl. Jug. ¹⁾	50793	1642	1531	1239	1106	1659	1911	1623
Betrieben: weibl. Erw.	427649	52194	25958	24816	17543	21140	18997	14598
weibl. Jug. ¹⁾	24358	1368	786	875	671	905	833	836
Insgesamt	1241200	117198	61253	52380	40771	61856	57366	43968

¹⁾ Im Sinne des § 3 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 599/1987

Arbeitsinspektion

Tabelle 1a

torate in den Betrieben (Bdst)

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
1350	855	1391	1877	2045	1751	1505	974	770	1127	653	754	0
1188	1086	1040	1503	1448	1391	1289	883	556	692	697	762	0
476	481	277	373	303	538	392	192	140	214	433	223	7
213	294	202	314	159	322	254	111	73	107	257	144	2
28	38	24	59	29	31	26	29	4	14	33	22	0
6	4	0	2	5	2	1	4	0	1	6	2	0
5	11	1	9	5	6	6	2	1	1	3	2	0
3266	2769	2935	4137	3994	4041	3473	2195	1544	2156	2082	1909	9
3266	2769	2935	4137	3994	4041	3473	2195	1544	2156	2082	1909	9
18	57	22	62	65	18	39	84	17	67	41	46	0
3284	2826	2957	4199	4059	4059	3512	2279	1561	2223	2123	1955	9
1630	4097	2881	5356	2318	4851	5698	2921	2687	2148	1427	2746	7
912	629	1366	1801	377	2246	1795	844	947	713	590	389	1
45254	74111	32126	64654	45748	53668	46500	25298	10807	20444	48973	27823	433
3816	5870	2142	5248	3710	4765	3935	1629	1540	1844	3515	2068	0
22870	28320	18933	33324	18475	32583	25144	16681	8340	12099	21764	13865	5
1535	1781	1398	2156	1677	2111	1751	1269	742	618	2014	1032	0
73475	110082	54599	105382	69610	93127	77330	44877	21429	35005	76266	44788	438

TabellenArbeitsinspektion

Tätigkeit der Arbeitsinspektorate auf Bau- und Arbeitsstellen außerhalb von Betrieben

Tabelle 1 b – Nach Wirtschaftsklasse bzw. Gruppe geordnet

	Summe	VIII	XIII	XIV												Sonstige
				611	612	621	622	623	624	625	626	629	631	632	633	
Inspizierte Bau(Arb.)Stellen:..																
1 bis 4 AN.....	4658	67	194	1360	577	238	280	19	219	100	195	358	259	128	343	321
5 bis 19 AN.....	5650	10	122	3219	1303	146	111	4	71	41	57	194	94	68	125	85
20 bis 50 AN.....	439	0	12	327	69	0	0	0	0	0	1	6	3	2	9	10
51 bis 250 AN.....	80	0	5	38	32	0	0	0	0	0	0	2	1	0	2	0
251 bis 750 AN.....	3	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
751 bis 1000 AN.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1001 und mehr AN.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	10830	77	333	4946	1982	384	391	23	290	141	253	560	357	198	479	416
Inspektionen																
auf Bau(Arb.)																
stellen:																
erste	10830	77	333	4944	1984	384	391	23	290	141	253	560	357	198	479	416
weitere	2973	4	37	2048	589	30	40	1	19	7	21	49	36	25	44	23
Insgesamt	13803	81	370	6992	2573	414	431	24	309	148	274	609	393	223	523	439
Erhebungen	5502	40	173	2577	829	115	176	10	122	66	101	445	109	43	179	517
Teiln. an behödl. Verhandl..	46	0	0	12	14	0	3	0	1	1	0	2	1	0	1	11
Durch Insp. männl. Erw.	76239	237	2228	43042	16799	1558	1434	76	971	529	880	2688	1396	850	2188	1363
erfaßte AN: männl. Jug. ¹⁾	2184	7	54	1502	97	89	70	0	48	10	31	15	77	38	126	20
weibl. Erw.	358	0	5	61	27	1	0	0	4	3	0	1	0	1	1	254
weibl. Jug. ¹⁾	45	0	0	10	26	0	0	0	5	0	0	0	1	0	0	3
Insgesamt	78826	244	2287	44615	16949	1648	1504	76	1028	542	911	2704	1474	889	2315	1640

¹⁾ Im Sinne des § 3 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 599/1987

Tabelle 2

Arbeitsinspektion

Tätigkeit der Arbeitsinspektionsärzte in Betrieben

Tabelle 2 –

	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Teilnahme an behödl. Verh.	114	0	0	5	1	3	5	1	12	2	1
Erhebungen betr.:											
11 Ausmaß, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung.	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
12 Belichtung, Beleuchtung, Notbeleuchtung.	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
13 Lüftung, Raumtemperatur, raumkl. Verhältnisse, Heizung und Kühlung.	42	0	1	0	3	2	3	0	4	0	2
14 Maßnahmen gegen Einwirk. d. Lärm od. Erschütterung.	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
241 gesundheitl. Eignung der Arbeitnehmer.	167	0	3	2	1	3	6	0	15	2	5
242 ärztl. Untersuchungen, ermächtigte Ärzte.	179	0	4	3	1	6	4	0	23	0	2
245 Verwend. jugendl., weibl. od. besonders schutzbed. Arbeitnehmer.	23	0	0	0	0	0	1	0	2	1	1
265 Betriebsärztl. Betreuung.	140	0	1	0	1	7	8	0	1	2	7
Übrige Angelegenheiten nach dem Arbeitnehmerschutzges.	570	0	7	12	25	21	16	1	44	11	22
641 Unfälle.	15	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
643 Berufskrankheiten.	186	0	0	2	8	5	4	0	26	2	4
645 Allgemeine Besichtigung d. Arbeitsinspekt. Ärzte.	725	1	2	12	15	27	27	4	109	17	16
661 Zusammenarbeit mit ander Behörden u. sonst. Ang.	33	0	0	3	0	1	1	0	3	0	0
662 Teilnahme an Sitzungen.	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Übriges.	444	1	3	4	4	3	10	2	27	16	6
Insgesamt.	2560	2	21	38	59	75	80	7	255	51	69
Ärztliche Begutachtungen in Bezug auf											
Berufskrankheiten.	658	0	8	2	35	14	15	0	66	7	7
§ 8 Arbeitnehmerschutzgesetz.	2075	15	54	18	59	57	31	5	206	22	46
§§ 30, 31, 33 Strahlenschutzgesetz.	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen.	17	0	0	0	0	0	1	0	3	0	0
Zeugnisse gemäß § 3 Abs. 3 Mutterschutzgesetz.	2683	1	1	1	62	13	35	4	10	16	52
sonstige Angelegenheiten des Mutterschutzes.	139	0	1	0	6	0	6	0	2	0	4
sonstige arbeitsmedizinische Angelegenheiten.	811	0	4	8	18	11	11	0	161	0	23
Insgesamt.	6411	16	68	29	180	95	99	9	448	45	132

Arbeitsinspektion

Tabelle 2

(Bdst) oder unmittelbar im Zusammenhang mit solchen
 Nach Wirtschaftsklassen geordnet

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
8	5	38	6	3	0	2	0	0	6	0	12	0	4	0	0
0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
4	3	12	1	0	1	0	0	0	1	2	0	1	2	0	0
1	0	6	0	0	0	0	2	0	2	1	0	0	1	0	0
13	7	66	7	13	0	1	1	2	4	3	12	0	1	0	0
20	11	62	10	10	0	1	1	4	6	1	3	1	6	0	0
2	0	7	0	3	0	0	1	0	1	0	0	0	4	0	0
11	1	40	4	3	0	0	4	4	3	6	29	2	6	0	0
36	31	183	14	22	0	0	3	7	9	6	76	6	18	0	0
1	0	2	1	0	0	0	0	8	0	1	0	0	0	0	0
17	8	68	16	7	0	0	0	1	8	0	9	0	1	0	0
62	31	241	31	35	2	1	3	3	17	7	36	5	21	0	0
1	3	2	0	2	2	0	0	2	1	0	4	0	8	0	0
1	0	6	0	2	0	0	0	1	0	0	1	0	5	0	0
42	28	103	10	58	2	1	8	3	23	5	53	7	25	0	0
211	123	799	94	156	7	4	23	35	75	32	224	22	98	0	0
22	14	187	87	19	25	4	0	2	71	3	52	0	7	0	11
214	96	867	142	45	8	32	2	2	54	1	40	1	42	0	16
4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22	1	1	0	0
2	0	1	1	1	0	0	0	0	3	0	0	0	5	0	0
57	12	214	31	665	239	64	167	179	236	31	491	19	45	2	36
5	3	12	1	36	14	1	3	2	14	0	17	4	6	0	2
128	27	199	11	5	104	2	0	1	16	6	55	3	17	0	1
432	152	1480	273	771	390	103	172	186	394	41	677	28	123	2	66

Tabelle 3

Arbeitsinspektion

Den Arbeitsinspektoraten zur

Tabelle 3 –

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Unfälle im Betrieb und auf											
Betriebseinrichtungen, Betriebsmittel											
100 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges.	166	2	7	0	6	0	0	0	9	0	2
Energieumwandlung und verteilung; Kraftübertr.											
101 Verbrennungseinrichtungen und Feuerungen.	11	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0
102 Dampfkessel, Dampfgefäße, Dampfleitungen.	11	0	0	1	2	0	0	0	0	2	1
103 Druckbehälter, Drucklei- tungen.	58	1	2	1	3	1	0	0	4	1	0
104 Kraftmaschinen, wie Tur- binen und Motoren.	9	0	1	0	0	0	0	0	1	0	1
105 Elektrische Anlagen und Einrichtungen.	8 141	0	4 35	1	0	1	1	0	4	1	1
107 Übertragungseinricht. wie Riemen od. Kettentriebe in u. an Arbeitsmaschinen sonst. Betriebseinr. od. -mitteln; Transmissionen.	48	0	0	1	4	1	0	0	11	2	0
108 Getriebe, wie Zahnrad- oder Reibradgetriebe.	6	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
109 Sonst. Betriebseinricht. u. Betriebsmittel z. Ener- gieumwandlung, -verteilung und Kraftübertragung.	21	0	0	0	2	1	0	0	1	1	0
Teilsomme 1 (101 bis 109).	8 305	1	4 38	4	11	4	1	0	25	8	3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Kenntnis gelangte Unfälle

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
Arbeitsstellen außerhalb derselben															
11	2	47	49	7	3	3	1	1	3	1	6	0	6	0	0
0	0	3	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
7	2	15	18	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
0	0	2	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	2	40	1 33	3	4	3	0	2	1	4	0	1	1	0	0
5	2	13	4	0	0	2	1	0	0	0	1	0	1	0	0
0	1	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	7	5	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
16	8	85	1 70	5	4	3	5	1	2	2	4	2	1	5	0

Tabelle 3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Betriebseinricht.(Masch.) für die Be- od. Verarbei- tung von Metallen											
110 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges.....	320	0	2	0	1	1	0	1	3	1	0
111 Hämmer, Warmpressen.....	34	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
112 Walzwerke, Walzenpaare.....	1 40	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
113 Pressen, Stanzen.....	360	0	0	0	1	1	1	0	12	4	2
114 Sägen.....	220	1	3	0	0	0	0	0	19	1	1
115 Scheren.....	98	0	0	0	1	0	0	0	1	2	1
116 Drehmaschinen, Druckbänke.....	384	1	1	0	3	3	1	1	6	1	0
117 Bohrmaschinen.....	692	1	19	0	6	1	3	0	21	1	0
118 Fräsmaschinen.....	215	0	2	0	0	0	0	0	15	0	0
119 Schleif-, Poliermaschinen.....	1 1570	6	21	3	8	4	0	4	45	10	2
121 Schweiß- und Schneidean- lagen, Metallflammspritz- anlagen.....	865	2	15	3	13	1	3	1	28	6	0
129 Anlagen für die Oberflä- chenbehandlung (Spritz- lackieren u. Pulverbe- schichten).....	23	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Teilsomme 2 (110 bis 129).....	2 4821	11	63	6	33	13	8	7	154	26	6
Betriebseinricht.(Masch.) für die Be- od. Verarbei- tung von Holz											
130 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges.....	207	3	1	1	0	1	0	1	140	3	0
131 Kreissägen.....	1122	3	5	1	5	1	1	2	454	6	3
132 Bandsägen.....	101	0	0	0	3	1	4	0	36	2	0
133 Sonstige Sägen.....	398	33	17	0	0	0	0	0	159	2	0
134 Hobelmaschinen.....	307	0	1	1	0	5	2	0	195	0	0
135 Fräsmaschinen.....	274	1	0	0	1	3	0	1	228	0	0
136 Bohrmaschinen.....	147	0	1	1	0	0	0	0	71	0	0
137 Schleif-, Poliermaschinen.....	168	0	1	0	0	0	0	1	93	0	0
139 Anlagen für die Oberflä- chenbehandlung (Spritz- lackieranlagen).....	4	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Teilsomme 3 (130 bis 139).....	2728	40	26	4	9	11	7	5	1378	13	3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
7	3	265	29	3	0	0	0	1	0	0	0	1	2	0	0
0	0	20	11	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
1	0	1 35	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	11	299	18	0	0	0	0	3	0	0	1	0	0	0	0
8	3	132	36	8	1	1	0	3	1	0	0	0	2	0	0
2	2	75	12	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
10	6	327	12	0	0	0	0	4	0	0	1	6	1	0	0
21	22	437	124	10	0	5	1	12	0	1	1	2	4	0	0
4	4	178	4	1	1	0	0	1	0	0	1	2	2	0	0
29	35	1 1114	217	21	0	5	0	18	4	1	5	4	14	0	0
14	25	559	151	15	0	3	0	13	0	0	6	2	5	0	0
1	0	17	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
104	111	2 3458	618	59	2	14	1	57	5	2	15	17	31	0	0
1	1	10	32	4	0	1	0	1	0	1	1	1	4	0	0
14	13	51	469	33	2	2	0	7	0	5	12	7	25	1	0
7	5	24	17	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
5	6	19	122	14	1	2	1	2	0	1	1	0	12	0	1
3	5	20	55	7	1	0	0	1	0	2	1	0	8	0	0
3	1	12	14	4	2	1	0	1	0	0	2	0	0	0	0
3	4	15	44	6	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0
1	0	38	27	0	1	0	0	2	0	0	0	2	2	0	0
0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
37	35	191	780	69	7	6	1	15	0	9	19	10	51	1	1

Tabelle 3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Betriebseinricht.(Masch.) für die Be- od. Verarbei- tung von Faserstoffen und Textilien											
140 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges.....	183	0	0	0	5	56	87	2	8	6	1
141 Öffner, Schlagmaschinen, Wölfe, Reißmaschinen, Karden, Krempeln, Spinnmaschinen.....	48	0	0	0	1	32	4	2	0	0	0
142 Web-, Flecht-, Strick-, Wirk-, Stickmaschinen.....	63	0	0	0	0	31	23	3	1	0	0
143 Wasch-, Färbe-, Appretier- maschinen, Zentrifugen.....	6	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0
144 Walzenpressen, Trocken- oder sonstige Zylinder.....	47	0	0	0	0	8	12	0	0	13	3
Teilsomme 4 (140 bis 144).....	347	0	0	0	6	130	126	7	9	19	4
Betriebseinricht.(Masch.) für die Be- od. Verarbei- tung von anderen Stoffen											
150 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges.....	1 564	2	4	2	111	9	21	6	13	46	26
151 Druckmaschinen, wie Buch- druck-, Steindruck-, Rotationsdruck-, Tiegel- druckpressen.....	97	0	1	0	2	2	1	0	6	7	48
152 Filmsatzeinrichtungen, Kopieranlagen.....	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
156 Spritzgußmaschinen, Kunststoffpressen.....	47	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0
158 Schlagmaschinen, Stampf- maschinen, Preßluftschlämmer.....	179	0	1	0	0	1	1	0	9	1	1
159 Pressen, Stanzen.....	1 136	1	1	0	4	3	17	5	17	13	4
161 Hack- und Schneide- maschinen.....	862	2	5	1	135	7	17	2	6	21	10
162 Zerkleinerungs-, Sortiermaschinen.....	49	0	0	1	12	2	0	1	4	3	2
163 Rührwerke, Knet-, Misch- maschinen.....	80	0	0	0	22	0	0	0	1	0	0
Teilsomme 5 (150 bis 163).....	2 2015	5	12	4	286	25	57	15	57	91	91

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
5	0	3	2	1	0	0	0	0	3	0	3	1	0	0	0
2	0	0	5	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0
1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
4	2	1	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0
12	3	5	8	3	0	0	0	0	7	0	6	1	1	0	0
73	36	1 56	80	38	5	1	2	1	3	1	17	3	8	0	0
14	4	6	0	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
27	1	14	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	10	17	129	0	0	0	0	4	2	1	0	0	1	0	0
1 13	16	25	4	7	1	1	0	1	1	1	0	0	1	0	0
26	7	28	18	357	125	3	1	7	8	1	46	6	22	0	1
5	3	5	2	4	1	0	0	0	1	0	2	0	1	0	0
12	7	6	22	3	5	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0
1 171	84	1 157	257	413	137	6	5	13	15	4	66	10	33	0	1

Tabelle 3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X			
Fördereinrichtungen, Transportmittel, andere mechanische Einrichtungen														
170 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	1 95	2	0	1	1	14	5	0	0	10	4	1		
171 Aufzüge.....	58	0	1	0	3	0	0	0	0	2	1	0		
172 Krane.....	3 370	3	6	1	0	1	0	0	0	5	7	0		
173 Winden, Flaschenzüge, sonst. Lasthebemaschinen, wie Hebebühnen.....	1 124	5	3	1	4	0	1	0	0	4	0	0		
174 Bagger, Ladegeräte, Erd- und Straßenbaugeräte.....	4 198	0	3	1	0	0	0	0	1	2	1	0		
177 Rolltreppen, Fahrsteige.....	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
178 Stetigförderer, wie Bandförderer, Becherwerke.....	1 163	0	0	5	29	2	0	2	1	25	13	1		
181 Schienengebundene Transportmittel und Seilschwebbahnen.....	1 39	2	0	2	3	0	0	0	0	1	1	0		
183 Flurförderzeuge, wie Elektro-, Dieselkarren, Hubstapler.....	2 730	4	5	0	71	6	5	1	53	31	9	9		
184 Kraftfahrzeuge, Anhänger.....	2 267	1	3	2	2	15	2	0	0	6	0	1		
185 Sonstige Fahrzeuge.....	1 193	2	3	1	7	4	2	0	13	4	2	2		
Teilsomme 6 (170 bis 185).....	16 2238	1	21	23	1	14	146	20	8	3	2	121	62	14
191 Handwerkzeuge.....	5878	43	103	25	579	110	48	16	413	84	35			

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
5	4	19	15	7	1	2	0	1	0	0	2	0	2	0	0
2	2	17	15	4	1	0	1	3	1	0	3	0	2	0	0
15	9	201	3 105	6	0	9	0	2	0	0	0	0	0	0	0
7	3	1 44	31	7	0	6	1	1	3	1	0	0	2	0	0
3	7	7 3 165	2	0	0	2	0	0	2	0	0	0	3	0	0
0	0	1 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	15	42	11	5	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	3	9	1 9	0	1	3	0	0	0	1	0	0	1	0	0
69	21	1 225	35	1 124	6	43	2	6	3	2	1	3	5	0	0
5	7	48	63	23	1	1 56	2	1	3	4	1	1	21	0	0
11	7	61	39	15	0	6	0	1	1	3	3	0	1 8	0	0
131	78	2 674	7 488	1 193	10	1 129	6	15	13	11	10	4	1 44	0	0
266	126	1669	1168	481	247	44	12	50	30	15	152	47	113	0	2

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Arbeitsvorgänge, -verfahren, -plätze, Lagerung; Verkehr i. d. Betrieben											
200 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	3 860	7	22	0	54	8	4	1 2	40	16	7
Umgang (wie Lagerung, Verwendung) mit oder Einwirkung von											
201 giftigen oder mindergiftigen Arbeitsstoffen.....	44	0	1	0	0	2	0	0	1	0	1
202 ätzenden Arbeitsstoffen.....	882	2	9	4	63	13	7	2	32	30	6
204 Strahlen und radioaktiven Arbeitsstoffen.....	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
205 infektiösen Arbeitsstoffen.....	49	1	0	0	12	1	0	1	0	0	0
206 anderen gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen.....	106	0	3	0	2	1	2	0	4	0	1
207 brandgefährlichen oder heißen bzw. sehr kalten Arbeitsstoffen und Materialien.....	2050	3	20	7	148	19	22	0	46	35	7
208 Spreng-, Zündmitteln.....	18	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
209 anderen explosionsgefährlichen Arbeitsstoffen.....	5 40	0	0	0	0	0	2	0	2	0	0
Teilsomme 7 (201 bis 209).....	5 3215	6	33	13	225	36	33	3	85	65	15
Sonstige Vorgänge											
711 Rutschen oder Abstürzen von Erdmassen od. Gestein.....	8 109	2 4	6	3	1	0	0	0	0	0	0
712 Einstürzen od. Abrutschen von geschichtetem, gestapeltem od. als Schüttgut gelagertem Material.....	1 234	11	2	2	8	2	0	0	31	4	0
713 Zusammenbruch v. Gerüsten oder anderen Standplätzen.....	3 412	2	4	1	11	2	1 2	0	18	2	0
714 Absturz von Personen.....	21 4981	28 1	97	33	173	26	11	5	236	58	14

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
29	29	244	119	1 44	30	26	2	11	10	16	40	4	93	0	4
10	0	11	5	2	1	0	0	2	0	1	2	0	5	0	0
117	43	169	248	22	8	9	2	15	13	2	43	7	16	0	0
0	4	17	2	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
0	1	4	1	3	1	0	0	0	1	1	22	0	0	0	0
7	4	30	34	0	0	3	0	1	4	1	3	0	6	0	0
140	51	882	219	56	152	12	2	10	20	5	136	11	46	0	1
5	0	1	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0
0	0	2 10	1 14	2	0	1	0	2 2	1	0	0	0	6	0	0
279	103	2 1124	1 527	87	162	26	4	2 31	39	10	206	18	84	0	1
0	1	2	4 5	78	1	0	2	0	0	1	0	2	0	5	0
6	8	30	1 102	15	2	5	0	1	0	0	0	0	5	0	0
8	8	63	2 220	22	4	9	1	12	7	2	2	3	9	0	0
113	125	1 829	19 2151	346	61	254	12	86	71	35	57	16	129	0	15

Tabelle 3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
721 Transportarbeiten wie Heben, Schieben, Rollen, Tragen oder Auf- und Ab-laden von Lasten.....	3 7084	45	91	32	331	83	24	15	401	113	57
723 Ausgleiten, Stolpern oder Hinfallen von Personen.....	2 16003	181	297	74	834	149	104	20	650	298	185
724 Einklemmen oder Quetschen von Körperteilen.....	2 9047	65	108	72	376	164	90	19	620	241	114
725 Anstoßen v. Körperteilen, Berühren scharfer, rauher oder spitzer Gegenstände....	18989	93	233	58	1044	310	169	40	1071	399	159
728 Umgang mit Menschen.....	1 779	1	3	0	11	3	0	1	6	0	0
729 Sportunfälle (Dienstsport)....	2 1291	2	13	0	4	3	8	0	9	9	1
731 Umgang mit Tieren.....	1 294	9	11	0	1 61	1	2	0	3	1	2
736 Herabfallen von Gegenständen..	6 6466	1 47	91	1 42	242	90	35	3	436	71	36
737 Umfallen von Gegenständen....	3 1718	38	25	4	56	14	11	3	132	25	10
738 Wegfliegen von Stücken.....	2 4035	57	90	37	68	32	13	3	1 196	41	9
Teilsomme 8 (711 bis 738)....	55 71442	3 583	1 1071	1 358	1 3220	879	1 469	109	1 3809	1262	587
Summe d. Unfälle in Betr. u. auf Arbeitsst. außerh. derselben (Teilsomme 1-8 und Schl.Nr. 100, 191 u. 200).....	91 94015	4 719	5 1398	2 428	1 4575	1236	1 761	166	5 6100	1646	767
Prozent. Aufschlüsselung.....	100.000	0.764	1.486	0.455	4.866	1.314	0.809	0.176	6.488	1.750	0.815

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
256	249	2181	3 1663	594	77	288	13	73	49	40	208	30	167	1	3
531	482	3324	1 3864	1172	518	444	138	227	297	145	692	158	1141	9 1	69
376	355	1 3056	1981	514	76	194	25	88	81	27	190	38 1	171	1	5
734	589	6414	3757	1278	387	229	47	169	208	77	843	137	525	3	16
3	1	24	18	34	41	10	3	15	6	14	175	13 1	391	0	6
1	6	49	22	14	13	3	5	5	4 1	89	64	120 1	846	1	0
1	2	14	18	16	10	14	7	3	6	10	18	6	78	0	1
1 239	207 1	2021	2 1802	472	66	176	19	76	43	20	107	13	106	0	6
47 1	71	492 1	482	124	13	58	3	10	14	11	30	5 1	37	0	3
105	155 1	1824	1059	112	8	41	2	27	13	10	27	5	99	0	2
1 2420	2 2260	4 20325	34 17217	4714	1276	1727	275	792	800 1	480	2415	544 4	3709	15 1	126
2 3476	2 2839	11 27979	43 21301	2 6075	1878	4 1986	308	2 987	924	1 552	2937	656	5 4170	16 1	135
3.697	3.019	29.760	22.657	6.461	1.997	2.112	0.327	1.049	0.982	0.587	3.123	0.697	4.435	0.017	0.143

Tabelle 3

Arbeitsinspektion

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Schl. Unfallgegenst., -vorgang	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X		
	Unfälle außerhalb des												
750 Arbeitsunfälle außerhalb des Betriebes oder der Arbeitsstelle, soweit nicht 751 oder 752.....	5 1020	1	8	17	1	25	3	1	0	1	31	3	19
751 Auf dem Wege zum oder vom Betrieb bzw. zur oder von der Arbeitsstelle.....	62 7741		24	2 115	22	2 351	99	2 144	11	1 279	86	2 156	
752 Teilnahme am öffentlichen Verkehr.....	19 1130		3	24	2	37	1	4	4	0	1 33	3	23
Summe d. Unfälle außerh. des Betriebes oder der Arbeitsst. (Summe der Schl.Nrn. 750 bis 752).....	86 9891	1	35	2 156	25	2 413	1 106	2 149	11	3 343	92	2 198	
Prozent. Aufschlüsselung.....	100.000		0.353	1.577	0.252	4.175	1.071	1.506	0.111	3.467	0.930	2.001	
Summe aller Unfälle (in d. Betr. u. ArbSt. außerh. derselben).....	177 103906	5	754	7 1554	2 453	3 4988	1 1342	3 910	177	8 6443	1738	2 965	
Prozent. Aufschlüsselung.....	100.000		0.725	1.495	0.435	4.800	1.291	0.875	0.170	6.200	1.672	0.928	
Rate der tödl. Unfälle im Betrieb und auf ArbSt. außerh. derselben, bez. auf 10000 Unfälle.....	9.67		41.72	42.91	46.72	2.18	0	13.14	0	8.19	0	0	
Rate aller tödl. Unfälle, bez. auf 10000 Unfälle	17.03		53.05	51.48	44.15	6.01	7.45	32.96	0	12.41	0	20.72	
Von Unfällen betroffen:													
männl. Erwachsene	81460		686	1378	436	3647	787	310	99	5114	1506	692	
männl. Jugendliche ¹⁾	6880		13	90	10	214	63	23	4	656	57	33	
weibl. Erwachsene	14316		45	84	7	1042	463	512	67	616	163	226	
weibl. Jugendliche ¹⁾	1250		10	2	0	85	29	65	7	57	12	14	
Von tödl. Unfällen betr.:													
männl. Erwachsene	152		5	6	2	3	0	3	0	8	0	2	
männl. Jugendliche ¹⁾	9		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
weibl. Erwachsene	12		0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	
weibl. Jugendliche ¹⁾	4		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	

¹⁾ Im Sinne des §3 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 599/1987

Arbeitsinspektion

Tabelle 3

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
Betriebes oder der Arbeitsstelle															
7	4	94	1 223	1 80	13	88	18	30	52	12	76	41	1 174	0	0
3 293	3 142	12 174	14 798	4 852	2 276	4 182	1 217	4 165	1 194	94	2 508	1 85	2 904	1	2
21	19	2 119	3 158	2 173	3 35	5 110	53	1 46	23	4	69	6	1 159	1	1
3 321	3 165	14 1954	18 1179	7 1105	5 324	9 380	1 288	5 241	1 269	110	2 653	1 132	4 1237	2	3
3.245	1.668	19.755	11.919	11.171	3.275	3.841	2.911	2.436	2.719	1.112	6.601	1.334	12.506	0.020	0.030
5 3797	5 3004	25 29933	61 22480	9 7180	5 2202	13 2366	1 596	7 1228	1 1193	1 662	2 3590	1 788	9 5407	18	1 138
3.654	2.891	28.807	21.634	6.910	2.119	2.277	0.573	1.181	1.148	0.637	3.455	0.758	5.203	0.017	0.132
5.75	7.04	3.93	20.18	3.29	0	20.14	0	20.26	0	18.11	0	0	11.99	0	74.07
13.16	16.64	8.35	27.13	12.53	22.70	54.94	16.77	57.00	8.38	15.10	5.57	12.69	16.64	0	72.46
3108	2704	25026	20480	4287	952	2209	314	1027	568	490	1097	290	4193	9	51
119	92	2839	1798	262	269	42	2	14	17	11	37	172	43	0	0
544	200	1953	174	2235	828	112	271	180	574	161	2386	237	1141	8	87
26	8	115	28	396	153	3	9	7	34	0	70	89	30	1	0
2	5	20	58	6	1	13	1	4	1	1	1	0	9	0	1
1	0	4	3	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	0	0	0	2	2	0	0	2	0	0	1	1	0	0	0
0	0	1	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 4

Arbeitsinspektion

Berufs-

(Gemäß § 177, Anlage 1 des Allgemeinen Sozialver-

Tabelle 4

	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
1 Erkrankungen durch Blei, seine Legierungen oder Verbindungen.....	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 Erkrankungen durch Phosphor oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 Erkrankungen durch Quecksilber, seine Legierungen oder Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4 Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5 Erkrankungen durch Mangan oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6 Erkrankungen durch Cadmium oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7 Erkrankungen durch Beryllium oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8 Erkrankungen durch Chrom oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9 Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen.....	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 Erkrankungen durch Nitro- und Amidoverbindungen des Benzols oder seiner Homologen und deren Abkömmlinge.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11 Erkrankungen durch Halogen-Kohlenwasserstoffe.....	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12 Erkrankungen durch Salpetersäureester.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13 Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14 Erkrankungen durch Schwefelwasserstoff.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15 Erkrankungen durch Kohlenoxid.....	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16 Erkrankungen durch ionisierende Strahlen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17 Hautkrebs oder zur Krebsbildung neigende Hautveränderungen durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech, Mineralöle, Erdpech und ähnliche Stoffe.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18 Krebs oder andere Neubildungen sowie Schleimhautveränderungen der Harnwege durch aromatische Amine.....	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
19 Hauterkrankungen, wenn und solange sie zur Aufgabe schädigender Erwerbsarbeit zwingen.....	366	1	0	1	4	4	5	3	19	3	0
20 Erkrankungen durch Erschütterung bei der Arbeit mit Preßluftwerkzeugen und gleichartig wirkenden Werkzeugen und Maschinen (wie z. B. Motorsägen) sowie durch Arbeit an Anklappmaschinen.....	8	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0

Arbeitsinspektion

Tabelle 4

krankheiten

sicherungsgesetzes [ASVG.], BGBl. Nr. 189/1955)

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	4	78	37	11	30	0	0	0	118	0	30	1	2	0	0
1	1	1	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 4

Arbeitsinspektion

Tabelle 4

	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
21 Erkrankungen durch Arbeit in Druckluft.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22 Drucklähmungen der Nerven.....	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
23 Chronische Erkrankungen der Ellbogengelenke durch ständigen Druck oder ständige Erschütterung.....	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
24 Abrißbrüche der Wirbeldornfortsätze.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
25 Meniskusschäden bei Bergleuten nach mindestens dreijähriger regelmäßiger Tätigkeit unter Tag und bei anderen Personen nach mindestens dreijähriger regelmäßiger die Kniegelenke in gleicher Weise in Anspruch nehmender Tätigkeit.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
26 a Staublungerkrankungen (Silikose oder Silikatose) mit objektiv feststellbarer Leistungsminderung von Atmung oder Kreislauf.....	5	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0
26 b Staublungerkrankung in Verbindung mit aktiv-fortschreitender Lungentuberkulose (Siliko-Tuberkulose).....	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
27 a Asbeststaublungerkrankung (Asbestose) mit objektiv feststellbarer Leistungsminderung von Atmung oder Kreislauf.....	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
27 b Bösartige Neubildungen der Lunge und des Rippenfelles durch Asbest.....	6/5	0	1/1	0	0	0	0	0	0	0	0
28 Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Aluminium oder seine Verbindungen.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
29 Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Thomas-schlackenmehl.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
30 Erkrankungen an Asthma bronchiale, wenn und solange sie zur Aufgabe schädigender Erwerbsarbeit zwingen.....	45	0	0	0	35	0	1	0	3	0	0
31 Erkrankungen der Knochen, Gelenke und Bänder durch Fluorverbindungen (Fluorose).....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
32 Erkrankungen der Zähne durch Mineralsäuren.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
33 Durch Lärm verursachte Schwerhörigkeit.....	471	8	7	12	13	7	5	1	55	12	6
34 Hornhautschädigungen des Auges durch Benzochinon.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
35 Grauer Star.....	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
36 Wurmkrankheit der Bergleute, verursacht durch Ankylostoma duodenale oder Strongyloides stercoralis.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
37 Tropenkrankheiten, Fleckfieber.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
38 Infektionskrankheiten.....	38	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Arbeitsinspektion

Tabelle 4

(Fortsetzung)

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
0	0	0	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1/1	2/2	0	1/1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	0	1	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	39	213	62	3	0	1	0	0	0	0	3	0	6	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35	0	2	0	0

Tabelle 4

Arbeitsinspektion

Tabelle 4

	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
39 Von Tieren auf Menschen übertragene Krankheiten.	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
40 Erkrankungen an Lungenfibrose durch Hartmetallstaub.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
41 Durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lunge mit objektivem Nachweis einer Leistungsminderung von Atmung oder Kreislauf.	23	0	0	0	0	1	0	0	2	0	0
42 Erkrankungen durch Dimethylformamid.	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
43 Exogen-allergische Alveolitis mit objektiv nachweisbarem Funktionsverlust der Lunge, sofern das als ursächlich festgestellte Antigen tierischer oder pflanzlicher Abkunft bei der Erwerbsarbeit von einem objektiv feststellbar bestimmenden Einfluß gewesen ist.	5/1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
44 Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Rohbaumwoll- oder Flachstaub.	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Zahl der gemeldeten Berufserkrankungsfälle											
45 Gesamtzahl einschließlich der Todesfälle.	993/6	9	8/1	18	54	13	11	4	80	15	6
46 In Prozent der Gesamtzahl.	100,00	0,906	0,806	1,813	5,438	1,309	1,108	0,403	8,056	1,511	0,602
Hievon betrafen											
47 männliche Erwachsene.	694/6	8	8/1	18	49	10	7	1	72	13	6
48 männliche Jugendliche ¹⁾	5	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
49 weibliche Erwachsene.	231	1	0	0	5	2	4	3	8	2	0
50 weibliche Jugendliche ¹⁾	63	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Die Tabelle enthält die im Berichtsjahre dem Zentral-Arbeitsinspektorat und den Arbeitsinspektoraten zur Kenntnis gelangten Berufskrankheiten. Todesfälle sind durch Kursivschrift ausgewiesen; sie sind auch in der jeweils in Normalschrift angeführten Zahl enthalten + 10 Erkrankungsfälle gem. Generalklausel: 10 männl. Erw. davon **4 Tote** als Berufskrankheiten anerkannt.

¹⁾ Im Sinne des § 3 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 599/1987

Arbeitsinspektion

Tabelle 4

(Fortsetzung)

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	1	12	3	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	2/1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
42/1 4,230	49/2 4,935	312 31,420	119/1 11,984	17/1 1,712	31 3,122	1 0,101	0 0,000	0 0,000	122 12,286	1 0,101	70 7,049	1 0,101	10 1,007	0 0,000	0 0,000
31/1 0 10 1	48/2 0 1 0	269 2 40 1	115/1 2 1 1	7/1 0 10 0	4 0 23 4	1 0 0 0	0 2 0 0	0 0 0 0	6 0 62 54	1 0 0 0	14 0 54 2	0 0 1 0	6 0 4 0	0 0 0 0	0 0 0 0

Tabelle 5

Arbeitsinspektion

Gesundheitliche Eignung von Arbeit-

Tabelle 5

	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Anzahl der Betriebe, von denen Untersuchungsergebnisse eingelangt sind ...	4162	1	55	62	82	65	40	12	618	42	63
Anzahl der Arbeitnehmer, die untersucht wurden wegen Einwirkung durch											
1 chemisch-toxische Arbeitsstoffe	30588	79	375	19	77	298	552	127	2143	195	867
2 Lärm	35931	0	482	631	2235	3007	289	116	4971	1584	431
3 quarz-, asbest oder sonstige silikat-haltige Staube, Thomasschlackenmehl, Aluminiumstaub, Metallstaub bei der Herstellung von Hartmetallen	8912	0	83	463	22	62	11	0	41	33	5
4 den Organismus besonders belastende Hitze, Tragen von Atemschutzgeräten, Tätigkeit in Gasrettungsdiensten	2589	0	188	1	2	8	0	0	122	475	0
5 Stoffe, die Hautkrebs verursachen können	876	0	203	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	78896	79	1331	1114	2336	3375	852	243	7277	2287	1303
Anzahl der Betriebe, in denen Arbeitnehmer auf Grund der Untersuchungsergebnisse für die Tätigkeit als nicht geeignet beurteilt wurden	85	0	5	5	0	1	1	0	5	0	2
Anzahl der auf Grund der Untersuchungsergebnisse für eine Tätigkeit mit Einwirkung durch											
1 chemisch-toxische Arbeitsstoffe	17 99	0	0	0	0	0	1	0	3	0	1
2 Lärm	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
3 quarz-, asbest oder sonstige silikat-haltige Staube, Thomasschlackenmehl, Aluminiumstaub, Metallstaub bei der Herstellung von Hartmetallen	1 18	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0
4 den Organismus besonders belastende Hitze, Tragen von Atemschutzgeräten, Tätigkeit in Gasrettungsdiensten	32	0	13	0	0	1	0	0	0	0	2
5 Stoffe, die Hautkrebs verursachen können	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
ionisierende Strahlen bei											
6 medizinischer Anwendung	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7 nicht-medizinischer Anwendung	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
nicht geeigneten Arbeitnehmern											
Insgesamt	18 164	0	18	0	0	1	1	0	5	0	3

Arbeitsinspektion

Tabelle 5

nehmern für bestimmte Tätigkeiten

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
244	184	1734	182	116	1	30	7	8	474	13	45	13	64	0	7
6062 2988	919 1310	13826 16034	965 802	796 95	6 0	167 104	53 16	14 8	1696 9	220 23	335 12	87 76	673 669	0 0	37 39
467	2054	4751	721	25	0	4	19	11	1	0	43	25	66	0	5
379	68	1255	0	13	0	0	0	45	5	6	0	0	22	0	0
232	187	238	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	0	0
10128	4538	36104	2492	929	6	275	88	78	1711	249	390	188	1442	0	81
8	4	34	3	3	0	1	0	0	5	0	5	0	3	0	0
6 0	6 0	17 68 1	1 0	6 0	0 0	1 0	0 0	0 0	6 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
2	0	1 9	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	0	11	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	9 0	0 0	0 2	0 0	0 0
11	6	18 90	4	6	0	1	0	0	6	0	9	0	3	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Beanstandungen auf dem Gebiete des technischen in den Betrieben sowie auf Baustellen und Arbeits- Tabelle 6 –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Betriebsräume, Arbeitsstellen, Verkehrswege											
10 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	913	1	7	5	35	13	5	0	43	9	12
11 Ausmaß, Lage, Beschaffenheit, Ausgestaltung	1927	4	15	15	122	18	28	6	127	9	41
12 Belichtung, Beleuchtung, Notbeleuchtung	2288	0	9	1	67	22	33	4	71	14	29
13 Lüftung, Raumtemperatur, raumklimatische Verhältnisse, Heizung und Kühlung	3904	1	26	15	119	39	63	12	239	27	83
14 Maßnahmen gegen Einwirkung durch Lärm oder Erschütterungen	401	0	11	3	25	11	6	0	56	15	12
17 Ausgänge, Verkehrswege, Fluchtwege	10287	9	113	18	370	68	144	25	482	63	136
Teilsomme 1 (10 - 17)	19720	15	181	57	738	171	279	47	1018	137	313
Betriebseinrichtungen, Betriebsmittel											
100 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	1145	2	4	6	78	15	13	2	57	3	22
Energieumwandlung und -verteilung; Kraftübertragung											
101 Verbrennungseinrichtungen und Feuerungen	1528	2	1	2	84	2	16	4	40	3	27
102 Dampfkessel, Dampfgefäße, Dampfleitungen	465	0	3	3	20	2	26	0	8	1	0
103 Druckbehälter, Druckleitungen	2097	1	17	7	98	11	16	6	145	6	13
104 Kraftmaschinen, wie Turbinen und Motoren	37	0	5	0	2	2	0	0	3	0	0
105 Elektrische Anlagen und Einrichtungen	11625	15	79	21	583	85	185	24	692	58	161

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

**und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes
(Bundesdienststellen)
stellen außerhalb von Betrieben
Wirtschaftsklasse**

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
19	12	92	208	222	111	13	18	15	10	8	18	4	33	0	0
46	49	265	151	487	248	38	48	39	28	10	57	6	70	0	0
64	16	273	69	900	374	36	81	36	30	29	47	8	75	0	0
188	70	760	158	892	599	54	88	38	126	29	125	27	125	1	0
26	18	124	17	21	16	5	12	3	0	0	6	3	11	0	0
374	141	1051	1469	3182	1478	169	248	188	117	76	157	52	156	0	1
717	306	2565	2072	5704	2826	315	495	319	311	152	410	100	470	1	1
25	24	151	122	171	352	29	8	12	14	8	11	1	14	0	1
22	12	161	45	354	560	29	47	25	30	13	25	11	13	0	0
10	3	17	4	27	267	6	1	3	33	5	23	0	3	0	0
69	38	472	137	373	494	69	14	13	34	11	29	7	17	0	0
2	0	7	3	5	2	1	0	1	0	1	1	0	2	0	0
289	196	1441	2366	2266	1973	197	150	160	223	56	258	51	96	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
107 Übertragungseinrichtungen, wie Riemen oder Kettentriebe in und an Arbeitsmaschinen, sonstigen Betriebseinrichtungen oder Betriebsmitteln; Transmissionen	1107	5	33	37	119	35	63	14	195	29	18
108 Getriebe, wie Zahnrad- oder Reibradgetriebe	79	1	2	2	5	6	4	0	13	1	3
109 Sonstige Betriebseinrichtungen und Betriebsmittel zur Energieumwandlung, -verteilung und Kraftübertragung	1609	1	13	4	194	4	3	1	18	6	12
Teilsumme 2 (101 - 109)	18547	25	153	76	1105	147	313	49	1114	104	234
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von Metallen											
110 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	161	0	3	0	2	0	1	0	10	2	1
111 Hämmer, Warmpressen	30	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
112 Walzwerke, Walzenpaare	42	0	0	0	1	1	0	0	3	1	0
113 Pressen, Stanzen	367	0	0	1	2	2	1	0	15	3	0
114 Sägen	121	0	4	0	2	1	0	0	11	1	0
115 Scheren	158	0	5	0	4	3	2	0	4	1	0
116 Drehmaschinen, Druckbänke	71	0	3	0	1	0	0	0	3	2	0
117 Bohrmaschinen	51	1	0	0	2	1	0	1	0	0	0
118 Fräsmaschinen	24	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0
119 Schleif-, Poliermaschinen	607	1	6	1	14	3	2	1	41	2	0
121 Schweiß- und Schneideanlagen, Metallflammspritzanlagen	1133	1	13	5	31	7	3	1	37	5	2
129 Anlagen für die Oberflächenbehandlung (Spritzlackieren u. Pulverbeschichten)	200	0	1	0	2	0	1	0	39	1	0
Teilsumme 3 (110 - 129)	2965	3	35	7	61	18	10	3	167	18	3

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
82	51	192	65	83	26	10	9	6	8	6	8	7	6	0	0
5	6	19	1	2	4	1	0	0	1	1	1	1	0	0	0
23	9	44	13	499	654	7	27	4	16	7	29	9	12	0	0
502	315	2353	2634	3609	3980	320	248	212	345	100	374	86	149	0	0
12	1	111	8	5	0	0	0	1	0	0	2	0	2	0	0
0	0	27	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	0	32	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	7	302	12	4	1	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0
5	1	64	19	5	0	2	0	0	1	2	3	0	0	0	0
4	2	100	22	3	0	3	0	0	1	0	0	0	4	0	0
3	1	49	4	1	0	1	0	0	0	0	0	2	1	0	0
3	2	30	5	3	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0
0	0	19	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
16	16	335	82	22	4	45	0	1	3	2	3	4	3	0	0
27	33	635	132	51	9	79	0	11	9	4	16	3	19	0	0
4	0	128	12	5	1	5	0	1	0	0	0	0	0	0	0
88	63	1832	300	101	15	135	0	14	15	8	28	10	31	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von Holz											
130 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	229	0	2	0	0	0	1	0	184	0	0
131 Kreissägen	1086	0	6	0	3	2	0	0	452	2	0
132 Bandsägen	110	0	0	0	2	3	0	0	72	0	0
133 Sonstige Sägen	104	2	0	0	0	0	0	0	71	2	0
134 Hobelmaschinen	234	0	2	0	2	3	0	1	140	2	1
135 Fräsmaschinen	156	0	0	0	1	0	0	0	120	0	0
136 Bohrmaschinen	20	0	0	0	0	0	0	0	16	0	0
137 Schleif-, Poliermaschinen	204	0	1	0	0	0	0	0	151	0	0
139 Anlagen für die Oberflä- chenbehandlung (Spritz- lackieranlagen)	236	0	0	0	0	0	0	3	194	0	0
Teilsomme 4 (130 - 139)	2379	2	11	0	8	8	1	4	1400	6	1
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von Faserstoffen u. Textilien											
140 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	97	0	0	1	0	30	23	3	2	8	0
141 Öffner, Schlagmaschinen, Wölfe, Reißmaschinen, Karden, Krempeln, Spinn- maschinen	21	0	0	0	0	11	2	0	3	0	0
142 Web-, Flecht-, Strick-, Wirk-, Stickmaschinen	30	0	0	0	0	19	0	0	0	0	0
143 Wasch-, Färbe-, Appre- tiermaschinen, Zentri- fugen	73	0	0	0	2	12	1	0	0	0	0
144 Walzenpressen, Trocken- oder sonstige Zylinder	30	0	0	0	0	13	4	1	0	6	0
Teilsomme 5 (140 - 144)	251	0	0	1	2	85	30	4	5	14	0

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
0	3	9	12	7	1	0	0	0	0	1	6	0	3	0	0
14	11	41	499	31	6	3	2	0	1	3	7	1	2	0	0
3	2	8	15	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
2	2	2	19	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	3	8	52	8	1	1	0	1	0	2	2	1	2	0	0
1	0	8	23	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	2	19	14	5	0	0	1	0	0	0	2	1	3	0	0
2	0	15	10	6	1	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
29	23	110	647	68	9	8	3	1	1	6	17	5	11	0	0
3	0	1	2	5	3	0	0	0	12	0	0	4	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0
0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	9	0	0	0
0	0	4	0	1	22	0	0	0	20	0	8	3	0	0	0
0	0	0	0	0	1	0	0	0	4	0	1	0	0	0	0
3	0	5	2	6	27	0	0	0	37	0	9	21	0	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von anderen Stoffen											
150 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	340	1	0	1	83	6	6	4	6	8	6
151 Druckmaschinen, wie Buch- druck-, Steindruck-, Rotationsdruck-, Tiegel- druckpressen	49	0	0	0	1	1	0	0	5	3	13
152 Filmsatzeinrichtungen, Kopieranlagen	4	0	1	0	0	0	0	0	0	2	1
156 Spritzgußmaschinen, Kunststoffpressen	47	0	0	0	0	1	2	0	5	0	0
158 Schlagmaschinen, Stampfma- schinen, Preßluflthämmer	13	0	1	3	0	0	0	0	1	0	0
159 Pressen, Stanzen	150	0	1	1	7	4	6	4	51	15	0
161 Hack- und Schneidemaschi- nen	215	0	1	0	35	1	1	0	5	14	12
162 Zerkleinerungs-, Sortier- maschinen	75	0	0	5	36	0	0	0	1	3	0
163 Rührwerke, Knet-, Misch- maschinen	164	1	0	0	56	1	0	0	0	1	0
Teilsomme 6 (150 - 163) ..	1057	2	4	10	218	14	15	8	74	46	32
Fördereinrichtungen, Transportmittel, andere mechanische Einrichtungen											
170 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	486	2	8	4	54	8	4	0	33	6	3
171 Aufzüge	1314	3	6	1	48	10	7	3	19	6	9
172 Krane	1099	2	9	12	14	7	1	0	44	8	0
173 Winden, Flaschenzüge, sonstige Lasthebemaschi- nen, wie Hebebühnen	1430	2	9	6	121	9	6	0	39	6	14
174 Bagger, Ladegeräte, Erd- und Straßenbaugeräte	107	0	1	9	0	0	0	0	1	0	0
177 Rolltreppen, Fahrsteige	7	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
178 Stetigförderer, wie Band- förderer, Becherwerke	290	2	2	35	38	2	1	1	40	9	2

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
113	29	38	6	16	7	2	0	1	1	0	5	0	1	0	0
16	1	2	0	5	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
26	0	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	2	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	11	15	1	8	0	0	2	0	4	0	1	0	1	0	0
17	6	5	4	37	70	2	0	1	0	1	3	0	0	0	0
7	3	5	0	8	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	10	4	63	0	5	0	1	0	0	0	3	1	0	0	0
217	62	82	78	74	90	4	4	2	5	1	12	1	2	0	0
25	20	120	51	93	15	21	3	3	3	4	1	0	5	0	0
26	20	53	601	242	118	7	34	14	9	6	48	6	18	0	0
33	40	251	603	33	1	19	4	5	1	2	3	2	5	0	0
44	26	555	267	228	22	30	5	11	7	8	5	5	5	0	0
1	1	3	77	4	0	1	9	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	2	0	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
37	50	19	14	23	2	1	5	1	4	0	0	1	1	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
181 Schienengebundene Transportmittel und Seilschwebbahnen.....	42	0	0	1	2	0	0	0	6	3	0
183 Flurförderzeuge, wie Elektro-, Dieselkarren, Hubstapler.....	1228	0	3	5	76	19	5	3	125	23	13
184 Kraftfahrzeuge, Anhänger.....	26	0	1	3	1	0	0	0	1	0	0
185 Sonstige Fahrzeuge.....	20	0	1	0	0	1	0	0	3	0	0
Teilsomme 7 (170 - 185).....	6049	11	40	76	354	56	24	7	312	61	41
191 Handwerkzeuge.....	58	0	0	2	2	2	0	0	3	0	0
Arbeitsvorgänge, -verfahren, -plätze, Lagerungen; Verkehr i. d. Betrieben											
200 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	1176	1	29	8	43	11	10	3	73	11	30
Beim Umgang (wie Lagerung, Verwendung) mit oder durch Einwirkung von											
201 giftigen oder mindergiftigen Arbeitsstoffen.....	555	2	2	1	7	7	11	7	28	12	16
202 ätzenden Arbeitsstoffen.....	356	0	30	0	36	8	1	1	4	6	6
204 Strahlen und radioaktiven Arbeitsstoffen.....	129	0	2	0	3	0	0	0	6	1	0
205 infektiösen Arbeitsstoffen.....	35	0	0	0	1	0	0	1	1	0	0
206 anderen gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen.....	741	0	7	17	11	19	13	5	88	15	12
207 brandgefährlichen oder heißen bzw. sehr kalten Arbeitsstoffen und Materialien.....	1778	2	41	10	48	7	11	10	217	16	51
208 Spreng-, Zündmitteln.....	53	0	0	6	0	0	0	0	0	0	0
209 anderen explosionsgefährlichen Arbeitsstoffen.....	584	0	2	2	17	3	0	0	18	6	4
Teilsomme 8 (201 - 209).....	4231	4	84	36	123	44	36	24	362	56	89

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
1	8	9	2	0	6	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0
81	75	292	162	276	2	44	1	8	6	2	5	1	1	0	0
0	0	3	8	4	0	2	0	0	2	0	0	0	1	0	0
1	1	3	6	0	0	1	1	0	0	1	1	0	0	0	0
249	241	1310	1791	905	167	129	63	43	32	23	63	15	36	0	0
3	1	23	11	6	2	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0
60	24	239	208	215	63	25	9	13	24	13	37	3	24	0	0
63	19	192	18	28	44	3	2	7	27	9	30	3	17	0	0
23	5	120	16	34	18	8	1	2	19	5	9	1	3	0	0
9	1	14	1	9	8	0	2	2	0	1	63	4	3	0	0
0	0	3	3	5	0	0	0	2	2	0	13	3	1	0	0
62	42	289	40	32	3	3	4	2	29	6	24	4	14	0	0
103	39	441	201	144	299	69	6	7	18	6	15	8	9	0	0
2	0	2	36	0	0	1	6	0	0	0	0	0	0	0	0
16	15	109	208	92	55	9	3	1	5	2	5	7	5	0	0
278	121	1170	523	344	427	93	24	23	100	29	159	30	52	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Bei verschiedenen Arbeitsvorgängen und -verfahren bzw. Arbeitsplätzen											
211 in Brüchen, Gruben, Gräben oder Schächten	1226	2	3	83	2	0	0	0	5	0	0
213 auf Gerüsten	5138	2	2	0	1	0	0	0	20	3	1
214 auf anderen erhöhten Standplätzen	3125	3	33	28	40	14	8	0	95	21	3
221 im Zusammenhang mit Transportarbeiten und Lagerungen	1365	1	15	9	48	17	10	4	108	15	14
228 Umgang mit Menschen	4	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
231 im Zusammenhang mit Tieren	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
235 Lärm, Erschütterungen (soweit nicht 14)	208	0	2	3	13	7	3	4	40	3	6
236 Arbeitsplatzgestaltung (soweit n. 237)	1012	1	10	3	28	20	45	4	34	13	21
237 Bildschirmarbeit u. ä.	502	0	16	0	18	9	8	1	7	5	32
239 Fachkenntnisse und Berufserfahrungen der Arbeitnehmer für besonders gefährliche Arbeiten Eignungs- und Ausbildungsnachweise	555	0	6	5	20	8	2	1	74	7	1
Teilsomme 9 (211 - 239)	13139	9	87	131	171	75	76	14	385	67	78
Übrige Anforderungen und Maßnahmen											
240 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	597	3	5	6	20	8	9	1	56	2	11
241 Gesundheitliche Eignung der Arbeitnehmer	311	0	0	4	7	0	3	1	57	3	3
242 Ärztliche Untersuchungen, erm. Ärzte	1141	0	10	14	12	10	6	2	270	3	10
243 Unterweisung der Arbeitnehmer	650	8	12	5	42	23	5	2	57	7	8
245 Verwendung jugendlicher, weiblicher und besonders schutzbedürftiger Arbeitnehmer	36	0	0	0	1	0	2	1	4	1	0
247 Schutzausrüstung und Arbeitskleidung	5017	31	29	34	137	23	21	2	275	14	14

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
5	8	31	1037	5	0	28	8	0	4	1	1	0	3	0	0
5	30	116	4941	2	2	3	3	0	3	0	0	0	4	0	0
62	57	193	2328	116	21	26	8	6	16	11	11	6	18	0	1
94	38	284	207	269	98	36	5	11	10	6	34	16	16	0	0
0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
0	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21	11	51	19	13	3	1	4	1	1	0	2	0	0	0	0
47	31	240	82	222	18	19	26	36	6	16	31	12	47	0	0
17	5	79	19	83	5	19	75	42	1	3	19	6	33	0	0
19	30	107	135	98	0	37	3	1	1	0	0	0	0	0	0
270	210	1102	8770	809	147	169	132	97	43	37	98	40	121	0	1
8	11	82	181	108	24	16	2	10	11	1	7	1	14	0	0
17	11	84	34	18	1	5	1	6	21	1	23	8	3	0	0
28	40	398	100	31	0	13	13	2	93	4	57	13	12	0	0
55	22	151	169	27	9	11	1	3	16	4	10	0	3	0	0
0	0	13	8	1	3	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0
110	81	669	3104	147	55	39	22	16	61	18	54	22	39	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
249 Brandschutzmaßnahmen.....	9458	14	44	12	342	49	178	24	632	35	186
251 Vorsorge für erste Hilfeleistung.....	6416	10	25	10	273	37	145	12	367	35	85
253 Trinkwasser, Waschgelegenheiten, Aborte und Umkleieräume.....	6249	10	19	50	228	35	90	11	313	8	87
255 Aufenthalt während der Arbeitspausen.....	875	2	2	12	29	9	21	1	74	6	26
256 Wohnräume und Unterkünfte, ausgenommen die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte.....	106	0	0	1	11	0	0	0	1	0	0
257 Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte.....	52	3	0	1	1	0	0	0	3	0	0
258 Instandhaltung, Prüfung, Reinigung.....	9339	28	94	30	547	59	83	17	550	39	98
Teilsomme 10 (240 - 258).....	40247	109	240	179	1650	253	563	74	2659	152	528
Durchführung des Arbeitnehmerschutzes in den Betrieben											
260 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	133	0	0	1	2	0	2	1	6	1	0
261 Verletzung von Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.....	781	1	4	5	7	1	8	1	38	1	1
262 Sicherheitsvertrauenspersonen.....	599	2	1	0	36	14	21	4	29	8	25
263 Sicherheitstechnischer Dienst.....	130	0	2	0	3	3	2	4	7	7	2
265 Betriebsärztliche Betreuung.....	182	0	3	0	3	6	11	2	8	4	3
267 Sicherheitsausschuß.....	55	0	0	0	3	5	2	0	0	1	0
Teilsomme 11 (260 - 267).....	1880	3	10	6	54	29	46	12	88	22	37

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
162	71	981	700	3106	1248	195	281	420	357	79	173	68	100	0	1
135	74	716	625	1944	979	121	170	269	211	50	25	22	76	0	0
97	62	593	431	2176	1052	121	164	173	267	48	84	25	105	0	0
23	11	130	117	276	24	10	20	10	21	4	25	1	21	0	0
1	2	1	22	4	57	3	0	1	0	0	0	0	2	0	0
2	4	3	12	1	18	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0
215	151	1674	1290	2171	1268	246	149	65	223	50	180	27	85	0	0
853	540	5495	6793	10010	4738	781	824	977	1282	259	639	187	460	0	1
3	2	19	46	13	33	0	0	0	1	1	1	0	1	0	0
9	9	52	629	5	2	1	2	0	2	1	2	0	0	0	0
32	9	157	76	48	28	34	7	18	18	5	18	1	8	0	0
2	2	52	13	3	1	2	2	3	5	2	10	0	3	0	0
13	3	59	13	7	0	5	2	4	5	2	18	0	5	0	0
3	0	25	2	2	0	0	0	1	0	3	6	0	2	0	0
62	25	364	779	78	64	42	13	26	31	14	55	1	19	0	0

Tabelle 6

Arbeitsinspektion

Tabelle 6 (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Sonstige Angelegenheiten nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz											
270 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	437	0	5	3	19	1	10	4	16	2	6
271 Verwendung von bestimmten, nicht zugelassenen Arbeitsmitteln, Arbeitsstoffen und Ausrüstungen	98	0	2	0	1	0	0	0	10	1	5
273 Betriebsbewilligung, Meldung von Arbeitsstellen	800	0	1	2	21	1	4	2	76	4	15
275 Auflegen von Vorschriften	2608	5	9	9	94	10	32	2	120	6	33
291 Beanstandungen in Angelegenheiten nach dem Bundesbedienstetenschutzgesetz, die ihre Grundsatzregelung nicht im Arbeitnehmerschutzgesetz finden	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Teilsomme 12 (270 - 291)	3947	5	17	14	135	12	46	8	222	13	59
Summe aller Beanstandg.	116791	191	895	609	4742	940	1462	259	7939	711	1467

Arbeitsinspektion

Tabelle 6

Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
8	2	36	23	87	168	3	7	2	14	6	13	0	2	0	0
2	1	34	22	7	1	1	0	3	3	2	1	1	1	0	0
17 32	5 20	71 288	388 212	50 759	95 498	22 60	5 106	3 89	5 154	4 15	7 37	0 14	2 4	0 0	0 0
0 59	0 28	1 430	0 645	0 903	0 762	0 86	0 118	0 97	0 176	0 27	0 58	0 15	3 12	0 0	0 0
3415	1983	17231	25375	23003	13669	2136	1941	1836	2417	677	1970	515	1403	1	4

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Beanstandungen auf dem Gebiete des technischen in den Betrieben sowie auf Baustellen und Arbeits-

Tabelle 6a – Nach

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Betriebsräume, Arbeitsstellen, Verkehrswege								
10 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	913	62	17	12	29	153	36	131
11 Ausmaß, Lage, Beschaffenheit, Ausgestaltung.....	1927	236	133	39	106	88	21	80
12 Belichtung, Beleuchtung, Notbeleuchtung.....	2288	174	619	92	34	283	77	124
13 Lüftung, Raumtemperatur, raumklimatische Verhältnisse, Heizung und Kühlung.....	3904	204	756	344	119	243	118	147
14 Maßnahmen gegen Einwirkung durch Lärm oder Erschütterungen.....	401	10	26	13	0	19	11	20
17 Ausgänge, Verkehrswege, Fluchtwege.....	10287	710	2269	847	415	529	421	910
Teilsumme 1 (10 - 17).....	19720	1396	3820	1347	703	1315	684	1412
Betriebseinrichtungen, Betriebsmittel								
100 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	1145	15	64	131	10	25	83	33
Energieumwandlung und -verteilung; Kraftübertragung								
101 Verbrennungseinrichtungen und Feuerungen.....	1528	251	675	295	4	24	17	121
102 Dampfkessel, Dampfgefäße, Dampfleitungen.....	465	8	210	115	7	8	3	9
103 Druckbehälter, Druckleitungen.....	2097	122	492	83	46	66	185	226
104 Kraftmaschinen, wie Turbinen und Motoren.....	37	4	1	0	2	0	3	4
105 Elektrische Anlagen und Einrichtungen.....	11625	738	2369	1029	586	260	392	588

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

**und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes
(Bundesdienststellen)
stellen außerhalb von Betrieben**
Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
48	9	16	35	66	94	68	122	3	2	5	5	0
68	85	163	39	99	403	149	26	23	31	64	74	0
31	186	84	33	39	112	177	58	20	25	47	66	7
117	210	214	167	128	325	312	103	41	81	179	94	2
21	55	25	17	20	31	52	18	11	18	29	4	1
382	268	309	402	158	650	558	267	102	238	154	163	535
667	813	811	693	510	1615	1316	594	200	395	478	406	545
60	36	0	76	214	77	251	47	9	2	5	7	0
9	18	5	13	11	40	8	8	9	12	7	1	0
8	9	9	5	4	34	18	3	9	3	3	0	0
100	60	83	83	103	125	74	40	70	28	88	23	0
1	10	0	0	1	2	3	0	2	3	1	0	0
338	375	281	405	311	1345	355	134	496	280	61	178	1104

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
107 Übertragungseinrichtungen, wie Riemen oder Kettentriebe in und an Arbeitsmaschinen, sonstigen Betriebseinrichtungen oder Betriebsmitteln; Transmissionen	1107	26	92	60	25	19	45	158
108 Getriebe, wie Zahnrad- oder Reibradgetriebe	79	2	3	7	2	2	5	11
109 Sonstige Betriebseinrichtungen und Betriebsmittel zur Energieumwandlung, -verteilung und Kraftübertragung	1609	200	554	269	23	13	116	149
Teilsumme 2 (101 - 109)	18547	1351	4396	1858	695	392	766	1266
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Bearbeitung von Metallen								
110 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	161	0	2	4	1	11	2	33
111 Hämmer, Warmpressen	30	0	1	0	0	1	2	0
112 Walzwerke, Walzenpaare	42	0	2	0	1	4	1	7
113 Pressen, Stanzen	367	6	43	28	25	18	11	40
114 Sägen	121	2	8	12	1	5	8	8
115 Scheren	158	2	15	6	3	12	8	14
116 Drehmaschinen, Druckbänke ..	71	0	2	1	2	5	8	16
117 Bohrmaschinen	51	1	0	1	0	10	2	4
118 Fräsmaschinen	24	2	0	3	3	1	2	0
119 Schleif-, Poliermaschinen	607	3	63	16	5	47	18	57
121 Schweiß- und Schneideanlagen, Metallflammspritzanlagen	1133	6	154	8	9	37	61	80
129 Anlagen für die Oberflächenbehandlung (Spritzlackieren u. Pulverbeschichten)	200	3	9	0	2	4	9	20
Teilsumme 3 (110 - 129)	2965	25	299	79	52	155	132	279

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
68	56	65	40	42	149	113	46	17	41	26	19	0
4	2	1	0	4	12	9	11	3	1	0	0	0
103	5	38	4	8	59	36	13	6	8	2	3	0
631	535	482	550	484	1766	616	255	612	376	188	224	1104
15	20	2	10	21	5	17	5	0	1	9	3	0
4	3	0	0	0	2	3	0	2	5	1	5	1
6	4	0	0	3	1	4	3	0	2	2	2	0
29	38	4	4	16	9	21	16	9	28	8	14	0
4	27	1	2	3	6	5	2	1	4	5	17	0
9	24	1	4	8	10	7	0	8	7	8	12	0
2	4	0	0	3	4	3	3	4	12	2	0	0
2	4	0	2	5	1	2	2	1	4	3	6	1
6	3	0	0	1	2	0	0	0	0	1	0	0
38	93	24	15	27	58	27	9	14	29	6	57	1
194	122	47	32	24	63	35	17	34	55	58	92	5
10	44	11	13	5	6	23	7	6	9	14	5	0
319	386	90	82	116	167	147	64	79	156	117	213	8

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von Holz								
130 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	229	0	7	4	0	10	5	21
131 Kreissägen	1086	10	22	9	9	35	14	46
132 Bandsägen	110	0	2	5	3	1	4	5
133 Sonstige Sägen	104	0	1	0	0	6	2	9
134 Hobelmaschinen	234	0	5	5	5	9	9	7
135 Fräsmaschinen	156	2	1	3	2	8	8	15
136 Bohrmaschinen	20	0	0	1	0	1	0	3
137 Schleif-, Poliermaschinen	204	1	18	10	4	10	5	9
139 Anlagen für die Oberflä- chenbehandlung (Spritz- lackieranlagen)	236	1	18	0	1	5	6	23
Teilsomme 4 (130 - 139)	2379	14	74	37	24	85	53	138
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von Faserstoffen u. Textilien								
140 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	97	0	10	8	0	1	5	12
141 Öffner, Schlagmaschinen, Wölfe, Reißmaschinen, Karden, Krempeln, Spinn- maschinen	21	0	5	0	0	0	0	4
142 Web-, Flecht-, Strick-, Wirk-, Stickmaschinen	30	0	13	0	0	2	0	0
143 Wasch-, Färbe-, Appre- tiermaschinen, Zentri- fugen	73	2	7	7	2	4	2	4
144 Walzenpressen, Trocken- oder sonstige Zylinder	30	0	1	0	2	0	0	1
Teilsomme 5 (140 - 144)	251	2	36	15	4	7	7	21

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
26	33	3	9	7	14	12	9	18	13	11	27	0
54	119	39	74	40	141	76	51	46	141	11	42	107
18	12	6	1	0	6	8	5	8	13	4	9	0
10	11	7	6	3	15	3	6	2	8	3	12	0
11	16	16	13	23	47	18	4	10	15	4	17	0
9	18	8	18	2	20	5	4	9	9	5	10	0
1	0	0	4	7	0	0	1	1	0	0	0	1
14	19	17	42	7	16	4	0	1	7	10	10	0
12	22	24	31	7	5	19	20	6	15	16	5	0
155	250	120	198	96	264	145	100	101	221	64	132	108
6	9	2	5	1	4	10	10	0	8	3	1	2
5	1	1	1	1	1	1	0	0	1	0	0	0
0	3	1	1	1	0	1	3	0	5	0	0	0
8	1	1	2	8	8	0	5	1	6	5	0	0
0	9	0	3	3	0	0	5	0	4	0	2	0
19	23	5	12	14	13	12	23	1	24	8	3	2

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Betriebseinrichtungen (Maschinen) für die Be- oder Verarbeitung von anderen Stoffen								
150 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	340	13	19	11	10	15	10	88
151 Druckmaschinen, wie Buch- druck-, Steindruck-, Rotationsdruck-, Tiegel- druckpressen	49	3	4	4	2	3	0	11
152 Filmsatzeinrichtungen, Kopieranlagen	4	0	0	0	0	2	0	2
156 Spritzgußmaschinen, Kunststoffpressen	47	0	9	1	1	1	0	11
158 Schlagmaschinen, Stampfma- schinen, Preßlufthammer	13	0	0	0	0	0	0	0
159 Pressen, Stanzen	150	3	5	8	3	3	3	28
161 Hack- und Schneidemaschi- nen	215	20	11	13	8	7	3	51
162 Zerkleinerungs-, Sortier- maschinen	75	5	7	4	2	7	4	4
163 Rührwerke, Knet-, Misch- maschinen	164	3	12	2	1	7	6	9
Teilsomme 6 (150 - 163)	1057	47	67	43	27	45	26	204
Fördereinrichtungen, Transportmittel, andere mechanische Einrichtungen								
170 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	486	15	17	9	9	24	23	64
171 Aufzüge	1314	79	214	48	28	41	22	69
172 Krane	1099	9	34	8	9	22	27	82
173 Winden, Flaschenzüge, sonstige Lasthebemaschi- nen, wie Hebebühnen	1430	45	108	75	47	53	70	74
174 Bagger, Ladegeräte, Erd- und Straßenbaugeräte	107	0	0	0	0	2	0	1
177 Rolltreppen, Fahrsteige	7	2	0	1	0	0	0	1
178 Stetigförderer, wie Band- förderer, Becherwerke	290	9	21	12	5	13	16	31

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
10	24	4	10	22	19	24	9	17	10	12	13	0
0	1	1	0	1	9	2	4	3	0	1	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	9	2	0	0	2	0	2	0	2	3	1	0
0	2	4	0	0	2	4	0	0	1	0	0	0
6	18	4	3	4	4	5	0	17	4	13	19	0
11	20	16	12	8	17	4	0	3	1	1	9	0
1	23	9	1	0	2	1	2	0	0	2	1	0
6	32	1	3	2	16	6	3	7	4	1	2	41
37	129	41	29	37	71	46	20	47	22	33	45	41
39	15	1	35	52	24	59	45	3	7	16	28	1
51	11	65	47	32	36	54	16	14	20	22	13	432
75	63	177	92	79	70	35	53	27	33	53	35	116
143	52	49	92	142	77	43	22	76	44	56	43	119
5	3	18	7	24	10	7	16	7	4	1	1	1
0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0
17	11	3	6	14	50	28	13	7	18	5	11	0

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
181 Schienengebundene Transportmittel und Seilschwebbahnen	42	0	0	0	0	2	2	5
183 Flurförderzeuge, wie Elektro-, Dieselkarren, Hubstapler	1228	26	146	47	26	93	101	170
184 Kraftfahrzeuge, Anhänger	26	0	0	1	0	0	0	2
185 Sonstige Fahrzeuge	20	0	0	0	1	0	0	1
Teilsumme 7 (170 - 185)	6049	185	540	201	125	250	261	500
191 Handwerkzeuge	58	0	4	0	0	5	4	1
Arbeitsvorgänge, -verfahren, -plätze, Lagerungen; Verkehr i.d. Betrieben								
200 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	1176	56	76	92	33	49	92	39
Beim Umgang (wie Lagerung, Verwendung) mit oder durch Einwirkung von								
201 giftigen oder mindergiftigen Arbeitsstoffen	555	15	131	10	5	23	13	27
202 ätzenden Arbeitsstoffen	356	11	71	4	12	15	11	23
204 Strahlen und radioaktiven Arbeitsstoffen	129	1	82	8	0	2	0	8
205 infektiösen Arbeitsstoffen	35	1	9	6	0	0	0	0
206 anderen gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen	741	9	14	44	11	53	10	56
207 brandgefährlichen oder heißen bzw. sehr kalten Arbeitsstoffen und Materialien	1778	23	26	30	8	69	40	43
208 Spreng-, Zündmitteln	53	0	0	0	0	0	1	2
209 anderen explosionsgefährlichen Arbeitsstoffen	584	3	26	35	14	28	23	8
Teilsumme 8 (201 - 209)	4231	63	359	137	50	190	98	167

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
2	4	4	1	10	2	6	2	0	1	1	0	0
177	70	27	76	37	56	17	17	37	16	63	14	12
1	1	4	1	1	3	8	0	0	2	2	0	0
1	1	0	1	0	4	0	6	0	2	2	1	0
511	231	348	358	391	333	257	190	171	149	221	146	681
1	11	2	2	2	5	1	5	1	9	0	5	0
48	34	10	32	185	73	210	58	8	5	31	44	1
14	89	5	27	19	59	24	27	10	11	22	24	0
2	36	6	15	14	18	68	19	1	10	10	9	1
2	0	1	3	3	9	2	1	2	2	1	2	0
0	4	0	1	3	6	1	0	2	0	0	2	0
37	125	29	44	53	50	55	8	5	43	72	22	1
50	195	48	177	301	188	266	57	6	46	86	113	6
0	2	2	0	8	7	21	9	0	0	0	1	0
23	55	71	6	30	34	68	16	3	16	15	32	78
128	506	162	273	431	371	505	137	29	128	206	205	86

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Bei verschiedenen Arbeitsvorgängen und -verfahren bzw. Arbeitsplätzen								
211 in Brüchen, Gruben, Gräben oder Schächten	1226	2	0	0	1	9	3	17
213 auf Gerüsten	5138	1	1	0	0	1	2	112
214 auf anderen erhöhten Standplätzen	3125	21	62	14	9	42	36	113
221 im Zusammenhang mit Transportarbeiten und Lagerungen	1365	21	65	169	18	86	39	106
228 Umgang mit Menschen	4	0	0	0	0	0	0	0
231 im Zusammenhang mit Tieren	4	1	0	0	0	0	0	0
235 Lärm, Erschütterungen (soweit nicht 14)	208	3	3	6	3	14	6	30
236 Arbeitsplatzgestaltung (soweit n. 237)	1012	14	192	25	5	29	62	92
237 Bildschirmarbeit u.ä.	502	33	56	34	11	17	5	45
239 Fachkenntnisse und Berufserfahrungen der Arbeitnehmer für besonders gefährliche Arbeiten, Eignungs- und Ausbildungsnachweise	555	1	21	0	2	40	12	33
Teilsomme 9 (211 - 239)	13139	97	400	248	49	238	165	548
Übrige Anforderungen und Maßnahmen								
240 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	597	30	15	49	8	19	11	13
241 Gesundheitliche Eignung der Arbeitnehmer	311	1	31	53	0	10	29	12
242 Ärztliche Untersuchungen, erm.Ärzte	1141	30	32	82	29	52	20	43
243 Unterweisung der Arbeitnehmer	650	4	7	15	4	18	7	26
245 Verwendung jugendlicher, weiblicher und besonders schutzbedürftiger Arbeitnehmer	36	1	1	0	0	0	1	0
247 Schutzausrüstung und Arbeitskleidung	5017	30	123	105	41	64	49	194

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
27 94	154 275	59 248	78 252	76 216	108 415	65 69	52 66	14 35	153 92	52 68	57 82	299 3109
118	497	213	171	162	306	129	157	38	198	92	189	558
116 0	97 1	159 0	47 0	36 0	183 0	34 0	23 0	30 0	45 1	24 1	32 1	35 0
0	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
18	10	15	16	10	27	8	9	7	10	7	6	0
173 29	119 31	60 63	20 20	20 23	56 47	19 21	35 35	6 1	39 17	28 7	18 7	0 0
42 617	43 1228	53 870	38 643	46 589	76 1218	49 395	24 401	15 146	10 565	24 303	23 415	3 4004
20	18	22	14	114	171	56	18	7	2	4	5	1
34	29	18	9	6	31	4	9	5	3	17	4	6
55	97	56	111	76	113	95	49	46	29	78	45	3
41	103	52	9	18	46	67	33	9	66	25	12	88
1	6	3	4	3	1	4	4	4	0	1	2	0
272	539	188	613	245	634	242	48	128	255	91	108	1048

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
249 Brandschutzmaßnahmen	9458	1015	1349	1459	547	623	353	365
251 Vorsorge für erste Hilfeleistung	6416	286	1246	703	249	406	145	406
253 Trinkwasser, Waschgelegenheiten, Aborte und Umkleideräume	6249	315	1452	479	296	589	181	425
255 Aufenthalt während der Arbeitspausen	875	56	62	69	10	123	24	29
256 Wohnräume und Unterkünfte, ausgenommen die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte	106	1	1	0	2	3	3	9
257 Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte	52	0	1	1	1	1	0	3
258 Instandhaltung, Prüfung, Reinigung	9339	165	271	642	567	464	249	126
Teilsomme 10 (240 - 258)	40247	1934	4591	3657	1754	2372	1072	1651
Durchführung des Arbeitnehmerschutzes in den Betrieben								
260 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	133	0	35	4	0	2	10	3
261 Verletzung von Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	781	1	1	8	1	4	1	0
262 Sicherheitsvertrauenspersonen	599	21	59	54	5	73	33	58
263 Sicherheitstechnischer Dienst	130	6	7	5	2	6	4	9
265 Betriebsärztliche Betreuung	182	7	13	9	5	10	4	9
267 Sicherheitsausschuß	55	1	4	1	0	2	0	6
Teilsomme 11 (260 - 267)	1880	36	119	81	13	97	52	85

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
369	152	160	264	309	806	550	334	258	98	148	281	18
315	265	178	229	295	654	213	177	161	82	145	239	22
118	463	168	160	132	600	233	75	93	137	150	142	41
17	89	20	50	23	87	31	7	16	58	45	21	38
1	7	11	6	5	19	15	7	2	3	8	1	2
2	7	3	2	1	11	6	4	2	3	1	2	1
508	593	620	727	470	1987	765	174	192	117	259	435	8
1753	2368	1499	2198	1697	5160	2281	939	923	853	972	1297	1276
2	5	3	9	6	44	4	2	0	1	3	0	0
10	20	15	153	220	290	7	33	0	1	12	4	0
22	43	40	28	25	55	19	4	9	11	21	19	0
7	6	5	11	17	13	12	2	2	3	5	8	0
9	19	7	8	7	11	14	2	7	4	8	29	0
2	2	2	4	11	2	2	2	1	4	4	5	0
52	95	72	213	286	415	58	45	19	24	53	65	0

Tabelle 6a

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Sonstige Angelegenheiten nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz								
270 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges.....	437	1	34	21	7	13	9	20
271 Verwendung von bestimmten, nicht zugelassenen Arbeitsmitteln, Arbeitsstoffen und Ausrüstungen	98	0	0	1	0	2	0	1
273 Betriebsbewilligung, Meldung von Arbeitsstellen	800	0	20	22	4	30	24	38
275 Auflegen von Vorschriften.....	2608	15	132	240	12	148	26	143
291 Beanstandungen in Angelegenheiten nach dem Bundesbedienstetenschutzgesetz, die ihre Grundsatzregelung nicht im Arbeitnehmerschutzgesetz finden	4	0	0	0	0	1	0	1
Teilsomme 12 (270 - 291)	3947	16	186	284	23	194	59	203
Summe der Beanstandungen..	116791	5237	15031	8210	3562	5419	3554	6547

Arbeitsinspektion

Tabelle 6a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
18	10	6	20	6	12	4	191	51	0	10	4	0
25	2	1	6	0	36	7	0	1	0	8	7	1
59 151	19 259	22 59	113 33	59 259	106 703	40 104	11 157	19 29	5 19	116 36	11 82	82 1
0 253	0 290	0 88	0 172	0 324	0 857	0 155	0 359	0 100	2 26	0 170	0 104	0 84
5251	6935	4600	5531	5376	12405	6395	3237	2446	2955	2849	3311	7940

Tabelle 7

Arbeitsinspektion

Beanstandungen auf dem Gebie- in den Betrieben sowie auf Baustellen und Arbeits-

Tabelle 7 –

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
301 Kinderarbeit	23	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Beschäftigung von Jugend- lichen											
310 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	980	0	1	0	157	3	10	0	26	1	11
311 Tägliche Arbeitszeit	492	1	0	1	30	2	5	0	16	1	5
312 Wochenarbeitszeit	459	0	0	0	24	2	4	0	8	2	4
313 Ruhepausen und Ruhezeiten...	271	0	0	0	14	2	1	0	3	1	1
314 Nachtruhe	424	0	0	0	92	0	0	0	0	0	1
315 Sonn- und Feiertagsruhe	410	0	0	0	6	1	0	0	1	1	1
316 Wochenfreizeit	339	0	0	0	12	1	0	0	1	0	0
317 Beschäftigungsverbote und -beschränkungen	112	0	0	2	3	0	3	1	20	0	0
318 Urlaub	27	0	0	0	6	0	0	0	0	0	0
318 Verzeichnis der Jugend- urlaub	897	0	0	0	106	1	9	0	23	1	1
Teilsomme 1 (310 - 319)	4411	1	1	3	450	12	32	1	98	7	24
Mutterschutz											
320 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	106	0	0	0	2	1	3	0	1	1	2
Beschäftigungsverbote nach §3 MSchG (Schl.Nrn. 321 und 323)	10	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Beschäftigungsverbote nach §4 MSchG (Schl.Nrn. 331 bis 349)	656	1	0	0	50	30	36	2	38	9	13
Beschäftigungsverbote nach §5 MSchG (Schl.Nrn. 352 bis 369)	12	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Weitere Beanstandungen (Schl.Nrn. 326, 381-385)	1132	3	0	0	69	15	25	1	23	3	15
Teilsomme 2 (320 - 385)	1916	5	0	0	121	48	64	3	62	13	30

**te des Verwendungsschutzes
(Bundesdienststellen)
stellen außerhalb von Betrieben
Wirtschaftsklasse**

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
0	0	0	1	6	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	31	41	171	472	8	2	2	38	1	4	0	0	0	0
4	1	26	60	92	218	3	4	1	14	1	6	0	1	0	0
1	0	18	27	74	279	1	3	1	8	0	3	0	0	0	0
1	1	8	7	40	180	0	1	1	7	0	3	0	0	0	0
0	0	0	3	31	296	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
1	0	3	13	12	364	0	0	2	2	0	3	0	0	0	0
0	0	3	2	24	292	0	1	0	2	0	1	0	0	0	0
3	0	24	35	12	7	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
0	0	1	0	4	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	1	44	58	152	443	5	1	6	40	1	3	0	0	0	0
12	4	158	246	612	2567	17	12	13	111	3	26	0	1	0	0
2	0	12	2	43	10	7	5	2	9	0	3	0	1	0	0
0	0	2	0	2	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
28	5	58	1	152	56	6	5	2	43	3	111	2	3	0	2
1	1	2	0	2	1	0	0	0	1	0	3	0	0	0	0
18	6	47	21	345	311	11	16	59	83	10	44	2	5	0	0
49	12	121	24	544	382	24	26	63	136	13	161	4	9	0	2

Tabelle 7

Arbeitsinspektion

Tabelle 7 (Fortsetzung)

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
391 Nachtarbeit von Frauen	268	0	0	0	51	0	1	0	4	5	6
Arbeitszeitangelegenheiten											
400 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	1536	1	1	1	62	8	3	0	29	3	12
403 Sonderbestimmungen für Lenker und Beifahrer von Kraftfahrzeugen	1580	6	1	8	73	1	4	0	47	4	2
405 tägliche Arbeitszeit	1704	2	1	6	61	17	7	1	47	18	39
406 Wochenarbeitszeit	945	1	2	0	30	7	3	0	22	6	13
408 Ruhepausen	271	0	1	0	8	5	2	1	3	3	1
409 Ruhezeiten	340	0	1	1	6	5	0	0	8	5	5
411 Auskunftspflicht, Aufzeichnungen	4314	7	1	4	213	4	25	2	94	3	21
412 Aushang gem. §25	1896	3	0	3	113	4	6	1	30	1	5
Teilsomme 3 (400 - 412)	12586	20	8	23	566	51	50	5	280	43	98
Arbeitsruhe											
420 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	57	0	0	1	2	3	0	0	0	3	0
422 Nichteinhaltung der Wochenendruhe	409	2	2	0	7	1	3	0	15	7	4
423 Nichteinhaltung der Feiertagsruhe	54	0	0	0	2	0	1	0	0	2	1
424 Nichtgewährung der Wochenruhe	154	0	3	0	2	0	0	0	2	2	0
425 Nichtgewährung der Ersatzruhe	55	0	3	0	1	3	0	0	2	1	0
426 Aushang	229	0	0	0	20	0	2	0	5	0	1
427 Aufzeichnungen, Auskunftspflicht	355	0	0	0	19	0	2	0	9	0	1
Teilsomme 4 (420 - 427)	1313	2	8	1	53	7	8	0	33	15	7
431 Nachtschicht-Schwerarbeit	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bäckereiarbeiterschutz											
440 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	184	0	0	0	176	0	0	0	0	0	0
441 Arbeitszeit	35	0	0	0	29	0	0	0	0	0	0
442 Nachtarbeit von Frauen	34	0	0	0	22	0	1	0	0	0	0
443 Sonn- und Feiertagsruhe	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Teilsomme 5 (440 - 443)	257	0	0	0	228	0	1	0	0	0	0
461 Urlaub allgemein, ausgenommen Jugendliche	30	0	0	0	2	0	2	0	1	1	1

Arbeitsinspektion

Tabelle 7

– Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
4	2	12	2	127	18	9	12	7	4	1	1	0	2	0	0
8	17	75	237	477	408	32	47	19	57	9	21	7	2	0	0
14	53	37	160	245	4	889	1	4	10	1	11	0	5	0	0
41	28	215	271	479	169	64	69	52	36	11	51	12	7	0	0
21	15	119	252	261	68	33	27	21	5	1	32	4	2	0	0
4	4	27	3	116	36	20	5	6	9	4	11	0	2	0	0
6	4	42	12	66	107	20	17	7	3	3	19	1	2	0	0
14	12	156	219	1233	1754	67	160	79	172	17	48	6	3	0	0
3	3	41	49	377	1125	7	53	12	34	5	13	8	0	0	0
111	136	712	1203	3254	3671	1132	379	200	326	51	206	38	23	0	0
2	0	5	6	23	5	0	1	2	0	1	3	0	0	0	0
8	5	63	92	128	13	4	21	9	11	3	5	3	3	0	0
1	1	10	4	16	1	0	7	3	5	0	0	0	0	0	0
0	0	14	13	24	68	5	5	4	1	2	9	0	0	0	0
1	0	9	4	3	18	2	4	0	1	0	2	0	1	0	0
1	0	3	2	54	126	1	3	1	6	1	1	2	0	0	0
2	1	6	11	91	181	3	4	7	12	1	4	1	0	0	0
15	7	110	132	339	412	15	45	26	36	8	24	6	4	0	0
0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	2	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	2	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	2	0	5	1	0	1	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
0	0	2	3	11	8	0	1	1	2	0	0	0	0	0	0
0	0	3	3	5	3	1	0	0	1	0	7	0	0	0	0

Tabelle 7

Arbeitsinspektion

Tabelle 7 (Fortsetzung)

Schl. Beanstandungen	Summe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Heimarbeit (Schl.Nrn. 500 - 575)	649	0	0	1	2	153	158	12	30	12	7
631 Arbeitskräfte- überlassungsgesetz	20	0	1	0	2	0	0	0	0	0	0
699 Sonstiges	59	0	2	0	6	0	2	0	3	1	0
Gesamtsumme	21537	28	20	28	1484	271	318	21	511	97	173

ArbeitsinspektionTabelle 7

– Wirtschaftsklasse

XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX	XX	XXI	XXII	XXIII	XXIV	XXV	XXVI
45	10	54	2	154	4	0	0	2	2	1	0	0	0	0	0
0	0	6	2	0	1	3	0	2	2	0	1	0	0	0	0
1	0	7	3	6	21	1	1	0	2	1	2	0	0	0	0
237	171	1190	1621	5058	7100	1202	476	314	622	78	428	48	39	0	2

Tabelle 7a

Arbeitsinspektion

Beanstandungen auf dem Gebie- in den Betrieben sowie auf Baustellen und Arbeits- Tabelle 7a – Nach

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
301 Kinderarbeit	23	0	0	1	0	1	1	1
Beschäftigung von Jugend- lichen								
310 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	980	2	7	38	59	29	30	9
311 Tägliche Arbeitszeit	492	21	19	9	8	10	5	21
312 Wochenarbeitszeit	459	9	10	7	10	7	2	23
313 Ruhepausen und Ruhezeiten ..	271	8	9	13	5	3	4	43
314 Nachtruhe	424	12	19	10	2	11	10	15
315 Sonn- und Feiertagsruhe	410	0	1	1	2	13	5	11
316 Wochenfreizeit	339	1	7	5	5	2	0	30
317 Beschäftigungsverbote und -beschränkungen	112	2	1	2	0	3	2	2
318 Urlaub	27	0	0	0	0	0	0	1
319 Verzeichnis der Jugend- lichen	897	12	28	27	8	21	33	61
Teilsomme 1 (310 - 319)	4411	67	101	112	99	99	91	216
Mutterschutz								
320 Allgemeines, Übergreifen- des, Sonstiges	106	1	2	4	3	55	8	7
Beschäftigungsverbote nach §3 MSchG (Schl.Nrn. 321 und 323)	10	1	0	0	0	1	0	0
Beschäftigungsverbote nach §4 MSchG (Schl.Nrn. 331 bis 349)	656	38	35	12	24	33	27	120
Beschäftigungsverbote nach §5 MSchG (Schl.Nrn. 352 bis 369)	12	0	1	0	0	8	0	0
Weitere Beanstandungen (Schl.Nrn. 326, 381-385)	1132	38	71	110	63	103	19	123
Teilsomme 2 (320 - 385)	1916	78	109	126	90	200	54	250

Arbeitsinspektion

Tabelle 7a

**te des Verwendungsschutzes
(Bundesdienststellen)
stellen außerhalb von Betrieben**
Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
2	1	1	0	2	3	1	3	0	0	2	4	0
36	45	18	194	51	139	80	156	16	19	31	18	3
29	16	22	94	31	50	37	44	20	13	36	7	0
29	14	32	75	21	76	29	41	18	7	41	8	0
1	11	14	20	5	45	7	27	19	3	30	3	1
20	12	27	64	35	81	9	20	24	4	45	4	0
35	11	12	58	20	126	17	19	16	17	41	5	0
8	14	22	30	23	77	21	18	12	7	53	4	0
7	21	6	15	2	6	5	1	0	5	7	8	17
0	0	0	2	1	2	0	1	15	0	4	1	0
30	67	8	116	154	151	10	2	16	25	92	36	0
195	211	161	668	343	753	215	329	156	100	380	94	21
1	10	1	0	0	2	1	5	1	0	2	3	0
0	0	2	1	0	1	0	0	4	0	0	0	0
18	45	75	25	16	14	33	49	59	0	9	24	0
0	0	0	0	0	0	2	1	0	0	0	0	0
47	36	128	27	26	92	45	73	32	5	48	46	0
66	91	206	53	42	109	81	128	96	5	59	73	0

Tabelle 7a

Arbeitsinspektion

Tabelle 7a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
391 Nachtarbeit von Frauen	268	17	35	11	5	24	9	26
Arbeitszeitangelegenheiten								
400 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	1536	21	30	126	30	86	36	69
403 Sonderbestimmungen für Lenker und Beifahrer von Kraftfahrzeugen	1580	20	87	42	18	67	54	142
405 tägliche Arbeitszeit	1704	92	310	63	52	88	30	101
406 Wochenarbeitszeit	945	54	98	17	42	26	9	54
408 Ruhepausen	271	19	56	13	12	23	12	19
409 Ruhezeiten	340	25	65	6	11	17	1	60
411 Auskunftspflicht, Aufzeichnungen	4314	24	981	64	87	346	63	268
412 Aushang gem. §25	1896	12	402	17	48	146	26	26
Teilsumme 3 (400 - 412)	12586	267	2029	348	300	799	231	739
Arbeitsruhe								
420 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	57	0	1	2	2	3	1	3
422 Nichteinhaltung der Wochenendruhe	409	29	27	9	5	16	7	13
423 Nichteinhaltung der Feiertagsruhe	54	7	1	2	0	3	1	0
424 Nichtgewährung der Wochenruhe	154	8	10	6	7	7	3	11
425 Nichtgewährung der Ersatzruhe	55	4	3	1	1	2	0	3
426 Aushang	229	0	1	1	0	12	3	1
427 Aufzeichnungen, Auskunftspflicht	355	3	6	13	0	32	5	4
Teilsumme 4 (420 - 427)	1313	51	49	34	15	75	20	35
431 Nachtschicht-Schwerarbeit	5	0	0	0	0	0	0	0
Bäckereiarbeiterschutz								
440 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges	184	1	0	0	0	0	3	0
441 Arbeitszeit	35	1	0	1	0	0	0	1
442 Nachtarbeit von Frauen	34	3	0	2	0	1	5	4
443 Sonn- und Feiertagsruhe	4	0	0	0	0	0	0	0
Teilsumme 4 (440 - 443)	257	5	0	3	0	1	8	5
461 Urlaub allgemein, ausgenommen Jugendliche	30	0	1	1	0	0	1	0

Arbeitsinspektion

Tabelle 7a

Nach Arbeitsinspektoraten geordnet

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
14	12	7	55	7	14	2	3	3	0	13	11	0
48	48	43	188	177	222	78	287	1	11	15	19	1
90	93	109	171	126	147	24	121	34	75	43	50	67
39	139	117	76	156	180	23	24	59	11	54	79	11
22	74	77	63	91	129	20	8	45	5	35	67	9
6	10	16	13	12	39	1	2	8	1	5	4	0
3	27	11	18	23	35	1	4	4	2	20	7	0
60	172	395	231	322	349	357	3	177	6	189	220	0
36	62	41	49	163	314	365	4	4	0	136	45	0
304	625	809	809	1070	1415	869	453	332	111	497	491	88
6	2	4	4	3	1	2	1	0	0	3	19	0
2	71	23	19	28	92	17	4	1	0	11	20	15
0	7	2	2	4	22	1	1	0	0	0	1	0
0	7	22	1	13	32	4	0	0	0	18	5	0
0	8	3	0	8	8	0	0	0	0	12	2	0
3	2	19	3	12	46	5	1	0	0	120	0	0
9	13	57	11	5	46	11	3	0	1	135	1	0
20	110	130	40	73	247	40	10	1	1	299	48	15
0	0	0	0	3	0	1	0	0	0	1	0	0
0	19	0	91	17	2	1	1	0	0	37	12	0
3	8	1	0	1	3	0	1	0	1	12	2	0
3	0	0	1	0	5	3	1	0	0	4	2	0
0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
6	28	3	92	18	10	4	3	0	1	54	16	0
0	1	9	2	0	2	0	1	8	0	3	1	0

Tabelle 7a

Arbeitsinspektion

Tabelle 7a (Fortsetzung) –

Schl. Beanstandungen	Summe	1	2	3	4	5	6	7
Heimarbeit (Schl.Nrn. 500 - 575)	649	61	45	81	59	63	13	26
631 Arbeitskräfte- überlassungsgesetz	20	0	3	1	0	1	0	0
699 Sonstiges	59	0	1	3	3	7	13	1
Gesamtsumme	21537	546	2373	721	571	1270	441	1299

ArbeitsinspektionTabelle 7a**Nach Arbeitsinspektoraten geordnet**

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	Bau
9	38	89	1	0	9	14	116	5	6	1	13	0
0	7	0	3	0	2	0	0	0	0	3	0	0
0	8	0	5	0	0	2	0	2	2	11	1	0
616	1132	1415	1728	1558	2564	1229	1046	603	226	1323	752	124

Tabelle 8

Arbeitsinspektion

Heim**Tabelle 8 – Vorgemerkte Auftraggeber**

Heimarbeitskommissionen, Erzeugungszweige	vorgemerkte Auftraggeber	vorgemerkte AG mit in HA Beschäftigten				vorgemerkte Heimarbeiter	vorgemerkte Zwischenmeister
		1-4	5-19	20-50	über 50		
I/1	11	11	0	0	0	8	7
2	2	2	0	0	0	8	5
3	12	7	5	0	0	37	4
4	50	36	13	1	0	197	17
5	10	8	1	1	0	52	1
6	2	2	0	0	0	7	0
7	1	1	0	0	0	1	0
8	8	6	2	0	0	12	5
9	6	4	1	1	0	31	0
10	0	0	0	0	0	0	0
Summe	102	77	22	3	0	353	39
II/1	14	9	5	0	0	57	0
2	4	3	1	0	0	9	1
3	12	7	5	0	0	76	3
4	1	0	0	1	0	43	0
5	12	8	3	1	0	64	1
6	2	2	0	0	0	6	0
7	30	26	4	0	0	58	0
8	0	0	0	0	0	0	0
9	9	7	2	0	0	36	0
10	0	0	0	0	0	4	0
11	3	2	1	0	0	19	0
Summe	87	64	21	2	0	372	5
III/1	64	34	21	7	2	699	0
2	10	5	1	0	4	594	0
3	6	4	2	0	0	41	0
4	5	3	1	0	1	71	0
5	16	9	5	2	0	131	1
6	12	7	4	1	0	66	0
7	11	7	3	1	0	81	0
Summe	124	69	37	11	7	1683	1

Arbeitsinspektion

Tabelle 8

arbeit**Heimarbeiter und Zwischenmeister**

Heimarbeitskommissionen, Erzeugungszweige	vorgemerkte Auftraggeber	vorgemerkte AG mit in HA Beschäftigten				vorgemerkte Heimarbeiter	vorgemerkte Zwischenmeister
		1-4	5-19	20-50	über 50		
IV/1	33	20	7	4	2	205	0
2	25	16	6	1	2	92	0
3	53	20	8	24	1	713	0
4	0	0	0	0	0	0	0
Summe	111	56	21	29	5	1010	0
V/1	13	5	5	0	3	302	0
2	7	5	2	0	0	24	0
3	16	8	3	2	3	329	2
4	7	1	6	0	0	70	0
5	33	16	15	2	0	263	0
6	43	19	13	6	5	640	0
7	46	31	12	3	0	250	0
8	2	0	1	1	0	32	0
9	37	15	14	4	4	673	2
10	81	45	22	9	5	1081	1
11	12	8	4	0	0	52	0
12	13	8	4	0	1	122	0
13	2	1	1	0	0	18	0
14	2	2	0	0	0	2	0
15	4	1	3	0	0	37	0
Summe	318	165	105	27	21	3895	5
Gesamtsumme	742	431	206	72	33	7313	50

Veranlaßte Nachzahlungsbeträge: 1.919.872,60

Zahl der Auftraggeber, die zur Nachzahlung veranlaßt wurden: 168

Tabelle 8.1

Arbeitsinspektion

Tätigkeit der Arbeitsinspektion

Tabelle 8.1

		Gesamt-	HA-Komm für Oberbekleidung							
		summe	101	102	103	104	105	106	107	108
Anzahl der überprüften Auftraggeber, entsprechend ihrer überwieg Fertigung eingereiht	1 bis 4 5 bis 19 20 bis 50 über 50 besch. HA u. ZM/MP Summe	231 142 32 13 418	11 0 0 0 11	0 1 0 0 1	4 3 0 0 7	24 12 0 0 36	3 1 0 0 4	2 0 0 0 2	0 1 0 0 1	6 2 0 0 8
Anzahl der von den überprüften Auftraggebern beschäft. HA und ZM/MP	HA männl. weibl. ZM/MP männl. weibl.	169 3630 43 33	5 4 12 1	3 8 3 1	0 30 0 6	6 121 11 11	2 14 0 0	0 4 0 0	1 0 4 2	3 7 9 2
Anzahl der Auftraggeber, die im Erzeugungszweig Heimarbeit vergeben		451	12	4	17	40	4	3	1	8
Beanstandungen im Erzeugungszweig hinsichtl										
500 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges		39	0	0	0	1	0	0	0	0
501 Anzeige bei erstmaliger Vergabe von Heimarbeit		15	0	0	0	5	0	0	0	0
503 Listenführung und Listenzusendung		20	0	0	0	1	0	0	0	0
505 Bekanntgabe d. Arbeits- u. Lieferbedingungen		12	0	0	0	0	0	1	0	0
507 Mitteilung der Abmeldung von der Pflichtversicherung		0	0	0	0	0	0	0	0	0
511 Ausgabe- und	nicht geführt mangelhaft geführt nicht ausgefolgt	43	0	0	0	4	0	0	0	0
512 Abrechnungs-		52	3	0	0	7	2	1	0	1
513 nachweise		6	1	0	0	0	0	0	0	0
521 Ausgabe oder Übernahme an Sonn- und Feiertagen		0	0	0	0	0	0	0	0	0
522 Wartezeit		0	0	0	0	0	0	0	0	0
524 Arbeitsmenge, Lieferfristen		5	0	0	0	1	0	0	0	0
526 Beschränkung der Vergabe an im Betrieb Beschäftigte		0	0	0	0	0	0	0	0	0
536 Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsstätte		0	0	0	0	0	0	0	0	0
538 Verbotene Heimarbeiten nach §17 HeimAG		0	0	0	0	0	0	0	0	0
539 Verbot der Verwendung von gef. Stoffen		3	0	0	0	0	0	0	0	0
541 Urlaub		1	0	0	0	0	0	0	0	0
551 Entgeltabrechnung und -auszahlung		32	0	0	0	5	1	0	0	0
553 Feiertagsentgelt		63	0	0	0	6	0	1	0	0
554 Urlaubsentgelt		68	0	0	0	5	0	1	0	1
556 Abfindung, Urlaubsschädigung		30	0	0	1	5	0	0	0	0
561 Entgeltfortzahlung bei Arbeitsverhinderungen		10	1	0	0	2	0	0	0	0
563 Urlaubszuschuß		84	0	0	2	9	0	1	0	1
566 Weihnachtsremuneration		72	1	0	2	8	0	1	0	1
567 Heimarbeitszuschlag		18	0	0	1	1	0	1	0	0
571 Auskunft über Entgelte		10	0	0	0	2	0	0	0	0
575 Unterentlohnung		19	1	1	1	2	0	0	0	0
Sonstiges		7	0	0	0	2	0	0	0	0
SUMME		609	7	1	7	66	3	7	0	4

Arbeitsinspektion

Tabelle 8.1

auf dem Gebiete der Heimarbeit (Auftraggeber)

Erzeugungszweig

			HA-Komm. für Wäsche u. verwandte Erzeugnisse												
109	110	Summe	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	Summe	
2	0	52	10	1	6	0	6	0	11	0	5	0	1	40	
1	0	21	6	0	2	0	3	1	3	0	0	0	2	17	
0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	2	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
3	0	73	16	1	8	1	10	1	14	0	5	0	3	59	
0	0	20	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	3	
9	0	197	65	2	23	24	67	5	34	0	12	0	24	256	
1	0	40	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	
1	0	24	1	0	1	0	1	0	0	0	2	0	0	5	
3	0	92	18	2	12	1	10	1	15	0	8	0	3	70	
0	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	2	
0	0	5	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	2	
0	0	1	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	4	
0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	4	1	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	3	
0	0	14	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	3	
0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	6	2	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	5	
1	0	8	3	0	2	0	1	0	2	0	0	0	0	8	
1	0	8	3	1	0	0	1	0	1	0	1	0	0	7	
1	0	7	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	3	
0	0	3	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	3	
2	0	15	6	0	1	0	1	0	1	0	1	0	0	10	
2	0	15	3	1	1	0	1	0	2	0	0	0	0	8	
0	0	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	2	
0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
0	0	5	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	2	
0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
7	0	102	25	3	9	1	7	1	17	0	3	0	0	66	

Tabelle 8.1

Arbeitsinspektion

Tabelle 8.1 (Fort-

		HA-Komm. für Textilien								HA-Komm. f. Ma- n. Vorarlbg. Klöppls pit-		
		301	302	303	304	305	306	307	Summe	401	402	403
Anzahl der überprüften Auftraggeber, entspre- chend ihrer überwieg. Fertigung eingereiht	1 bis 4...	15	1	5	2	7	2	4	36	0	0	21
	5 bis 19...	16	1	1	2	3	0	1	24	0	0	16
	20 bis 50...	4	1	1	0	3	0	0	9	0	0	2
	über 50...	2	2	0	0	0	0	0	4	0	0	0
	besch. HA u. ZM/MP Summe...	37	5	7	4	13	2	5	73	0	0	39
Anzahl der von den über- prüften Auftraggebern beschäft. HA und ZM/MP	HA männl....	6	0	0	0	2	0	1	9	0	0	0
	weibl....	569	309	45	37	136	4	24	1124	0	0	204
	ZM/MPmännl....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	weibl....	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Anzahl der Auftraggeber, die im Erzeugungs- zweig Heimarbeit vergeben		38	5	8	4	13	2	5	75	0	0	39
Beanstandungen im Erzeugungszweig hinsichtl.												
500 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges		3	0	0	0	0	0	1	4	0	0	24
501 Anzeige bei erstmaliger Vergabe von Heimarbeit		1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
503 Listenführung und Listenzusendung		1	1	0	0	0	0	0	2	0	0	1
505 Bekanntgabe d. Arbeits- u. Lieferbedingungen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8
507 Mitteilung der Abmeldung von der												
511 Ausgabe- und nicht geführt		2	1	1	0	1	0	1	6	0	0	23
512 Abrechnungs- } mangelhaft geführt		5	1	0	1	0	1	0	8	0	0	3
513 nachweise } nicht ausgefolgt		1	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0
521 Ausgabe oder Übernahme an Sonn- und Feiertagen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
522 Wartezeit		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
524 Arbeitsmenge, Lieferfristen		1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
526 Beschränkung der Vergabe an im Betrieb Beschäftigte		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
536 Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsstätte		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
538 Verbotene Heimarbeiten nach §17 HeimAG ..		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
539 Verbot der Verwendung von gef. Stoffen ...		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
541 Urlaub		0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0
551 Entgeltabrechnung und -auszahlung		1	2	0	1	0	0	1	5	0	0	3
553 Feiertagsentgelt		4	3	1	1	2	2	1	14	0	0	7
554 Urlaubsentgelt		7	2	0	3	3	1	2	18	0	0	8
556 Abfindung, Urlaubsschädigung		1	1	1	0	0	0	0	3	0	0	0
561 Entgeltfortzahlung bei Arbeitsverhinderung ..		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
563 Urlaubszuschuß		6	3	1	1	2	1	1	15	0	0	8
566 Weihnachtsremuneration		10	3	1	0	2	1	1	18	0	0	7
567 Heimarbeitszuschlag		2	2	0	0	0	0	0	4	0	0	1
571 Auskunft über Entgelte		2	0	0	0	2	0	0	4	0	0	0
575 Unterentlohnung		2	1	0	1	0	0	2	6	0	0	1
Sonstiges		0	1	0	0	0	0	1	2	0	0	0
SUMME		49	21	5	9	13	6	11	114	0	0	94

Arbeitsinspektion

Tabelle 8.1

setzung) (Auftraggeber)

Erzeugungszweig

schinenstick. Art und zenerzeugung		Allgemeine HA-Komm.															Summe
404	Summe	501	502	503	504	505	506	507	508	509	510	511	512	513	514	515	
0	21	2	4	6	1	7	8	8	0	7	22	5	9	0	0	3	82
0	16	3	1	0	5	8	8	6	0	9	15	4	3	1	0	1	64
0	2	0	0	2	0	2	4	1	0	3	7	0	0	0	0	0	19
0	0	3	0	3	0	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	9
0	39	8	5	11	6	17	22	15	0	20	44	9	12	1	0	4	174
0	0	12	0	16	0	7	25	2	0	5	28	38	4	0	0	0	137
0	204	290	20	248	57	128	313	83	0	242	388	3	39	17	0	21	1849
0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	2
0	39	8	5	11	6	18	22	15	0	20	44	9	12	1	0	4	175
0	24	0	0	1	0	1	0	1	0	2	1	0	0	0	0	2	8
0	0	0	0	0	0	2	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	7
0	1	0	0	0	1	1	3	3	0	1	1	1	0	0	0	1	12
0	8	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	2
0	23	0	0	0	0	2	3	0	0	0	1	0	0	0	0	1	7
0	3	0	0	1	1	1	8	1	0	5	4	0	2	0	0	1	24
0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	3
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	3	0	0	1	0	4	5	1	0	0	2	0	0	0	0	0	13
0	7	0	1	0	0	6	3	3	0	0	8	0	4	1	0	0	26
0	8	0	1	0	2	7	5	2	0	1	5	0	3	1	0	0	27
0	0	1	0	1	1	3	0	2	0	0	7	0	1	1	0	0	17
0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	1	0	0	4
0	8	0	2	1	1	8	4	4	0	1	12	0	2	1	0	0	36
0	7	0	1	2	0	4	2	3	0	2	8	0	1	1	0	0	24
0	1	0	1	0	0	1	0	1	0	1	4	0	0	0	0	0	8
0	0	0	0	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
0	1	0	1	0	0	0	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0	5
0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0	3
0	94	3	7	7	6	44	41	28	0	15	56	1	13	6	0	6	233

Tabelle 8.2

Arbeitsinspektion

Tätigkeit der Arbeitsinspektion
Tabelle 8.2 (Heimarbeiter/

		Gesamt- summe	HA-Komm. für Oberbekleidung							
			101	102	103	104	105	106	107	108
Anzahl der überprüften Heimarb. u. Zwischenm., entsprechend ihrer über- wieg. Tätigk. eingereiht	Heimarbeiter..... Zwischenmeister / Mittelsperson.....	843 17	3 2	3 1	11 0	45 6	7 0	0 0	0 0	4 1
Anzahl der Heimarb. u. Zwischm./ Mittelsp. entspr. ihrer Tätigkeit eingereiht	HA ... ZM/MP ...	908 20	3 2	4 2	11 1	49 6	8 0	0 0	0 0	4 1
Beanstandungen im Erzeugungszweig hinsichtl.										
500 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges		52	0	1	0	0	0	0	0	0
501 Anzeige bei erstmaliger Vergabe von Heimarbeit		5	0	0	0	0	0	0	0	0
503 Listenführung und Listenzusendung		0	0	0	0	0	0	0	0	0
505 Bekanntgabe d. Arbeits- u. Lieferbeding.. 507 Mitteilung der Abmeldung von der Pflichtversicherung		25 1	0 0	0 0	0 0	1 1	0 0	0 0	0 0	0 0
511 Ausgabe- und } nicht geführt		32	0	1	0	7	0	0	0	0
512 Abrechnungs- } mangelhaft geführt		95	0	0	0	7	1	0	0	3
513 nachweise } nicht ausgefolgt		70	0	1	1	9	1	0	0	0
521 Ausgabe oder Übernahme an Sonn- und Feiertagen		0	0	0	0	0	0	0	0	0
522 Wartezeit		3	0	0	0	0	0	0	0	0
524 Arbeitsmenge, Lieferfristen		3	0	0	0	0	0	0	0	0
526 Beschränkung der Vergabe an im Betrieb Beschäftigte		0	0	0	0	0	0	0	0	0
536 Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsstätte		0	0	0	0	0	0	0	0	0
538 Verbotene Heimarbeiten nach §17 HeimAG ..		1	0	0	0	0	0	0	0	0
539 Verbot der Verwendung von gef. Stoffen ...		5	0	0	0	0	0	0	0	0
541 Urlaub		5	0	0	0	0	0	0	0	0
551 Entgeltabrechnung und -auszahlung		50	0	0	0	6	2	0	0	0
553 Feiertagsentgelt		69	0	1	0	17	0	0	0	1
554 Urlaubsentgelt		67	0	1	0	16	0	0	0	0
556 Abfindung, Urlaubssentschädigung		12	0	0	0	2	0	0	0	0
561 Entgeltfortzahlung bei Arbeitsverhind.		10	0	0	0	1	0	0	0	0
563 Urlaubszuschuß		73	0	1	0	18	0	0	0	0
566 Weihnachtsremuneration		66	0	1	0	17	0	0	0	0
657 Heimarbeitszuschlag		40	0	0	0	5	0	0	0	0
571 Auskunft über Entgelte		7	0	0	0	1	0	0	0	0
575 Unterentlohnung		18	0	0	0	3	0	0	0	0
Sonstiges		1	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME		710	0	7	1	111	4	0	0	4

Arbeitsinspektion

Tabelle 8.2

auf dem Gebiete der Heimarbeit

Zwischenmeister/Mittelsperson)

Erzeugungszweig

			HA-Komm. für Wäsche u. verwandte Erzeugnisse												
109	110	Summe	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	Summe	
1	0	74	13	3	20	26	17	2	9	0	11	0	1	102	
0	0	10	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0	0	3	
1	0	80	19	3	21	28	18	2	9	0	13	0	1	114	
0	0	12	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0	0	3	
0	0	1	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0	0	3	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2	
0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	8	1	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	3	
0	0	11	2	0	3	0	6	0	1	0	0	0	0	12	
0	0	12	1	0	0	0	3	0	1	0	1	0	0	6	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	8	1	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	4	
0	0	19	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	3	
0	0	17	1	0	1	0	1	1	0	0	0	0	0	4	
0	0	2	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	3	
0	0	1	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	4	
0	0	19	4	0	2	0	2	1	0	0	0	0	0	9	
0	0	18	2	2	1	0	1	0	0	0	1	0	0	7	
0	0	5	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	
0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	3	
0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
0	0	127	20	3	9	0	20	4	4	0	7	0	0	67	

Tabelle 8.2

Arbeitsinspektion

Tabelle 8.2 (Fortsetzung) (Heimarbeiter/

		HA-Komm. für Textilien								HA-Komm. f. Ma- n. Vorarlbg. Klöppelspit-		
		301	302	303	304	305	306	307	Summe	401	402	403
Anzahl der überprüften	Heimarbeiter.....	60	24	10	11	49	7	28	189	6	3	44
Heimarb. u. Zwischenm., entsprechend ihrer über- wieg. Tätigk. eingereiht	Zwischenmeister / Mittelsperson.....	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anzahl der Heimarb. u. Zwischm./	HA ..	64	25	11	12	52	9	28	201	6	3	47
Mittelsp. entspr. ihrer Tätigkeit	ZM/MP ..	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beanstandungen im Erzeugungszweig hinsichtl												
500 Allgemeines, Übergreifendes, Sonstiges		5	0	0	0	1	0	0	6	6	0	31
501 Anzeige bei erstmaliger Vergabe von Heimarbeit		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
503 Listenführung und Listenzusendung		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
505 Bekanntgabe d. Arbeits- u. Lieferbeding.		1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	14
507 Mitteilung der Abmeldung von der Pflichtversicherung		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
511 Ausgabe- und	nicht geführt mangelhaft geführt nicht ausgefolgt	1	1	1	0	1	0	0	4	0	0	1
512 Abrechnungs-		9	0	0	3	2	1	0	15	5	0	2
513 nachweise		4	0	0	0	0	0	0	4	1	1	27
521 Ausgabe oder Übernahme an Sonn- und Feiertagen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
522 Wartezeit		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
524 Arbeitsmenge, Lieferfristen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
526 Beschränkung der Vergabe an im Betrieb Beschäftigte		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
536 Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsstätte		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
538 Verbotene Heimarbeiten nach §17 HeimAG		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
539 Verbot der Verwendung von gef. Stoffen ..		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
541 Urlaub		0	1	1	0	0	0	0	2	1	0	0
551 Entgeltabrechnung und -auszahlung		0	16	1	0	1	0	0	18	6	0	1
553 Feiertagsentgelt		0	12	1	1	0	0	1	15	1	1	2
554 Urlaubsentgelt		0	3	1	1	1	0	1	7	1	1	2
556 Abfindung, Urlaubsschädigung		0	2	1	0	0	0	0	3	0	0	1
561 Entgeltfortzahlung bei Arbeitsverhind.		0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
563 Urlaubszuschuß		1	2	1	1	0	0	5	10	0	1	2
566 Weihnachtsremuneration		1	1	0	2	0	0	6	10	0	1	1
657 Heimarbeitszuschlag		0	14	1	0	0	0	0	15	0	0	0
571 Auskunft über Entgelte		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
575 Unterentlohnung		0	2	0	0	0	0	0	2	1	0	0
Sonstiges		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME		22	55	8	8	6	1	13	113	22	6	85

Arbeitsinspektion

Tabelle 8.2

Zwischenmeister/Mittelsperson)

Erzeugungszweig

schinenstick. Art und zenerzeugung	Allgemeine HA-Komm.																Summe
	404	Summe	501	502	503	504	505	506	507	508	509	510	511	512	513	514	515
0	53	12	8	36	17	59	64	35	0	54	106	3	18	5	0	8	425
0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	2	0	0	0	0	0	4
0	56	14	9	40	18	62	70	36	0	55	109	6	24	6	0	8	457
0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	2	1	0	0	0	0	5
0	37	0	0	1	0	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	5
0	0	2	0	0	0	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	5
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	15	0	0	1	0	0	1	0	0	2	2	0	0	0	0	0	6
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	1	1	0	1	0	0	7	1	0	0	2	1	3	0	0	0	16
0	7	1	2	6	0	5	10	8	0	6	9	0	3	0	0	0	50
0	29	1	0	0	0	9	0	1	0	0	7	0	1	0	0	0	19
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0	5
0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	2
0	7	1	0	0	0	0	8	1	0	0	3	0	0	0	0	0	13
0	4	0	0	1	2	5	6	2	0	1	6	0	5	0	0	0	28
0	4	0	0	1	4	7	6	2	0	1	7	1	5	1	0	0	35
0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	3
0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	3	0	0	0	0	0	4
0	3	0	0	1	1	8	5	4	0	1	5	1	5	1	0	0	32
0	2	0	0	1	0	4	6	2	0	2	7	1	5	1	0	0	29
0	0	0	0	0	0	8	5	0	0	0	2	0	4	0	0	0	19
0	0	0	0	1	0	2	0	0	0	1	2	0	0	0	0	0	6
0	1	0	0	0	0	2	3	3	0	0	1	0	0	0	0	0	9
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	113	6	2	15	8	54	63	26	0	17	60	5	31	3	0	0	290

Tabellen

Arbeitsinspektion

Tabelle 9

Von der Allgemeinen Unfallversicherungs-
anstalt (AUVA) erfaßte Arbeitsunfälle
im Jahre 1990

Arbeitsunfälle

Bereich	Anzahl	davon tödlich
insgesamt.....	233.439.....	326
von Erwerbstätigen		
insgesamt.....	176.971.....	317
von unselbständig		
Erwerbstätigen		
insgesamt.....	171.508.....	289
von unselbständig		
Erwerbstätigen im		
engeren Sinn.....	155.112.....	195
von unselbständig		
Erwerbstätigen,		
Wegeunfälle.....	16.396.....	94

K. PERSONAL UND ORGANISATION DER ARBEITSINSPEKTION

1. PERSONALSTAND

1.1 Zentral-Arbeitsinspektorat

Im Zentral-Arbeitsinspektorat waren am Ende des Jahres 1990 (1989) 10 (10) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des höheren technischen Dienstes, 2 (2) Ärztinnen, 7 (6) Juristen/Juristinnen, 8 (7) Bedienstete des gehobenen Dienstes, 2 (2) Bedienstete des Fachdienstes sowie 7 (7) Kanzleikräfte tätig.

1.2 Arbeitsinspektorate

Mit dem Stichtag 31. Dezember 1990 waren bei den Arbeitsinspektoraten insgesamt 277 Arbeitsinspektoren/Arbeitsinspektorinnen tätig, gegenüber 270 im Jahr 1989. Die nachfolgende Übersicht gibt über die Verteilung dieser Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen auf die einzelnen Verwendungsgruppen Aufschluß:

Höherer Dienst

technisch	männlich	74
	weiblich	3
	Summe	77
medizinisch	männlich	6
	weiblich	7
	Summe	13
	Gesamt	90

Gehobener Dienst

männlich	131
weiblich	34
Summe	165

Fachdienst

männlich	19
weiblich	3
Summe	22

Außer den oben angeführten Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen waren bei den Arbeitsinspektoraten 105 Bedienstete des Kanzleidienstes (darunter 101 weibliche) sowie eine Bedienstete und ein Bediensteter des Hilfsdienstes tätig.

Die Arbeitsinspektoren/innen des höheren Dienstes gehören auf Grund ihrer Ausbildung an Hochschulen bzw. Universitäten folgenden Fachrichtungen an:

Bauwesen	11
Bodenkultur	6
Chemie	16
Elektrotechnik	5
Hüttenwesen	5
Kunststofftechnik	3
Maschinenbau	17
Medizin	13
Montanwesen	3
Physik	9
Vermessungswesen	2

Der bereits angegebene Personalstand erhöht sich um 13 Kraftwagenlenker und das Reinigungspersonal.

Einzelheiten über die Organisation und den Personalstand der Arbeitsinspektion können dem nachfolgenden Teil dieses Berichtes entnommen werden.

2. ORGANISATION UND PERSONALZUTEILUNG

nach dem Stand vom 31. Dezember 1990

2.1 Zentral-Arbeitsinspektorat

Sektion VI des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Stubenring 1, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 00/6442 od. 0
Telefax 022 2/711 00/6591

Szymanski Eva-Elisabeth, Mag. Dr.jur.,
Sektionsleiterin, Zentral-Arbeitsinspektorin

Hohenberg Johann-Klaus, Dipl.Ing.,
Ministerialrat, Sektionsleiter-Stellvertreter

Abteilung 1

Grundsätzliche Angelegenheiten der Arbeitsinspektion und des Arbeitnehmerschutzes auf technischem und arbeitshygienischem Gebiet; Öffentlichkeitsarbeit; Strahlenschutz

Hohenberg Johann-Klaus,
Dipl.Ing., Ministerialrat,
Abteilungsleiter

Polzer Herbert, Dipl.Ing.,
Ministerialrat, Abteilungsleiter-Stellvertreter

Hiltscher Christine, Dipl.Ing.,
Oberrätin

Jauernig Peter, Dipl.Ing.,
Oberkommissär

Referat 1a

Zulassungen nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz

Herrmann Bernd, Dr.phil.,
Ministerialrat, Referatsleiter

Ritschl Norbert, Dipl.Ing.,
Oberrat

Abteilung 2

Administrative Angelegenheiten des Arbeitnehmerschutzes auf technischem Gebiet; Arbeitnehmerschutzkommission; EDV, Statistik und Berichte, Elektrotechnik

Finding Rolf, Dr.phil.,
Ministerialrat,
Abteilungsleiter

Pfleger Johannes, Dipl.Ing.,
Ministerialrat, Abteilungsleiter-Stellvertreter

Petzenka Peter, Dipl.Ing.,
Oberkommissär

Pinterits Franz, Ing.,
Vertragsbediensteter

Referat 2a

EDV in der Arbeitsinspektion

Koschi Helmut, Dipl.Ing.,
Oberkommissär, Referatsleiter

Hohenegger Robert, Revident

Bauer Erich, Revident

Abteilung 3

Grundsätzliche Angelegenheiten der Arbeitsinspektion auf rechtlichem und organisatorischem Gebiet; Rechtsfragen; Verwendungsschutz

Lang Maria, Mag., Dr.jur.,
Oberkommissärin, Abteilungsleiterin

Rudolf Josef, Mag., Dr.jur.,
Oberrat

Marat Eva, Mag.jur., Dr.phil.,
Rätin

Oberhauser Helga, Mag.jur.,
Oberkommissärin

Buchacher Ulrike, Mag.jur.,
Kommissärin

Breindl Gertrud, Dr.jur.,
Vertragsbedienstete

ArbeitsinspektionPersonal, Organisation

Referat 3a

Haushaltsangelegenheiten

Strutzenberger Ernst,
Amtdirektor,
Referatsleiter**Diem Christine,**
Amtsrätin**Eberl Edith,**
Fachinspektorin

Referat 3b

Heimarbeit

Koudelka Edeltraud,
Amtdirektorin,
Referatsleiterin**Spreitzenbart Helga,**
Revidentin

Abteilung 4

Arbeitsinspektionsärztliche und
und arbeitsmedizinische Angelegenheiten**Fiedler Solveig, Dr.med.,**
Oberrätin, Abteilungslei-
terin**Tolpeit Elisabeth, Dr.med.,**
Oberrätin, Abteilungs-
leiter-Stellvertreterin**Drahozal Johann,**
Amtssekretär**Morschl Eveline,**
Fachinspektorin

Kanzlei

Holluba Erika,
Fachinspektorin,
Kanzleileiterin**Werdenich Herta,**
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiter-Stell-
vertreterin

2.2 Arbeitsinspektorate

Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

1., 2., 3. und 20. Wiener Gemeindebezirk

Fichtegasse 11, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 37

Mobiltelefon 0663/28 451

Telefax 022 2/712 79 56

Morschl Paul, Dr.phil,
Hofrat, Amtsvorstand

Hadjioannou Georgios,
Dipl.Ing., Oberrat,
Amtsvorstand-Stell-
vertreter

Schörgmayer Werner, Dipl.Ing.,
Oberrat

Denk Walter, Dipl.Ing.,
Oberrat

Schnabelt Rudolf,
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für Kinderarbeit, Jugend-
und Lehrlingsschutz

Lauber Erich, Ing.,
Oberrevident

Haider Franz, Ing.,
Revident

Pestal Johannes, Ing.,
Revident, Arbeitsinspek-
tor für besondere Belange
der Hygienetechnik

Pötz Günther, Ing.,
Revident

Baranek Christian, Ing.,
Revident

Peters Klaus,
Revident

Maringer Gertrude,
Fachoberinspektorin,
Arbeitsinspektorin für
Frauenarbeit und
Mutterschutz

Jander Wilfried,
Fachinspektor

Muchna Rosina,
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektionsärzte für Wien, Niederösterreich und Burgenland

Die Arbeitsinspektionsärzte, die organisatorisch dem Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk zugeteilt sind, sind für die arbeitsmedizinischen Belange in den Aufsichtsbezirken 1 bis 8, 16, 17 und für das Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten zuständig.

Dienstsitz der Arbeitsinspektionsärzte ist 1010 Wien, Fichtegasse 11,

Tel. 022 2/711 37

Telefax 022 2/712 79 56

Huber Elsbeth, Dr.med.,
Vertragsbedienstete,
Leiterin des arbeits-
inspektionsärztlichen
Dienstes

Grünberger Margarete, Dr.med.,
Vertragsbedienstete

Wosyka Richard, Dr.med.,
Vertragsbediensteter

Weinberger Alois, Dr.med.,
Vertragsbediensteter

Matiegka Christina,
Vertragsbedienstete

Pinsger Susanne, Dr.med.,
Vertragsbedienstete

Hinteregger Gabriele,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 2. Aufsichtsbezirk**Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:**

4., 5., 6., 10. und 11. Wiener Gemeindebezirk

Fichtegasse 11, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 37**Mobiltelefon 0663/28 715****Telefax 022 2/712 79 56****Mayerhofer Franz, Dipl.Ing.,**
Hofrat, Amtsvorstand**Ciesielski Erich, Dipl.Ing.,**
Rat, Amtsvorstand-Stell-
vertreter**Huber Erich, Dipl.Ing.,**
Oberrat**Esterl Gerhard, Dipl.Ing.,**
Vertragsbediensteter**Kaufmann Alfred, Ing.,**
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für besondere Belange der
Hygienetechnik**Hauer Ferdinand, Ing.,**
Oberrevident**Kaltenbrunner Edeltraud,**
Oberrevidentin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz**Dworak Heinz, Ing.,**
Revident, Arbeitsinspek-
tor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz**Hediger Franz, Ing.,**
Revident**Griebler Tony, Ing.,**
Vertragsbediensteter**Fuchssteiner Oswald,**
Vertragsbediensteter**Deimel Wolfgang,**
Vertragsbediensteter**Bader Ernst,**
Oberkontrollor**Lehner Ingeborg,**
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 3. Aufsichtsbezirk**Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:**

8., 9., 16., 17., 18. und 19. Wiener Gemeindebezirk

Fichtegasse 11, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 37

Mobiltelefon 0663/28 608

Telefax 022 2/712 79 56

Maser*) Sonja, Dipl.Ing.,
Hofrätin, AmtsvorstandFouché Gerhard, Ing.,
OberrevidentTschismarov**) Franz, Dipl.Ing.,
Rat, AmtsvorstandSafranek Martin, Ing.,
OberrevidentGura Werner, Dipl.Ing.,
Rat, Amtsvorstand-
StellvertreterPertl Günther, Ing.,
RevidentBaniadam Allahyar, Dipl.Ing.,
RatBauer-Miksch Ramona, Ing.,
RevidentinHejkrlik Ingrid, Mag.rer.nat.,
OberkommissärinMader Marion,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und MutterschutzHruza Johannes, Ing.,
Amtsdirektor, Regierun-
gsratPötz Andrea,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und MutterschutzReiter Walter, Ing.,
Oberrevident, Arbeitsin-
spektor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz sowie für beson-
dere Belange der Hygiene-
technikSchuckert Thomas,
VertragsbediensteterHawlik Kurt,
Vertragsbediensteter,
Kanzleileiter*) Im Ruhestand mit
31. August 1990**) Amtsvorstand mit
24. September 1990

Heimarbeit

Die Heimarbeitsinspektorinnen, die organisatorisch dem Arbeitsinspektorat für den 3. Aufsichtsbezirk zugeteilt sind, nehmen die Belange auf dem Gebiet der Heimarbeit in Wien wahr.

Dienstsitz ist 1010 Wien, Fichtegasse 11,

Tel.022 2/711 37

Telefax 022 2/712 79 56

Höritsch Brigitte,
Oberrevidentin

Widerhofer Elisabeth,
Revidentin

Reiterer Leopoldine,
Revidentin

Jilek Johanna,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Nemeth Monika,
Revidentin

Arbeitsinspektorat für den 4. Aufsichtsbezirk**Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:**

7., 13., 14. und 15. Wiener Gemeindebezirk

Fichtegasse 11, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 37**Mobiltelefon 0663/28 422****Telefax 022 2/712 79 56****Musterle Rudolf, Dipl.Ing.,**
Hofrat, Amtsvorstand**Fritz Josef, Ing.,**
Revident**Schorn Helmut, Dipl.Ing.,**
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter**Fischer Werner, Ing.,**
Revident**Conrad Werner, Dipl.Ing.,**
Vertragsbediensteter**Maier Thomas, Ing.,**
Revident**Pamperl Leopold, Ing.,**
Amtdirektor, Arbeitsin-
spektor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz**Dejmek Johanna,**
Fachinspektorin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz**Schweiger Robert, Ing.,**
Amtssekretär, Arbeitsin-
spektor für besondere
Belange der Hygiene-
technik**Mayer Brigitte,**
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 5. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

12. und 23. Wiener Gemeindebezirk; die Verwaltungsbezirke Bruck a.d. Leitha, Mödling und Tulln; das rechts der Donau gelegene Gebiet des Verwaltungsbezirkes Wien-Umgebung

Fichtegasse 11, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 37

Mobiltelefon 0663/28 782

Telefax 022 2/712 79 56

Hutterer Walter, Dipl.Ing.,
Rat, Amtsvorstand

Schüller Paul, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

El Ismail El Khalaf Khalaf,
Dipl.Ing., Dr.,
Vertragsbediensteter

Zimmel Hans, Ing.,
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für besondere Belange der
Hygienetechnik

Biedermann Gerhard, Ing.,
Amtssekretär

Pfniß Helmut, Ing.,
Oberrevident

Hollenthoner Peter, Ing.,
Revident, Arbeitsinspek-
tor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Ondrejka Erwin, Ing.,
Revident, Arbeitsinspek-
tor für besondere Belange
der Hygienetechnik

Reiter Gerda,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Pammer Wilhelm,
Revident

Eitermoser Monika,
Vertragsbedienstete,
Arbeitsinspektorin für
Frauenarbeit und Mutter-
schutz

Hrdinka Thomas,
Vertragsbediensteter

Pamperl Martin,
Vertragsbediensteter

Ehart Manfred,
Vertragsbediensteter

Heinrich Adolf,
Oberkontrollor

Mitter Maria,
Fachinspektorin,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 6. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

21. und 22. Wiener Gemeindebezirk; die Verwaltungsbezirke Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg und Mistelbach; das links der Donau gelegene Gebiet des Verwaltungsbezirkes Wien-Umgebung

Fichtegasse 11, 1010 Wien, Tel. 022 2/711 37
Mobiltelefon 0663/28 445
Telefax 022 2/712 79 56

Hiltscher Winfried, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand

Zauner Herbert, Ing.,
Oberrevident

Bangerl Anna, Dr.phil.,
Oberrätin, Amtsvorstand-
Stellvertreterin

Wuggenig Erich, Ing.,
Revident, Arbeitsinspek-
tor für besondere Belange
der Hygientechnik

Noibinger Horst, Dipl.Ing.,
Oberrat

Machac Dagmar,
Oberrevidentin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Paul Yves, Mag.,
Oberrat

Süss Herbert, Dipl.Ing.,
Dr.nat.techn.,
Vertragsbediensteter

Kapuy Ronald,
Vertragsbediensteter

Giefing Anton,
Amtdirektor, Arbeitsin-
spektor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Feldbaumer Uwe,
Vertragsbediensteter

Schellig Evelyne,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Stefanics Hans-Jürgen, Ing.,
Amtssekretär

Arbeitsinspektorat für den 7. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die Stadt Wiener Neustadt; die Verwaltungsbezirke
Baden, Neunkirchen und Wiener Neustadt

Engelbrechtgasse 8, 2700 Wiener Neustadt

Tel. 026 22/223 36, 231 72

Mobiltelefon 0663/28 671

Telefax 026 22/231 72/14

Schabauer Reinhard, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Handl Heribert, Dipl.Ing.,
Rat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Mazohl Richard, Dipl.Ing.,
Vertragsbediensteter

Grüll Friedrich,
Amtdirektor, Regierungs-
rat, Arbeitsinspektor
für besondere Belange
der Hygienetechnik

Müllner Hans, Ing.,
Amtssekretär

Vorauer Alfons Peter, Ing.,
Oberrevident, Arbeits-
inspektor für Kinder-
arbeit, Jugend- und
Lehrlingsschutz

Gremel Hermann, Ing.,
Revident

Sailer Harald, Ing.,
Revident

Weyplach Brigitte,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Frimmel Harald,
Kontrollor

Weidinger Hans-Peter,
Fachinspektor,
Kanzleileiter

Arbeitsinspektorat für den 8. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die Städte St. Pölten und Waidhofen a.d. Ybbs; die Verwaltungsbezirke Amstetten, Lilienfeld, Melk, St. Pölten und Scheibbs

Daniel-Gran-Straße 10, 3100 St. Pölten

Tel. 027 42/632 25, 632 51, 632 92

Mobiltelefon 0663/28 487

Telefax 027 42/632 25/34 11

Stefke Gottfried, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Moherndl Herbert, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Tscherteu Gregor, Dipl.Ing.,
Vertragsbediensteter

Kysela Amand,
Amtsdirektor, Regierungs-
rat

Desbalmes Erika,
Amtsrätin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Franke Werner,
Amtsrat, Arbeitsinspek-
tor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Menapace Gerhard, Ing.,
Amtssekretär, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Datzinger Friedrich, Ing.,
Oberrevident

Schmid Peter, Ing.,
Revident

Schuhmeister Peter, Ing.,
Revident

Gram Gottlinde,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 9. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die Städte Linz und Steyr; die politischen Bezirke Freistadt, Linz-Land, Perg, Rohrbach, Steyr-Land und Urfahr-Umgebung

Hauptplatz 8, 4010 Linz
Tel. 073 2/27 45 11/DW 561
Mobiltelefon 0663/28 371
Telefax 073 2/27 73 96

Nagl Friedrich, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Hauk Alfred, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Jäger Helmut, Dipl.Ing.,
Oberrat

Novak Gerd, Dipl.Ing.,
Mag.rer.nat., Oberrat

Hinterreiter Arnold, Dipl.Ing.,
Oberkommissär

Totzauer Harald, Dipl.Ing.,
Kommissär

Feichtinger Franz, Dipl.Ing.,
Vertragsbediensteter

Haslinger Walter, Dr.med.,
Vertragsbediensteter

Peilowich-Pichler Claudia,
Dr.med., Vertragsbe-
dienstete

Gamsjäger Johann, Ing.,
Amtsdirektor, Regierungs-
rat, Arbeitsinspektor für
Kinderarbeit, Jugend- und
Lehrlingsschutz

Mascher Josef, Ing.,
Amtsdirektor, Regierungs-
rat

Richter Liselotte,
Amtsrätin, Arbeitsinspek-
torin für Frauenarbeit
und Mutterschutz

Wiesauer Wolfgang, Ing.,
Oberrevident, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Gattermayer Robert, Ing.,
Oberrevident

Novak Eva-Maria,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Hanzl Peter,
Revident

Panholzer Klaus,
Revident

Gruber Helmut, Ing.,
Vertragsbediensteter

Gumpenberger Hermann, Ing.,
Vertragsbediensteter

Breitwieser Peter,
Vertragsbediensteter

Pichler Edeltraud,
Offizial

Prammer Susanne,
Vertragsbedienstete

Weiß Johanna,
Fachinspektorin,
Kanzleileiterin

Demberger Peter,
Vertragsbediensteter

Gumpenberger Marianne,
Kontrollorin
Kanzlei (Arzt)

Hofstätter Walter,
Kontrollor

Arbeitsinspektorat für den 10. Aufsichtsbezirk**Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:**

das Land Salzburg

Auerspergstraße 69, 5020 Salzburg**Tel. 06 62/88 83-0****Mobiltelefon 0663/28 476****Telefax 06 62/88 83/428**

Semrad Peter, Dipl.Ing.,
Dr.nat.techn., Hofrat
Amtsvorstand

Moik Helmut, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Hartl Friedrich, Dipl.Ing.,
Oberrat

Blum Wolfgang, Dipl.Ing.,
Oberkommissär

Kiffel Johannes, Dr.med.,
Vertragsbediensteter

Gebhart Gert,
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für Kinderarbeit, Jugend-
und Lehrlingsschutz

Berkovic Johannes, Ing.,
Amtssekretär, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Reischl-Hartmann Edith,
Oberrevidentin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Stadler Erich,
Oberrevident

Bamer Sabine,
Revidentin

Pirnbacher Hans-Peter, Ing.,
Vertragsbediensteter

Wutka Robert, Ing.,
Vertragsbediensteter

Janser Heribert,
Oberkontrollor

Muck Ursula,
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiterin

Schober Ingeborg,
Kontrollorin,
Kanzlei (Arzt)

Arbeitsinspektorat für den 11. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die Stadt Graz; die politischen Bezirke Deutschlandsberg, Feldbach, Fürstenfeld, Graz-Umgebung, Hartberg, Leibnitz, Radkersburg, Voitsberg und Weiz

Opernring 2, 8010 Graz
Tel. 03 16/82 31 22, 82 76 73
Mobiltelefon 0663/28 377
Telefax 03 16/82 31 22/33

Priesching Dieter, Dipl.Ing.,
Dr.techn., Hofrat,
Amtsvorstand

Greiner Johann, Ing.,
Amtdirektor, Regierungs-
rat

Hofer Rudolf, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Fritz Ludwig, Ing.,
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für Kinderarbeit, Jugend-
und Lehrlingsschutz

Woschnagg Norbert, Dipl.Ing.,
Oberrat

Zöhrer Reinhold, Ing.,
Amtsrat

Reinberger Erich, Dipl.Ing.,
Oberrat

Gerstner Karl, Ing.,
Oberrevident

Thom Dieter, Dipl.Ing.,
Rat

Edler Rainer,
Oberrevident

Graff Rainer, Dipl.Ing.,
Rat

Feldbacher Martin, Ing.,
Revident

Bauer Hannes, Dipl.Ing.,
Rat

Scholz Manfred, Ing.,
Revident

Kraxner Hans, Dr.phil.,
Oberkommissär

Glawitsch Michael, Ing.,
Revident

Perz Albin, Dr.med.,
Vertragsbediensteter

Tscherne Bärbel,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Sachornig-Tumlriz Friederike,
Dr.med., Vertrags-
bedienstete

Ferstl Ewald, Ing.,
Vertragsbediensteter, Arbeitsinspektor für besondere Belange der Hygienetechnik

Reisner Günter, Ing.,
Vertragsbediensteter

Karner Josef, Ing.,
Vertragsbediensteter

Posch Brigitte,
Vertragsbedienstete

Jogan Maria,
Oberoffizialin,
Kanzleileiterin

Meierhofer Monika,
Kontrollorin
Kanzlei (Arzt)

Arbeitsinspektorat für den 12. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die politischen Bezirke Bruck a.d. Mur, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Liezen, Mürzzuschlag und Murau

Erzherzog-Johann-Straße 6/8, 8700 Leoben

Tel. 038 42/422 65, 432 12

Mobiltelefon 0663/28 361

Telefax 038 42/432 12/20

Schindler Erwin, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Huber Alfred, Ing.,
Oberrevident

Zeilbauer Heinz, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Weiss Mario, Ing.,
Revident

Taxacher Hubert, Dipl.Ing.,
Vertragsbediensteter

Gradisar Verena,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Gradisar Heinz,
Amtdirektor, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Gelbmann Konrad,
Fachoberinspektor

Cavalar Harald, Ing.,
Oberrevident

Lehofer Hans,
Vertragsbediensteter

Hasenhütl Hannes, Ing.,
Oberrevident

Kortan Solveig,
Oberkontrollorin,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 13. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

das Land Kärnten

Burggasse 12, 9020 Klagenfurt
Tel. 04 63/564 13, 565 06, 565 52
Mobiltelefon 0663/28 538
Telefax 04 63/543 61

Kalt Johann, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Herko Hugo, Ing.,
Amtssekretär

Singer Wilhelm, Dipl.Ing.,
Rat, Amtsvorstand-Stell-
vertreter

Fischer Peter, Ing.,
Amtssekretär

Orasche Stefan, Dipl.Ing.,
Oberrat

Bader-Bachmann Jakob, Ing.,
Oberrevident

Jakopitsch Gerhard, Dipl.Ing.,
Oberkommissär

Londer Gerhard,
Oberrevident

Kampitsch Karin, Mag.,
Vertragsbedienstete

Kanatschnig Gernot, Ing.,
Revident, Arbeitsinspek-
tor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Molderings Christa, Dr.med.,
Vertragsbedienstete

Walker Kurt, Ing.,
Revident

Pikl Herbert, Ing.,
Amtsrat

Stückler Helga,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Dorner Edda,
Amtsrätin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Demarle Robert, Ing.,
Vertragsbediensteter

Rosenberger Klaus, Ing.,
Amtssekretär, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Rak Norbert, Ing.,
Vertragsbediensteter

Herko Gerda,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Mikl Peter,
Vertragsbediensteter

Lesiak Heidemarie,
Oberkontrollorin,
Kanzlei (Arzt)

Wider Robert,
Kontrollor

Arbeitsinspektorat für den 14. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

das Land Tirol

Arzler Straße 43a, 6020 Innsbruck

Tel. 05 12/649 04 bis 649 06

Mobiltelefon 0663/28 578

Telefax 05 12/649 04/76

Außenstelle Lienz

Billrothstraße 3, 9900 Lienz

Tel. 048 52/628 39

Telefax 048 52/689 24

Worsch Herbert, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Kelderbacher Herbert, Ing.,
Amtssekretär

Henn Diether, Dr.phil.,
Hofrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Etzlstorfer Johann, Ing.,
Oberrevident, Arbeitsin-
spektor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Jochum Oskar, Dr. phil.,
Oberrat

Bohunovsky Gottfried, Dipl.Ing.,
Dr., Oberrat

Weber Friedrich, Ing.,
Oberrevident, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Huber Klaus, Dipl.Ing.,
Rat

Tschiderer Thomas, Ing.,
Revident

Hosp Günther, Dipl.Ing.,
Oberkommissär

Benedikter Daniela,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Wachter Gerhild, Dr.med.,
Vertragsbedienstete

Ebenbichler Fridolin, Ing.,
Amtdirektor, Regierun-
gsrat

Troger Notburga,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Hippacher Annelie,
Amtsrätin (Außenstelle
Lienz)

Kuschel Andreas,
Revident

Peyrer Helmut,
Fachinspektor

Stern Raimund,
Oberkontrollor

Wurdack Ingrid,
Oberkontrollorin,
Kanzleileiterin

Fasser Heidemarie,
Oberoffizialin,
Kanzlei (Arzt)

Arbeitsinspektorat für den 15. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

das Land Vorarlberg

Rheinstraße 32, 6900 Bregenz

Tel. 055 74/386 01

Mobiltelefon 0663/28 447

Telefax 055 74/386 01/8

Doppler Bernd, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand

Staudacher Gerhard,
Vertragsbediensteter

Pecina Raimund, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Martin Elisabeth,
Vertragsbedienstete

Vith Alfons, Dr.med.,
Vertragsbediensteter

Feurstein Guntram,
Vertragsbediensteter

Delazer Gerhard, Ing.,
Amtssekretär, Arbeitsin-
spektor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Netzer Franz,
Fachinspektor

Dür Renate,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Stadelmann Peter, Ing.,
Oberrevident, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Mitsche Renate,
Vertragsbedienstete,
Kanzlei (Arzt)

Aichholzer Gerlinde,
Oberrevidentin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Arbeitsinspektorat für den 16. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

das Land Burgenland

Franz Schubert-Platz 2, 7000 Eisenstadt

Tel. 026 82/45 06, 47 59

Mobiltelefon 0663/28 641

Telefax 026 82/45 06/24

Urban Horst, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand

Filka Walter, Ing.,
Amtdirektor, Regierungs-
rat, Amtsvorstand-Stell-
vertreter

Selinger Viktor, Dipl.Ing.,
Vertragsbediensteter

Niebauer Franz, Ing.,
Amtdirektor

Hofer Walter, Ing.,
Amtsrat (außer Dienst
gestellt als Abgeordneter
zum NÖ Landtag)

Zehenthofner Franz,
Amtsrat

Karner Edmund, Ing.,
Revident

Schnabl Agnes,
Vertragsbedienstete,
Arbeitsinspektorin für
Frauenarbeit und Mutter-
schutz

Makusovich Johann,
Vertragsbediensteter

Wild Franz,
Vertragsbediensteter

Steiner Reinhard,
Vertragsbediensteter

Piniel Rudolf,
Kontrollor, Arbeitsin-
spektor für Kinderarbeit,
Jugend- und Lehrlings-
schutz

Tschögl Krista,
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 17. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die Stadt Krems a.d. Donau; die Verwaltungsbezirke
Gmünd, Horn, Krems a.d. Donau, Waidhofen a.d. Thaya
und Zwettl

Donaulände 49, 3504 Krems-Stein

Tel. 027 32/831 56

Mobiltelefon 0663/28 535

Telefax 027 32/769 26

Lonsky Herbert, Dipl.Ing.,
Dr.nat.techn., Hofrat
Amtsvorstand

Pfadenhauer Berthold, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Fürnkranz Johann, Ing.,
Amtdirektor, Regierungs-
rat, Arbeitsinspektor für
Kinderarbeit, Jugend- und
Lehrlingsschutz

Munaretto Hans-Jörg, Ing.,
Amtdirektor

Nagy Kalman,
Amtsrat

Pergher Helmut, Ing.,
Amtssekretär

Hanleithner Johann, Ing.,
Oberrevident, Arbeitsin-
spektor für besondere Be-
lange der Hygienetechnik

Kuchar Heinrich, Ing.,
Oberrevident

Fries Sonja,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Mann Monika,
Fachinspektorin,
Kanzleileiterin

Arbeitsinspektorat für den 18. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die politischen Bezirke Braunau am Inn, Gmunden, Ried im Innkreis, Schärding und Vöcklabruck

Ferdinand-Öttl-Straße 12, 4840 Vöcklabruck

Tel. 076 72/662 40, 727 69

Mobiltelefon 0663/28 341

Telefax 076 72/749 73

Nagl Gernot, Dr.phil.,
Hofrat, Amtsvorstand

Schögl Josef, Ing.,
Oberrevident

Carow Heinz, Dr.phil.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Resch*) Friedrich, Ing.,
Oberrevident

Pantlitschko Reinhard,
Dipl.Ing., Rat

Bohunovsky Brigitta,
Oberrevidentin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Bachmayer Josef, Dipl.Ing.,
Rat

Bauer Liselotte,
Fachinspektorin, Arbeits-
inspektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Hinterholzer Erich, Ing.,
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für besondere Belange der
Hygienetechnik

Wolfsgruber Horst,
Kontrollor

Nagl Siegfried, Ing.,
Amtssekretär

Wolfsgruber Elisabeth,
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiterin

*) Ernannt zum Arbeitsinspektor
für Kinderarbeit, Jugend- und
Lehrlingsschutz mit 23.12.91

Arbeitsinspektorat für den 19. Aufsichtsbezirk

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

die Stadt Wels; die politischen Bezirke Eferding, Grieskirchen, Kirchdorf a.d. Krems und Wels-Land

Dr. Groß-Straße 26, 4600 Wels

Tel. 072 42/622 20, 622 29

Mobiltelefon 0663/28 845

Telefax 072 42/622 29/0

Huber Gerhard, Dipl.Ing.,
Hofrat, Amtsvorstand

Wolf*) Franz, Ing.,
Vertragsbediensteter

Seidl Hermann, Dipl.Ing.,
Oberrat, Amtsvorstand-
Stellvertreter, Arbeits-
inspektor für besondere
Belange der Hygiene-
technik

Hofbauer Robert, Ing.,
Vertragsbediensteter

Vielhaber Franz, Ing.,
Vertragsbediensteter

Glaser Augustin, Dipl.Ing.,
Vertragsbediensteter

Gschwendtner Sylvia,
Vertragsbedienstete,
Arbeitsinspektorin für
Frauenarbeit und Mutter-
schutz

Schmidt Nikolaus,
Amtsdirektor, Regierun-
gsrat

Perfahl Wolfgang,
Vertragsbediensteter

Hartl Alfred, Ing.,
Oberrevident

Buchner Günther,
Vertragsbediensteter

Beyda Andrea,
Revidentin, Arbeitsin-
spektorin für Frauen-
arbeit und Mutterschutz

Grafinger Helga,
Vertragsbedienstete,
Kanzleileiterin

*) Ernannt zum Arbeitsinspektor
für Kinderarbeit, Jugend- und
Lehrlingsschutz mit 23.12.91

Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten

Aufsichtsbezirk und Sitz des Arbeitsinspektorates:

Bau-, Erd- und Wasserbauarbeiten im Bereich der Aufsichtsbezirke 1 bis 6 einschließlich aller mit diesen Arbeiten verbundenen baugewerblichen Arbeiten, Bauneben- und Bauhilfsarbeiten, sofern diese außerhalb der festen Betriebsstätte der die Arbeiten durchführenden Gewerbetreibenden ausgeführt werden

Fichtegasse 11, 1010 Wien

Tel. 022 2/711 37

Mobiltelefon 0663/28 446

Telefax 022 2/712 79 56

Petri Peter, Dipl.Ing.,
Dr.techn., Oberrat
Amtsvorstand

Viehauser Franz, Ing.,
Vertragsbediensteter

Bernsteiner Peter, Dipl.Ing.,
Kommissär, Amtsvorstand-
Stellvertreter

Zak Martin, Ing.,
Vertragsbediensteter

Rauscher Siegfried, Ing.,
Vertragsbediensteter

Kops Irmbert, Ing.,
Amtsrat, Arbeitsinspektor
für Kinderarbeit, Jugend-
und Lehrlingsschutz

Frühwirt Manfred, Ing.,
Vertragsbediensteter

Bauer Gerhard, Ing.,
Revident, Arbeitsinspek-
tor für besondere Belange
der Hygienetechnik

Hajek Eduard,
Oberkontrollor

Peterka Angela,
Kontrollorin,
Kanzleileiterin

Dittenberger Christian, Ing.,
Revident